

Zeitgeschichte in Hamburg · 2019



FZH Forschungsstelle
für Zeitgeschichte
in Hamburg

ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG
NACHRICHTEN AUS DER FORSCHUNGSSTELLE
FÜR ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG (FZH)
2019



ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG

2019

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
Wissenschaftliche Einrichtung an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. +49 40 43 13 97 0
Fax +49 40 43 13 97 40
www.zeitgeschichte-hamburg.de

Die FZH ist seit 1997 eine Stiftung bürgerlichen Rechts, die von der Freien und Hansestadt Hamburg getragen wird.



»Zeitgeschichte in Hamburg 2019« wird kostenlos von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) abgegeben und steht auf www.zeitgeschichte-hamburg.de als Download zur Verfügung.

ISSN Print 2366-6412
ISSN Web 2366-6420

Herausgeber: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
Hamburg 2020

Umschlagabbildung Vorderseite: Maike Raap

Umschlagabbildung Rückseite: Siegerentwurf der Klasse 10d des Gymnasiums Klosterschule im Plakatwettbewerb »100 Jahre Frauenwahlrecht«. Der Wettbewerb wurde von der Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit der FZH und der BWFG ausgeschrieben und richtete sich an Hamburger Schülerinnen und Schüler ab Klasse 9.

Redaktion: Kirsten Heinsohn, Stefan Mörchen, Maike Raap
Satz und Layout: Das Herstellungsbüro, Hamburg

1. Auflage 2020

INHALT

KIRSTEN HEINSOHN	
Vorwort	7
KIRSTEN HEINSOHN	
Der etwas andere Intellektuelle	14
<i>Axel Schildt (1951 – 2019)</i>	
■ AUS DER FORSCHUNG	
CHRISTOPH STRUPP	
Im Bann des Authentischen?	18
<i>Historische Schiffe und maritime Museen in Hamburg</i>	
WOLFGANG KOPITZSCH	
Hamburger Polizeibataillone im Zweiten Weltkrieg	40
<i>Der »auswärtige Einsatz« und seine Nachgeschichte</i>	
ERIKA HIRSCH	
»Never teach history without telling a story«	60
<i>Zeitzeugenschaft in der Gedenk- und Bildungsstätte</i>	
<i>Israelitische Töcherschule</i>	
JESSICA ERDELMANN	
»Praktisch kein Vermögen besessen«	79
<i>Der Umgang mit den Vermögenswerten NS-belasteter</i>	
<i>Funktionseliten am Beispiel des ehemaligen Hamburger</i>	
<i>NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann</i>	
KIRSTEN HEINSOHN	
1919 – Aufbruch in die Demokratie	98
<i>Das Wahlrecht für Frauen</i>	
■ TAGUNGSBERICHTE	
LINDE APEL	
Oral History im Wissenschaftstransfer	114
<i>Ein Workshop in Indien</i>	

ANDREA ALTHAUS / JANINE SCHEMMER	
Netzwerktreffen Oral History	127
SEBASTIAN HAUMANN	
Anders Wohnen	134
<i>Großsiedlungen und die Konstruktion von Differenz seit den 1970er Jahren</i>	
SOPHIE STRITZELBERGER	
Aufbrüche	142
<i>Geschichte der Frauenbewegungen im 20. Jahrhundert</i>	
■ TÄTIGKEITSBERICHT 2019	149
Abbildungsnachweise	212

VORWORT

Wieder liegt ein Jahresbericht der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) vor, gefüllt mit Nachrichten und Texten aus dem Jahr 2019. Im Rückblick wird erkennbar, wie sehr dieses Jahr von der Diskussion um den Klimawandel geprägt war und damit ein Thema auf der Tagesordnung stand, in dem Gegenwart und Zukunft verhandelt werden. Wie in allen Städten Europas gab es auch in Hamburg große Demonstrationen der »fridays for future«-Bewegung. Die Aktivistinnen und Aktivisten erinnern mit neuen Medien und neuen Slogans an eine Erkenntnis, die schon vor über dreißig Jahren zu einem Motto der Umweltbewegung avancierte: »Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt«, hieß es beispielsweise auf Plakaten der Grünen in den 1980er Jahren.¹ Aus zeit-historischer Sicht lassen sich die politischen und ökonomischen Entwicklungen der Jahre seit 1972, als mit dem Bericht des Club of Rome erstmals eine drastische Warnung vorlag, bis zu der heutigen umweltpolitischen Lage sehr gut nachvollziehen. Lernen, wie es zukünftig besser zu machen ist, kann man daraus wohl nicht. Aber verstehen, warum es so gekommen ist – dazu kann die zeithistorische Forschung beitragen.

Zwei Beiträge in diesem Jahresbericht zielen auf genau diese Aufgabe der Zeitgeschichte – die Aufklärung –, und zwar mit Blick auf die Geschichte und die Folgen des Nationalsozialismus in Hamburg. Eine wichtige öffentliche Diskussion im letzten Jahr kreiste um die Gestaltung des Stadthauses und den Umgang mit seiner Historie. Dieser Gebäudekomplex war seit 1814 Sitz der Polizei in Hamburg und zwischen 1933 und 1943 zugleich Zentrale der nationalsozialistischen Verfolgungsorganisationen, wie etwa der Geheimen Staatspolizei. Hier wurden die Maßnahmen zur Verfolgung von Gegnern des Nationalsozialismus koordiniert, Gefangene misshandelt und Transporte in Konzentrations- und Vernichtungslager vorbereitet, hier wurde der »auswärtige Einsatz« der Hamburger Ordnungspolizei, u. a. im besetzten Polen, geplant. Das »Zentrum von Terror und Unterdrückung«² lag mitten in der Stadt. Nach Krieg und Wiederaufbau wurde es von verschiedenen Behörden genutzt, aber erst seit 1981 gibt es eine Gedenktafel. Vor mehr als zehn Jahren verkaufte die Stadt Hamburg den Komplex an

private Investoren, mit der Auflage, im Gebäude auch einen Lern- und Erinnerungsort zu schaffen.³ Die Art und Weise, wie dieser Auftrag umgesetzt wurde und wird, ist höchst umstritten, insbesondere Vertreter von NS-Opferverbänden und zahlreiche Fachleute kritisieren den Umgang mit diesem besonderen historischen Ort von Täterschaft und Widerstand. Inzwischen gab und gibt es zahlreiche Informationsveranstaltungen zur Geschichte des Hauses. Aus diesem Kontext stammt ein Vortrag von Wolfgang Kopitzsch, Historiker und ehemaliger Polizeipräsident von Hamburg, über die Hamburger Polizei im Nationalsozialismus, den wir hier dokumentieren. Der Autor beschreibt den Aufbau und die Aufgaben der Polizei nach 1933 und im Krieg, insbesondere die Beteiligung von Hamburger Polizeieinheiten an den Verbrechen in den besetzten Gebieten.

In einem weiteren Beitrag steht die Auseinandersetzung mit der Erinnerung an vertriebene oder ermordete Hamburger und Hamburgerinnen nach 1945 im Vordergrund. Die Historikerin Erika Hirsch stellt ehemalige Schülerinnen und Schüler der Israelitischen Töchterschule vor, die sie als Leiterin der gleichnamigen Gedenk- und Bildungsstätte kennenlernte. Die Erzählungen dieser Frauen und Männer und vor allem die Begegnungen mit ihnen in der alten Schule prägten in besonderer Weise die pädagogische Arbeit der Gedenkstätte. Mit großer Empathie würdigt Erika Hirsch die Initiative dieser Personen, die trotz ihrer Verfolgungserfahrungen und der Ermordung von Familienangehörigen in ihre Geburtsstadt zurückkehrten und sich für die Erinnerung an das jüdische Schulwesen und an jüdische Persönlichkeiten in Hamburg einsetzten. Diese Aktivitäten, in denen sich Wechselbeziehungen zwischen Zeitzeugen, Fachleuten und interessierten Laien ergaben, gehören zur städtischen

- 1 Vgl. Lebendiges Museum Online: <https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/plakat-wir-haben-die-erde-von-unseren-kindern-nur-geborgt.html> [22.1.2020].
- 2 Das Stadthaus in Hamburg. Zentrum von Terror und Unterdrückung 1933 bis 1945. Das Ringen um einen würdigen Gedenk- und Lernort, hg. von der Initiative Gedenkort Stadthaus, Hamburg 2019.
- 3 Online-Portal: Stätten der Erinnerung in Hamburg, hg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und der Landeszentrale für politische Bildung. Zum Stadthaus: <https://www.gedenkstaetten-in-hamburg.de/gedenkstaetten/gedenkort/geschichtsort-stadthaus/> [17.3.2020].

Erinnerungskultur der 1980er und 1990er Jahre, deren Genese und Akteure noch weiter erforscht werden müssen.

Runde Jahrestage bieten eine andere Herangehensweise an Erinnerungen, Historisierungen und Aufklärung. Auch im letzten Jahr haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH wieder mit ihrer Expertise an manchen Jubiläen und Jahrestagen beteiligt. So fand etwa zum Themenjahr »Hamburg 1918.1919 – Aufbruch in die Demokratie« in der Patriotischen Gesellschaft eine große Veranstaltung zum 100. Jahrestag der ersten demokratischen Wahl in Deutschland statt, gemeinsam organisiert von der FZH, der Landeszentrale für politische Bildung und der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung. An dem Festvortrag zur Einführung des Frauenwahlrechtes in Deutschland 1918/1919, der im vorliegenden Jahresbericht dokumentiert wird, sowie der Preisverleihung für einen Schülerinnen- und Schülerwettbewerb nahmen knapp 300 Personen teil. Weitere Beiträge aus der FZH kamen zur Hundertjahrfeier der Universität Hamburg (»Sommer des Wissens«) sowie zur Geschichte des Bauhauses 1919.

Schließlich nimmt Christoph Strupp nicht einen Jahrestag, sondern bestimmte Objekte in den Blick, um spezifische Probleme der Hafengeschichtsschreibung zu diskutieren. Sein Beitrag beschäftigt sich am Beispiel von Museen und historischen Schiffen mit der Frage, ob und wie der wirtschaftliche Strukturwandel in der Musealisierung und Präsentation von Hafengeschichte eine Rolle spielt. Welche Leerstellen die heute intensiv betriebene Pflege des maritimen Erbes entstehen lässt, beschreibt Christoph Strupp ebenso wie die Pfadabhängigkeiten, die sich aus der Auswahl von historischen Objekten ergibt.

Im letzten Jahr, am 5. April 2019, verstarb der langjährige Direktor der FZH, Prof. Dr. Axel Schildt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH haben sich nach seiner Verabschiedung aus dem Amt weiter eng mit ihm verbunden gefühlt; eine tiefe Trauer prägte daher die Tage und Wochen nach seinem Tod. Die vielen Nachrufe zeigten, dass Axel Schildt geschätzt, gelesen und geliebt worden war und dass er eine große Lücke hinterlässt. Bis wenige Tage vor seinem Tod hat er noch an seinem *opus magnum* zur Geschichte der Medien-Intellektuellen in der Bundesrepublik geschrieben. Ein großartiges Manuskript von mehr als tausend Seiten liegt nun vor, des-

sen Herausgabe gemeinsam von Gabriele Kandzora und Detlef Siegfried vorbereitet wird. An Axel Schildts 68. Geburtstag, dem 9. Mai 2019, fand eine Gedenkveranstaltung im Körber-Forum statt, an der seine Familie, viele Kolleginnen und Kollegen, Weggefährten und Freunde teilnahmen. Die überwältigende Anteilnahme war wohl für alle ein großer Trost. Ein besonderer Dank geht daher an die Körber-Stiftung, namentlich an Dr. Lothar Dittmer, der diese Gedenkfeier ermöglicht und großzügig gefördert hat.

Die Arbeit in der FZH ging auch in diesen Wochen weiter, mit sehr erfreulichen Entwicklungen. Drei neue wissenschaftliche Mitarbeiterinnen nahmen im Frühjahr 2019 ihre Tätigkeit auf. Hannah Rentschler unterstützt seit dem 1. Februar 2019 die stellvertretende Direktorin und entwickelt ein eigenes Forschungsprojekt zur Geschichte der Frauenpolitik in der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren. Dr. Alexandra Jaeger begann Mitte März 2019 damit, die von der Hamburger Bürgerschaft beschlossene historische Aufarbeitung des sog. Radikalenerlasses von 1972 in Hamburg im Auftrag des Personalamtes umzusetzen. Sie erarbeitet u. a. eine Ausstellung, die im Frühjahr 2020 eröffnet werden soll. Schließlich führt Jessica Erdelmann seit dem 1. April 2019 ihr von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördertes Projekt »Nutznießer des Nationalsozialismus nach 1945. Vermögenskontrolle und materielle Entnazifizierung in Hamburg und München« fort. Im vorliegenden Jahresbericht stellt sie ihr Projekt an einem anschaulichen Beispiel vor. PD Dr. Knud Andresen war zeitweise beurlaubt, um Vertretungsprofessuren an den Universitäten Greifswald und Hamburg wahrnehmen zu können. Alle anderen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter forschten und publizierten weiter in ihren Projekten,

die hier im Tätigkeitsbericht ab Seite 153 dokumentiert sind. Moritz Liebenecht verteidigte erfolgreich seine Dissertationsschrift zum Thema »Die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung (DGfS) von 1950 bis in die 1970er Jahre«, und Matthias Röhr stellte seine Doktorarbeit »Pioniere des Digitalen. Die Hacker- und Mailboxszene der 1980er Jahre« fertig. Auch Anne Kurr, Stipendiatin an der FZH im Jahr 2018, reichte ihre Dissertation zum Thema »Reichtum in der Bundesrepublik. Gesellschaftliche Wahrnehmung und Umgangsformen seit Mitte der 1960er Jahre bis zur Wiedervereinigung« ein.

Schließlich erreichte uns im Sommer noch eine freudige Nachricht: Prof. Dr. Thomas Großbölting nahm den Ruf auf die Professur für Zeitgeschichte an der Universität Hamburg an und wird damit zugleich auch zum Direktor der FZH ernannt. Im August 2020 wird er nach Hamburg kommen – dann wird eine knapp dreijährige Übergangszeit, in der die Leitung der FZH allein bei der stellvertretenden Direktorin lag, beendet sein.

Die FZH erhielt auch 2019 wieder Drittmittel zur Förderung von Forschungen und Publikationen, insbesondere von der DFG, vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg sowie der Hamburger Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung (BWFG). Wir danken allen Zuwendungsgebern sehr für ihre Unterstützung, in der BWFG namentlich Frau Staatsrätin Dr. Gümbel sowie Frau Wilms und Frau Sachau-Böhmert, die uns in allen Fragen mit Rat und Tat unterstützen. Die Mitglieder des Kuratoriums sowie des Wissenschaftlichen Beirates trugen mit Nachfragen und Diskussionen zur Profilierung und Themenfindung bei – auch ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Die Ergebnisse unserer Forschungsprojekte sollen in Wissenschaft und Öffentlichkeit vermittelt werden; dazu wurde auch 2019 wieder viel publiziert, getagt, vorgetragen und diskutiert. Drei Publikationen sind in den FZH-Reihen erschienen: Eva Maria Gajek, Anne Kurr und Lu Seegers haben die Beiträge einer Tagung zum Thema »Reichtum in Deutschland. Akteure, Räume und Lebenswelten im 20. Jahrhundert«, die 2016 in der FZH stattgefunden hatte, zusammengestellt und mit einer instruktiven Einleitung herausgegeben. Alexandra Jaegers Pionierstudie zum sog. Radikalenbeschluss erschien unter dem Titel »Auf der Suche nach ›Verfassungsfeinden‹. Der Radikalenbeschluss 1971–1987« und erhielt sehr viel positive Resonanz in regionalen und überregionalen Medien. Hannah Rentschler

publizierte ihre Studie zur »Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen 1966–1986«, die auf eine Masterarbeit an der Universität Hamburg zurückgeht. Joachim Szodrzynski hat diese Arbeiten lektoriert. Ihm sowie Hajo Gevers vom Wallstein Verlag und Sabine Niemann von Dölling & Galitz gilt unser Dank!

Neben den regelmäßigen Veranstaltungsreihen im Frühjahr und Herbst fanden 2019 zwei Konferenzen in der FZH statt. Zum einen konnten wir in Kooperation mit einem an der TU Darmstadt angesiedelten DFG-Projekt unter der Leitung von Prof. Dr. Dieter Schott eine Tagung zur Geschichte von Großsiedlungen unter dem Titel »Anders Wohnen. Großsiedlungen und die Konstruktion von Differenz seit den 1970er Jahren« durchführen. Zum anderen luden FZH, der Arbeitskreis Historische Frauen- und Geschlechterforschung sowie die Universität Hamburg, vertreten durch Prof. Dr. Angelika Schaser, zu einer Konferenz über die Geschichte der Frauenbewegungen im 20. Jahrhundert ein. Zusammen mit dem Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und dem LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte Münster wurde außerdem im September 2019 in München ein Workshop über »Regionalität und Globalität in der jüngsten Zeitgeschichte Europas. Vermessung eines neuen Forschungsfeldes« durchgeführt. Daneben gehörte und gehört die FZH auch weiterhin zu den Mitveranstaltern des »Kolloquiums zur Geschichte der Arbeitswelten und der Gewerkschaften«. Im Juni 2019 beteiligte sich die FZH am »Sommer des Wissens«, der anlässlich des Jubiläums der Universität Hamburg auf dem Rathausmarkt stattfand. Jessica Erdelmann, Sebastian Justke, Lena Langensiepen und Dr. Christoph Strupp präsentierten dort das Profil der FZH, die Tätigkeit der Werkstatt der Erinnerung sowie Themen der Hamburger Zeitgeschichte. Im Haus selbst wurden zudem Führungen

durch Bibliothek und Archiv angeboten. Maike Raap begleitete als Öffentlichkeitsreferentin alle medialen und öffentlichen Auftritte der FZH.

Business as usual also, auch im letzten Jahr. Zu diesem Befund gehört es, nochmals auf die drängenden Platzprobleme im Archiv und in der Bibliothek hinzuweisen. Kurzfristig konnte mit der Auslagerung von kleineren, unbearbeiteten Archivbeständen eine Entlastung erreicht werden. Außerdem wurde der Aufnahmestopp für neues Archivmaterial verlängert, was aber auf Dauer keine Lösung sein kann. Beide Einrichtungen der FZH brauchen daher dringend mehr Platz – hoffen wir, dass dazu bald konkrete Initiativen vorgestellt werden. Dieser Jahresbericht dokumentiert aber zunächst einmal, wie sich Archiv und Bibliothek auch 2019 weiterentwickelt haben. Der Bestand der Bibliothek liegt nun bei rund 100 000 Bänden. Nach langjähriger Vorbereitung konnte der Vorlass von Prof. Dr. Joist und Dr. Inge Grolle in das Archiv aufgenommen werden. Zahlreiche Bitten um Überlassung von Medien für Ausstellungen oder wissenschaftliche Arbeiten erreichten sowohl das Archiv als auch die Bibliothek und die Werkstatt der Erinnerung. Letztere wird vor allem im nächsten Jahr im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, denn 2020 wird das Jahr der Oral History in Hamburg! Die Werkstatt der Erinnerung (WdE) feiert dann ihr dreißigjähriges Bestehen. Dr. Linde Apel, die Leiterin der WdE, war 2019 zu einem Gastaufenthalt in Indien und fasst in diesem Jahresbericht Diskussionen und Eindrücke eines internationalen Workshops zur Oral History in Delhi zusammen. Feierlich erinnert werden könnte 2020 auch an die Gründung des Vorgängerinstituts der FZH, die »Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg«, im Jahre 1960. Das Jubiläum der Werkstatt der Erinnerung nimmt aber in gewisser Hinsicht die mit der damaligen Institutsgründung verbundenen Intentionen in sich auf. Schließlich ging es in der WdE zuerst darum, Erinnerungen von Verfolgten des Nationalsozialismus zu sammeln. Inzwischen hat sich das Themenspektrum der WdE zwar deutlich erweitert, aber der Bezug auf die Geschichte des Nationalsozialismus bleibt nach wie vor präsent. Darüber, über die WdE und ihre Geschichte sowie über weitere neue FZH-Projekte berichten wir dann im nächsten Jahr.

Kirsten Heinsohn
Hamburg, im Januar 2020

DER ETWAS ANDERE INTELLEKTUELLE

Axel Schildt (1951–2019)¹

Eine Geschichte der Intellektuellen in Medien und Kultur der Bundesrepublik – das war das letzte Projekt des Hamburger Historikers Axel Schildt, der am 5. April 2019 im Alter von nur 67 Jahren verstorben ist. Wissenschaftlich fundierte und politisch engagierte Interventionen in öffentlichen Debatten waren Teil auch seines eigenen intellektuellen Lebens, zuletzt in der Diskussion um die Resolution des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands 2018, aber auch in der städtischen Öffentlichkeit, wo er als langjähriger Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) immer wieder den Umgang mit der NS-Vergangenheit in Medien und Selbstdarstellungen von Institutionen kritisierte. Intellektuell waren aber auch seine privaten Beobachtungen von mancherlei alltäglichen, oft skurrilen Begegnungen, die er gern mit Kolleginnen und Kollegen teilte. Axel Schildt las alle verfügbaren Zeitungen, er sah viel fern, er hörte mit Hingabe Rockmusik der Gegenkultur, vor allem Grateful Dead und natürlich Bob Dylan, er genoss anregende Gespräche mit Freunden und er fühlte sich für die Menschen, die mit ihm beruflich verbunden waren, verantwortlich. Seine intellektuelle Neugier führte ihn nicht in den Elfenbeinturm, sondern mitten ins Getümmel: politisch und kritisch, offen für Argumente, anregend für seine Mitstreiter, verbindlich im Umgang und stets zielorientiert, effektiv. Axel Schildt

1 Der Nachruf ist zunächst erschienen in: H-Soz-Kult, 12.4.2019, www.hsozkult.de/news/id/news-1294

gehörte selbst zur Gruppe der (Medien-) Intellektuellen; er war ein *public intellectual* mit Bodenhaftung.

Die Tätigkeit zunächst als stellvertretender, dann Direktor der FZH und zugleich Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg von 2002 bis 2017 bot ihm dafür ein ideales Feld. Bis er dieses Feld gewinnbringend bestellen konnte, war es jedoch ein langer

Weg, nicht unüblich für die Wissenschaft des späten 20. Jahrhunderts. Nach hervorragender Promotion bei Reinhard Kühnl in Marburg zur Rolle der Reichswehrführung am Ende der Weimarer Republik ging Axel Schildt ins Referendariat nach Hamburg. Er wäre sicher auch ein guter Lehrer geworden, aber die Forschung reizte den damals 30-Jährigen doch mehr. In den folgenden Jahren setzte er auf neue wissenschaftliche Themen und stieß damit innovative Forschungsfragen der Zeitgeschichte an. Seine Arbeiten zur westdeutschen Gesellschaft der 1950er Jahre, die als Habilitation 1995 unter dem Titel »Moderne Zeiten« erschienen, stellten die Restaurationsthese nachhaltig in Frage, indem sie die vielfältigen Ambivalenzen zwischen Beharrungskräften und Modernisierungserscheinungen differenziert analysierten. Diese Denkrichtung behielt Axel Schildt auch in folgenden Untersuchungen bei. Was war neu, modern in den Sechzigern oder Siebzigern, wo zeigten sich rückwärtsgewandte Tendenzen? Wie entwickelten sich Kultur und Medien sowie ihre Vermittlungsinstanzen in der Bundesrepublik? Wie schreibt man eine Sozial- und Politikgeschichte des Konservatismus? Wie erzählen wir überhaupt die Geschichte der Bundesrepublik? Axel Schildts Antworten auf diese Fragen finden sich in zahlreichen Publikationen und



Foto: Maike Raap.

Herausgeberschaften. Seine kurze Skizze zu den »Fünf Möglichkeiten, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen« von 1999 war Ausgangspunkt für die Festschrift »Mehr als *eine* Erzählung«, die zu seinem 65. Geburtstag erschien.

1997, nach Jahren der Projektarbeit und Lehrstuhlvertretungen, bekam er seine erste unbefristete Stelle als stellvertretender Direktor der neu errichteten Stiftung FZH. In den folgenden Jahren stieg die Zahl seiner wissenschaftlichen Beiträge weiter kontinuierlich an; mehr als 270 Aufsätze hat Axel Schildt publiziert und außerdem viele Fachgremien über lange Zeiträume mit seiner Expertise bereichert, u. a. die Akademie der Wissenschaften in Hamburg, das Fachkollegium Geschichtswissenschaft der DFG und die Zentraljury des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten bei der Körber-Stiftung. Sein Rat war auch in vielen öffentlichen Gremien in der Stadt und im Bund gefragt. 2016 wurde ihm in Hamburg die »Medaille für Kunst und Wissenschaft« verliehen.

Seine intellektuelle Neugier übertrug Axel Schildt ebenso auf seine Lehre als Professor. Er hielt vielbesuchte und gut besuchte Vorlesungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, bot immer wieder neue Themen in seinen Seminaren an und fand auf diese Weise viele gute Studierende, die er zur Promotion oder darüber hinaus begleitete. Axel Schildt hat dabei keine im engeren Sinne eigene »Schule« gegründet; vielmehr war er offen für unterschiedliche Perspektiven und Methoden der Geschichtswissenschaft – allerdings musste quellengestützt und empirisch nachvollziehbar argumentiert werden.

Auch die Intellektuellengeschichte, an der er noch bis wenige Tage vor seinem Tod schrieb, berichtet nicht nur von geistigen Höhenflügen, sondern auch schlicht von Produktionsbedingungen der Medien und davon,

wie diese von Intellektuellen genutzt wurden, von Löhnen und Honoraren, vom Wert der intellektuellen Arbeit in einer kapitalistischen Welt. Dieses spannende Projekt eines so integren Wissenschaftlers und Kollegen ist unvollendet; es bleiben seine intellektuellen Anregungen und die Erinnerung an einen warmherzigen, humorvollen Menschen.

WEITERE NACHRUFE (IN AUSWAHL)

- Norbert Frei, *Moderne Zeiten*, in: *Süddeutsche Zeitung* (9.4.2019)
- Martin Sabrow, *Die Jahre, die er kannte. Zum Tode des Hamburger Zeithistorikers Axel Schildt*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (9.4.2019)
- KZ-Gedenkstätte Neuengamme, *Am vergangenen Freitag verstarb Prof. Dr. Axel Schildt* (9.4.2019)
- Universität Hamburg/Arbeitsbereich *Deutsche Geschichte*, *Nachruf auf Prof. Dr. Axel Schildt* (9.4.2019)
- Universität Hamburg, *Newsroom*, *Die Universität Hamburg trauert um Prof. Dr. Axel Schildt* (11.4.2019)
- Vorstand und Geschäftsführung des VHHD, *Nachruf auf Axel Schildt* (12.4.2019)
- Marianne Zepp, Christoph Becker-Schaum und Roman Schmidt für die *Heinrich-Böll-Stiftung*, *Nachruf auf Axel Schildt (1951–2019)* (12.4.2019)
- Frank Bösch für das *Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam*, *Das ZZF gedenkt des verstorbenen Zeithistorikers Axel Schildt* (12.4.2019)
- Mario Keßler, *Axel Schildt*, in: *Das Blättchen* (15.4.2019)
- *Willy-Brandt-Stiftung*, *In Memoriam Prof. Dr. Axel Schildt* (16.4.2019)
- *L.I.S.A.-Wissenschaftsportal*, »Er stieß das Tor zur Exploration der westdeutschen Gesellschaftsgeschichte weit auf«, *Interview von Georgios Chatzoudis mit Detlef Siegfried zum Tod von Axel Schildt* (30.4.2019)
- *DER SPIEGEL* 16/2019: *Nachrufe*
- Detlef Siegfried, *Axel Schildt (1951–2019)*, in: *Historische Zeitschrift* 310 (2020), H 1, S. 101.

IM BANN DES AUTHENTISCHEN?

Historische Schiffe und maritime Museen
in Hamburg

- 1 Vgl. den Überblick über die Hafendenkmäler in: Christoph Schwarzkopf, Hafendenkmalpflege in Hamburg, in: Die Denkmalpflege 74 (2016), H. 1, S. 56–69. – Ich danke Jana Matthies für ihre Unterstützung bei der Literaturbeschaffung für diesen Aufsatz. Erste Überlegungen zum Thema wurden im August 2018 auf dem Kongress der European Association for Urban History in Rom vorgestellt.
- 2 Janine Schemmer, Hafenarbeit erzählen. Erfahrungs- und Handlungsräume im Hamburger Hafen seit 1950, München/Hamburg 2018 (Forum Zeitgeschichte, Bd. 28), S. 303.
- 3 Vgl. Henning Sietz, Annäherung an eine sperrige Schenswürdigkeit. Der Hamburger Hafen ist für Touristen und Einheimische ein schwieriges Terrain, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.4.1999.
- 4 Vgl. zur Vorgeschichte auch Jörn Weinhold, Port Culture. Maritime Entertainment and Urban Revitalisation, 1950–2000, in: Martina Heßler/Clemens Zimmermann (Hg.), Creative Urban Milieus. Historical Perspectives on Culture, Economy, and the City, Frankfurt/Main 2008, S. 179–205.

Wer heute von Westen her am Ufer der Elbe entlanggeht, blickt nicht nur auf den Hamburger Hafen mit den großen Containerterminals, Werften und Industriebetrieben, sondern begegnet immer wieder auch Zeugen der maritimen Vergangenheit der Stadt: von den Traditionsschiffen im Museumshafen Övelgönne und der Fischauktionshalle in Altona über die Museumsschiffe »Rickmer Rickmers« und »Cap San Diego« an den St. Pauli Landungsbrücken bis zur Speicherstadt und der HafenCity mit dem Internationalen Maritimen Museum im ehemaligen Kaispeicher B, den Traditionsschiffen im Sandtorhafen und den alten Portalkränen am Baakenpark. Von der Plaza der Elbphilharmonie sind das Hafendomuseum Hamburg in den kaiserzeitlichen »50er Schuppen« und das Museumsschiff »MS Bleichen« auf der Südseite der Elbe zu sehen.¹ In der zweiten Hälfte der 2020er Jahre werden mit dem Bau des Deutschen Hafendomuseums auf dem Kleinen Grasbrook und seinem »Leitobjekt«, dem restaurierten Viermaster »Peking«, spektakuläre Ergänzungen hinzukommen.

Die historischen Schiffe aus der Zeit vor den Containern und die alten Gebäude bilden mit dem Fluss selbst und den Hafenanlagen auf der Südseite der Elbe einen »maritimen Erlebnisraum [...]«,² der auf emotionaler Ebene wirkt und dabei vor allem von der



»Cap San Diego«, »Rickmer Rickmers« und »MS Bleichen« (v.l.) an den St. Pauli-Landungsbrücken, 2007. Quelle: Wikimedia.

Authentizität seiner Elemente profitiert. Das eigentliche Hafengelände ist allerdings für die Öffentlichkeit nicht zugänglich.³ Mehrmals im Jahr bildet dieses Ensemble die Kulisse für den Hafengeburtstag (seit 1977), die »Hamburg Cruise Days« mit der Lichtinstallation »Blue Port« (seit 2008), das »Elbjazz-Festival« (seit 2010), das »Elbfest« mit der »Parade der Traditionsschiffe« (seit 2016) sowie die als Volksfeste inszenierten Taufen von Kreuzfahrtschiffen. Sie locken immer wieder hunderttausende Besucherinnen und Besucher an.⁴

Strukturwandel und Musealisierung im Hafen

- 5 Vgl. Gene Desfor / Jennefer Laidley / Quentin Stevens / Dirk Schubert (Hg.), *Transforming Urban Waterfronts. Fixity and Flow*, New York, NY 2011 (Routledge *Advances in Geography*, Bd. 3); Dirk Schubert (Hg.), *Hafen- und Uferzonen im Wandel. Analysen und Planungen zur Revitalisierung der Waterfront in Hafenstädten*, Berlin 2001 (Edition Stadt und Region, Bd. 3); Brian Hoyle, *Global and Local Change on the Port-City Waterfront*, in: *Geographical Review* 90 (2000), S. 395–417.
- 6 Vgl. Dirk Schubert, *Ikonen des Handels. Identitätsstiftende Speichergebäude in Seehafenstädten zwischen Erhalt und Kommerz*, in: *Forum Stadt* 45 (2018), S. 344–370, Zitat: S. 345; Glen Norcliffe / Keith Bassett / Tony Hoare, *The Emergence of Post-modernism on the Urban Waterfront. Geographical Perspectives on Changing Relationships*, in: *Journal of Transport Geography* 4 (1996), H. 2, S. 123–134.
- 7 Vgl. Manfred F. Fischer, *Denkmalpflege im Hamburger Hafen. Technische Kulturdenkmäler im Wandel*, in: *Industriekultur und Arbeitswelt an der Wasserkante. Zum Umgang mit Zeugnissen der Hafen- und Schiffahrtsgeschichte. Internationales Hamburger-Hafendenkmalpflege-Symposium*, 6.–9. September 1989, Hamburg 1992 (Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Hamburg, Bd. 11), S. 28.
- 8 Vgl. Vera Fengler, *Deutsches Hafendomuseum bekommt zwei Standorte / Bau für Hafendomuseum beginnt 2023*, in: *Hamburger Abendblatt (HA)*, 29.5.2019.

Formen der Musealisierung und Inszenierung maritimer Vergangenheit lassen sich weltweit in vielen Hafenstädten beobachten. Sie konzentrieren sich auf Flächen, die im Zuge des technischen Wandels der Schifffahrt und des Warentransports für die Häfen nicht mehr nutzbar waren und zugunsten von Wohnungsbau, Kultur- und Freizeiteinrichtungen überplant wurden. Bereits der Aufstieg des Öls und die Ansiedlung von Schwerindustrie an der Küste nach 1945 veränderten die Raumstrukturen der Häfen. Der Siegeszug der Container im Stückgutverkehr ab Mitte der 1960er Jahre beschleunigte diese Entwicklung. Neue Hafenterrassen wurden flussabwärts erschlossen und an manchen traditionellen Standorten wie London oder Rotterdam verschwanden die Häfen vollständig aus der Stadt. Zudem wurden wesentlich weniger Hafentarbeiter beschäftigt und damit sank die Zahl der Menschen, die unmittelbar Kontakt mit Schifffahrt und Hafen hatten.⁵ An die Stelle lauter, schmutziger und gefährlicher Arbeitsorte und der Halbwelt der alten Hafenviertel traten städtebaulich aufgewertete und begehrte neue Stadtquartiere am Wasser. Maritime »Traditionsinseln« – alte Speichergebäude, Kräne, Kanonen oder Ankerketten – wurden als dekorative Ornamente integriert und sollten den Quartieren die Atmosphäre verleihen, die die meist sterile und austauschbare Gebäudearchitektur nicht bieten konnte.⁶

Hamburg ist dieser Entwicklung als eine der wenigen Hafenstädte in Europa nur eingeschränkt gefolgt: Der Hafen liegt nach wie vor in der Stadt. Aufgegeben wurden lediglich Flächen am Nordufer der Elbe in Altona und in der heutigen HafenCity sowie das Gelände der in den 1960er Jahren insolvent gegangenen Stülcken-Werft auf Steinwerder, das heute zwei Musi-

caltheter beherbergt. Dies führte immer wieder zu Konflikten zwischen den Anforderungen des Hafensbetriebs und der Musealisierung seiner Vergangenheit.⁷ Sie lassen sich von der jüngsten mühsamen Suche nach einem Standort für das Deutsche Hafenmuseum⁸ über die Diskussionen um die Zukunft der Speicherstadt Ende der 1980er Jahre bis zu den behördlichen Einwänden gegen den Museumshafen Övelgönne Mitte der 1970er Jahre zurückverfolgen. Bis 2013 konnten ohne die Zustimmung der Wirtschaftsbehörde im Hafen keine Denkmaleinträge vorgenommen werden. Noch Ende der 1980er Jahre enthielt die Denkmalliste Hamburgs nicht einen einzigen Eintrag für den Hafen, immerhin eine Fläche von über 7000 Hektar.⁹ Der Umgang der Stadt mit dem materiellen Erbe gestaltete sich schwierig, obwohl Hamburg mit dem Image des Maritimen schon in der Zwischenkriegszeit aktiv warb und sich als »Tor zur Welt« präsentierte¹⁰ und obwohl in einer Emnid-Umfrage von 1980 64 Prozent der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger Hamburg mit den Schlagworten »Hafenstadt – Schifffahrt – Nordsee« assoziierten.¹¹

Der belgische Hafenfachmann Eric van Hooydonk hat vor einigen Jahren Hafenstädte und Häfen aufgefordert, sich auf ihre »soft values« zu besinnen und damit öffentlicher Kritik an dem hohen Investitionsbedarf und der negativen Umweltbilanz der Häfen zu begegnen. Van Hooydonk forderte u. a., durch die Gründung von Hafemuseen, die Kennzeichnung alter Hafengebäude und anderer »Originale« sowie durch die Organisation entsprechender »Events« das Bewusstsein für die historische Bedeutung der Häfen zu stärken und die Bevölkerung wieder an die Häfen heranzuführen.¹²

Tatsächlich lässt sich auch für Hamburg seit ungefähr Mitte der 1970er Jahre eine zeitliche Parallelität zwischen zunehmender Entfremdung vom »gesichtslosen« Containerhafen und vermehrter Kritik an der hafensorientierten Wirtschaftspolitik des Senats einerseits und Elementen einer Musealisierung und Festivalisierung des Hafens andererseits beobachten. So wurde der Hafengeburtstag in seiner heutigen Form als mehrtägiges Volksfest erstmals im Mai 1977 began-

9 Vgl. Schwarzkopf, Hafendenkmalpflege, S. 57; Ingo von Münch, Industriedenkmalpflege ist Zukunftsplanung, in: Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (Hg.), Aspekte und Perspektiven der Hafendenkmalpflege, Bonn 1989 (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 40), S. 53 – 58, hier S. 56.

10 Vgl. Lars Amenda, »Welthafenstadt« und »Tor zur Welt«. Selbstdarstellung und Wahrnehmung der Hafenstadt Hamburg 1900 – 1970, in: Deutsches Schifffahrtsarchiv 29 (2006), S. 137 – 158.

11 Vgl. Emnid Informationen 32 (1980), H. 5, S. 15, A16-A21.

12 Vgl. Eric van Hooydonk, Soft Values of Seaports. A Plea for Soft Values Management by Port Authorities, in: Theo Notteboom (Hg.), Ports are more than Piers. Liber amicorum presented to Prof. Dr. Willy Winkelmann, Antwerpen 2006, S. 95 – 145.

13 Herbert Fricke, Das Wort zum Montag, in: Hamburger Morgenpost, 8.5.1978.

14 Vgl. Marichela Sepe, Urban History and Cultural Resources in Urban Regeneration. A Case of Creative Waterfront Renewal, in: Planning Perspectives 28 (2013), S. 595–613.

15 Vgl. Hermann Lübbe, Der Fortschritt und das Museum. Über den Grund unseres Vergnügens an historischen Gegenständen, London 1982.

16 Vgl. Tobias Becker, The Meanings of Nostalgia. Genealogy and Critique, in: History and Theory 57 (2018), S. 234–250; Sabine Sielke, Nostalgie – »die Theorie«. Eine Einleitung, in: dies. (Hg.), Nostalgie. Imaginierte Zeit-Räume in globalen Medienkulturen, Frankfurt/Main 2017, S. 9–31; Paul Betts, Remembrance of Things Past. Nostalgia in West and East Germany, 1980–2000, in: Paul Betts/Greg Eghigian (Hg.), Pain and Prosperity. Reconsidering Twentieth-Century German History, Stanford, CA 2003, S. 178–207. Vgl. zum Heimatdiskurs seit den 1970er Jahren Jens Jäger, Heimat, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 9.11.2017, URL: http://docupedia.de/zg/jaeger_heimat_v1_de_2017?oldid=128264, S. 23.

gen. Die Presse würdigte ihn frühzeitig als Gelegenheit für Hamburger Bürgerinnen und Bürger, »ihr hanseatisches Zusammengehörigkeitsgefühl« und ihre Liebe zum Hafen zu zeigen.¹³ Eine breiter fundierte maritime Vergangenheitspolitik setzte in Hamburg aber erst mit dem Bau der HafenCity in den frühen 2000er Jahren ein. Dabei ging es zunächst darum, im Einklang mit internationalen Vorbildern den neuen durchgeplanten Stadtteil ästhetisch und atmosphärisch aufzuwerten, aber darüber hinaus sollte die Indienstnahme der Geschichte dazu dienen, städtische Identität nach innen zu stärken und nach außen im Wettbewerb um Städtetouristen zu punkten.¹⁴

Die Anfänge des heutigen maritimen Ensembles liegen in den frühen 1970er Jahren und gingen von privaten Initiativen aus. Dabei spielten nostalgisch geprägte Sehnsüchte nach einer vergangenen, aber von den Betroffenen noch selbst erlebten Welt eine wesentliche Rolle. Man wollte die Beschleunigung des kulturellen und technologischen Wandels und das Ende des klassischen Industriezeitalters durch Ästhetisierung und Erhaltung seiner Objekte ausgleichen, wie es der Philosoph Hermann Lübbe 1982 formulierte.¹⁵ Zeitgenössisch wurde die »Nostalgiewelle« der 1970er und 1980er Jahre als naiv, eskapistisch oder sogar reaktionär kritisiert. Neuere Studien betonen dagegen, dass es auch ein genuines Interesse an der Geschichte der eigenen Heimat gab, das sich an materielle Überreste der Vergangenheit band.¹⁶

Museumsschiffe und Hafenmuseen

In Hamburg fand sich 1973 eine Gruppe von Privatleuten (»Freunde des Gaffelriggs«) zusammen, die sich dafür einsetzte, im Bezirk Altona an der Stelle eines ehemaligen Sportboothafens am nördlichen Elbufer Liegeplätze für kleinere historische Schiffe zu schaffen.¹⁷ Nach mühsamen Verhandlungen mit den Behörden wurde der Museumshafen Övelgönne im Mai 1977 eröffnet und beherbergt heute nach einigen Erweiterungen mehr als 30 sogenannte Traditionsschiffe, die zum Teil über 80 Jahre alt sind. Fast alle befinden sich in Privatbesitz, wurden sorgfältig restauriert und sind noch fahrtüchtig.¹⁸ Der Museumshafen wird von Ehrenamtlichen betrieben, denen es nach eigenem Verständnis nicht um ein »Schiffsmausoleum« geht, sondern »um einen lebendigen Hafen mit [...] historischen Wasserfahrzeugen«.¹⁹ In diesem Sinne betonte 1983 der Direktor des Museums für Hamburgische Geschichte, Jörgen Bracker, dass der Hafen und die Schiffe vergangene Arbeitswelten und Techniken auf eine Weise lebendig hielten, die Angestellte eines staatlichen Museums überfordern würde. Zudem sah Bracker in den Schiffen einen »attraktiven Blickfang« am Elbufer und deutete damit touristische und stadtplanerische Dimensionen an, die auch bei späteren maritimen Musealisierungsjahren in Hamburg immer mitschwangen.²⁰

Kritisierten die Betreiber zunächst die Stadt dafür, dass sie sich nicht ausreichend für die alten Schiffe und damit für ihre eigene Vergangenheit engagiere und im Vergleich zu anderen europäischen Hafenstädten ein »penibles Pfeffersack-Gebaren« zeige,²¹ hat sich der Museumshafen Övelgönne inzwischen fest etabliert und erhält auch projektbezogene Fördermittel.²² Die Traditionsschiffe können für private Touren gebucht werden und nehmen an Veranstaltungen wie dem Hafengeburtstag teil.

Als erstes großes Museumsschiff kam Mitte der 1980er Jahre der Dreimaster »Rickmer Rickmers« in

17 Bereits 1957 hatte der damalige Direktor des Museums für Hamburgische Geschichte Walter Hävernick über »Museumsschiffe in Fahrt« nachgedacht, war damit aber auf keine Resonanz gestoßen.

18 Vgl. Museumshafen Övelgönne e. V. (Hg.), *Hafenlotse: Wegweiser durch den Museumshafen*, Hamburg 2004; Eigel Wiese, *Hamburgs maritime Schätze. An Bord der Traditionsschiffe auf Elbe und Alster*, Hamburg 2018; Dieter Bönig, *Museums- und Traditionsschiffe in Hamburg*, Berlin 2010.

19 Museumshafen Övelgönne e. V. (Hg.), *Hafenlotse*, S. 9.

20 Jörgen Bracker, *Övelgönne. Ein Museum dümpelt auf der Elbe*, in: *Övelgönner Courier* H. 7 (Mai 1983), S. 5–6, Zitat: S. 6.

21 Unterm Strich: Zur Diskussion, in: *Övelgönner Courier* H. 2 (Mai 1979), S. 10. Vgl. auch die bissige Glosse »Port Arthur«, in: *Piekfall* (1980), H. 19, S. 39, sowie Joachim Kaiser, *Museumshafen Övelgönne. Neuer Liegeplatz für alte Schiffe*, in: *Yacht* 74 (1977), H. 5, S. 89–94.

22 Vgl. Bob Geisler, 2,3 Millionen für den Museumshafen Övelgönne, in: *HA*, 2.8.2019.



BILD-Hamburg unterstützt die Kampagne »Windjammer für Hamburg«. Quelle: Privatbesitz.

den Hafen. 1974 gründeten 26 Hamburger Bürger einen Verein, um Spenden für einen historischen »Windjammer für Hamburg« zu sammeln. Im Oktober 1976 fragte die Boulevardzeitung *BILD* rhetorisch, ob die Stadt wirklich ein altes Segelschiff brauche, und appellierte an die Emotionen ihrer Leser: »Bevor sie antworten, machen sie mal die Augen zu. Gischtwellen am weißen Bug. Planken knarren. Blauer Himmel über dem herrlichen Schiff, das uns gehört [...] Na? Es gibt eine Menge Dinge, die wir brauchen. Aber den Segler, den leisten wir uns.«²³ Der Verein prüfte mehrere Großsegler mit unterschiedlichem Hamburg-Bezug, darunter auch bereits die 1911 bei Blohm und Voss gebaute »Peking«. Allerdings fand sich damals für die Überführung des maroden Schiffs kein privater Finanzier und die Wirtschaftsbehörde lehnte eine Beteiligung ab.²⁴

Im Herbst 1978 stieß der Verein in Portugal auf den Dreimaster »Santo André«. Das Schiff war 1896 als »Rickmer Rickmers« in Bremerhaven gebaut worden und hatte vor dem Ersten Weltkrieg Salpeter von Chile nach Hamburg transportiert. 1916 von den Portugiesen beschlagnahmt, war es von 1927 bis 1961 als Schulschiff genutzt worden und seit Jahren für die Verschrottung vorgesehen. Im April 1983 gelang es dem Verein, den heruntergekommenen Rumpf ohne Masten für 350 000 DM zu erwerben. Wenige Wochen später wurde das Schiff auf dem Hafengeburtstag erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Für seine Aufarbeitung wurden Kosten von 7 Millionen DM veranschlagt.²⁵

Nach internen Konflikten im Verein und der Übertragung des Schiffs auf eine Stiftung folgte eine langwierige Restaurierung, bei der sich viele Freiwillige beteiligten, über Arbeitsbeschaffungsprogramme aber auch staatliche Mittel flossen.²⁶ Zudem investierte der Senat eine Million DM in den Liegeplatz und hob her-

23 Bild-Hamburg meint dazu, in: *BILD* Hamburg, 15.10.1976.

24 Vgl. Kurt Gerda, *Rickmer Rickmers. Ein Windjammer für Hamburg*, Herford 1983, S. 13 – 16, zu anderen angedachten Schiffen ebd., S. 17 – 27.

25 Vgl. Gerda, *Rickmer Rickmers*, S. 23 – 24, 28 – 31; Heinz Burmester / Uwe Jarchow / Walter Kresse, *Großsegler Rickmer Rickmers. Seine wechselvolle Geschichte*, Hamburg 1986.

26 Vgl. Gerda, *Rickmer Rickmers*, S. 85 – 93; Staatsarchiv Hamburg (StaHH) 131-1 II, 10834: *Rickmer Rickmers. Stiftung des Vereins Windjammer für Hamburg*, Bd. 1.



Die »Rickmer Rickmers« beim 800. Hafengeburtstag 1989.
Quelle: FZH Archiv, 18-3 4 4: Nachlass Gärtner, Privatfoto.

vor, das Schiff werde »einen zusätzlichen Anreiz für Besucher schaffen und das maritime Bild an den St.-Pauli-Landungsbrücken vervollständigen«. ²⁷ Das *Hamburger Abendblatt* schwärmte über die »strahlende maritime Schönheit«, die ein »prächtig herausgeputztes Vorzeigestück« und ein »beachtlicher Blickfang im Hafenpanorama« sei, nachdem sie im September 1987 an ihren endgültigen Standort gebracht worden war. ²⁸ Allerdings hatte das Schiff eben nur wenige Jahre einen Bezug zum Hamburger Hafen gehabt und der Betrieb eines Restaurants an Bord schränkte den historischen Erlebniswert des Seglers ein. ²⁹

Das zweite große Museumsschiff an den Landungsbrücken ist seit Ende der 1980er Jahre die »Cap San Diego«, ein Stückgutfrachter, der 1961 mit fünf Schwesterschiffen für die Reederei Hamburg Süd bei der Deutschen Werft AG in Finkenwerder gebaut worden war. Die Form der »weißen Schwäne des Südatlantiks« und die Innenausstattung entwarf der Architekt Caesar Pinnau. Das Schiff hatte bis 1981 auf der

27 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (BFHH), Drs. 11/6457: Bau eines Liegeplatzes für die Rickmer Rickmers, hier: Nachforderung von Haushaltsmitteln, 20.6.1986, S. 2.

28 Michael Kluth, Michel, Hafen – die »Rickmers«! in: HA, 7.9.1987.

29 Vgl. Im Café Romantik passé, in: Die Welt, 26.9.1987.

30 Vgl. Matthias Gretzschel / Michael Zapf, *Cap San Diego. Heimathafen Hamburg*, Hamburg 2016; Heike Ollertz / Axel Martens, *Cap San Diego*, Hamburg, hg. von der Cap-San-Diego-Betriebsgesellschaft mbH, Hamburg 2011; Stiftung Hamburger Admiralität (Hg.), *Cap San Diego. Eine Legende wird neu besichtigt*, Hamburg 2006; Kurt Flechsenhar, *Cap San Diego. Ein Schiff und seine Mannschaft*, Herford 1994; Kurt Gerdau, *Cap San Diego. Vom Schnellfrachter zum Museumsschiff*, Herford 1987.

31 Vgl. Gerdau, *Cap San Diego*, S. 79 – 92; StaHH 131-21, 2475: Museumsschiff Cap San Diego, Bd. 1: Tischvorlage für die Senats-sitzung am 12.8.1986, Vertraulich! Betr.: »Cap San Diego« (Zitat ebd.); Staatliche Pressestelle, 13.8.1986: »Cap San Diego« wird Attraktion des 800. Hafengeburtstags – Ausstellungs- und Museumsschiff am nördlichen Elbufer; BFHH, 11. Wahlperiode, 102. Sitzung, Plenarprotokolle, 10.9.1986, S. 6086B–6090 D.

32 BFHH, Drs. 11/6679: Ausstellungs- und Museumsschiff – Stückgutfrachter »Cap San Diego« – für den Hamburger Hafенrand, hier: Haushaltsplan 1986, 19.8.1986, S. 1 – 2.

33 Vgl. Kristian Stemmler, *Die letzte Fahrt der »Cap San Diego«*, in: HA, 1.11.1986; 6000 Hamburger kamen, um ihr Schiff zu begrüßen, ebd.; 11 000 Hamburger auf der »Cap San Diego«, ebd., 3.11.1986.

34 Ute Daum-Stummer, »Cap San Diego«. Museums-Schiff drohte zu sinken, in: BILD Hamburg, 24.7.1987. Auch in der *Welt* und dem *Hamburger Abendblatt* wurde frühzeitig Kritik am Zustand des Schiffs und den Kosten geübt.

Route nach Südamerika verkehrt und war dann an Reedereien in Spanien und der Karibik verkauft worden.³⁰ Die Hamburger Kulturbehörde wurde im Mai 1986 auf das Schiff aufmerksam und hatte dabei zum einen den 800. Hafengeburtstag 1989 im Blick und zum anderen die Hafen- und Schifffahrtsabteilung des geplanten Museums der Arbeit, dessen Gründung formell Ende Oktober 1986 beschlossen wurde. Nach einem positiven Gutachten des Deutschen Schifffahrtsmuseums in Bremerhaven und einer Besichtigung auf einer Abwrackwerft in Hongkong beschloss der Senat unmittelbar vor der Verschrottung am 12. August 1986 den Ankauf für 2,45 Millionen DM – wobei die Finanzbehörde diesem Beschluss »entschieden« widersprochen hatte und der Kauf regelwidrig erst im Nachhinein von der Bürgerschaft genehmigt wurde.³¹ Zusätzlich zum Kaufpreis rechnete der Senat mit 4,5 Millionen DM für den Bau eines Liegeplatzes und 5 bis 8 Millionen DM für die Restaurierung. Begründet wurde die Investition ebenfalls mit der »Steigerung der Attraktivität des Nordufers der Elbe [und] der Erlebarkeit des Hafенpanoramas«. Die »Cap San Diego« habe zudem eine Informationsfunktion und eigne sich zum »zentralen Ausstellungs- und Erlebnisort« für den Hafengeburtstag 1989.³² Am 31. Oktober 1986 machte das Schiff an der Überseebrücke fest und wurde an den Ersten Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) übergeben. In den folgenden Tagen besichtigten es mehrere tausend Menschen.³³

Die Befürworter des Kaufs betonten den historischen Wert eines Hamburger Frachters der letzten Generation vor den Containerschiffen und hoben das positive Echo in der Bevölkerung hervor, aber nicht zuletzt angesichts des schlechten Zustands folgte auf die Begeisterung der Politik und der lokalen Medien bald Ernüchterung. Selbst die hafенfreundliche *BILD-*



Die Elbphilharmonie und die »Cap San Diego« an der Überseebrücke, 2020.
Quelle: Privatfoto C. Strupp.

Zeitung stellte im Juli 1987 den »Schrottdampfer [...]« infrage.³⁴ Wirtschafts-, Kultur- und Baubehörden stritten über den endgültigen Standort des Schiffs und seine Nutzung.³⁵ Während im Umfeld der Wirtschaftsbehörde Vorschläge kursierten, das Schiff auch zu Ausbildungszwecken, als Messebotschafter oder für sonstige kommerzielle Zwecke zu nutzen und lediglich einen Teil für Museumszwecke zu reservieren, beharrte Kultursenatorin Helga Schuchardt (parteilos) auf dem Konzept eines Zusammenwirkens der »Cap San Diego« auf der Wasser- und älterer Hafengebäuden auf der Landseite: »In einem Ensemble von Schiff, Kaianlagen, Hafenkränen und Schuppen ließen sich Eindrücke und Erfahrungen vermitteln, die der Museums- und Ham-

³⁵ StaHH 371-19, 1544: Cap San Diego, Wolfgang Rosebrock, Nutzungskonzept Cap San Diego, Sachstandsbericht, 21.7.1987, Gesprächsvermerk Fromm, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft, 25.9.1987, Betr.: Cap San Diego, hier: Nutzung und Liegeplatz des Schiffes; StaHH 371-19, 1545: Cap San Diego, Ergebnisvermerk zum Gespräch bei Prof. Dr. Dencker, 25.5.1987, Brief Kultursenatorin Helga Schuchardts an Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und Bausenator Eugen Wagner, 23.6.1987; Eine Stiftung für die »Cap San Diego«, in: HA, 5.9.1986, S. 4; Kultursenatorin: »Wir wollen nur Mitmieter sein«, ebd., 4./5.10.1986.

- 36 Zitiert nach Gerdau, Cap San Diego, S. 115. Das *Hamburger Abendblatt* veröffentlichte am 28.4.1987, S. 3, einen spektakulären Museumsentwurf (Museum mit Durchblick – Da kommt die »Cap San Diego« in Sicht).
- 37 Vgl. Manfred Sack, *Elegantes Schiff, deprimierende Politik, getäuschte Bürger, letzte Hoffnung: Museum – oder Schrott?* in: Die ZEIT, 1.4.1988; Dieter F. Hertel, *Läuft die »Cap San Diego« auf Grund?*, in: Die Welt, 11.11.1987.
- 38 Stiftung Hamburger Admiralität (Hg.), *Cap San Diego*, S. 12 f.
- 39 Kurt Grobecker, *Hafen Hamburg. Sechs Jahrzehnte Erfolgsgeschichte*, Hamburg 2004, S. 168.
- 40 Vgl. die Darstellung auf der Website: <https://www.fischauktionshalle.com/geschichte/> [3.2.2020].
- 41 Vgl. ausführlich Ralf Lange, *Die Hamburger Speicherstadt. Geschichte, Architektur, Welterbe*, München / Hamburg 2019.
- 42 Von 1983 bis 1988 war eine erste Bestandsaufnahme maritimer Industriekultur in Norddeutschland durchgeführt worden. Vgl. Dirk J. Peters, *Maritime Industriekultur in den norddeutschen Küstenländern. Eine Bilanz der Inventarisierung und Dokumentation schiffahrtsbezogener Objekte an der deutschen Nordseeküste von 1983 – 1988*, in: Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (Hg.), *Aspekte*, S. 5 – 13; von Münch, *Industriedenkmalpflege*, S. 53 – 58; Weinhold, *Port Culture*, S. 194 – 196.

burg-Besucher heute in der Weitläufigkeit, Unüberschaubarkeit und schwierigen Zugänglichkeit des Hafens anders kaum erfahren könnte.«³⁶ Dies hätte allerdings auch die Baubehörde in ihren übergeordneten Planungen für das nördliche Elbufer eingeschränkt. Im Juni 1987 zog sich die Kulturbehörde aus dem Projekt vollständig zurück. Nach dem Amtsantritt eines neuen SPD-FDP-Senats im September 1987 und unter dem Druck größerer Haushaltslöcher wurde sogar erwogen, das Schiff wieder zu verkaufen oder denkmalfern als Kreuzfahrtterminal oder Studentenwohnheim zu nutzen.³⁷

Erst am 2. Mai 1988 ging die »Cap San Diego« offiziell in den Besitz der neu gegründeten städtischen »Stiftung Hamburger Admiralität« über, wurde formell als Museumsschiff ausgewiesen und die Restaurierung vorangetrieben, wobei sich weiterhin Freiwillige und über eine staatliche Beschäftigungsgesellschaft auch Werftarbeiter der 1985 geschlossenen HDW engagierten. Seit September 1989 liegt das Schiff an der Überseebrücke, wird von Ehrenamtlichen betrieben, ist zu besichtigen, dient aber auch als Hotel und Veranstaltungsort. Seit dem 1. Dezember 2003 steht es offiziell unter Denkmalschutz. Um die Fahrtüchtigkeit des Frachters zu erhalten, investierten Stadt und private Spender 2006 noch einmal 2 Millionen DM.³⁸

Rückblickend erscheint der Kauf der »Cap San Diego« vielen als »ein ganz besonderer Glücksgriff«³⁹ für Hamburg. Die zeitgenössischen Auseinandersetzungen aber machen deutlich, dass sich die Stadt in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre keineswegs vorbehaltlos zu ihrem maritimen Erbe bekannte – vor allem dann nicht, wenn dies größeren finanziellen Einsatz erforderte –, sondern dass sich das Ensemble an der Elbe in einem Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen auf Seiten der Behörden, Akteuren aus der

Hafenwirtschaft und der Zivilgesellschaft sowie der lokalen Medien nur langsam formierte.

Diese These wird untermauert durch einen Blick auf den Umgang mit maritimen Baudenkmalern. So wurde die 1895/96 errichtete Fischauktionshalle Altona in den 1970er Jahren nur durch den Einsatz eines privaten Vereins vor dem Verfall gerettet, 1976 unter Denkmalschutz gestellt und bis 1984 für kommerzielle Nutzungen restauriert.⁴⁰ Bei der ab 1883 erbauten Speicherstadt, einem rund 26 Hektar großen Lagereikomplex im Freihafen östlich der Landungsbrücken, hatte es im Zuge des Strukturwandels der Hafenwirtschaft seit den frühen 1970er Jahren Überlegungen zu einer hafentfernten Umnutzung gegeben.⁴¹ 1988 standen angesichts hoher Kosten für die Erhaltung sogar kurzzeitig der Verkauf der Gebäude und die Umwandlung in Wohnungen und Büros zur Diskussion. Dies scheiterte letztlich am Widerstand der dort ansässigen Firmen, aber auch am gewachsenen öffentlichen Bewusstsein für die kulturelle Bedeutung von Denkmälern des Industriezeitalters.⁴² Der Denkmalwert der Speicherstadt als »ein Stück wahrgenommener Identität an der Wasserkante« ergab sich allerdings nicht durch die Gebäude allein, sondern in Verbindung mit ihrer »Funktion, die vom authentischen Leben geprägt wird« – ähnlich wie bei den noch fahrtüchtigen Schiffen.⁴³ Der Senat verzichtete schließlich auf den Verkauf und stellte die Speicherstadt 1991 unter Denkmalschutz. 2003 wurde sie aus dem Freihafen ausgegliedert und 2014 bewarb sich Hamburg dann erfolgreich mit der Speicherstadt und dem nahegelegenen Kontorhausviertel um die Anerkennung als UNESCO-Weltkulturerbe.

Die Geschichte des Lagereikomplexes und des Warenumschlags im Hafen dokumentiert seit 1995 das Speicherstadtmuseum, eine u. a. mit Unterstützung der HHLA privat betriebene Außenstelle des Museums der Arbeit im Block L der Speicherstadt. Auf den besonderen Reiz eines originalen Ortes und der dort gehandelten Waren setzt auch das kommerziell mit Café und Rösterei betriebene Kaffeemuseum Burg am St. Annenufer.

Als Teil des Ensembles historischer Hafengebäude in der Nähe der Elbe ist zudem das Internationale Maritime Museum Hamburg zu nennen, ein ebenfalls kommerzielles Museum, das sich in dem 1878 erbauten Kaispeicher B in der HafenCity befindet, den die Stadt zur

43 Jürgen Lafrenz, Spekulationen zur Speicherstadt in Hamburg in Vergangenheit und Gegenwart, in: Die alte Stadt 21 (1994), S. 318 – 338, Zitate: S. 332. Vgl. ähnlich Manfred F. Fischer, Die Speicherstadt im Hamburger Freihafen – Probleme einer geplanten Umnutzung, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 46 (1988), S. 146 – 154.

Verfügung stellte. Das Museum wurde im Juli 2008 mit hochrangigen Gästen aus der Politik eröffnet und präsentiert eine Sammlung von Schiffsmodellen, Bauplänen, Gemälden, Marineuniformen und Waffen ohne direkte Verbindung zum Hamburger Hafen, die von Peter Tamm, dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden des Axel Springer Verlags, zusammengetragen wurden. Im ersten Jahrzehnt seines Bestehens zog es über eine Million Besucherinnen und Besucher an.⁴⁴

Zur Gründung eines Hamburger Hafenmuseums bzw. Hafendokumentationszentrums, wie es bereits Ende der 1980er Jahre angedacht worden war, kam es dagegen in der Speicherstadt nicht. Stattdessen wurde seit 1999 auf der anderen Seite der Elbe im südöstlichen Teil des Hafens ein Hafenmuseum aufgebaut, das ebenfalls an das Museum der Arbeit angebunden ist und als »Schaudepot« Objekte aus der Arbeitswelt des Hafens vor dem Containerzeitalter beherbergt.⁴⁵ Untergebracht ist es in einem der drei letzten erhaltenen denkmalgeschützten Lagerhallen aus dem späten Kaiserreich, den »50er Schuppen«, die zu Beginn der 2000er Jahre vor dem Abriss bewahrt wurden. Großobjekte wie Kräne, ein Van-Carrier und Güterwaggons der Hafenbahn auf Freiflächen außerhalb des Gebäudes ergänzen den Bestand. Ehrenamtliche mit einem beruflichen Hintergrund in der Hafenvirtschaft, die sogenannten »Hafensenioren«, spielen für den Betrieb des Museums eine zentrale Rolle, kümmern sich um die Objekte und demonstrieren deren Verwendung. Vor den Schuppen wurde 2018 mit finanzieller Förderung der Metropolregion, der Stadt und des Musicalbetreibers Stage Entertainment der Bremer Kai für Traditionsschiffe hergerichtet.

Pläne, das nur im Sommerhalbjahr zugängliche Schaudepot zu einem vollwertigen Hafenmuseum auszubauen und zu professionalisieren, verliefen aber

44 Vgl. Zehn Jahre Internationales Maritimes Museum Hamburg, Hamburg 2018, Zahlen: S. 15, 42; Christian Tröster u. a., Internationales Maritimes Museum Hamburg, Hamburg 2015; Matthias Gretschel / Michael Zapf, Am Anfang war das Schiff. Das Internationale Maritime Museum Hamburg, sein Stifter und Gründer Peter Tamm, Hamburg 2012.

45 Vgl. Schemmer, Hafendarbeit, S. 275 – 308.

46 Für das Deutsche Hafenmuseum und die »Peking« wurden aus Bundesmitteln zunächst 120 Millionen Euro und im November 2019 weitere 58 Millionen Euro bewilligt. Die Betriebskosten muss die Stadt tragen.



*Hafenmuseum Hamburg im Kopfbau des Schuppens 50 mit Außenanlagen, 2014.
Quelle: Privatfoto J. Schemmer.*

immer wieder im Sand, wobei die Lage in unmittelbarer Nähe zu den noch aktiv betriebenen Hafenanlagen mit ihren strengen Sicherheitsbestimmungen in den letzten Jahren zusätzliche Hürden schuf. Der Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags im November 2015, in Hamburg mit 94 Millionen Euro den Bau eines Deutschen Hafenumuseums für jährlich bis zu 300 000 Besucherinnen und Besucher zu finanzieren, hat die Diskussionen auf eine neue Grundlage gestellt, denn nun soll das bisherige Hafenumuseum mit seiner Sammlung der zweite Standort neben einem Neubau auf dem Kleinen Grasbrook werden.⁴⁶

Vor den »50er Schuppen« im Hansahafen liegt das dritte große Museumsschiff, die »MS Bleichen«, ein 1958 in Rendsburg gebauter Stückgutfrachter. Für die Hamburger Reederei H. M. Gehrckens transportierte das Schiff Maschinenteile, Holz und Papier zwischen Hamburg und Skandinavien und fuhr zeitweise auch nach Afrika, bevor es 1970 nach Italien und später an ein türkisches Unternehmen verkauft wurde. Im Januar

2007 kaufte die 2001 auf Initiative der Handelskammer gegründete »Stiftung Hamburg Maritim« das Schiff kurz vor der Verschrottung für 500 000 US-Dollar aus privaten Spenden zurück und restaurierte es mit finanzieller Unterstützung des Bundes. Seit 2013 steht die »MS Bleichen« unter Denkmalschutz. Wartung und Betrieb liegen in den Händen eines privaten Vereins »echte[r] Überzeugungstäter«.⁴⁷

Als »Leitobjekt« des Deutschen Hafenmuseums soll der Flying P-Liner »Peking« dienen, ein Viermaster, der 1911 in Hamburg für die Reederei F. Laeisz gebaut worden war. Bis 1932 wurde der Frachtsegler im Salpeterhandel mit Südamerika eingesetzt, dann nach Großbritannien verkauft und zum stationären Schulschiff umgebaut. 1975 gelangte es als Museumsschiff nach New York. Nach dem Beschluss über die Gründung des Deutschen Hafenmuseums wurde die »Stiftung Hamburg Maritim« beauftragt, das marode Schiff zu übernehmen. Mit Hilfe eines Dockschiffs wurde die »Peking« im Juli 2017 nach Deutschland überführt und wird seither in Wewelsfleth restauriert.⁴⁸ Die Kosten für das Projekt sind von ursprünglich geplanten 26 Millionen Euro inzwischen auf 38 Millionen Euro gestiegen. Ende August 2020 soll das Schiff nach Hamburg überführt werden. Für einen provisorischen Liegeplatz im Hansahafen und die Betriebskosten bewilligte die Hamburgische Bürgerschaft im Februar 2020 zusätzliche 3,99 Millionen Euro.

Das erste offiziell zum Denkmal erklärte Schiff im Hamburger Hafen war 1993 das 42 Meter lange Dampfschiff »Schaarhörn«. Dieses Schiff wurde 1908 auf Steinwerder für den Hamburger Senat als Staatsyacht und Peildampfer gebaut, diente ab 1925 in Cuxhaven als Vermessungsschiff, wurde 1972 ausgemustert und nach Schottland verkauft. Von dort wurde die »Schaarhörn« 1990 auf Initiative der Handelskammer

47 Vgl. Stiftung Hamburg Maritim (Hg.), MS Bleichen. Dokumentation zum Denkmalwert eines Stückgutfrachters von 1958, Hamburg 2013; Eckhard-Herbert Arndt, Seeklar für Frachter »Bleichen«, in: Täglicher Hafenbericht, 5.3.2018, S. 16; Andrea Pfuhl, Ein Besuch auf der MS Bleichen, in: Der Heimatbote 67 (2018), H. 9, S. 8 (Zitat ebd.).

48 Vgl. die Website der »Freunde der Viermastbark Peking e. V.«: <https://peking-freunde.de/> [3.2.2020].

49 Vgl. Ulrich Grobe / Joachim Kaiser, Dampfschiff Schaarhörn – ein Dampfer lebt auf. Geschichte und Geschichten, Anekdoten und Informationen über die Schaarhörn vom Bau bis heute, Hamburg 2003; Joachim Kaiser, Staatsdampfer Schaarhörn. Von Majestäten und Gezeiten, Hamburg 1998 (Schriften des Deutschen Schifffahrtsmuseums, Bd. 48).

50 Vgl. Stiftung Hamburg Maritim, Tätigkeitsbericht 2009, Hamburg 2010, S. 3.

51 HafenCity / Stiftung Hamburg Maritim, Pressemeldung, 17.5.2018: Fünf historische Kräne halten im Baakenhafen Einzug; ähnlich Sepe, Urban History, S. 599 f.



Traditionsschiffe im Sandtorhafen in der HafenCity, 2013. Quelle: Privatfoto C. Strupp.

in heruntergekommenem Zustand zurückgeholt und mit Hilfe eines Förderprogramms für arbeitslose Jugendliche restauriert. Heute kann sie für Fahrten gemietet werden und hat ihren Liegeplatz am westlichen Ende der HafenCity im Sandtorhafen.⁴⁹

Dieser kleine Hafen für bis zu 25 Traditionsschiffe gegenüber der Elbphilharmonie in der HafenCity wurde 2008 eröffnet und wird ebenfalls von Ehrenamtlichen betrieben. Sorgt beim Hafenumuseum die Nähe zu noch aktiv genutzten Bereichen des Hafens für Probleme, waren es 2009 beim Sandtorhafen Anwohner, die sich über die Kohleemissionen des Dampf-eisbrechers »Elbe« beim Anheizen beschwerten und damit ein Schlaglicht auf die Schattenseiten des Betriebs von Traditionsschiffen warfen.⁵⁰ Am südlichen Ende des Sandtorhafens wurden drei historische Ladekräne aufgestellt. Weitere alte Kräne stehen u. a. an der Elbphilharmonie und am Baakenpark und sollen einen »Dialog zwischen maritimem Erbe und moderner Stadt in der HafenCity« ermöglichen.⁵¹

- 52 Martin Sabrow / Achim Saupe, Historische Authentizität. Zur Kartierung eines Forschungsfeldes, in: dies. (Hg.), *Historische Authentizität*, Göttingen 2016, S. 7 – 28, hier S. 25.
- 53 Kaiser, Museumshafen Övelgönne, S. 92; Ähnliche Formulierungen z. B. in: »Tiger« ist restauriert! in: *Övelgönner Courier* 2 (Mai 1979), S. 1, und in der Bürgerschaftsdebatte zur »Cap San Diego« in: BFHH, 11. Wahlperiode, 102. Sitzung, Plenarprotokolle, 10.9.1986, S. 6089D.
- 54 Vgl. Kristian Stemmler, »Rickmers«: Es fehlen noch 1,5 Millionen! in: HA, 4. / 5.10.1986.
- 55 Vgl. u. a. Roman Weindl, Die »Aura« des Originals im Museum. Über den Zusammenhang von Authentizität und Besucherinteresse, Bielefeld 2019 (Edition Museum, Bd. 38); Thomas Thiemeyer, *Werk, Exemplar, Zeuge. Die multiplen Authentizitäten der Museumsdinge*, in: Sabrow / Saupe (Hg.), *Historische Authentizität*, S. 80 – 90.
- 56 Vgl. Axel Drecoll / Thomas Schaar-schmidt / Irmgard Zürndorf (Hg.), *Authentizität als Kapital historischer Orte? Die Sehnsucht nach dem unmittelbaren Erleben von Geschichte*, Göttingen 2019; Heidrun Kämper / Christopher Voigt-Goy (Hg.), *Konzepte des Authentischen*, Göttingen 2018; Christoph Bernhardt / Martin Sabrow / Achim Saupe (Hg.), *Gebaute Geschichte. Historische Authentizität im Stadtraum*, Göttingen 2017; Sabrow / Saupe (Hg.), *Historische Authentizität*.

Strukturen und Funktionen der historischen maritimen Kulturlandschaft

Organisatorisch und finanziell ruht die historische maritime Kulturlandschaft entlang der Elbe auf einem komplexen Netzwerk von einzelnen Personen, privaten Vereinen und Betriebsgesellschaften, Stiftungen und städtischen Institutionen. Allerdings spielte die Stadt bis in die 2000er Jahre eine ambivalente Rolle. Die Museumsschiffe durften den Hafenerbetrieb nicht beeinträchtigen und bei den historischen Bauten konnten Abriss oder hafenerferne Nutzungen aus finanziellen Gründen meist nur mit Mühe abgewendet werden. Staatliche Gelder flossen nicht regelmäßig, sondern nur punktuell für bestimmte Projekte oder in indirekter Form über Beschäftigungsprogramme und die Herichtung von Liegeplätzen. Immerhin ist in den letzten Jahren mit dem gestiegenen Bewusstsein für den materiellen und touristischen Wert des maritimen Erbes der Einfluss der Kulturbehörde und der von ihr getragenen »Stiftung Historische Museen Hamburg« gewachsen. Das letzte Wort im Hafen hat aber nach wie vor die Wirtschaftsbehörde bzw. die Hamburg Port Authority.

Im Mittelpunkt vieler Initiativen stehen unverändert ca. 1400 Ehrenamtliche, die einen persönlichen Bezug zum Hafen und zur Seefahrt haben. Sie bringen ihre Fachkenntnisse und ihr Engagement ein, leiten daraus aber auch Ansprüche auf Mitsprache ab. Die »Selbstautorisierung geschichtspolitischer Akteure«⁵² zeigte sich in den letzten Jahren z. B. bei den Diskussionen über die Weiterentwicklung des Hamburger Hafenseums und bei der Suche nach einem Standort für das Deutsche Hafenseum. Einerseits mahnten die Ehrenamtlichen mehr Unterstützung an und verwiesen dabei quasi auf eine historische Schuld der Stadt: Man solle sich zu »Großzügigkeit gegenüber den Schif-

fen durchringen, die noch ein paar Jahrzehnte zuvor zum Aufbau und Florieren Hamburgs als Handelsmetropole beigetragen« hätten.⁵³ Andererseits fürchteten sie eine Vereinnahmung, so z. B. bei der geplanten Aufnahme der »Rickmer Rickmers« in die »Stiftung Hamburger Admiralität«.⁵⁴

Mit Ausnahme der »Rickmer Rickmers« und der »Peking« sind die Museumsschiffe in funktionstüchtigem Zustand und werden in der Regel von Besatzungen mit persönlichen Bindungen an die Schiffe betreut. Erst das Zusammenspiel von Objekten, Praktiken und Personen an originalen Orten erzeugt jenes Flair von Authentizität, das das maritime Ensemble an der Elbe kennzeichnet. Das Konzept der Authentizität hat in der Denkmalpflege und für die Museen schon länger eine wichtige Rolle gespielt und ist entsprechend intensiv problematisiert worden.⁵⁵ Dagegen hat sich ihm die Geschichtswissenschaft erst in den letzten Jahren zugewandt.⁵⁶ Zu den zentralen Erkenntnissen gehört dabei, dass Authentizität auf Zuschreibungen beruht und eine emotional geprägte Beziehung zwischen Betrachtern und Objekten herstellt. Authentische Objekte suggerieren einen unmittelbaren Kontakt mit der Vergangenheit.

In diesem Sinn scheinen besonders die Museumsschiffe im Hafen Geschichte lebendig werden zu lassen und »Zeitreise[n]« zu ermöglichen, wie das *Hamburger Abendblatt* in einem Artikel über die »MS Bleichen« formulierte.⁵⁷ Die »Stiftung Hamburg Maritim« wirbt für ihre Schiffe kurz und bündig mit dem Slogan: »Echtes erleben!«⁵⁸ So soll es selbst bei der nicht mehr fahrtüchtigen »Peking« sein: »Während der Museumsbesucher das alte Steuer dreht, nimmt auch er gewissermaßen an der Reise teil, kreuzt gegen die Westwinddrift um das Kap und kämpft mit der Mannschaft gegen die Naturgewalten.«⁵⁹

Auch das Hamburger Hafenumuseum setzt in seinem zugigen Lagerhaus am Kai wesentlich auf die »Materialität des Ortes« und die »Ästhetik des Authentischen«, die Ehrenamtliche ebenso wie die Besucherinnen und Besucher »direkt in eine alte Arbeitswelt Hafen versetzt«.⁶⁰ Die ehemalige Direktorin Ursula Richenberger verwies darauf, dass »man in dieser Kathedrale der Arbeit die Dinge, um die es geht, riechen, spüren und sogar schmecken kann«.⁶¹ Die »Hafensenioren«

57 Axel Tiedemann, MS Bleichen. Mit dem historischen Stückgutfrachter die Elbe hinauf, in: HA, 14.3.2018.

58 Stiftung Hamburg Maritim, Hamburg maritim – Echtes erleben. Mit Fahrplan Saison 2018, Hamburg 2018.

59 Julika Pohle, Hafenumuseum könnten in den Baakenhafen kommen, in: Die Welt, 24.2.2019.

60 Schemmer, Hafearbeit, S. 277, 297, ähnlich ebd., S. 303, 314.

61 Katja Engler, Die Frau, die das große Hafenumuseum plant, in: HA, 23.2.2018.

- 62 Vgl. Schemmer, Hafenarbeit, S. 282 – 285, 292 – 299, 307.
- 63 So auch Thomas Overdick, *Maritimes Erbe. Überlegungen zu aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen maritimer Museen*, in: *Vokus 20* (2010), H. 1, S. 7 – 14, hier S. 12.
- 64 Martin Sabrow, *Sehnsucht nach dem Authentischen. Der Glaube an das Echte und die Gebeine Friedrichs des Großen*, in: *Merkur* 67 (2013), S. 767 – 777, hier S. 777.
- 65 So Manfred Fraider, *Kapitän und SPD-Abgeordneter*, in: *BFHH*, 11. Wahlperiode, *Plenarprotokolle*, 102. Sitzung, 10.9.1986, S. 6089B-C.
- 66 Ortwin Runde, *Grußwort des Ersten Bürgermeisters*, in: *Kaiser, Staatsdampfer*, S. 7.
- 67 Vgl. die Diskussionsrunden: *Historische Authentizität als Kriterium für die Kategorisierung von Gedenkstätten, Erinnerungsorten, Dokumentationszentren und Geschichtsmuseen? / Historische Orte im Spannungsfeld von Authentizität und Historizität*, in: *Drecoll / Schaarschmidt / Zündorf* (Hg.), *Authentizität*, S. 221 – 240 / 241 – 260; *Helmut Groschwitz*, *Wie Dinge Authentizität produzieren. Kulturerbe als Netzwerk*, in: *Bayerisches Jahrbuch für Volkskunde* (2017), S. 17 – 27, hier S. 20f.
- 68 Markus Arndt, *Millionen für die Peking »versenkt«*, in: *BILD Hamburg*, 12.2.2020.
- 69 Sabrow / Saube, *Historische Authentizität*, S. 23.

mit ihrer biografisch hergeleiteten Deutungshoheit tragen wesentlich zum Erlebnischarakter des Museums bei, sind aber zugleich auch Teil einer Inszenierung, denn keineswegs alle waren früher klassische Hafenarbeiter. Dass sie sich mit dem Hafen identifizieren und ihre Erzählungen positiv aufladen, führt mit Blick auf eine Gesamtgeschichte des Hafens unvermeidlich zu Leerstellen.⁶² Auch die touristischen Fahrten auf den kleineren Museumsschiffen können keinen echten Einblick in den Arbeitsalltag an Bord der Schuten, Fischerboote oder Eisbrecher vermitteln.⁶³ Hier zeigen sich Grenzen der Authentizität bzw. Diskrepanzen zu stärker reflektierten und kontextualisierten Perspektiven auf die maritime Vergangenheit Hamburgs.

Die Musealisierung ist zudem durch ein Spannungsverhältnis von Annäherung und Abgrenzung charakterisiert bzw. setzt »Distanzierungsbereitschaft« voraus.⁶⁴ Die Schiffe und Museen repräsentieren eine Ära, die in den 1960er Jahren endete. Vor über 100 Jahren gebaute Segelschiffe bieten sich für einen nostalgischen Blick zurück an, aber auch der Frachter »Cap San Diego« von 1962 wurde in der Bürgerschaftsdebatte über den Kauf als ein Schiff charakterisiert, das »den Namen verdient« und den heutigen »Zweckbauten, die Ladungen in Blechkisten beziehungsweise Containern befördern«, entgegengestellt.⁶⁵

Dass es weniger um Sachinformationen über Schifffahrt und Hafen als um Emotionen und Ästhetik sowie die Markierung eines zeitlichen Bruchs ging, zeigt sich auch daran, dass weder ältere Tanker noch Containerschiffe der ersten Generation als Museumsschiffe in Betracht gezogen wurden, obwohl beide auch auf Hamburger Werften gebaut wurden und für die Hafenvirtschaft eine wesentliche Rolle gespielt haben. Aber Schiffe mit dem »Charme eines High-Tech-Riesen«⁶⁶ wollte niemand erhalten. So wurde die »American

Lancer«, das erste Vollcontainerschiff, das Ende Mai 1968 den Hamburger Hafen erreicht hatte, im Jahr 2002 verschrottet.

Zwar ist Authentizität ein Kriterium für die Denkmalwürdigkeit eines Gebäudes oder Objektes, aber die moderne Denkmalpflege kritisiert in diesem Zusammenhang den Begriff des »Originals« und hebt hervor, dass Orte und Objekte prozesshaft und mehrdimensional sind. In ihnen überlagern sich verschiedene Zeitschichten und Bedeutungsebenen.⁶⁷ Bei den historischen Schiffen, die alle lange außerhalb Hamburgs eingesetzt waren und Umbauten für andere Zwecke als die ursprünglichen durchlaufen haben, ist aber die Neigung groß, diese Veränderungen rückgängig zu machen und damit einen Teil ihrer Geschichte zu tilgen. So wird aktuell auch die »Peking« auf den Stand von 1927 zurückgeführt und »so restauriert, wie es mal aussah, als der Segler mit 35 Mann Besatzung noch Salpeter aus Chile holte«.⁶⁸

Mit Blick auf städtische Gebäude formulierte Überlegungen zur »Stilisierung und mediale[n] Inszenierung als ›Identitätsanker«⁶⁹ gelten in Hamburg nicht nur für die alten Speicher und Schuppen, sondern lassen sich auch auf die Schiffe übertragen. Politiker, lokale Medien und Ehrenamtliche behandeln die Schiffe wie verlorene Familienmitglieder – der Seemann und Publizist Kurt Gerdau sprach 1987 von der Deutschen Werft als »Geburtsstätte« der »Cap San Diego«⁷⁰ –, die endlich »nach Hause«⁷¹ zurückkehren. Dabei werden sie zum Kristallisationspunkt gesamtstädtischen Bewusstseins überhöht. Die Restaurierung der »Rickmer Rickmers« sei eine »Aufgabe für ganz Hamburg, für alle Hamburger, für die Wirtschaft und für die Politiker«, schrieb 1984 das *Hamburger Abendblatt*. Das Museumsschiff sei selbst ein »Ausdruck hamburgischer Bürgerinitiative«.⁷² Die »Cap San Diego« verkörperte für die »Stiftung Hamburger Admiralität« wie »kein anderes Wahrzeichen [...] mit ihren eleganten Linien die Hafenstadt Hamburg«.⁷³ Und das Gutachten zum Denkmalwert der »MS Bleichen« erklärte das Schiff schlicht zur »schwimmenden Hamburgensie«.⁷⁴

Für den SPD-Politiker Johannes Kahrs, treibende Kraft hinter dem Bundeszuschuss für das Deutsche Hafenumuseum, soll das neue Museum in einer Zeit,

70 Gerdau, Cap San Diego, S. 9.

71 Vgl. z. B. Stiftung Hamburg Maritim, Presseinformation, 13.11.2015: Pressemitteilung »Die Peking kommt nach Hause«.

72 Hans-Henning Kroll, Eine Aufgabe für Hamburg, in: HA, 17.11.1984; ders., Bürgersinn machte es möglich, in: HA, 7.9.1987.

73 Hermann J. Klein, Vorwort des Herausgebers, in: Stiftung Hamburger Admiralität (Hg.), Cap San Diego, S. 6.

74 Stiftung Hamburg Maritim (Hg.), MS Bleichen, S. 23.

in der weniger Menschen im Hafen arbeiten und zentrale städtische Orte durch die globalen Ketten immer austauschbarer würden, »die Frage nach hanseatischer Identität« stellen.⁷⁵ Auch der Kommentar des *Hamburger Abendblatts* lobte die »Peking« im Jahr 2017 als »ein wichtiges Identifikationsmerkmal [...]«. Man braucht auch solche Symbole, um sich mit seinem Wohnort und seiner Geschichte verbunden zu fühlen – egal welche Wurzeln man selber hat.«⁷⁶ Ob von Museen und Schiffen tatsächlich eine integrative Kraft ausgehen kann und wie eine gesamtstädtische Identität in einer heterogenen Gesellschaft aussehen sollte, sind allerdings offene Fragen.⁷⁷

Fazit: Musealisierung und maritime Pfadabhängigkeiten

Die Musealisierung der maritimen Vergangenheit und die Popularisierung des Hafens durch attraktive Inszenierungen rund um die Elbe sind vor dem Hintergrund eines weitreichenden Strukturwandels in der Seeschifffahrt und im Gütertransport zu sehen, in dessen Verlauf die Zahl der unmittelbar hafenbezogenen Arbeitsplätze zurückging und die finanziellen und ökologischen Belastungen durch den Hafenbetrieb vermehrt hinterfragt wurden. Dabei gab es in Hamburg zu keinem Zeitpunkt einen städtischen »Masterplan«, der diese Entwicklung im Sinne der »soft values« van Hooydonks zielgerichtet gesteuert hätte. Dennoch ist seit den 1970er Jahren eine diversifizierte maritime Kulturlandschaft entstanden, die heute neben restaurierten Gebäuden mehrere Museen sowie drei, mit der »Peking« demnächst vier, große und Dutzende kleinere historische Schiffe umfasst. Sie feiern mit nostalgischen Untertönen die maritime Vergangenheit der

75 Johannes Kahrs, Bitte Kurs halten! Warum das Deutsche Hafenumuseum eine gewaltige Chance ist, in: *Die Zeit*, 1.3.2017. Zur Frage der Identitätsbildung durch Hafenumuseen auch Overdick, *Maritimes Erbe*, S. 13.

76 Willkommen zurück, »Peking«! in: *HA*, 1.8.2017.

77 Vgl. auch Amenda, »Welthafenstadt«, S. 148.

78 So Schemmer, *Hafenarbeit*, S. 306, mit Blick auf die Hafensenjoren.

79 Vgl. Christoph Strupp, *Freie und Hafenstadt Hamburg? Maritime Pfadabhängigkeiten in Hamburg seit den 1950er Jahren*, in: *Moderne Stadtgeschichte* (2018), H. 2, S. 59–72.

80 Vgl. Günter Warsewa, *Lokale Kultur und die Neuerfindung der Hafenstadt*, in: *Raumforschung und Raumordnung* 68 (2010), S. 373–387.

Stadt und produzieren spezifische Bilder und Stimmungen. Stadtmarketing und Touristenwerbung nutzen sie und profitieren von ihnen.

Noch in einer anderen Hinsicht ist das Ensemble an der Elbe durchaus wirkmächtig, denn seine Akteure tragen »aktiv zur Imagebildung über den Hafen [...] bei«⁷⁸ und perpetuieren die Gleichsetzung von Hafen und Hamburg. Dies ist Stärke und Schwäche zugleich, denn der Fokus auf das Maritime mag der Stadt über Phasen wirtschaftlichen Abschwungs hinweggeholfen haben, hat aber auch ihre politischen Optionen eingeschränkt und Anpassungen an den wirtschaftlichen Strukturwandel erschwert.⁷⁹ In den großen Hafenstädten sind lokale Institutionen, Wirtschafts- und Sozialstrukturen sowie die maritim geprägte lokale Kultur eng miteinander verflochten und stützen sich gegenseitig. Daraus ergeben sich politische und wirtschaftliche Entwicklungspfade, die auch dann fortwirken, wenn der aktive Hafenbetrieb die Stadt verlassen hat, und dazu beitragen, sich an diese Entwicklungen anzupassen und sie zu gestalten.⁸⁰

In Hamburg ist der Hafen zwar noch immer präsent und hat sich – nach den Umschlagseinbrüchen der 1980er Jahre und der Finanzkrise von 2007/08 – wirtschaftlich zufriedenstellend entwickelt. Allerdings erschwert die Dominanz des maritimen Rahmens öffentliche Debatten über die zukünftige Rolle des Hafens für die Stadt, über die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Kosten der Elbvertiefungen, neuer Terminals und des Kreuzfahrt-Booms, über alternative Nutzungen für Flächen, die der Hafen in zentraler Lage belegt, oder über Formen der Kooperation mit anderen Häfen. Die historischen Schiffe, die Hafensemuseen und die alten Speicher spielen in diesem Zusammenhang eine komplizierte Rolle: Durch ihre Anwesenheit unterstreichen sie für viele Menschen die Kontinuität des Maritimen. Dagegen ist den Besucherinnen und Besuchern kaum bewusst, dass Segelschiffe, Dampfer und Frachter aus der Zeit vor der Containerisierung zugleich auch Diskontinuitäten und den weitreichenden technologischen und wirtschaftlichen Wandel betonen – und die Notwendigkeit, über dessen politische und soziale Folgen zu diskutieren.

- Dr. Christoph Strupp ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

HAMBURGER POLIZEI- BATAILLONE IM ZWEITEN WELTKRIEG

Der »auswärtige Einsatz« und seine
Nachgeschichte*

- 1 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (Hg.), Keine Bilder des Vergessens – Hamburger Polizeibataillone im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998. S. 36; Wolfgang Kopitzsch, »Judenmord« – Das Erbe der Hamburger Polizei, in: Freiburger Rundbrief. Zeitschrift für christlich-jüdische Begegnung. Neue Folge (2013), H. 4, S. 280 – 286; ders., Bandenbekämpfung, Geiselerchießungen, Umsiedlungen, Endlösung – Hamburger Polizeibataillone im Zweiten Weltkrieg, in: Förderverein »Freundeskreis zur Unterstützung der Landespolizei Schleswig-Holstein e. V.« (Hg.), Täter und Opfer unter dem Hakenkreuz. Eine Landespolizei stellt sich ihrer Geschichte, Kiel 2001, S. 247 – 273 (dort auch weitere Literaturhinweise).
- 2 Zu den folgenden Ausführungen vgl. Adalbert Rückerl, NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmo, München 1978; Wolfgang Kopitzsch / Peter Freimark (Hg.), Der 9. / 10. November 1938 in Deutschland. Dokumentation zur »Kristallnacht«, Hamburg 1988, S. 103 – 105.

In den frühen Morgenstunden des 13. Juli 1942 rückte das Hamburger Reserve-Polizeibataillon 101 in voller Stärke zu seinem ersten Einsatz in den polnischen Ort Józefów aus.¹ Dort ermordeten die Hamburger Polizisten mindestens 1500 Juden und Jüdinnen, darunter Alte, Kinder und Jugendliche. Bei den Einsätzen im Rahmen der »Aktion Reinhard(t)« war das Bataillon 1942 und 1943 an mindestens 40 000 Morden und der Deportation von mindestens 50 000 Menschen in die deutschen Vernichtungslager Treblinka und Majdanek beteiligt. Bei diesen Zahlen handelt es sich um Schätzungen der deutschen Justiz, die tatsächlichen Zahlen dürften deutlich höher gewesen sein.

Diese Polizeiaktion gehörte unmittelbar zur »Endlösung der Judenfrage«, dem seit März 1942 durchgeführten Mordprogramm des NS-Regimes an den in die besetzten Ostgebiete deportierten bzw. dort lebenden jüdischen Menschen.² Die Massenmorde fanden

* Wir dokumentieren hier einen Vortrag, den Wolfgang Kopitzsch, ehemaliger Polizeipräsident der Freien und Hansestadt Hamburg, am 21. November 2019 im Gebäude der Patriotischen Gesellschaft gehalten hat. Sein Vortrag war Teil einer Veranstaltungsreihe, in der die Geschichte des Stadthauses als Zentrale der Polizei und der Gestapo in Hamburg behandelt wurde.

in den Vernichtungslagern Belzec (seit März 1942), Chelmino (Kulmhof, seit Ende 1941), Sobibor (seit April 1942) und Treblinka (seit Oktober 1941) sowie in den Konzentrations- und Vernichtungslagern Auschwitz-Birkenau (seit Oktober 1941) und Majdanek (seit Anfang 1942), zum Teil aber auch direkt in den Wohnorten der Menschen statt. An den Transporten in die Vernichtungslager und an den Massenmorden waren neben SS, SD und »Hilfswilligen« auch Einheiten der Ordnungspolizei (Schutzpolizei und Gendarmerie) beteiligt. Die Aktionen wurden in der Regel von der örtlichen polnischen Polizei unterstützt. Seit Juni 1942 wurde das Hamburger Reserve-Polizeibataillon 101 für einen »Sondereinsatz« herangezogen und dem Befehlshaber der Ordnungspolizei Krakau als III (Bataillon) / Polizei-Regiment 25 unterstellt. Als erstes Ziel war die Stadt Zamosc im südlichen Teil des Distriktes Lublin vorgesehen. Das Bataillon verließ Hamburg in einer Gesamtstärke von 502 Mann am 21. Juni 1942 im Eisenbahntransport vom Bahnhof Sternschanze.

Dem Bataillon gehörten neben Polizeibeamten aus Hamburg und Norddeutschland auch Beamte aus dem besetzten und ins Deutsche Reich eingegliederten Luxemburg und aus Österreich an. Das Bataillon unterstand unmittelbar dem SS- und Polizeiführer in Lublin Odilo Globocnik. Von dort kam auch direkt der Einsatzbefehl für den Massenmord in Józefów und alle folgenden Aktionen.

Das Reserve-Polizeibataillon 101 wurde nach seinen Einsätzen im Raum Zamosc in den nördlichen Teil des Distriktes Lublin verlegt. Der Bataillonsstab und die 1. Kompanie wurden in Radzyn, die 2. Kompanie in Biala-Podlaska und die 3. Kompanie in Pulawy stationiert. Die einzelnen Kompanien des Bataillons wurden dabei in der Regel in Zugstärke in kleineren Orten



Das Polizeibataillon 101 beim Ausrücken aus der Kaserne Bundesstraße. Im Vordergrund Bataillonskommandeur Major Trapp und sein Adjutant Oberleutnant Haalk. Quelle: Staatsarchiv Hamburg.

3 Der Grund der Geiselerchießungen war der Überfall auf einen deutschen Polizisten in der Nähe des Dorfes. In dem Verfahren vor dem Sondergericht in Siedlce 1948 (u. a. gegen Trapp) spielte diese Hinrichtung eine besondere Rolle.

4 Vgl. dazu Christopher M. Browning, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen*, Reinbek 1993. S. 182 ff.; Daniel J. Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, Berlin 1996. S. 278 ff., 323; Stefan Klemp, »Aktion Erntefest«. Mit Musik in den Tod. Rekonstruktion eines Massenmords. Münster 2013; ders., *Nicht ermittelt. Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz*, Essen 2011; Helge Grabitz/Wolfgang Scheffler, *Letzte Spuren. Ghetto Warschau. SS-Arbeitslager Trawniki. Aktion Erntefest. Fotos und Dokumente über Opfer des Endlösungswahns in Spiegel der historischen Ereignisse*, Berlin 1988.

des Gebietes einquartiert. Am 18. August 1942 teilte der Kompanieführer, Oberleutnant Gnade, seinen Zugführern in Biala-Podlaska den Einsatzbefehl für den folgenden Tag mit. Die gesamte 2. Kompanie wurde für den Morgen des 19. August 1942 nach Lomazy befohlen, wo sich bereits seit längerer Zeit ein Teil des 3. Zuges aufhielt. An diesem Tag erschossen die Polizisten dort 800 Menschen. Im September 1942 ermordete die 1. Kompanie (Hauptmann Wohlauf) in dem Ort Serokomla nahe Radzyn mindestens 200 Menschen, die auf dem Marktplatz zusammengetrieben und in einer Kiesgrube erschossen wurden. Anfang Oktober 1942 erhielt die 3. Kompanie (Hauptmann Hoffmann) den Befehl zur Räumung des Ortes Konskowola in der Nähe von Pulawy. Für die sog. »Aussiedlung«, d. h. das Zusammentreiben und die Ermordung der jüdischen Bevölkerung, wurden neben der 3. Kompanie auch die örtliche Gendarmerie und Gendarmerieeinheiten aus anderen Orten eingesetzt.

»Aussiedlung« – Ghettoräumung und Massenmord

Es war es eines der Ziele der »Aktion Reinhard«, die in den Ghettos zusammengepferchten Menschen in die Vernichtungslager zu transportieren und dort zu ermorden. In zahlreichen Fällen wurden aber auch Massenmorde direkt in den Wohnorten durchgeführt, wenn keine Transportmöglichkeiten bestanden. Dies gilt auch für die vom Reserve-Polizeibataillon 101 durchgeführten Mordaktionen. Im Stationierungsgebiet des Reserve-Polizeibataillons 101 befand sich das größte jüdische Ghetto in dem Ort Miedzyrzec, einer Stadt mit ca. 22 000 Einwohnern. Die Betriebe, die unter deutscher Leitung standen, beschäftigten über-

wiegend zwangsrekrutierte jüdische Arbeitskräfte aus dem Ghetto. Das Ghetto wurde in regelmäßigen Abständen durch Einheiten des Reserve-Polizeibataillons 101 (1. oder 2. Kompanie) geräumt, d. h., die Menschen wurden zusammengetrieben, durchsucht, in Güterwagen der Eisenbahn gepfercht und in ein Vernichtungslager, meist nach Treblinka, transportiert. Dort wurden sie nach der Ankunft – einige erst nach weiteren Arbeitseinsätzen – durch Giftgas ermordet. Bei einer Deportation aus dem Ghetto Anfang Oktober 1942 ermordete der 2. Zug der 2. Kompanie unter Oberleutnant Dreyer mindestens 80 Menschen, die nicht mehr in die Güterwagen gepresst werden konnten, auf dem Friedhof der Stadt in der Nähe der Friedhofsmauer.

Gegen die in die zahlreichen Wälder Ostpolens geflohenen Menschen wurden – teilweise mit Unterstützung durch die örtliche Bevölkerung und die Wehrmacht – immer wieder sog. »Judenjagden« durchgeführt. Sie waren nichts anderes als Treibjagden auf Menschen. Die Zahl der dabei Ermordeten kann nicht seriös geschätzt werden. Angehörige des Bataillons führten auch Geiselschießungen durch, so unter anderem eine in dem Ort Talcyn am 26. Oktober 1942, bei der 87 Männer ermordet wurden.³

Die letzten Aktionen im Zusammenhang mit der »Aktion Reinhard« führte das Bataillon im November 1943 durch. So war das gesamte Bataillon am 3. und 4. November 1943 an der »Aktion Erntefest« beteiligt, bei der in Majdanek und Poniatowa über 30 000 Juden und Jüdinnen ermordet wurden. Nach den Feststellungen der deutschen Justiz wurde das Bataillon dabei zur Absperrung des Gebiets eingesetzt, in dem die Erschießungen stattfanden. Es gibt allerdings zahlreiche Hinweise, dass mindestens Teile des Bataillons auch selbst an Erschießungen teilnahmen.⁴

Die Hamburger Polizei von 1919 bis 1939

Im Kaiserreich gab es in Hamburg, wie im gesamten Deutschen Reich, keine geschlossenen, d. h. kasernierten Polizeieinheiten. Bei Bedarf wurden die Polizeibeamten zusammengezogen und geschlossen eingesetzt. Erst mit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches und den sich anschließenden politischen Wirren, auch vor dem Hintergrund der Begrenzung der Streitkräfte durch den Vertrag von Versailles, ergab sich die dringende Notwendigkeit

zur Schaffung rasch verfügbarer kasernierter Polizeieinheiten, die bis 1920 meist als »Sicherheitspolizei« bezeichnet wurden.⁵ In Hamburg wurde im Juli 1919 mit der Aufstellung einer entsprechenden »Polizeitruppe« begonnen, die offiziell am 1. Oktober 1919 als »Sicherheitspolizei« eingeführt wurde. Im Wesentlichen rekrutierte sie sich aus ehemaligen Angehörigen der »Volkswehr« und zahlreichen Freiwilligen, meist aus dem Korps Lettow-Vorbeck, z. B. dem »Schutztruppenregiment«, dem zahlreiche Angehörige der ehemaligen Schutztruppe von Deutsch-Ostafrika angehörten, und aus dem Freikorps »Schleswig-Holstein«. Eine ursprünglich geplante Stärke von 8000 Mann wurde allerdings nie erreicht. Der »Kapp-Putsch« 1920 zeigte, dass erhebliche Teile der Sicherheitspolizei nicht republiktreu waren. Dies galt vor allem auch für das Offizierskorps.⁶ Aufgrund der Anordnungen der Alliierten, die eine heimliche Schaffung militärischer Verbände befürchteten, wurde die Sicherheitspolizei 1920 insgesamt aufgelöst und ersetzt. In Hamburg trat mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 die »Ordnungspolizei« an ihre Stelle. Auch deren geplante Gesamtstärke von 5500 Mann wurde nicht erreicht. Die Mannschaften waren in den ersten Dienstjahren kaserniert, ebenso die überwiegende Mehrheit der Unterführer und der jüngeren Offiziere. Ab 1927 wurde die Ordnungspolizei deutlich reduziert. Ende 1932 bestand sie aus 21 Wachbereitschaften (darunter die in Auflösung begriffene »Bootsbereitschaft« im Hafen) mit einer Gesamtstärke von 2100 Mann. In der Endphase der Weimarer Republik wurde die kasernierte Ordnungspolizei bereits als »Bereitschaftspolizei« bezeichnet. In der Regel verrichteten die Beamten der geschlossenen Wachbereitschaften einen Schichtdienst an ausgewählten Polizeiwachen, vor allem in den innerstädtischen Ballungsgebieten.

5 Wolfgang Kopitzsch, Polizeieinheiten in Hamburg in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, in: Peter Nitschke (Hg.), Die deutsche Polizei und ihre Geschichte. Beiträge zu einem distanzierteren Verhältnis, Hilden 1966, S. 139–167.

6 Interessante Eindrücke zur Entstehungsgeschichte (wenn auch mit einigen Ungenauigkeiten) gibt: Lothar Danner, Ordnungspolizei Hamburg. Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918 bis 1933, Hamburg 1958; Wolfgang Kopitzsch, Artikel »Polizei«, in: Franklin Kopitzsch / Daniel Tilgner (Hg.), Hamburg Lexikon, Hamburg 2010, S. 543–547.

7 Ausführlicher dazu: Hans-Joachim Neufeldt, Entstehung und Organisation des Hauptamtes Ordnungspolizei, Koblenz 1957; Georg Tessin, Die Stäbe und Truppeneinheiten der Ordnungspolizei, Koblenz 1957; Das Polizeibataillon 307 (Lübeck) »im Osteinsatz« 1940–1945. Eine Ausstellung der Landespolizei Schleswig-Holstein, Polizeidirektion Schleswig-Holstein Süd (Lübeck), Essen 2002, S. 7–10.

Mit der Machtübergabe an die Nationalsozialisten, in Hamburg am Abend des 5. März 1933, wurden etwa 10 % der »Oberbeamten« (Polizei-offiziere) und 1,5–2 % der »Unterbeamten« (Unterführer und Mannschaften) vom Dienst enthoben und in der Folge entlassen. Die 20 Wachbereitschaften wurden wie alle kasernierten Polizeieinheiten im Deutschen Reich seit Mitte 1933 militärisch gegliedert und als »Landespolizei« bezeichnet. Alle Polizeibeamten mit weniger als sieben Dienstjahren wurden im Sommer 1933 automatisch Angehörige der Landespolizei. Die älteren Beamten bildeten dann die »Revierpolizei«. Aufgrund ihrer verhältnismäßig großen Stärke war die Hamburger Landespolizei im norddeutschen Raum von besonderer Bedeutung. 1934 wurde die Bremer Landespolizei mit der Hamburger Landespolizei zusammengefasst. Am 1. Oktober 1935 wurden 56 000 Angehörige der Landespolizei in die Wehrmacht überführt. Sie bildeten einen wesentlichen Baustein für die deutsche Aufrüstung nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Weitere Einheiten wurden nach der Besetzung des Rheinlandes und der neutralen Zone 1936 ebenfalls in die Wehrmacht eingegliedert.

Die »Verreichlichung« der Polizei, d. h. die Überführung der Polizei der Länder unter das zentrale Kommando des Reiches, sollte nach dem Willen der nationalsozialistischen Regierung den Abschluss der Veränderungen in der Polizei bilden. Bereits seit Ende 1933 hatte sich die SS fast überall in den Ländern die Kontrolle über die politische Polizei gesichert. Die Verreichlichung wurde mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934 vorbereitet, das die Polizeihochheit auf das Reich übertrug. Am 17. Juni 1936 unterzeichnete Hitler den Erlass zur Einsetzung des Reichsführers SS Heinrich Himmler zum »Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern«. Damit übernahm die SS auch in der übrigen Polizei die Kontrolle und gewann zentralen Einfluss auf die personelle und ideologische Gestaltung und Ausrichtung der Polizei. Geschlossene Polizeieinheiten wurden erst wieder im Laufe des Jahres 1936 aufgestellt. Mit dem Stand von 1938 existierten im Deutschen Reich 69 Hundertschaften mit jeweils 108 Mann und 20 Hundertschaften mit je 72 Mann. Daneben bestanden elf »Polizei-Ausbildungsleitungen« (davon eine in Hamburg) mit insgesamt weiteren 30 Hundertschaften. Nur die Hälfte der 106 Polizeiverwaltungen im Reich verfügte über geschlossene Polizeieinheiten. Insgesamt umfasste die Polizei über mehr als 60 000 Angehörige.⁷

Den ersten Großeinsatz im Ausland hatte die deutsche Polizei 1938 bei der Besetzung Österreichs. Am 12. Januar 1938 gab das Hauptamt Ordnungspolizei die Anweisung zur Vorbereitung einer »Parade« der deutschen Polizei für den April/Mai 1938. Dahinter verbargen sich die konkreten und detaillierten Planungen für den Einmarsch von ca. 20 000 Angehörigen der Polizei nach Österreich. Von den in Hamburg verfügbaren Polizeibeamten wurden rund 1000 Mann eingesetzt. Die ersten Einheiten verließen Hamburg am 11. März 1938 und erreichten die österreichische Grenze zwei Tage später. Aufgrund der großen Zustimmung der Bevölkerung in Österreich erwiesen sich umfassende polizeiliche Sicherungsmaßnahmen als nicht erforderlich, die Einheiten kehrten nach kurzer Zeit zurück. Bei der Besetzung des Sudetenlandes (»Egerland«) im Rahmen der Aktionen zur Zerschlagung der Tschechoslowakei wurde im November 1938 auch das »Polizeibataillon Hamburg« mit drei Hundertschaften unter Major Engelhaupt eingesetzt. Die Einheiten hatten u. a. den Auftrag der Grenzsicherung und der Mitwirkung bei der Vertreibung der tschechischen Bevölkerung. Zahlreiche Menschen wurden dabei verhaftet. Beim Einmarsch in die »Rest-Tschechei« am 15. und 16. März 1933 wurde eine Hamburger Hundertschaft unter Hauptmann Morawietz bei der Besetzung Prags eingesetzt.⁸

8 Zum Einsatz im »Egerland«: Staatsarchiv Hamburg (StAHH), Polizeibehörde I 596.

9 Zur Übersicht vor allem: Tessin, Stäbe, S. 11f. U. a. wurden die Hamburger Polizeibataillone 102, 104 und 305 an der Front eingesetzt. Zur Ordnungspolizei gehörten auch zahlreiche andere Einheiten, z. B. motorisierte »Feuerschutz-Polizei-Regimenter«, der »Sicherheits- und Hilfsdienst (SHD)«, Werkschutz, »erweiterter Selbstschutz« und Wasserschutzpolizei«.

Vorbereitungen für den Einsatz der Polizei im Krieg

Seit 1936 war der Einsatz der Polizei im Krieg systematisch vorbereitet worden. Mit der Schaffung des »verstärkten Polizeischutzes (VPS)« für den Einsatz vor allem im Heimatgebiet wurde seit 1937 die erfor-

derliche personelle Verstärkung der Polizei vorbereitet. Der »VPS« erhielt später die Bezeichnung »Polizeireserve« und erreichte 1939 eine Stärke von über 90 000 Mann. Für die »Polizeireserve« hatte die Wehrmacht die Jahrgänge 1901 bis 1909 der Polizei zur Verfügung gestellt, für die sie aufgrund des Alters zunächst keine Verwendung hatte. Die Angehörigen der Polizeireserve stammten vor allem aus Berufen, die im Kriegsfall ohne Bedeutung für die Rüstung und Ernährung waren, d. h. vor allem aus Dienstleistungsberufen bzw. aus Berufen, deren Bedeutung und Tätigkeit durch die Kriegsereignisse stark eingeschränkt wurden, z. B. Hafenarbeiter, Lagerarbeiter, Friseur, Handwerker, Gewerbetreibende, Einzelhändler. Die Ausbildung der Polizeireserve war uneinheitlich, zum Teil waren die Angehörigen überhaupt nicht ausgebildet, andere hatten lediglich nach Feierabend oder an Sonntagen eine Kurzausbildung erhalten.

Im Herbst 1939 erhielt die Polizei durch einen »Führerbefehl« 26 000 »Polizeirekruten«, die vorwiegend aus den Jahrgängen 1909 bis 1921 kamen. Ein erheblicher Teil wurde sofort durch die SS übernommen. Angehörige der jüngeren Jahrgänge wurden in großer Zahl nach ihrer ausschließlich militärischen Ausbildung an die 1939/40 aufgestellte »Polizei-Division« (später SS-Polizeidivision, dann 4. SS-Polizei-Panzergranatierdivision) abgegeben. Die Polizeirekruten mussten sich zum aktiven Polizeidienst verpflichten und sollten nach zwölf Dienstjahren als Beamte auf Lebenszeit endgültig übernommen werden. Die ungedienten Wehrpflichtigen der Jahrgänge 1918 bis 1920 (9000 Mann) wurden als »Polizeianwärter«, die älteren Jahrgänge (17 000 Mann) als »Polizei-Wachtmeister« (mit vier Dienstjahren) eingestellt. Zahlreiche dieser Polizeirekruten wurden nach 1945 in die neu aufzubauende Polizei übernommen. Dies gilt auch für viele Abiturienten der Jahrgänge 1918 bis 1920, die sich bevorzugt für die Laufbahn als Polizeioffizier bewerben konnten. Im Februar 1942 erreichte die Polizeireserve mit 117 500 Mann ihre größte Stärke. Die Offiziere und Unteroffiziere der Division stammten überwiegend aus der Polizei, die Mannschaften nach dem Frankreich-Feldzug vorwiegend aus der Polizeireserve bzw. den Polizeirekruten. Die Polizeidivision wurde als Kampfverband vor allem an der Ostfront und auf dem Balkan eingesetzt und war in Griechenland an Kriegsverbrechen beteiligt.⁹ In größerem Umfang wurden außerdem »ältere Jahrgänge« aufgrund der Wehrpflicht zum Dienst in die Polizei einberufen. Sie wurden entweder als »Anwärter der Schutzpolizei

10 StAHH, Polizeibehörde I 661 und 1174.

11 Zu den Ermittlungs- und Gerichtsverfahren: Jan Kiepe, Das Reservepolizeibataillon 101 vor Gericht. NS-Täter in Selbst- und Fremddarstellungen, Hamburg 2007; Klemp, Nicht ermittelt, S. 225 ff., 233 f., 245 f., 257 f., 260 ff., 502 ff., 508 ff.

12 StAHH, Polizei-Personalakt 116. Zu den Vorgängen in Konskie auch Helmut Krausnick, Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppen des Weltanschauungskrieges 1938 – 1942, Frankfurt/Main 1985, S. 38 f.

13 Fotoaufnahmen zum Einsatz des Reserve-Polizeibataillons 104 in: Heiko Lange/Stephan Linck, Ein Hamburger Polizeibataillon im Osteinsatz. Anmerkungen zu einer neu entdeckten Quelle, in: Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e. V. (Akens) (Hg.), Kritische Annäherungen an den Nationalsozialismus in Norddeutschland. Festschrift für Gerhard Hoch zum 80. Geburtstag am 21. März 2003, Kiel 2003, S. 167 – 183.

der Reserve« oder – wenn sie Teilnehmer am Ersten Weltkrieg gewesen waren – nach ihrem letzten militärischen Dienstgrad als Unterwachtmeister, Wachtmeister oder Oberwachtmeister der Reserve eingestellt. Daneben wurden – allerdings fast ausschließlich im »Heimatkriegsgebiet« – auch bereits im Ruhestand befindliche Beamte wieder zum aktiven Polizeidienst herangezogen, darunter auch über Siebzugjährige, von denen sich eine ganze Reihe auch freiwillig zur Verfügung stellten. Mit zunehmender Kriegsdauer wurden zahlreiche Polizeibeamte (aktive Polizeibeamte, Polizeireservisten, Polizeirekruten) auch ohne ihre Zustimmung in Kampfverbände der Waffen-SS eingegliedert.

Der Überfall auf Polen und erste Einsätze 1939/40

Beim Überfall auf Polen 1939 wurden im Rahmen der Armeeoberkommandos 17 Polizeibataillone – meist aus aktiven Polizeibeamten – in sechs Polizeigruppen eingesetzt. Darunter befanden sich drei Polizeibataillone aus Hamburg (I/2, II/2, III/2, später umbenannt in 101, 102 und 103).

Die Bataillone (Stab und je vier Hundertschaften) wurden mit Beginn des Überfalls am 1. September 1939 in Hamburg aufgestellt und am 6. September 1939 nach Polen verlegt.¹⁰ Vorläufige Standorte der Polizeibataillone waren die polnischen Städte Kielce, Tomaszow und Konskie. Alle drei Polizeibataillone begleiteten die vorrückenden Verbände der 10. Armee (AOK 10) bzw. folgen ihnen auf ihrem Vormarsch durch Polen. Die Polizeibataillone bestanden überwiegend aus aktiven Polizeibeamten und wurden aus der Ausbildungsabteilung, den Polizeigruppen Ost, West, Hafen und den Spezialdienststellen (Verkehrsbereitschaft, Unfallbe-

reitschaft u. a.) aufgestellt. Die Bataillonskommandeure und die Hundertschaftsführer waren in der Regel dienstältere Polizeioffiziere, die bereits in der Weimarer Republik in der Polizei Dienst getan hatten. Die Zugführer stellten meist jüngere Polizeioffiziere, die erst nach 1933 in die Offizierslaufbahn gekommen waren.

Während ihres Einsatzes in Polen waren die Hamburger Polizeibataillone aktiv an den ersten umfassenden und rücksichtslosen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die polnische und die jüdische Bevölkerung beteiligt.¹¹ Zu den Einsatzaufgaben gehörte auch die Vollstreckung von Todesurteilen, die Standgerichte der Wehrmacht, der SS und der Polizei verhängt hatten, sowie Kampfeinsätze gegen die reguläre polnische Armee, die Bewachung von Kriegsgefangenen, die Unterstützung von Einheiten der SS und des Sicherheitsdienstes (SD), die Einsammlung von Waffen und die Beteiligung an »Umsiedlungsaktionen«.

Der Begriff »Umsiedlung« umfasste die Vertreibung der Bevölkerung aus den dem Deutschen Reich unmittelbar angeschlossenen Gebieten (u. a. Danzig, Posen und Westpreußen »Warthegau«) in das »Generalgouvernement«. In den so geräumten Gebieten wurden dann sog. »Volksdeutsche« angesiedelt. So wurde im Oktober 1939 das Polizeibataillon 103 nach Posen verlegt und beteiligte sich an der Vertreibung aus dem Stadt- und Landgebiet. Dabei kam es, wie Zeugenaussagen in späteren Ermittlungsverfahren zeigten, zu zahlreichen Morden. Das Polizeibataillon 102 war während des Vormarsches in dem polnischen Ort Rawa an Geislerschießungen beteiligt. Ob das Polizeibataillon 103 in Konskie an Geislerschießungen direkt beteiligt war, konnte nicht genau geklärt werden. Es steht aber fest, dass die Erschießungen durch die Wehrmacht und die Einsatzgruppe II der Sicherheitspolizei durchgeführt wurden. Zudem gibt es Hinweise, dass sich vor allem ältere Polizeioffiziere in der Anfangsphase des Krieges entsprechenden Befehlen widersetzen, etwa bei Aufträgen zur Verhaftung und Erschießung von Pfarrern.¹² Das im Januar nach Lublin verlegte Hamburger Polizeibataillon 104 war dort – ebenso wie nach seiner Verlegung nach Zamosc – an Standgerichtsverfahren und anschließenden Hinrichtungen beteiligt. Fotografien dokumentieren, dass diese Einheit vermutlich bereits 1940 an umfassenden Transporten von jüdischen Zwangsarbeitern beteiligt war.¹³ Dies gilt auch für das im Oktober 1940 nach Kielce verlegte Polizeibataillon 305, das im April 1940 als »Polizei-Ausbildungsbataillon Itze-

hoe« aus »Polizeirekruten« aufgestellt worden war und dort u. a. das Ghetto bewachte. Dieses Bataillon war bereits im Jahre 1941 an Transporten nach Auschwitz beteiligt. Zeitweilig wurde durch das Bataillon auch ein sog. »Verhörlager« des Sicherheits-Dienstes (SD) in Kamienna bewacht, in dem durch SD und volksdeutsche Hilfswillige Folterungen und Verhöre durchgeführt wurden. Weitere Aufgaben des Bataillons waren die Bewachung von Industrieanlagen und Verkehrswegen sowie die Eintreibung von »Kontingenten« aus der Landwirtschaft. Im Februar 1942 wurde das Bataillon von Radom aus an die Front vor Leningrad geflogen und wie das Reserve-Polizeibataillon 102 direkt bei der Belagerung eingesetzt. Die zuerst in Polen eingesetzten Polizeibataillone wurden 1939/40 zurückgezogen und zu »Reserve-Polizeibataillonen« erklärt, d. h., die Mannschaften waren fortan überwiegend »Polizeireservisten«, Offiziere und Unteroffiziere meist Berufspolizeibeamte. Das so neu gegliederte Reserve-Polizeibataillon 101 wurde im Mai 1940 nach Posen verlegt und führte hier vor allem in den Landgebieten erneut »Umsiedlungsaktionen« durch.

Im Juli 1940 wurde das Bataillon nach Lodz verlegt, wo unter anderem der Ausbau und die Bewachung des jüdischen Ghettos zu seinen Aufgaben gehörte. In beiden Orten waren Angehörige des Bataillons an Standgerichtsverfahren und Hinrichtungen beteiligt. Bei der Bewachung des Ghettos kam es zu willkürlichen Erschießungen durch Angehörige des Bataillons. Das Bataillon kehrte im April/Mai 1941 nach Hamburg zurück.

14 Polizeibataillon 307, S. 36 – 38.

15 Zeitgenössische Darstellungen
u. a.: Hanns Wirth / Fritz Göhler,
Ordnungspolizei im Kampfeinsatz.
Handbuch der Taktik des Polizei-
bataillons, Berlin 1942; Hans Rich-
ter, Bei den Polizeibataillonen in
Ost, Nord und West, Berlin 1941.

»Bandenkampf« und Geiselmord

Mit dem Begriff »Bandenkampf«, d. h. Einsätzen gegen die Partisanen- und Widerstandsbewegungen in den besetzten Gebieten, wurden während und nach dem Zweiten Weltkrieg vielfältige Aktionen von Polizei, SS, SD, Wehrmacht, Hilfswilligen, örtlichen Polizeikräften und anderen Organisationen (z. B. Organisation Todt) zusammengefasst und damit bewusst ungenau bezeichnet. In vielen Fällen sind derartige Aktionen in den Personalakten damals aktiver Polizeibeamter vermerkt. Was sich dahinter auch verbarg, wird etwa in Einsatzberichten deutlich, wenn unter den Opfern neben den getöteten Partisanen und deren »Helfershelfern« (meist unschuldige Angehörige der Zivilbevölkerung) auch die im Zuge des Einsatzes ermordeten Juden aufgeführt wurden.¹⁴ In der polizeilichen Fachliteratur der Kriegs- und auch der Nachkriegszeit ist diese Tätigkeit der Polizei umfassend behandelt worden, allerdings fast ausschließlich unter polizeitaktischen Aspekten. Dass es sich dabei in zahllosen Fällen um gezielte Mordaktionen handelte, wird mit keinem Wort erwähnt.¹⁵ An »Bandenkampfaktionen« beteiligte Polizeibeamte mussten auch nach dem Ende des Krieges innerhalb der Polizei in der Regel nicht mit kritischen Nachfragen zu ihren Einsätzen rechnen. Im Gegenteil: In einigen Fällen stiegen Polizeibeamte mit entsprechender Einsatzerfahrung in höchste Führungsringe auf, galten sie doch als erfahrene Taktiker und Strategen für den Fall des Einsatzes der Polizei gegen bewaffnete Gruppen. So ist es auch zu erklären, dass in den 1950er und 1960er Jahren eine Reihe von ehemaligen Generalstabsoffizieren der Polizei und der Waffen-SS leitende Positionen der Polizei in der Bundesrepublik bekleideten.

Polizeibataillone im »Kampfeinsatz« 1941 bis 1945

Das Polizeiausbildungsbataillon Lübeck, später Polizeibataillon 307 (Lübeck), ein sogenanntes »Wachtmeisterbataillon« mit Mannschaften der Jahrgänge 1909 bis 1912, wurde im Oktober 1940 in den Distrikt Lublin verlegt. Anfang Juli rückte es in Brest-Litowsk ein. Am 7. Juli 1941 forderte die 221. Sicherungsdivision eine Kompanie des Polizeibataillons 307 für eine »Säuberungsaktion« an. Am 8. Juli 1941 verübten die Polizeibataillone

16 Heiner Lichtenstein, Himmlers grüne Helfer. Die Schutz- und Ordnungspolizei im »Dritten Reich«, Köln 1990, S. 184 f.; Klaus-Michael Mallmann, Der Einstieg in den Genozid. Das Lübecker Polizeibataillon 307 und das Massaker in Brest-Litowsk Anfang Juli 1941, in: Archiv für Polizeigeschichte, 10 (1999), H. 3, S. 82 – 88; Sven Deppisch, Täter auf der Schulbank. Die Offiziersausbildung der Ordnungspolizei und der Holocaust, München 2017. Zeitgenössische Darstellungen u. a.: Wirth / Göhler; Ordnungspolizei; Richter, Bei den Polizeibataillonen. Zum Thema »Bandenkampf und Polizei« auch: Polizeibataillon 307, S. 36 – 47.

17 Allgemein zur gerichtlichen Ahndung nach 1945: Albrecht Götz, Bilanz der Verfolgung der NS-Straftaten, Köln 1986. Interessant zu den Hintergründen der »Gehilfenrechtsprechung« auch: Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903 – 1989, Bonn 1996. Zum Polizeibataillon 307: Mallmann, Einstieg; Rückerl, NS-Vernichtungslager.

316 und 322 in Bialystok Massenmorde an jüdischen Männern.¹⁶

Das Polizeibataillon 307 war in den folgenden Monaten an mehreren Massenmorden in Weißrussland beteiligt, befand sich im Winter 1941/42 im Einsatz an der Front und wurde 1942 in das Generalgouvernement zurückverlegt. Dort war es u. a. an den Deportationen aus den Ghettos in Rzeszów, Przemyśl, Tarnow und Nowy Sacz beteiligt, bei denen tausende jüdischer Menschen ermordet wurden. Von Herbst 1942 bis zum Sommer 1944 war es dann im »Bandenkampf« (Raum Minsk und in den Pripjet-Sümpfen) eingesetzt. Ein Gerichtsverfahren wurde nach dem Krieg lediglich wegen der Ermordung eines einzelnen Menschen in Mogilew im Jahre 1941 durchgeführt, es endete mit einem Freispruch.¹⁷

Neben dem Polizeibataillon 102 wurden auch die Polizeibataillone 104 und 305 seit 1942 im »Kampfeinsatz« an der Ostfront bei der Belagerung von Leningrad (Oranienbaumer Kessel und Wolchow) eingesetzt. Das Bremer Polizeibataillon 105 (zu dem auch Hamburger Polizeibeamte gehörten) war der 207. Sicherungsdivision zugeteilt und wurde vor allem im rückwärtigen Frontgebiet eingesetzt, u. a. auch zur »Bandenbekämpfung«. Das Bremer Polizeibataillon 303 wurde im Herbst 1940 in das besetzte Polen nach Jaslo und anderen Orten verlegt. 1941 beim Überfall auf die Sowjetunion wurde es dem Polizeiregiment »Rußland-Süd« zugeteilt und war seit Juli 1941 an zahlreichen Massenmorden, u. a. in Babi Yar im September 1941, beteiligt. Umfassende Ermittlungen und Verfahren wegen dieser Gräueltaten waren in der Bundesrepublik äußerst selten und wurden eingestellt. Die Einheit 105 wurde 1942 in die besetzten Niederlande verlegt und war dort an zahlreichen Verhaftungsaktionen und Deportationen von Juden und Jüdinnen, vor allem

nach Auschwitz, beteiligt. Das Polizeibataillon 103 – und vermutlich auch das Bataillon 101 – wurde im Sommer 1944 nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Fronteinsatz verwandt. Das Polizeibataillon 104 wurde seit April 1944 in Ungarn bei der sog. »Sonderaktion Serbien« eingesetzt, wohinter sich Deportationen von Menschen aus Ungarn und den angrenzenden besetzten Gebieten nach Auschwitz verbargen. Teile des Bataillons wurden im Dezember 1944 in der »Festung« Budapest eingeschlossen. Beim Ausbruchversuch wurde das Bataillon fast völlig aufgerieben. Nur wenige Angehörige gerieten in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Über den Einsatz des Polizeieinsatzbataillons »Osten« (später I/Polizeiwachbataillon X) liegen bisher nur wenige Informationen vor. Aus einigen Personalakten von Angehörigen lässt sich aber feststellen, dass die Einheit im Rahmen des Polizei-Regiments 50 1945 an die Oderfront verlegt und dort von den sowjetischen Truppen überrollt wurde. Das Polizeibataillon »Knolle« bildete den Beitrag der Hamburger Polizei für das »letzte Aufgebot« zur Verteidigung Hamburgs 1945. Es wurde aus Beamten der Schutz- und der Luftschutzpolizei im April 1945 zur Verfügung des Kampfkommandanten von Hamburg aufgestellt und mit völlig unzureichender Bewaffnung gegen die vorrückenden britischen und kanadischen Truppen im Gebiet des heutigen Landkreises Harburg (Winsen / Luhe) eingesetzt.

Nach ihren Einsätzen in den besetzten Gebieten, die meist ca. ein Jahr dauerten, wurden die Polizeibataillone in den ersten Kriegsjahren nach Hamburg zurückverlegt. Das bis heute vorliegende Bild über ihre Verwendung in Hamburg ist noch sehr unvollständig. Manche Einheiten wurden nach ihrer Rückkehr weitgehend aufgelöst und die Beamten im Revierdienst eingesetzt. Andere Einheiten wurden kompanieweise auch in Städten außerhalb Hamburgs im Wehrkreis X (Wilhelmshaven, Kiel, Bremen usw.) stationiert und waren dort ebenfalls im Revierdienst oder für andere Aufgaben (Bewachungen usw.) im Einsatz. Zu den Aufgaben gehörten dabei auch Sicherungs- und Rettungseinsätze während der Luftangriffe der Alliierten, aber auch die Bewachung und Überwachung von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen. Das Polizeibataillon 101 wurde nach dem Luftangriff auf Lübeck am 28. und 29. März 1942 zu Rettungs- und Aufräumungsarbeiten herangezogen.

Ermittlungen und gerichtliche Ahndung der Verbrechen nach 1945

18 Das Urteil und andere Unterlagen zum Verfahren befinden sich im Archiwum Glównej Badania Zbrondzi Hitlerowskich w Polsce. Instytut Pamięci Narodowej in Warschau. In den Beständen finden sich auch Einsatzberichte von Polizeieinheiten, z. B. über die »Bandenbekämpfung«.

19 Zu den im Folgenden dargestellten Ermittlungen sowie zur strafrechtlichen Würdigung von deren Ergebnissen siehe: Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg. Ermittlungssache gegen Gipp u. a. (mit Einstellungsverfügung), 141 Js 128/65 und Der Leitende Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Hamburg. Ermittlungssache gegen Bliedung u. a., 141 Js 192/65, jetzt StAHH, 213-12, u. a. mit der Aufforderung der Zentralen Stelle in Ludwigsburg an den Leiter des Kriminalamtes, Leitenden Kriminaldirektor Dr. Land, zur Ermittlung von in Polen 1939 bis 1941 eingesetzten Beamte, vor allem der Polizeibataillone 61, 102, 104. Darin enthalten der Abschlussbericht des Kriminalamtes (Dr. Land) an die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg vom 15. März 1962 mit den im Text genannten Zahlen für die Polizeibataillone 101, 102, 103, 104 und 305.

Den polnischen und britischen Behörden waren die Taten der Hamburger Polizeibataillone bereits unmittelbar nach Kriegsende bekannt. Umfangreiche Ermittlungen wurden vor allem 1946 durchgeführt. So wurde der zeitweilige Bataillonskommandeur des Reserve-Polizeibataillons 101, Major Trapp, am 4. Oktober 1946 von der »Polish Military Mission for the Investigations of War Crimes in Europe« im britischen Internierungslager Neuengamme (C.I.C 6) vernommen. Ende 1946 wurden er und drei weitere Angehörige des Bataillons an Polen ausgeliefert. Vor dem Hintergrund der beginnenden und sich verschärfenden Ost-West-Spannungen erfolgten später keine weiteren Auslieferungen mehr.

Am 6. Juli 1948 verhandelte das Landgericht Siedlce gegen die vier überstellten Bataillonsangehörigen und verurteilte am gleichen Tage Major Trapp und Oberwachtmeister Drewes zum Tode sowie den Leutnant der Schutzpolizei der Reserve Bumann zu einer Zuchthausstrafe von acht Jahren. Der vierte Angeklagte, Kadler, wurde freigesprochen. Trapp – und vermutlich auch Drewes – wurde am 18. Dezember 1949 in Siedlce gehenkt. Bumann wurde am 26. September 1952 aus der polnischen Haft entlassen. Er hatte sich 1942 geweigert, sich an den Erschießungen zu beteiligen, und war später nach Hamburg zurückversetzt worden. Trapp wurde wegen seiner Beteiligung an den Geiseler-schießungen in Talcyn und Krzowka (Gemeinde Serokomla) 1942, seiner Tätigkeit bei Standgerichten 1939/40 und Einsätzen seiner Kompanie (1. Kompanie des Polizeibataillons 101) 1939/40 im Kreise Kielce, Drewes wegen seiner unmittelbaren Beteiligung an den Erschießungen in Talcyn und an den Umsiedlungen

gen aus der Stadt und dem Kreis Lodz, Bumann wegen seiner Beteiligung an den Verhaftungen und Erschießungen in Talcyn verurteilt. Kadlers Freispruch erfolgte aus Mangel an Beweisen.¹⁸

In den Jahren 1961 und 1962 wurden aufgrund eines Vorermittlungsverfahrens auf Ersuchen der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg umfangreiche Vernehmungen wegen des Verdachts des Mordes bzw. der Beihilfe zum Mord durch die Kriminalpolizei Hamburg durchgeführt.¹⁹ Insgesamt wurden dabei 677 Beamte in Hamburg ermittelt, die bei Polizeieinheiten in Polen eingesetzt waren. Dabei handelte es sich auch um die Hamburger Polizeibataillone 101, 102, 103, 104 und 305. Für das Hamburger Polizeibataillon 103 wurde festgestellt, dass Angehörige des Bataillons in der Zeit von Mitte Oktober 1939 bis zum 8. Mai 1940 in der Stadt Posen und dem Landkreis unter anderem an der Festnahme von Geiseln, der Deportation (»Umsiedlung«) der polnischen und jüdischen Bevölkerung und an Erschießungen als Mitglieder von Exekutionskommandos beteiligt waren. Bezüglich der Verhaftung von Geiseln und der »Evakuierung« kamen Zentrale Stelle und Staatsanwaltschaft Hamburg zur Ansicht, dass etwaige Straftaten inzwischen verjährt seien, da es sich – wenn überhaupt – um »Freiheitsberaubung« gehandelt habe. Zum Thema der Verjährung sei hier nur angemerkt, dass in der polnischen und polnisch-jüdischen Literatur bereits Anfang der 1950er Jahre über zahlreiche Taten auch von Hamburger Polizeieinheiten berichtet wurden, ohne dass Ermittlungen eingeleitet wurden.²⁰ Im Fall der Beteiligung an Hinrichtungen ergaben auch die Nachforschungen in Polen keine belastenden Anhaltspunkte. Bei der Durchführung von Standgerichtsurteilen läge ohnehin – so Zentrale Stelle und Staatsanwaltschaft – keine strafbare Handlung vor. Bei der Hinrichtung ohne Gerichtsverfahren – die ohnehin nicht bewiesen sei – handle es sich unter Umständen um Beihilfe zum Mord/Totschlag. 1965 erfolgte die Einstellung wegen Verjährung bzw. wegen »mangels Verdachts einer strafbaren Handlung«.

Anders verhielt es sich bei den Angehörigen des Reserve-Polizeibataillons 101. Gegen vierzehn ehemalige Angehörige des Bataillons wurde 1967/68 ein umfangreiches Gerichtsverfahren vor dem Landgericht Hamburg durchgeführt.²¹ Die beiden Kompanie-

20 Zum Zeitpunkt der deutschen Ermittlungen lag diese Forschung bereits in deutscher Übersetzung vor: Jüdisches Historisches Institut Warschau (Hg.), Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges, Frankfurt/Main o. J. [1961] mit zahlreichen Fotografien und Dokumenten.

21 Verfahren gegen Hoffmann u. a. wegen Beihilfe zum Mord. 147/Ks 1/67. 4 Bde., jetzt: StAHH, 213-12.

führer und späteren Hamburger Polizeihauptkommissare Julius Wohlauf und Wolfgang Hoffmann wurden im Januar 1963 vom Dienst enthoben, ebenso wie zahlreiche andere ehemalige Angehörige des Bataillons, die sich noch im aktiven Polizeidienst befanden. Wohlauf und Hoffmann wurden 1964 verhaftet und befanden sich dann längere Zeit in Untersuchungshaft. 1967 begann vor dem Landgericht das Verfahren, es endete am 8. April 1968 mit der Verkündung der Urteile. Julius Wohlauf (Beihilfe zum Mord an 9200 Menschen), Wolfgang Hoffmann (Beihilfe zum Mord an 1810 Menschen) und Kurt Dreyer (Beihilfe zum Mord an 1909 Menschen) wurden zu je acht Jahren Zuchthaus, Anton Becker (Beihilfe zum Mord an 1807 Menschen) zu sechs Jahren Zuchthaus, Heinrich Becker (Beihilfe zum Mord an 828 Menschen) zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Sechs weitere Angeklagte wurden vom Gericht für schuldig befunden, aber als straffrei erklärt. Das Landgericht verurteilte damit lediglich die fünf Führer bzw. Unterführer, während die »untersten Dienstgrade« als »Befehlsempfänger« und aufgrund ihrer »einfachen geistigen Struktur« und der damit verbundenen »geringen Schuld« zwar für schuldig befunden wurden, aber straffrei blieben.²²

Auch in diesem Verfahren wurde damit die sog. »Gehilfenrechtsprechung« angewandt. Nach Auffassung der bundesrepublikanischen Justiz handelte es sich generell bei einer Beteiligung an der »Endlösung der Judenfrage« um Beihilfe zur Tötung aus niedrigen Beweggründen. Täter waren nach dieser Lesart Hitler, Göring, Himmler, Heydrich und Globocnik, alle anderen Beteiligten damit aber automatisch Mittäter oder Gehilfen. Eine »Entschuldigung« für die Täter, sei es mit Blick auf den § 47 des Militärstrafgesetzbuches von 1940 oder auf Verbotsirrtum oder vermeintlichen Notstand nach § 52 StGB, wurde vom Gericht verneint, da

22 Zitiert nach Die Welt, 9.4.1968.
Urteil des Landgerichts Hamburg (50) 20/66 = 141 Js 1957/62, jetzt Staatsarchiv Hamburg, 213-12.
Siehe auch: Willi Dreßen, Probleme und Erfahrungen der Ermittler bei der Aufklärung von NS-Gewaltverbrechen, in: Förderverein »Freundeskreis« (Hg.), Täter, S. 225 – 238.

23 Klemp, »Aktion Erntefest«, S. 317 f., 518.



»Zentrum von Terror und Unterdrückung 1933 bis 1943« – das Stadthaus, hier eine Aufnahme der markanten Fassade aus dem Jahr 1892. Quelle: Staatsarchiv Hamburg.

bereits der Mordbefehl ein Verbrechen dargestellt habe. Auch der von den Tätern und ihren Verteidigern oft vorgebrachte Hinweis »Befehl ist Befehl« konnte grundsätzlich vor Gericht keinen Bestand haben, weil der Befehl mit polizeilichen und militärischen Aufgaben nicht zu vereinbaren war. Das Gericht verneinte auch eine Notstandssituation oder eine Nötigung nach dem § 54 StGB. Die »Gehilfenrechtsprechung« bedeutete in der Praxis, dass lediglich eine Tatbeteiligung – »Beihilfe« – und damit verbunden eine deutliche niedrigere Strafandrohung vorlag und zudem die Verjährungsfrist deutlich kürzer war. Zahlreiche Verfahren gegen Angehörige von Polizeibataillonen wurden eingestellt, darunter zum Beispiel das Verfahren gegen den Hauptmann der Schutzpolizei Steidtmann (Kompanieführer der 1. Kompanie des Reserve-Polizeibataillons 101) wegen der Beteiligung an der »Aktion Erntefest«. ²³ Der aus Hamburg stammende Major der Schutzpolizei und Kommandeur der Polizei-Reiterabteilung II Wilhelm Hoff-

mann war mit seiner Einheit an Massenerschießungen und »Aussiedlungen« in Stolin, Janow und Pinsk beteiligt.²⁴

Insgesamt sind lediglich vier Gerichtsverfahren gegen Angehörige von Polizeibataillonen durchgeführt worden, die im Rahmen der »Endlösung« eingesetzt waren: gegen Angehörige der Polizeibataillone 62 (Dortmund), 101 (Hamburg), 310 (Frankfurt) und 322 (Wien). Die übrigen Ermittlungsverfahren wurden eingestellt.

Die Aufarbeitung und die umfassende Auseinandersetzung mit der Geschichte, auch mit der eigenen, wurde in der Polizei lange Zeit vernachlässigt. Bedingt durch die Entnazifizierung und den Artikel 131 des Grundgesetzes und die Praxis seiner Umsetzung wurden in den 1940er und 1950er Jahren zahlreiche Täter wieder in die Polizei eingestellt. Hier machten sie dann über eine Reihe von Jahren – teilweise Jahrzehnten – gemeinsam Dienst mit den wenigen Polizeibeamten, die 1933/34 aus politischen Gründen entlassen worden waren. Dies führte zum Teil zu erheblichen Belastungen und Problemen in der Polizei. Nur wenigen der belasteten Polizeibeamten konnten später detaillierte Schuldvorwürfe gemacht bzw. bewiesen werden. Noch Anfang der 1980er Jahre wurde in Hamburg der im Ruhestand lebende Polizeidirektor S. (zeitweise Leiter der Landespolizeischule) wegen seiner Beteiligung an nationalsozialistischen Gewaltverbrechen zu einer längeren Haftstrafe verurteilt.

In diesem Zusammenhang sind die seit 2001 von der Polizei Hamburg (Landespolizeischule) eingeführten und bis in die Gegenwart jährlich durchgeführten »Gedenkstättenfahrten« für Auszubildende und Mitarbeiterinnen der Polizei an die Tatorte im damals deutschbesetzten Polen von besonderer Bedeutung

24 Zu Wilhelm Hoffmann: Klemp, »Nicht ermittelt«, S. 304, 445; Wolfgang Kopitzsch, Wenn Polizisten zu Mördern werden, in: Die Zeit – Zeit Hamburg, Nr. 10, 27.2.2020, S. 16.

25 Hierzu mein Beitrag (in polnischer Sprache) in: *Zeszyty Majdanka* 23 (2005), S. 267 – 286.

26 Das Stadthaus in Hamburg. Zentrum von Terror und Unterdrückung 1933 bis 1943. Das Ringen um einen würdigen Gedenk- und Lernort, hg. von der Initiative Gedenkort Stadthaus, Hamburg 2019.

und zentraler Wichtigkeit für den Umgang mit der eigenen Geschichte.²⁵ 2016 entstand, gemeinsam mit der Gemeinde Jozefow, unterstützt von der Woiwodschaft Lublin, dem Polizeiverein e. V. und der Polizei Hamburg in Józefów ein neues Mahnmal für die Opfer des Massenmordes vom 13. Juli 1942.

Besonders zu erwähnen ist, dass die Polizei Hamburg seit Anfang der 1980er Jahre umfassende Forschungsarbeit zu dieser Thematik geleistet hat. Die Ausstellungen über die Geschichte der Hamburger Polizeibataillone 1995 (zunächst nur intern) und 1998 im Hamburger Rathaus im Rahmen des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus sowie die Ausstellung 2001, ebenfalls im Hamburger Rathaus, zur Geschichte der Kriminalpolizei Hamburg (anlässlich ihres 125-jährigen Bestehens) und – gemeinsam mit der Landespolizei Schleswig-Holstein – zur Geschichte des Lübecker Polizeibataillons 307 im Jahr 2002, waren wichtige Schritte auf dem Weg zu einer umfassenden Auseinandersetzung mit der Geschichte der Polizei im Nationalsozialismus. Vor diesem Hintergrund ist es besonders zu bedauern, dass im sog. »Geschichtsort« im ehemaligen »Stadthaus«, dem Zentrum von Verfolgung, Terror und Unterdrückung durch die Polizei, kein ausreichender Platz für eine inhaltlich tiefgehende Ausstellung entstanden ist.²⁶

- Wolfgang Kopitzsch, Historiker, war bis 2014 Polizeipräsident der Freien und Hansestadt Hamburg.

»NEVER TEACH HISTORY WITHOUT TELLING A STORY«

Zeitzeugenschaft in der Gedenk- und Bildungs-
stätte Israelitische Töchtertschule

Ein gelber Klinkerbau auf halbem Wege zwischen der Neustadt und dem Grindelviertel beheimatete seit 1884 die Israelitische Töchtertschule, die aus dem Zusammenschluss von zwei kleineren jüdischen Mädchenschulen in der Gegend um den Großneumarkt entstanden war. Die Stadt hatte der »Deutsch-Israelitischen Gemeinde« ein Grundstück in der Karolinenstraße 35 zur Verfügung gestellt, eine großzügige Spende des jüdischen Kaufmannes Markus Nordheim den Neubau ermöglicht. Für Mädchen aus ärmeren jüdischen Familien gedacht, genoss die Bildungseinrichtung, deren Lehrplan sich an dem der staatlichen Schulen orientierte, vor allem in den naturkundlichen Fächern einen ausgezeichneten Ruf.¹ Das war auch Dr. Alberto Jonas zu verdanken, dem letzten Schulleiter, der im Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert wurde. Nach ihm ist heute das Gebäude benannt.² Noch bis Ende Mai 1942 hatten jüdische Kinder in dieser letzten jüdischen Schule in Hamburg zur Zeit des Nationalsozialismus einen Hort der Geborgenheit und die Möglichkeit zu lernen gefunden.

Jahrzehntelang nahm nach Kriegsende kaum jemand die besondere Geschichte des gelben Klinkerbbaus und der Menschen, die dort täglich aus- und

1 Vgl. Ursula Randt, Carolinenstraße 35. Geschichte der Mädchenschule der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg 1884 – 1942, Hamburg 1984, Nachdruck 1996, S. 13 – 20, 48 – 54.

2 Vgl. Erika Hirsch, Biografie von Dr. Marie Anna Jonas und Dr. Alberto Jonas in: Maria Koser / Sabine Brunotte (Hg.), Stolpersteine in Hamburg-Eppendorf und Hamburg-Hoheluft-Ost. Biographische Spurensuche, Bd. 1, Hamburg 2011, S. 214 – 217.

3 Ein Jahr im Rückblick. Volkshochschule. Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchtertschule, unveröffentlichte Dokumentation von Erika Hirsch, S. 3. Insbesondere die damalige Leiterin des Fachbereiches Politische Bildung der Hamburger Volkshochschule, Regina Siewert, hatte sich für dieses Konzept eingesetzt.

4 Gehalten am 13.11.2019 in der früheren Turnhalle der Israelitischen Töchtertschule.

eingegangen waren, wahr. Erst in den 1980er Jahren änderte sich das, als das gesellschaftliche Interesse sich auf jüdische Geschichte, auch auf die Stätten jüdischen Alltags sowie auf das individuelle Erleben von Diskriminierung und Verfolgung zu richten begann. Die am 22. Mai 1989 von der Hamburger Volkshochschule eröffnete Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule trug dem auf besondere Weise Rechnung: Ein vielfältiges Veranstaltungsangebot im Rahmen der politischen Bildung sollte jüdische Geschichte und Gegenwart wie auch Themen zur NS-Zeit einem breiten Publikum zugänglich machen. Dies sei, so die damalige Schulsenatorin Rosemarie Raab, »bundesweit ein Modell [...], wie Erinnerung und politische Aufklärung in öffentlicher Verantwortung zusammenzubringen sind«. ³

Diejenigen, die die Israelitische Töchterschule noch aus eigener Anschauung kannten, sei es, weil sie sie einst selbst besuchten oder weil sie zum jüdischen Leben ihrer Stadt dazugehört hatte, nahmen fortan regen Anteil an der Arbeit der neuen Gedenk- und Bildungsstätte. Ihre Sichtweisen auf die Einrichtung stehen im Zentrum dieses Beitrages, dem eine Rede anlässlich ihres 30-jährigen Bestehens zugrunde liegt: ⁴ Die neunundzwanzigjährige Leitungstätigkeit der Autorin war von großer Nähe zu jenen Menschen geprägt, deren kindliche oder jugendliche Lebenswelt im Nationalsozialismus zerstört worden war. Sie hatten sich irgendwo anders in der Welt zurechtfinden müssen, dort von der Shoah, von ermordeten Angehörigen und Freunden erfahren. Einige wenige überlebten die Lager. Heute nennen wir diese Menschen Zeitzeugen. Der Beitrag stellt sie als Akteure der Erinnerungskultur vor und fragt, welche Bedeutung ein Ort wie die Gedenk- und Bildungsstätte, wo ihre individuell erlebte Geschichte zum zentralen Medium der Geschichtsvermittlung wurde, für sie hat bzw. hatte.

Ein Grußwort und seine Vorgeschichte

Als der 1910 in Hamburg als Benno Offenburg geborene Dr. Baruch Zwi Ophir zur Eröffnung der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule 1989 ein Grußwort schickte, hat er seine Erwartungen formuliert: »Anti-Humanismus mit pädagogischen Mitteln zu bekämpfen« sei die »spezielle Sendung [der Einrichtung, d.V.] für das Gemeinwohl«. Der

Vorsitzende des »Vereins ehemaliger jüdischer Bürger Hamburgs in Israel« repräsentierte eine Institution, für die das öffentliche Gedenken in der Heimatstadt zentralen Stellenwert hatte.⁵ Was war vorausgegangen und wie kam es dazu, dass die Arbeit der Gedenk- und Bildungsstätte von Anfang an mit so viel Unterstützung von Zeitzeugen rechnen konnte? Dass dem so war, ist in erster Linie Dr. Ursula Randt und ihren vielen Kontakten zu jüdischen ehemaligen Hamburgern zu verdanken.

Die 1929 geborene Ursula Randt, 1989 vom Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Hamburg für die Erforschung des jüdischen Schulwesens mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet, war in den 1970er Jahren Lehrerin an einer Sprachheilschule gewesen, die nach Kriegsende in das Gebäude der ehemaligen Israelitischen Töchterschule eingezogen war. Bei einem Schulfest im November 1977 traf sie eine »kleine alte Dame«, wie sie sie später beschrieb. »Stellen Sie sich vor, [...] dies ist meine alte Schule. [...] Wissen Sie, dass dies eine jüdische Schule gewesen ist?«, sprach die Fremde, die nach Spuren ihrer Kindheit suchte, sie an. »Ich bin durch alle Stockwerke gegangen. Ich habe gedacht, irgendwo wäre vielleicht ein Hinweis auf unsere Schule zu finden, eine kleine Tafel mit ihrem Namen, irgendein Zeichen der Erinnerung. Nichts. Wir sind wie ausgelöscht.« Die Worte der 75-jährigen Berthi Kahl, die Ursula Randt dann über das Hamburger Abendblatt ausfindig machte, blieben für sie unvergesslich.⁶ Es war eine erste für die Geschichte der Gedenk- und Bildungsstätte überaus bedeutsame Zeitzeugenbegegnung. Sie veranlasste Ursula Randt zu den Recherchen für ihr 1984 erschienenes Buch über die Geschichte der Israelitischen Töchterschule. Aufgewachsen mit den Nürnberger Gesetzen, hatte auch Ursula Randt als Tochter eines

5 Ein Jahr im Rückblick, S. 5; Das Jüdische Hamburg. Ein historisches Nachschlagewerk, hg. vom Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Göttingen 2006, S. 202 f., 260 – 262.

6 Randt, Carolinenstraße 35, S. 9 – 12.

7 Vgl. Ulrich Bauche, Genau hinschauen. Beiträge zur Gesellschaftsgeschichte Hamburgs, hg. von Jürgen Böning / Rolf Bornholdt / Wolfgang Wiedey, Hamburg 2019, S. 132 f.

8 Zit. nach Ingo von Münch, Geleitwort, in: Ursula Wamser / Wilfried Weinke (Hg.): Ehemals in Hamburg zu Hause. Jüdisches Leben am Grindel, Hamburg 1991, S. 7 f., hier S. 7.

9 Arie Goral-Sternheim, Jeckepotz. Eine jüdisch-deutsche Jugend 1914 – 1933, Hamburg 1989.

jüdischen Vaters und einer nichtjüdischen Mutter in der NS-Zeit Repressionen erlitten. Das Buch widmete sie ihren Eltern.

Wohl im Zuge von Ursula Randts weltweiter Suche nach früheren Schülerinnen war im »Verein ehemaliger jüdischer Bürger Hamburgs in Israel« die Idee aufgenommen, eine Ausstellung zur Geschichte jüdischen Lebens in Hamburg zu organisieren. Unter Leitung von Prof. Dr. Ulrich Bauche, damals Hauptkustos am Museum für Hamburgische Geschichte, und maßgeblich unterstützt von Ursula Randt, nahm ein Projekt Gestalt an, zu dem Zeitzeugen in vielen Ländern beitrugen.⁷ Die Ausstellung trug den Titel »Ehemals in Hamburg zu Hause – Jüdisches Leben am Grindel. Bornplatzsynagoge und Talmud-Tora-Schule«. Sie bestand lange; mehrfach umgestaltet sind bis heute Teile davon in der Gedenk- und Bildungsstätte zu sehen.

Kultursenatorin Helga Schuchardt sprach 1986 bei der Ausstellungs-eröffnung im Gebäude der früheren Talmud Tora-Schule am Grindelhof von der »Chance [...], uns nicht nur mit der Aufarbeitung der Zeit von 1933 bis 1945 zu befassen, sondern auch mit der Zeit davor und der Frage nachzugehen: Wie haben Juden eigentlich gelebt und was war ihr Anteil am Leben unserer Stadt? Themen, über die wir nur wenig wussten.«⁸ Helga Schuchardt umriss damit ein komplexes Feld. Zwar gab die Ausstellung Einblicke in die historisch gewachsene Vielfalt dessen, was binnen zwölf Jahren NS-Herrschaft zerstört worden war, aber es blieb noch sehr viel aufzuarbeiten. Zum Glück hatte der Prozess des Fragenstellens bereits begonnen, und zum Glück waren so viele Menschen bereit, aus eigenem Erleben zu berichten. Wie vielfältig jüdisches Leben gewesen war – das erschloss sich erst durch die Erzählungen der Zeitzeugen.

Auch Baruch Ophir war Teil der Vielfalt gewesen, in der jüdischen Jugendbewegung aktiv, die sein Altersgenosse, der Hamburger jüdische Maler und Publizist Arie Goral, in seiner 1989 veröffentlichten Autobiografie anschaulich beschrieben hat.⁹ Am 9. November 1988, dem 50. Jahrestag der Pogromnacht und gut ein halbes Jahr vor der Eröffnung der



Ursula Randt (2002). Foto: Erika Hirsch.

10 Zit. nach Harald Schmid, *Erinnern an den »Tag der Schuld«*. Das Novemberpogrom von 1938 in der deutschen Geschichtspolitik, Hamburg 2001, S. 424.

11 Ein Jahr im Rückblick, S. 5.

12 Flora Neumann, *Erinnern um zu leben*. Vor Auschwitz. In *Auschwitz*. Nach Auschwitz, Hamburg 1991, S. 39 – 46.

13 Peggy Parnass, *Unter die Haut*, Hamburg 1983, S. 80 – 94. Peggy Parnass war ebenfalls Schülerin der Israelitischen Töchterschule. Bei der Eröffnungsveranstaltung der Gedenk- und Bildungsstätte gehörte auch sie zu den Gästen.

14 *Erinnern um zu Leben*. Oekumenische Andacht zum Gedenken an die »Reichskristallnacht«. Am 9.11.84 um 19 Uhr in der Gnadenkirche Karolinenstraße (Infoblatt, Privatarchiv Steffi Wittenberg).

15 Schreiben des Leiters Dietmar Schimkat, 21.6.1984.

Gedenk- und Bildungsstätte, war Baruch Ophir einer der Redner auf dem Bornplatz gewesen, als dort das Bodenmosaik auf dem Standort der früheren Synagoge eingeweiht wurde. »Ich wünsche dem Deutschen Volke aus vollem Herzen für die nahe und ferne Zukunft«, so führte er (nach einem Tora-Zitat) aus, »wenn Vater und Sohn an dieser Gedenkstätte vorbeigehen, und der Sohn den Vater fragen wird: welche Bedeutung hat dieser Stein für uns?! – dass der Vater imstande ist, seinem Sohn die wahre Antwort zu erteilen.«¹⁰

Dem Historiker und Pädagogen war jedoch allzu klar, dass es bis dahin noch ein weiter Weg sein würde. In seinem Grußwort zur Eröffnung der Gedenk- und Bildungsstätte führte er dann aus: »Liebe Freunde! Wir ehemaligen jüdischen Bürger der Stadt Hamburg begrüßen aus vollem Herzen den Beschluss des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, das Gebäude der alten ›Israelitischen Töchterschule‹ [...] einem öffentlich-pädagogischen Zwecke, mit dem wir alle uns einig fühlen, zu übergeben.«¹¹ Er sprach vom »gemeinsame[n] ›Gedenken‹«. Dass dies ein Ort der Begegnung werden würde, ein Raum, die Erfahrungen seiner Generation an die Nachwelt weiterzugeben, davon ging er aus.

Bereit zur Zeitzeugenschaft

Drei ehemalige Schülerinnen der Israelitischen Töchterschule trafen am 22. Mai 1989 bei der Eröffnung der neuen Gedenk- und Bildungsstätte zusammen, die 1911 geborene Flora Neumann, die 1924 geborene Esther Bauer und die 1926 geborene Steffi Wittenberg. Was bedeutete dieser Ort für sie? Fotos von ihnen zeigen sie bald nach Kriegsende: Es war ein weiter Weg gewesen, bis sie sich der Vergangenheit stellten. Als sie

als Zeitzeugen in Erscheinung traten, lagen hinter ihnen ungefähr vierzig Jahre, in denen sie ihr Leben neu organisiert hatten.

Die Auschwitzüberlebende Flora Neumann wohnte mit ihrer Familie seit 1951 im Karolinenviertel. Die Neumanns unterhielten eine Wäscherei in der Marktstraße. In Belgien hatten sie sich wiedervertrouet, Flora, ihr Mann Rudi und beider Sohn Bernd. Sie waren nach Hamburg zurückgekehrt, als das jüdische Waisenhaus, in dem Flora und Rudi Neumann arbeiteten, nach Israel übersiedelte.¹² Die von Ursula Randt beschriebene »kleine alte Dame«, Berthi Kahl, war Flora Neumanns ältere Halbschwester. Vielleicht war sie auf Familienbesuch gewesen, als sie auf der Suche nach der Vergangenheit 1977 in das Schulfest der Sprachheilschule geriet. Erst als im Januar 1979 der Vierteiler »Holocaust« im Fernsehen gezeigt wurde, begann Flora Neumann über das, was ihr angetan worden war, zu reden. Ihre Nichte Peggy Parnass, Gerichtsreporterin und Publizistin, hat mit eindringlicher Anschaulichkeit in einem ihrer Bücher darüber berichtet.¹³

Flora und Rudi Neumann waren in das soziale Leben ihres Wohnumfeldes eingebunden, viele Freunde hier kannten ihre Geschichte. Wohl deshalb hatte es im Viertel frühe Bereitschaft gegeben, zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit beizutragen. Die Gnadenkirche gegenüber der Wohnung der Neumanns in der Karolinenstraße 4 gehörte zu den ersten Hamburger Institutionen, die das Gedenken an den 9. November organisierte, 1984, mit einem Gottesdienst.¹⁴ Kurz zuvor hatte sich die »Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel«, eine Einrichtung der Jugendhilfe, in einem Schreiben an die Kultursenatorin dafür ausgesprochen, das Gebäude Karolinenstraße 35 als Gedenk- und Bildungsstätte zu nutzen.¹⁵

Flora Neumann, die – angeleitet von Arie Goral – malte, um zu verarbeiten, hat 1988 ihre Lebenserinnerungen aufgeschrieben. 1991 sind diese unter dem Titel »Erinnern um zu leben« in erster Auflage erschienen.¹⁶ Ein Foto, aufgenommen auf dem Schulhof bei der Eröffnungsfeier der Gedenk- und Bildungsstätte, zeigt zwei sich umarmende Frauen. Der Ausdruck auf ihren Gesichtern lässt die Bedeutung dieses Tages für sie erahnen. Zu sehen



*Flora und Rudi Neumann mit Sohn Bernd (Brüssel 1946).
Quelle: Alternativer Wohlfahrtsverband Sozial & Alternativ SOAL / Claus Reichelt.*

16 Bei der 1991 erschienenen Ausgabe (Mithg.: »Alternative Wohlfahrtsverband Sozial&Alternativ«) handelt es sich um eine »überarbeitet[e] und ergänzt[e]« Fassung der ursprünglichen Aufzeichnungen. Freunde hatten sie zu diesem Projekt ermutigt und bei der Arbeit unterstützt. Flora Neumann dankt insbesondere Claus Reichelt und Anette Eschenbach für ihre Unterstützung. Erinnern um zu leben, S. 2, 63.

17 Vor 30 Jahren ... (Ausschnitte aus der Eröffnungsrede der Vorsitzenden Esther Bejarano bei der Gründung am 28.6.1986), in: Mitteilungsblatt des Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik e. V., Herbst 2016, S. 1; mündliche Berichte u. a. von Esther Bejarano.

18 Ein Jahr im Rückblick, S. 7.

19 Zu ihrer Lebensgeschichte vgl. Esther Bejarano, Erinnerungen. Vom Mädchenorchester in Auschwitz zur Rap-Band gegen rechts, Hamburg 2013.

20 Vgl. Randt, Carolinenstraße 35, S. 90–100.

21 Gespräch mit Esther Bauer am 6.5.2015. Zu Esther Bauers Werdegang als Zeitzeugin vgl. Andrea Althaus / Linde Apel, Erzählte Geschichte – geschichtete Erzählung. Zu den lebensgeschichtlichen Interviews mit der Holocaust-Überlebenden Esther Bauer, in: Hamburger Schlüsseldokumente zur deutsch-jüdischen Geschichte, 22.9.2016 [https://juedische-geschichte-online.net/quelle/jgo:source-3].

sind Flora Neumann und Esther Bejarano, ebenfalls Auschwitzüberlebende, die beide 1986 zu den Gründerinnen des »Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik e. V.« gehörten, um die Erinnerung an die Ermordeten wachzuhalten und auch, um jeder Form von Leugnung des Völkermordes durch ihr Zeitzeugnis entgegenzutreten.¹⁷ Esther Bejarano hat die Eröffnung der Gedenk- und Bildungsstätte mit ihrer damaligen Gruppe »Siebenschön« musikalisch begleitet.¹⁸ Auch wenn sie, in Süddeutschland geboren,¹⁹ hier nicht zur Schule gegangen war, ist ihr die Bedeutung des Ortes gegenwärtig, wo bis wenige Wochen vor dem Hamburger Auschwitztransport von Juli 1942 noch immer der Unterricht aufrechterhalten worden war.²⁰

Eine Verbundenheit durch Erfahrungen, die gewiss nur Betroffene nachvollziehen konnten und können, teilte im Kreis der Anwesenden nur Esther Bauer, ebenfalls Auschwitzüberlebende. Anders als Flora Neumann und Esther Bejarano hatte sie ihrem Heimatland den Rücken gekehrt. »Ich komme gerne nach Hamburg zu Besuch«, hat sie gesagt, »aber leben könnte ich hier nicht.« Die Tochter von Dr. Alberto Jonas war kurz nach Kriegsende nach Hamburg gekommen, zurückgeholt von einem Jugendfreund. Sie hatte versucht, die Wohnung der Eltern am Woldsenweg in Eppendorf zurückzubekommen, die einem den NS-Machthabern genehmen Arzt übergeben worden war. Die britische Besatzungsbehörde bot ihr ein Zimmer in der Wohnung an, »mit dem Nazi noch drin«, wie sie oft berichtet hat. Sie verließ Deutschland im Juni 1946, mit dem gleichen Schiff wie Salomon Carlebach, dem jüngsten Sohn von Rabbiner Dr. Joseph Carlebach.²¹

»Living in a shell«, hatte ein Psychiater zu Esther Bauer gesagt, so habe sie die Lagerzeit überstanden. Irgendwann begann sie in den USA, über ihr Leben zu berichten. Sie hat erzählt, wie eine junge Schülerin

nachfragte, was sie denn täte, wenn sie Hitler träfe. »I would push him in his nose«, sei ihre Antwort nach einigem Überlegen gewesen. Lange Zeit hatte sie nichts über die Vergangenheit hören, sehen, lesen wollen, war damit auf Unverständnis bei ihrem Ehemann gestoßen, der Deutschland 1936 noch rechtzeitig hatte verlassen können.

Was bedeutete ihr die Gedenk- und Bildungsstätte? Den Ort als solchen mochte sie nicht. »Ich habe die Schule so gehasst«, sagte sie, weil sie dort ständig ihren Eltern begegnet sei. Nachdem ihre Mutter im Zuge der Wirtschaftskrise eine Anstellung als Schulärztin verloren hatte, unterrichtete auch sie hier.²² Wenn Esther Bauer das bei ihren zahlreichen Treffen mit Schulklassen im Haus erzählte, hatte sie schon deshalb das Publikum für sich eingenommen.

Ihre erste Begegnung mit einer Schulklasse in der Karolinenstraße erfolgte bereits zehn Tage nach der Eröffnung der Gedenk- und Bildungsstätte. Diese Begegnung, arrangiert offenbar von Steffi Wittenberg, ist schriftlich dokumentiert.²³ Wie war Steffi Wittenbergs Leben verlaufen? Ein Pressefoto, aufgenommen 1950 in Houston, Texas, zeigt sie und ihren Mann Kurt.²⁴ Die beiden hatten sich im Exil in Uruguay kennengelernt, Steffi, damals noch Steffi Hammerschlag, war Kurt nach Kriegsende in die USA gefolgt. Sie engagierten sich in der Bürgerrechtsbewegung gegen die Diskriminierung von Afroamerikanern, gerieten in die politischen Mühlen der McCarthy-Ära. Seit 1951 lebten sie in Steffis Heimatstadt Hamburg.²⁵

Steffi Wittenberg war mit Esther Bejarano befreundet, die schon 1981 das erste Mal in einer Schulklasse als Zeitzugin aufgetreten ist.²⁶ Steffi fand, sie selbst, die mit ihrer Mutter noch Ende 1939 Deutschland verlassen hatte, könne das nicht, weil sie »ja nie etwas Schlimmes erlebt« habe. Sie betreute politische Flüchtlinge aus Chile, arbeitete für amnesty international, kümmerte sich im Marie-Schlei-Verein um Frauenprojekte, engagierte sich für Kinder in Nicaragua. Erst Ursula Randts Recherchen für ihr Buch brachten sie dazu, das, was sie selbst erlebt hatte, als mitteilenswert zu empfinden. Schritt für Schritt trat sie ab Mitte der

22 Hirsch, Biografie, S. 215 f.

23 Auf den Spuren jüdischen Lebens und Leidens in Hamburg. Ein Projekt an der Julius-Leber-Schule in Hamburg. Von Schülern der Klasse 6c mit ihrem Politiklehrer, Herrn Dr. Ackermann und der Unterstützung von ihrem Klassenlehrer, Herrn Reimers (Hamburg, im Mai 1989).

24 Privatarchiv Steffi Wittenberg.

25 Interviews mit Steffi und Kurt Wittenberg am 5. und 8.1.1995 sowie am 9.7.1995, Interviewerin Sibylle Baumbach, Forschungsstelle für Zeitgeschichte/Werkstatt der Erinnerung 298.

26 Projekt der Gesamtschule Bergedorf »Juden in Hamburg heute«, September 1981 (Information von Lothar Zieske).

27 Dazu demnächst ausführlich die von Erika Hirsch vorbereitete Biografie Steffi Wittenbergs.

28 Vgl. insbesondere den Abschnitt »Überraschende Begegnung«, in: Auf den Spuren jüdischen Lebens, S. 10.

29 Ebd., S. 8.

30 Vgl. dazu auch die von Thomas Dörr erstellte ausführliche Auflistung biografischer Daten in: Arie Goral, Gemälde, Gouachen und Radierungen aus dem Nachlass, Rendsburg 1998, S. 7 – 12, hier S. 10.

31 Zit. nach: »Was geht mich die Geschichte an?«. Der biographische Ansatz von Yad Vashem. 6. Bildungspartnerkongress Memory – Erinnern will gelernt sein! Dr. phil. Birte Hewera, 25.9.2015, Folie 3 (<https://www.bildungspartner.schulministerium.nrw.de>). Im Museum / Archiv der Ida Ehre Schule findet sich das Zitat im Eingangsbereich.

32 Zur Entwicklung der Oral-History-Praxis vgl. Linde Apel, Gesammelte Erzählungen. Mündliche Quellen in der »Werkstatt der Erinnerung«, in: Linde Apel / Klaus David / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der »Werkstatt der Erinnerung«, Hamburg 2011, S. 201 – 218.

1980er Jahre als Zeitzeugin auf – ermuntert durch das wachsende Interesse auch an Lebensgeschichten wie der ihrigen.²⁷

Bei der Eröffnung der Gedenk- und Bildungsstätte war in Steffi Wittenbergs Terminkalender schon ein Treffen mit einer Schulklasse an diesem historischen Ort, wo noch so viel provisorisch war, vorgemerkt. In dem Bericht über das Projekt der 6. Klasse »Auf den Spuren jüdischen Lebens und Leidens in Hamburg« lässt sich nachlesen, wie sich dann manches anders als geplant ergab, unerwartet für den Lehrer Dr. Michael Ackermann und auch für die in der Praxis noch ungeübte Historikerin Erika Hirsch, die vor Ort ihre Tätigkeit im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme gerade erst begonnen hatte.²⁸ Es war Steffi Wittenberg, die bei der Begegnung Regie führte, zwischen den Zeilen findet sich ihr aktiver Part: Sie bat ihren Mann Kurt, vor dem Gebäude die Schüler in Empfang zu nehmen, sie führte sie durch die Ausstellung. Und für sie wird es nicht »überraschend« gewesen sein, als Ursula Randt mit Esther Bauer und ihrem Mann Werner plötzlich hinzukamen. Denn es muss Steffi Wittenberg gewesen sein, die bei dem Festakt zur Eröffnung die drei einbezogen hat. Alle vier Zeitzeugen erzählten dann über ihr Leben.

Dass ihn das »ganze Projekt ziemlich mitgenommen« habe, schreibt einer der Sechstklässler in dem Projektbericht. »Deswegen habe ich viel mit meinen Eltern darüber gesprochen. Ich bin der Meinung, dass man etwas besser überwinden kann, wenn man darüber spricht. Deswegen finde ich, man sollte sich mehr mit diesem Thema beschäftigen, denn dann werden wir alle besser verkraften können, was da damals geschehen ist.«²⁹ Gespräche zwischen »Vater und Sohn« über die »Bedeutung [des] Stein[s]«, wie sie sich Baruch Ophir bei der Einweihung des Bodenmosaiks zur Erin-

nerung an die zerstörte Synagoge auf dem Bornplatz gewünscht hatte: Sie konnten initiiert werden, wenn der »Stein« durch Berichte von Zeitzeugen belebt wurde. Zunehmend boten solche Begegnungen vor allem auch jungen (und sehr jungen) Menschen die beste Möglichkeit, einen Bezug zur Vergangenheit herzustellen.

»Anti-Humanismus mit pädagogischen Mitteln zu bekämpfen ...«

Nicht alle Zeitzeugenauftritte in den weiteren neunundzwanzig Jahren der Gedenk- und Bildungsstätte verliefen aus didaktischer Sicht so zufriedenstellend. Als etwa Arie Goral im November 1990 von der Landeszentrale für politische Bildung an den neuen Lernort zu der Podiumsdiskussion »Der 9. November in der deutschen Geschichte« eingeladen wurde, sagte er zu und kam auch. Aber der 1953 aus dem Exil in Israel und Italien Zurückgekehrte verweigerte sich weitgehend der Diskussion, wendete sich geradezu brüsk vom Publikum ab, wollte Zeichen setzen, sah in der Veranstaltung Vorboten von Geschichtsvergessenheit nach der »Wende«.³⁰ Das indessen stand an diesem Ort gewiss nicht zu befürchten.

»Never teach history without telling a story«, hat der israelische Historiker Yehuda Bauer, 1926 in Prag geboren, ehemaliger Leiter des International Center for Holocaust Studies in Yad Vashem, gefordert.³¹ Das entsprach dem Bedürfnis vieler nachkriegsgeborener Akteure der Erinnerungskultur, die es als Herausforderung verstanden, subjektiv erlebte Geschichte in den jeweiligen historischen Kontexten wahrzunehmen und weiterzugeben.³² Nicht zuletzt wegen der Räumlichkeiten bot (und bietet) die Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule dafür besonders gute Voraussetzungen.

Eindrucksvoll hat etwa Joseph Bamberger einer Schulklasse im Juni 1993 im Naturkunderaum der Israelitischen Töchterschule, wo sein Vater Seligmann Bamberger bis zur Flucht der Familie im März 1940 unterrichtet hat, von seinen Erinnerungen an den Pogrom von 1938 erzählt. Er war damals zehn Jahre alt, als – während die Nazischergen unterwegs waren, um die jüdischen Männer zu verhaften – das Telefon bei den Bambergers klingelte. Torarollen lagen ungeschützt vor der Bornplatzsynagoge, sagte der Anrufer zu seinem Vater. Als es dunkel wurde, wagte sich der Vater auf die Straße,

barg zwei der Rollen. Er trug sie offenbar zunächst in sein Versteck in einem Schrebergarten, legte sie später in das Fluchtgepäck, um sie in die USA mitzunehmen, in Sicherheit zu bringen. Eine der Hamburger Torarollen befindet sich jetzt im Museum of Jewish Heritage in New York.³³

Bald nach Gründung der Gedenk- und Bildungsstätte ist der Besuch für die Gästegruppen des Senats, die jüdischen ehemaligen Hamburger, dort obligatorisch geworden.³⁴ Auf Einladung des Senats war Joseph Bamberger im Jahr zuvor schon einmal in der Töcherschule gewesen. Es schien, als wäre er während des einwöchigen Aufenthalts am liebsten im ehemaligen Naturkunderaum geblieben, in dem ihn noch so viel an früher erinnerte. Hier konnte er seine familiären Wurzeln fühlen. »Ich kam, um den Ort nach 60 Jahren zu sehen. Ich habe hier zehn Jahre gelernt. Dr. Bamberger lehrte mich Naturwissenschaften in diesem Raum. Es blieben dieselben Gegenstände, dieselbe Ausrüstung und ich sehe meinen Lehrer, als ob die Zeit stillgestanden wäre«, schrieb die ehemalige Schülerin Lea Oppenheim an die Tafel im Naturkunderaum. Andere Gäste dieser Gruppe von April 1992 übersetzten den auf Hebräisch geschriebenen Text, damit er verstanden werden kann.

Joseph Bambergers Besuche sind auf der Tafel dokumentiert. Zahllose Schüler haben sie mit ihren Handys abfotografiert. Sie kennen nun auch die Geschichte des Naturkundelehrers und wissen, wie es ihm gelungen ist, etwas von dem zu bewahren, was die Nationalsozialisten zerstört wissen wollten. Der mit Tafelkreide geschriebene Text ist bis heute erhalten, mit Absicht nicht konserviert. Denn zu seiner Authentizität gehört auch, dass niemand sich daran vergriffen hat.³⁵

Vieles von dem, was Besucher wie Joseph Bamberger berichteten, fand Eingang in das reguläre Programm

33 Vgl. Ursula Randt, *Die Talmud Tora Schule in Hamburg 1805 bis 1942*, Hamburg 2005, S. 163, 239 (sowie Gespräche mit Ursula Randt).

34 Allgemein zum Besuchsprogramm vgl. Lina Nikou, *Einladungen nach Hamburg. Das Besuchsprogramm für jüdische ehemalige Bürgerinnen und Bürger*, in: *Aus Hamburg in alle Welt*, S. 188 – 200.

35 Auch vor der Restaurierung 1998 war der Naturkunderaum weitgehend im Originalzustand erhalten. Während der Restaurierungsarbeiten bemühten sich die Restaurateure um eine besonders behutsame Behandlung des Tafeltextes.



Ida-Ehre-Schüler nach der Aufführung von »Klasse – getanzte Zeitspuren« im Naturkunderaum der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töcherschule mit der Projektbegleitung Inge Mandos (2015). Foto: Erika Hirsch.

politischer Bildung der Hamburger Volkshochschule, in Abendveranstaltungen und Kurse, in Wochenendseminare, Stadtgänge, Bildungsurlaube. Auch dazu ein Beispiel: Im Besucherbuch der Gedenk- und Bildungsstätte richtete 1993 eine Gruppe junger Israelis der »Zionismusklass« Grüße aus, würdigte so einen Kurs zum Thema »... öffentlich-rechtlich gesicherte Heimstätte in Palästina« – zur Geschichte des Zionismus«. Hierzulande ist dies auch heute noch kein gängiges Angebot, schon gar nicht für einen Kurs im Volkshochschulprogramm, weil es zu speziell und wegen der Auseinandersetzungen im Nahen Osten zu konfliktbeladen ist. Aber für eine Suche nach den Wurzeln der Gegenwart in der Vergangenheit ist es hilfreich, erleichtert die Orientierungen in politischen Diskussionen. Möglicherweise weil der Kurs viele Zeitzeugenberichte einbezog, hatten sich genügend Teilnehmende eingefunden.

Zur Geschichte des Zionismus gehört die *Hachschara* (Ertüchtigung),



Zu Besuch in Israel bei Chaim Dessauer, dem »Chawer mit dem Motorrad« (1994). Foto: Erika Hirsch.

36 Hierzu besonders anschaulich Arie Goral-Sternheim, Jeckepotz., S. 151–156.

37 Vgl. Erika Hirsch, »Der neue Chawer ist mit dem Motorrad gekommen!« Junge deutsche Juden auf dem Weg nach Palästina, in: Geschichte lernen. Geschichtsunterricht heute, H. 34, Seelze 1993, S. 38–41; zur weiteren Geschichte dieser Gruppe s. auch dies., Auf dem Weg nach Palästina: In Hamburg verhaftet – in Dänemark gerettet, in: Ulrike Jureit / Beate Meyer (Hg.), Verletzungen. Lebensgeschichtliche Verarbeitung von Kriegserfahrungen, Hamburg 1994, S. 156–173.

38 Zu diesem Theaterprojekt ausführlich: Erika Hirsch, »Was findest du nur an diesem Typen?« – Möglichkeiten von Theaterarbeit in der historisch-politischen Bildung, in: Claudia Lenz / Jens Schmidt / Oliver von Wrochem (Hg.), Erinnerungskulturen im Dialog. Europäische Perspektiven auf die NS-Vergangenheit, Hamburg 2002, S. 207–216.

die Vorbereitung jüdischer Jugendlicher auf eine Auswanderung nach Palästina. Sich etwa der sozialistisch-zionistischen Organisation *Hechaluz* (der Pionier) anzuschließen, bot in der NS-Zeit nicht nur Fluchtmöglichkeiten, sondern diente auch der Selbstbehauptung sowie oft zur Opposition gegen die Eltern, die lediglich auf eine Besserung der Lage hofften.³⁶ Viele der Teilnehmenden des Volkshochschulkurses über den Zionismus fuhren 1994 zu einem Bildungsurlaub nach Israel. Auch der Besuch in einem Kibbuz bei einem Zeitzeugen, dessen Geschichte besonders großen Eindruck hinterlassen hatte, stand auf dem Programm. Als Chaim Dessauer die Gruppe traf, hatte er einige seiner Weggefährten dazugebeten.

Chaim Dessauer, der »neue Chawer [Genosse, d. V.] mit dem Motorrad« war im Oktober 1990 als Senatsgast in Hamburg gewesen, zusammen mit Mitgliedern einer Gruppe, die sich 1937/38 in der Hachscharastätte *Ejn Chaim* (Quelle des Lebens) in Rissen auf ihre Auswanderung nach Palästina vorbereitet hatte. Ihre

Geschichte hatten sie während dieses Besuches gemeinsam erzählt, auch, wie »der Heinz« (Chaim nannte er sich später) stolz auf dem Motorrad bei ihnen ankam – und erleben musste, wie das spektakuläre Gefährt zunächst als »kapitalistisches« Kinkerlitzchen diskreditiert, dann jedoch in seinem praktischen Nutzwert erkannt und in der Gemeinschaft vergesellschaftet wurde. Dass seine Ledermontur »gleich am dritten Tag weg« war, bedauerte Chaim Dessauer im hohen Alter noch immer zutiefst.³⁷ »Es war in Ordnung, ich verzeihe es ihnen«, sagte er den Bildungsurlaubsteilnehmern indessen Jahrzehnte später. Eigens für sie posierte er in seinem Kibbutz mit einem Motorrad für ein Foto.

1999 wurde in Kooperation mit dem Thalia Theater die Geschichte junger sozialistisch-zionistischer Aussteiger zu einem Theaterprojekt (Titel: »Der neue Chawer mit dem Motorrad«) verarbeitet. Diese Theaterprojekte unter der Leitung von Herbert Enge oder Christiane Richers führten an authentische Orte in der Stadt, in diesem Fall sogar per Bus nach Rissen – begleitet von einem Motorradfahrer. Dann ging es weiter zu Fuß durch die Tinsdaler Heide zum Elbanleger, weiter per Schiff zu den Landungsbrücken. All das war Bühne, die Darsteller Laien, die sich in einem Kurs der Volkshochschule auf ihre Rollen vorbereitet hatten. Sie spielten aus der Gegenwart heraus, ließen die Zuschauer Anteil nehmen an dem Prozess ihrer Aneignung dessen, was Zeitzeugen überliefert hatten. Es gab weitere Theaterprojekte mit direktem Zeitzeugenbezug: eines 2001 über Arie Goral, aufgeführt im Grindelviertel. »Arie Goral inszeniert – Ich war auf eine mir mögliche Weise glücklich!« war der Titel der Geschichte des streitbaren Rückkehrers, eines oft schwierigen Einzelkämpfers. Bei keinem der insgesamt sechs Theaterprojekte war die Fluktuation der Mitwirkenden so groß wie bei diesem, denn die Darsteller taten sich schwer mit dem Protagonisten.³⁸ 2006 entstand dann ein erstes Theaterstück über Esther Bauer, »Esther leben«, aufgeführt im Kellinghusenpark unterhalb der ehemaligen Wohnung der Familie Jonas. Selbstverständlich war Esther Bauer zur Premiere nach Hamburg gekommen.

Inbesondere die Theaterprojekte haben der Gedenk- und Bildungsstätte ein Profil verliehen. Nicht nur als verlässliches Medium der Vermittlung individueller historischer Erfahrungen aus erster Hand, sondern auch für ihre Offenheit bei unkonventionellen Formaten historisch-politischer Bildung.

Eine Ära geht zu Ende

Es war ein großer Verlust, als Ursula Randt im Mai 2007 starb. Bis kurz vor ihrem Tod hat sie die Arbeit der Gedenk- und Bildungsstätte mitgetragen, meist mit konventionelleren Initiativen. Auf ihre Anregung wurden bei den Besuchen der jüdischen ehemaligen Hamburger Schulklassen zu Gesprächen mit den Gästen eingeladen. Sie hat die Benennung des Hauses nach Dr. Alberto Jonas im Jahre 1998, auch die umfangreichen Renovierungsarbeiten aus diesem Anlass durch die Stadt Hamburg, mit auf den Weg gebracht. Sie hat dafür gesorgt, dass Gert Koppel, ein ehemaliger Talmud-Tora-Schüler, mit einer großzügigen Spende die erste Neugestaltung der Dauerausstellung im Haus ermöglichte. Ihr warmherziger Humor, ihre Zugewandtheit bei Beratungsbedarf, ihre inhaltliche Kompetenz waren in der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töcherschule unersetzbar.³⁹

Esther Bauer und Steffi Wittenberg haben nach dem Tod von Ursula Randt dafür gesorgt, dass in der weiteren Arbeit der Gedenk- und Bildungsstätte die Perspektive der Zeitzeugen gewahrt blieb. Wenn Esther Bauer in Hamburg war, kam sie, sprach mit Schulklassen oder erzählte bei Abendveranstaltungen vor Erwachsenen über ihr Leben. Ansonsten war sie medial präsent. Ein 1998 entstandener erster Film über sie war fester Bestandteil aller Führungen in der 2011 noch einmal umgestalteten Dauerausstellung.⁴⁰ Auch Steffi Wittenberg war stets bereit, sich mit Schulklassen und anderen Gruppen zu treffen. Größere Projekte hat sie mit Anregungen und Zeitzeugenauftritten unterstützt, so etwa 2008, als auf kirchliche Initiative anlässlich des 70. Jahrestages der Pogromnacht in Kooperation mit der Gedenk- und Bildungsstätte an den Hamburger Schulen die Schüleraktion »Scherben

39 Vgl. Erika Hirsch, Nachruf auf Dr. h. c. Ursula Randt, in: Gedenkveranstaltung des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg für Jens Michelsen, Dr. h. c. Ursula Randt, Günther Schwarberg am 15. Dezember 2009, hg. vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 2009, S. 17–27.

40 Gemeint ist ein 15-minütiger Film über Esther Bauer von Walter Uka und Klaus Wernecke, in dem ausschließlich sie selbst über ihr Leben erzählt. 2011 legte Richard Haufe-Ahmels einen sehr viel ausführlicheren zweiten Film vor.

41 Vgl. Nordelbisches Missionszentrum und Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töcherschule (Hamburger Volkshochschule) (Hg.), Scherben bringen Unglück. 9. November 1938–2008, Materialheft zum 70. Jahrestag des Novemberpogroms, Redaktion Erika Hirsch und Hanna Lehming, Hamburg 2008, S. 31.

42 Vgl. Ida Ehre Kulturverein und Ida Ehre Schule (Hg.), »Steine des Anstoßes – An- und Innehalten«. Ein Projekt der Ida Ehre Schule, Hamburg 2012, S. 18 f., 24 f.

43 Vgl. Inge Mandos, Klasse – getanzte Zeitspuren, in: Jahresbericht Schuljahr 2014/15 der Ida Ehre Schule.



Esther Bauer (rechts) und Steffi Wittenberg (links) in der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töcherschule (ca. 2013). Foto: Erika Hirsch.

bringen Unglück« stattfand.⁴¹ Weitere von ihr unterstützte Projekte waren die Tage des offenen Denkmals. Auch war sie Schirmfrau der seit 2014 durchgeführten Monate des Gedenkens Eimsbüttel, einem breiten Bündnis von Veranstaltern unter Obhut der Bezirksversammlung. Sie begleitete die mehrjährige Zusammenarbeit mit der Ida Ehre Schule,⁴² als die junge experimentelle Choreografin aus Florida, Hanna Schwadron, die Geschichte ihrer Großmutter Ursula Lievendag inszenierte und in Hamburg zur Aufführung brachte. Hanna Schwadron war begeistert von dem Ambiente des Naturkunderaums, nutzte ihn 2015 für eine Tanzinstallation mit Ida-Ehre-Schülern.⁴³ Steffi (damals noch Hammerschlag) und Ursula Lievendag hatten beide die Jahnschule in der Bogenstraße besucht, die heutige Ida Ehre Schule, und waren danach Klassenkameradinnen in der Israelitischen Töcherschule geworden. Steffi hat den Kontakt zur Familie der früheren Mitschülerin hergestellt. Die Tanzinstallation hat sie nicht mehr erlebt, sie ist im März 2015 verstorben.

Esther Bauer, mit der sie sich oft und viel austauschte – zunächst per Fax, später per E-Mail – hat sie um anderthalb Jahre überlebt, sie ist im November 2016 verstorben. Theateraufführungen über das Leben von Esther Bauer gibt es noch immer, jetzt als »Klassenzimmerstück« in einer Inszenierung von Christiane Richers: Eine fiktive Enkelin erzählt aus ihrer Perspektive das Leben der Großmutter, die wegen eines Schwächeanfalls einen Zeitzeugenauftritt vor Schülern nicht wahrnehmen kann. Auch am historischen Ort, in der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, wird das Stück regelmäßig u. a. für Schulklassen gezeigt.

»Flora Neumann presente«

Wie kam Flora Neumann in der Gedenk- und Bildungsstätte vor? Das Andenken der 2005 Verstorbenen wird auf besondere Weise gewahrt bleiben: Die Straße an ihrer früheren Schule wurde am 11. November 2010 auf Initiative der damals im Karolinenviertel ansässigen Künstlerin Yohana Hirschfeld nach ihr benannt.⁴⁴ Zwei strahlende Frauen posierten mit hochgereckter Faust vor dem neuen Straßenschild an der Außenwand der Israelitischen Töchterschule für ein Foto: Peggy Parnass und Elsa Werner, auch sie Mitbegründerin des Auschwitz-Komitees, eine langjährige Freundin der Neumanns.⁴⁵ In der Aula gab es an dem Tag eine Gedenkveranstaltung, die Flora Neumanns Leben Revue passieren ließ. Sie war die Tochter eines Kriegsverehrten, musste frühzeitig arbeiten, um zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen. Bei den »Jüdischen Jungarbeitern« lernte sie ihren Mann Rudi kennen, der nach Machtantritt der Nationalsozialisten im Umfeld der KPD Sternschanze Widerstand leistete.

44 Auch der Name der Mutter von Esther Bauer, der Ärztin Dr. Marie Anna Jonas, ist im Hamburger Straßenbild sichtbar. 2009 wurde ein Platz in Eppendorf nach ihr benannt. Seit Oktober 2019 gibt es im Grindelviertel den Arie-Goral-Platz.

45 Vgl. etwa Peggy Parnass über Elsa Werner in: Ike Büscher u. a. (Hg.) im Auftrag des Auschwitz-Komitees in der BRD e. V., Elsa Werner 1911–2012. Zur Erinnerung, Hamburg 2016, S. 7 f.

46 Vgl. Ursula Wamser / Wilfried Weinke, Menschen jüdischer Herkunft im Widerstand, in: dies. (Hg.), Ehemals in Hamburg zu Hause, S. 164–200, hier S. 164. Dort zu Rudi Neumann S. 167–171.

te und später nach Belgien ging. Der Sohn Bernd war drei Jahre alt, als Rudi die Flucht mit dem Fahrrad nach Belgien gelang. Flora folgte ihm bald darauf mit dem kleinen Kind, kurz vor der Pogromnacht. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Belgien wurden sie und Rudi getrennt, Flora schloss sich dem Widerstand an, wurde verraten und verhaftet. Bernd überlebte versteckt in einem Kloster.

Freunde haben jedes Jahr zu Floras Geburtstag (und Rudis Todestag) im

Veranstaltungsprogramm der Gedenk- und Bildungsstätte dafür gesorgt, dass die Geschichte der Neumanns, auch mit vielen Details aus der Nachkriegszeit, überliefert wurde. Sie sind zur Legende geworden, besonders auch für junge Menschen etwa im Umfeld der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten«. Diese Studenten organisierten 2015 für den Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai einen szenischen Rundgang zum Widerstand gegen das NS-Regime. Als sie bei der Gedenk- und Bildungsstätte nachfragten, ob eine Szene über die Betreiber der früheren Wäscherei in der Marktstraße beigetragen werden könne, war das ermutigend für die Zukunft. Nicht nur deshalb, weil jüdischer Widerstand lange Zeit in der allgemeinen Geschichtswahrnehmung kaum vorkam,⁴⁶ sondern auch, weil es keine Selbstverständlichkeit ist, dass junge Menschen für eigene Projekte eine Volkshochschuleinrichtung zurate ziehen.

Der szenische Rundgang endete mit einem Transparent, der Text verfasst nach Flora Neumanns eigenen Ausführungen: »Flora Neumann presente. [anwesend, d.V.]. ›Wir wohnen im Karoiviertel ... mit Menschen aus vielen Ländern, die zu uns gekommen sind, weil bei ihnen Krieg & Not sind, oder



Peggy Parnass (links) und Elsa Werner (Mitte) bei der Benennung der Flora-Neumann-Straße (2011). Abgedruckt in: Elsa Werner 1911–2012.

ERIKA HIRSCH

■ »NEVER TEACH HISTORY WITHOUT TELLING A STORY«

47 Vgl. auch: *Erinnern um zu leben*, S. 61.

48 Vgl. <https://juedische-geschichte-online.net/ausstellung/kinderwelten> (Hamburger Schlüssel-dokumente zur deutsch-jüdischen Geschichte).

JESSICA ERDELMANN

■ »PRAKTISCH KEIN VERMÖGEN BESESSEN«

1 Frank Bajohr, Gauleiter in Hamburg. Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 43 (1995), S. 267–295; ders., *Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit*, Frankfurt/Main 2001; Stefan Kiesel, Hamburg, sein Gauleiter Karl Kaufmann und die Schifffahrt. Maritime Ambitionen und Gau-Lobbyismus 1933–1945, in: *Schifffahrt und Handel. Vorträge, gehalten anlässlich der Verabschiedung von Lars U. Scholl in den Ruhestand im März 2012* (Deutsche maritime Studien, Bd. 24), Rotenburg 2016, S. 180–194.

2 Hier und im Folgenden: Herbert Diercks, *Rund um die Alster. Hamburger Geschichte im Nationalsozialismus. Texte, Fotos und Dokumente*, Hamburg 2018, S. 56.

auch gehofft haben hier leichter leben zu können. Vielleicht können wir diese Menschen besser verstehen, weil auch wir 1938 aus Deutschland fliehen mussten.«⁴⁷ Ein »Flora Neumann presente« ist ein guter Abschluss dieser Ausführungen – wenn sich auch noch manches über die weiteren Jahre der Gedenk- und Bildungsstätte berichten ließe, etwa über die Veranstaltungen »Hat man denn vergessen ...« im Mai 2017 und »Never teach history without telling a story« im September 2018 mit Esther Bejarano, Peggy Parnass u. a.

»Präsent« werden wohl viele Zeitzeugen bleiben, deren Leben mit diesem besonderen Ort verknüpft war und ist. Die Trägerschaft der Volkshochschule bietet ein breites Spektrum an Möglichkeiten, individuell erlebte Geschichten zu erzählen, um der »wahre[n] Antwort« auf die Frage von Baruch Ophir nach der symbolischen »Bedeutung [des] Stein[s]« bei der Geschichtsvermittlung näher zu kommen, neuerdings auch mit digitalen Formaten. Der Anforderung, bald ohne emotional geprägte Zugänge zur Vergangenheit, wie sie persönliche Begegnungen mit Zeitzeugen herstellen, auskommen zu müssen, trägt sie mit dem Projekt der neuen Leiterin, Dr. Anna von Villiez, Rechnung. Die Online-Ausstellung »Kinderwelten. Neue Blicke auf die Geschichte des jüdischen Schullebens in Hamburg« in Kooperation mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden rückt vielfältige Aspekte dessen ins Blickfeld, was Abkehr vom Humanismus zu zerstören in der Lage ist.⁴⁸

■ Dr. Erika Hirsch war bis Mai 2018 Leiterin der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töcherschule.

»PRAKTISCH KEIN VERMÖGEN BESESSEN«

Der Umgang mit den Vermögenswerten NS-belasteter Funktionseleiten am Beispiel des ehemaligen Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann

Korruption und sozialpopulistische Maßnahmen zählten zu den zentralen Herrschaftsmitteln des Reichsstatthalters und NSDAP-Gauleiters von Hamburg. Karl Kaufmann errichtete ein umfassendes Korruptions- und Patronagesystem, von dem in Hamburg zahlreiche Personen profitierten.¹ Er nutzte die Möglichkeiten, die sich ihm aufgrund seiner Machtfülle boten, aber nicht nur dazu, seine Günstlinge materiell zu unterstützen und seine Herrschaft zu stabilisieren. Auch er selbst profitierte erheblich von seiner Position im NS-Herrschaftsgefüge. Ein Beispiel dafür ist die Aneignung mehrerer Villengrundstücke in einer der feinsten Gegenden Hamburgs, die er zum Machtzentrum der Hamburger Nationalsozialisten ausbaute.² Offizielle Adresse der Reichsstatthalterei und der Staatsverwaltung in Hamburg wurde das vormalige Anwesen der Familie Budge im Harvestehuder Weg 12, das 1937 auf Initiative Kaufmanns und entgegen dem ursprünglichen Willen der Eigentümerin Emma Budge nach ihrem Tod an die Stadt Hamburg verkauft wurde. Kaufmann selbst wohnte mit seiner Familie in einer Villa auf dem angrenzenden Grundstück Harvestehuder Weg 10.



Karl Kaufmann, Gauleiter und Reichsstatthalter in Hamburg, mit NSDAP-Parteiabzeichen. Quelle: Bundesarchiv.



Karl Kaufmann besichtigt als »Reichskommissar für die deutsche Seefahrt« ein Erholungsheim der Kriegsmarine in Trondheim, neben ihm der »Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete«, Josef Terboven. Quelle: Bild-Nr. RAFA-3309 U71_0026, Riksarkivet (National Archives of Norway).

3 Bajohr, Parvenüs, S. 195.

4 ders., Gauleiter, S. 294 f.

5 Yorck Dietrich, Vermögenspolitik (Westzonen), in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und Bundesarchiv (Hg.), 1945 – 1949. Die Zeit der Besatzungszonen. Sozialpolitik zwischen Kriegsende und der Gründung zweier deutscher Staaten (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 2/1), Baden-Baden 2001, S. 919.

6 Marc-Simon Lengowski, Herrenlos und heiß begehrt. Der Umgang mit dem Vermögen der NSDAP und des Deutschen Reiches in Hamburg nach 1945 (Forum Zeitgeschichte, Bd. 27), München 2017, S. 384.

Der Besitz dieser Villa am Westufer der Außenalster demonstriert deutlich den sozialen Aufstieg des ehemaligen Hilfsarbeiters und seiner Ehefrau während des Nationalsozialismus. Gleichzeitig verweist dieses Beispiel über den Einzelfall hinaus auf die Bedeutung materieller Aspekte im NS-Herrschaftsgefüge. Durch Bereicherung verstrickte sich ein wachsender Kreis gesellschaftlicher Akteure in die nationalsozialistische Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik und ließ sich an das Herrschaftssystem binden.³

Diese Bedeutung materieller Aspekte sowie die Rolle, die Kaufmann dabei in Hamburg einnahm, sind recht gut erforscht. Weniger ist dagegen über den Umgang mit seinen Vermögenswerten sowie sein Leben in

der Transformationsperiode zwischen 1945 und der Gründung der Bundesrepublik 1949 bekannt. Kaufmann wurde im Mai 1945 verhaftet und bis 1948 interniert, musste sich aber trotz diverser Ermittlungsverfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nie vor Gericht verantworten. Gut belegt sind mehrere Versuche Kaufmanns, sich in rechtsextremen Untergrundorganisationen zu betätigen. 1959 trat er als Seniorchef in ein Versicherungsunternehmen ein, das sein früherer stellvertretender Gauwirtschaftsberater Otto Wolff gegründet hatte. Kaufmann starb »gutsituiert« am 4. Dezember 1969 in Hamburg.⁴

Wie es zu dieser Entwicklung nach 1945 kam, wird sich zwar nicht in allen Details erhellen lassen. Aber der Umgang mit seinen Vermögenswerten nach Kriegsende gibt wichtige Hinweise für eine Erklärung. Verschiedene Faktoren, die im Folgenden skizziert werden, führten dazu, dass Kaufmann nicht nur strafrechtlich, sondern auch materiell weitgehend unbehelligt geblieben ist. Der Beitrag präsentiert erste Ergebnisse eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Promotionsprojekts, in dem der Umgang mit dem Privat- und Unternehmensvermögen lokaler Eliten nach 1945 am Beispiel von Hamburg und München untersucht wird.

Warum manche Personen materiell spürbar bestraft wurden, während andere unbehelligt blieben, ist bisher nur punktuell beleuchtet worden. Eine systematische Untersuchung steht noch aus. Die Analyse der Möglichkeiten und Grenzen der materiellen Bestrafung eröffnet einen Einblick in die Mechanismen, nach denen sich die deutsche Gesellschaft nach Kriegsende sozioökonomisch (re-)strukturierte. Die Jahre 1945 bis 1949 gelten dabei als »von entscheidender Bedeutung für die Vermögensverteilung in der entstehenden Bundesrepublik«.⁵ Auch Marc-Simon Lengowski postuliert hinsichtlich der nach Kriegsende »herrenlos« gewordenen Vermögenswerte von NS-Organisationen und des Deutschen Reiches eine formative Phase für die Bundesrepublik, in der nicht bloß Sachwerte neu verteilt worden seien, sondern vor allem finanzielle Ressourcen im Sinne neuer Partizipationschancen.⁶ Im Gegensatz zum NS-Organisations- und Reichsvermögen ging es beim Privatvermögen nur begrenzt um die Frage, wie diese Werte verteilt werden sollten, sondern vor allem darum, ob und unter welchen Voraussetzungen diese an ihre Eigentümer zurückübertragen werden sollten. Aber Zeitpunkt sowie Umfang und Art der rückübertragenen Vermögenswerte prägten die Startbedingungen der Betroffenen maßgeblich.

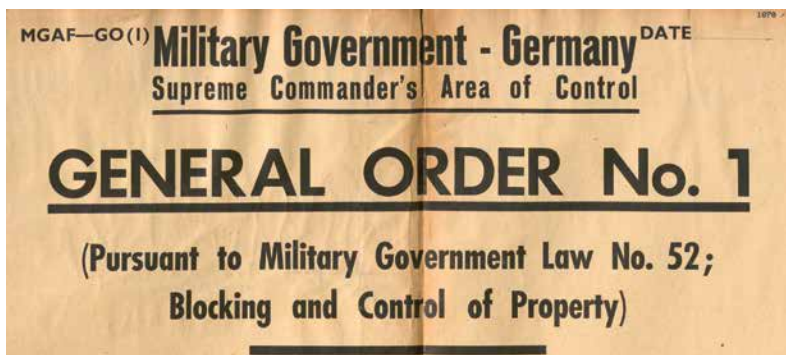
- 7 Lengowski, Herrenlos, S. 37.
- 8 Hans Dölle / Konrad Zweigert, Das Gesetz Nr. 52 über Sperre und Beaufsichtigung von Vermögen – Kommentar, Stuttgart 1947, S. 151.
- 9 Britische Militärregierung: Gesetz Nr. 52. Sperre und Kontrolle von Vermögen (o. D.), in: Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet [1] (1944), H. 1, S. 24–27.
- 10 Allgemeine Verfügung Nr. 1 zur Ausführung des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung. Sperre und Kontrolle von Vermögen, in: Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Britisches Kontrollgebiet, No. 5, o. O., O. J., S. 58–62.
- 11 Heiner Wember, Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein–Westfalen, Bd. 30), Essen 1991.
- 12 The National Archives (TNA), FO 1046, 11, Monthly Report for Period 1–30 September 1946.
- 13 Staatsarchiv Hamburg (StAHH), 311–3 I, Abl. 1989 305–2–1/2.1, 33–63 an 33.6 R, 9.1.1953.
- 14 StAHH, 311–3 I, Abl. 1989 305–2–1/2.1, Aufgabenbereich des Sachgebiets 33.63, 24.11.1951.
- 15 TNA, FO 1046, 362, Monthly Report for Period 1–30 April 1946; TNA, FO 1046, 11, Monthly Report for Period 1–30 September 1946.
- 16 Historisches Archiv der Deutschen Bundesbank, B 331–HH DRS 6, Rundschreiben Nr. 80, 17.12.1945.

Problematische Ausgangslage: Vermögenskontrolle in Hamburg

Während der britischen Besatzungszeit lag die Entscheidungsgewalt über Vermögensfragen bei den lokalen Militärregierungen, auch wenn Länderinstanzen sukzessive mehr Verantwortung im Umgang mit den Vermögenswerten erhielten.⁷ Zu den verordneten Maßnahmen zählte auch die sogenannte Vermögenskontrolle. Diese war ein Instrument der Alliierten, um vorhandene Vermögenswerte von Institutionen, Organisationen und Privatpersonen mit einer »totalen Aktions- und Verfügungssperre« zu versehen.⁸ Die juristische Grundlage dafür bot das Militärregierungsgesetz Nr. 52.⁹ Die Richtlinien im Umgang mit den gesperrten Vermögen bestimmte auf Seiten der britischen Militärverwaltung die Abteilung *Property Control*.

Eingeleitet wurde die Vermögenskontrolle im Mai 1945 mit der Allgemeinen Vorschrift Nr. 1. Sie spezialisierte den betroffenen Personenkreis, bei dem eine Vermögenskontrolle eingeleitet werden sollte.¹⁰ Dieser Kreis umfasste u. a. alle politischen Leiter der NSDAP vom Ortsgruppenleiter aufwärts, führende Funktionäre der Nebenorganisationen und Gliederungen sowie alle Angehörigen der Gestapo und Sicherheitspolizei, aber auch höhere Beamte sowie Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder von Industrieunternehmen und Banken. Damit zielte die Anordnung weitgehend auf Vermögenswerte derjenigen Personengruppen, die auch als Sicherheitsrisiko klassifiziert und innerhalb weniger Wochen nach der militärischen Besetzung auf Verdacht verhaftet und interniert worden waren.¹¹

Als Einzelpersonen waren aber nicht nur diese sogenannten *blacklisted persons* von der Vermögenssperre betroffen, sondern alle diejenigen, die verhaftet oder aufgrund ihrer NS-Belastung aus ihren Stellungen ent-



Aushang der Allgemeinen Verfügung Nr. 1, mit der die Vermögenssperre von NS-belasteten Personen eingeleitet wurde. Quelle: Staatsarchiv Hamburg.

lassen worden waren. Wie viele Personen in Hamburg insgesamt aufgrund ihrer NS-Belastung von einer Vermögenssperre betroffen waren, kann nicht genau beziffert werden. Die dazu von britischer Seite geführten Statistiken sind nur unvollständig und inkonsistent überliefert. Ergänzt durch andere Angaben vermitteln sie aber einen Einblick in das Ausmaß und den zeitlichen Verlauf der eingeleiteten Vermögenssperren. 10867 Vermögen wurden bis September 1946 in Hamburg unter Kontrolle genommen, darunter 9771 Vermögen von *blacklisted persons*.¹² Ende 1948 führte das Hamburger Landesamt für Vermögenskontrolle nur noch 1900 politisch belastete Personen mit einem Gesamtvermögen in Höhe von 450 Millionen RM und 18 Millionen DM an.¹³ Bis Ende August 1949 war die Gesamtzahl der betroffenen Personen auf 136 gesunken. 1951 standen lediglich 12 Vermögen weiterhin unter Vermögenskontrolle.¹⁴

Zwischen 1946 und 1947 wurden die meisten Vermögen blockiert. Hingegen waren bis April 1946 seit Kriegsende nur weniger als fünf Prozent der bis 1946 gesperrten Vermögenswerte von *blacklisted persons* unter Kontrolle genommen, nämlich 450 Vermögen.¹⁵ Auch bei Kaufmann dauerte es nach seiner Verhaftung am 9. Mai 1945 mehr als sieben Monate, bis sein Name in den Rundschreiben der Reichsbank veröffentlicht und die Vermögenssperre damit de facto eingeleitet wurde.¹⁶ Diese Verzögerung lässt sich auch auf den kontinuierlich wachsenden Umfang an zu sperrenden Vermögenswerten und die Komplexität des Verfahrens zurückführen. Viele Instanzen

17 Lengowski, Herrenlos, S. 48.

18 StAHH, 311–3 I, Abl. 1989 305–2–1/354, Bd. I, Vermerk, o. D.

19 Hans Walden, Untersuchungen zur Geschichte des Duvenstedter Brooks, Hamburg 1987, insbesondere S. 26–36.

20 Dölle / Zweigert, Gesetz Nr. 52, S. 70 f.

21 StAHH, 221–11, 36, Stadtkämmerer an Else Kaufmann, 3.1.1946.

22 StAHH, 131–1 II, 1737, Property Control an Senator Willink, 8.1.1946.

23 Dölle / Zweigert, Gesetz Nr. 52, S. 214.

24 StAHH, 131–1 II, 1737, Finanzsenator Dudek an Property Control Section, 3.6.1947.

25 Vgl. Michael Wildt, Der Traum vom Sattwerden. Hunger und Protest, Schwarzmarkt und Selbsthilfe in Hamburg 1945–1948, Hamburg 1986.

waren an der Meldung von Personen beteiligt, deren Vermögen aufgrund einer Entlassung, Verhaftung oder Internierung gesperrt werden sollten. Das Verfahren war umständlich und dadurch sehr fehleranfällig. Darüber hinaus liefen alle Vermögensanmeldungen zunächst bei *Property Control* zusammen, die deren Weiterleitung an verschiedene Instanzen koordinieren musste. In Hamburg begann die Abteilung ihre Arbeit mit nur 25 Offizieren.¹⁷

Zum Zeitpunkt der Blockierung wies Kaufmanns Konto kein nennenswertes Guthaben mehr auf. Nach Aussage seiner Ehefrau, Else Kaufmann, habe er »praktisch so gut wie kein Vermögen besessen und es von jeher nie verstanden, Ersparnisse zu machen oder zu wirtschaften«. Das, was noch vorhanden sei, gehöre »im Wesentlichen ihr«.¹⁸ Zu den angegebenen Vermögenswerten zählte auch ein Pachtvertrag über den Duvenstedter Brook. Dieses Naturschutzgebiet im Nordosten Hamburgs hatte Karl Kaufmann 1939 zunächst nur zu Jagdzwecken, später zur landwirtschaftlichen Nutzung gepachtet und mit Staatsgeldern zu seinem Hof ausgebaut.¹⁹

Die Tatsache, dass Kaufmann den Pachtvertrag acht Monate vor Kriegsende durch einen neuen hatte ersetzen lassen, der seine Ehefrau als gleichberechtigte Pächterin auswies, legt die Vermutung nahe, dass die Pacht nicht der einzige Vermögenswert gewesen sein könnte, den Kaufmann rechtzeitig auf seine Ehefrau übertragen hatte. Ein solches Vorgehen scheint unter NS-belasteten Personen gängige Praxis gewesen zu sein. Deshalb hatte die Blockierung des Vermögens eines Ehepartners regelmäßig die Sperre desjenigen des anderen zur Folge. Diese Vorgehensweise sei – so fasste ein zeitgenössischer juristischer Kommentar zusammen – »angesichts der Leichtigkeit und Wahrscheinlichkeit von Vermögensverschiebungen zwischen Ehe-

gatten unentbehrlich«. ²⁰ Auch Else Kaufmanns Vermögenswerte wurden deshalb blockiert.

Begrenzte Handlungsspielräume: Die Bemühungen um eine Kündigung des Pachtvertrags

Nachdem die Vermögenswerte Kaufmanns gesperrt worden waren, zeigte schon der erste Nachkriegssenat durchaus ernsthaft Interesse, sich in einem demonstrativen Akt von dem unliebsamen Pächter Kaufmann zu trennen. Am 3. Januar 1946 kündigte die Kämmerei den Pachtvertrag »aus wichtigem Grunde«, ohne dafür die Genehmigung der britischen Militärregierung einzuholen. ²¹ Als *Property Control* die Kämmerei anwies, die Kündigungsbemühungen zu unterlassen und jede weitere auf das Vermögen Kaufmanns zielende Maßnahme mit ihnen abzustimmen, waren die mit dem Fall Kaufmann betrauten Hamburger Verwaltungsbeamten sehr irritiert. ²² Dass die Vermögenskontrolle nicht mit einer Beschlagnahme gleichzusetzen war, sondern vielmehr eine Maßnahme zur Sicherung der Vermögenswerte darstellte, hatten sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht verstanden. Die Kündigung des Pachtvertrags war unzulässig, weil gemäß den alliierten Bestimmungen jedem unter Androhung strafrechtlicher Verfolgung untersagt war, den Wert eines gesperrten Vermögens zu beeinträchtigen. ²³ Folglich verbot sich auch die Kündigung des Pachtvertrags. Dies blieb auch in den folgenden Jahren vor allem für diejenigen unverständlich, die die Sperre primär als eine Methode der Bestrafung deuteten.

Da Else Kaufmann auf ihrem Hof nach der Räumung ihrer Villa im Harvestehuder Weg im Vergleich zum Rest der Hamburger Bevölkerung sehr großzügig leben und auch weiterhin das Privileg einer Selbstversorgerin genießen konnte, wurde der Pachtvertrag zu einem öffentlichen Skandal. ²⁴ Schon während des Zweiten Weltkriegs erschien Zeitgenossen diese offensichtliche Besserstellung moralisch anstößig. Dies verschärfte sich noch angesichts der großen wirtschaftlichen Not nach Kriegsende. ²⁵ Der fortbestehende Pachtvertrag von Else Kaufmann bedeutete einen materiellen Vorteil, der nur aus der Stellung ihres Ehemannes im nationalsozialistischen Herrschaftssystem resultierte.

26 StAHH, 131–14, III 1, Bd. 4, Bürgermeister Petersen an Military Government, 4.4.1946.

27 Vgl. Walter Tormin, Die Geschichte der SPD in Hamburg 1945 bis 1950 (Forum Zeitgeschichte, Bd. 4), Hamburg 1995, S. 137.

28 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1946, Hamburg 1946, S. 39 f.

29 StAHH, 131–1 II, 1737, Präsident des Senats an den Präsidenten der Bürgerschaft, 16.4.1946.

30 StAHH, 131–1 II, 1737, Protokollauszug von der 81. Konferenz mit dem Bürgermeister am 29.4.1946.

31 StAHH, 131–1 II, 1737, Auszug aus der Niederschrift über die 34. Senatssitzung vom 20.5.1947; Kämmerei an die Liegenschaftsverwaltung, 9.10.1947.

32 Vgl. Michael Ahrens, Die Briten in Hamburg. Besatzerleben 1945–1958 (Forum Zeitgeschichte, Bd. 23), Hamburg 2011, insbesondere S. 110–123.

Es greift jedoch zu kurz, wollte man die öffentliche Empörung über den Fall Kaufmann allein auf die ökonomischen Aspekte reduzieren. Die Entrüstung ist auf eine Mischung verschiedener Motive zurückzuführen. Für ehemalige NS-Verfolgte stellte jedoch insbesondere das zögerliche Vorgehen gegen die »wirklich Schuldigen« eine Provokation dar. Zu dem Zeitpunkt waren gegen zahlreiche kleinere Funktionsträger und sogenannte Mitläufer bereits deutlich härtere Sanktionsmaßnahmen eingeleitet worden. Nicht wenige von ihnen hatten aufgrund einer Dienstvorschrift des Hamburger Wohnungsamts ihre Wohnungen für NS-Verfolgte räumen müssen. Dies warf die berechnete Frage auf, warum der Pachtvertrag noch nicht gekündigt und Kaufmann angesichts seiner exponierten Stellung im NS-Herrschaftssystem nicht längst enteignet worden war.²⁶

Stattdessen häuften sich die Hinweise, dass es Kaufmann gelungen sein könnte, seine während des Nationalsozialismus auf zweifelhaften Wegen angehäuften Vermögenswerte dem staatlichen Zugriff zu entziehen. Beunruhigend daran war nicht nur die bisher ausgebliebene materielle Bestrafung. Viele NS-Verfolgte befürchteten, dass führende Nationalsozialisten Vermögenswerte für den Aufbau nationalsozialistischer Untergrundorganisationen verwenden könnten.²⁷ Sowohl die KPD- als auch die SPD-Fraktion drängten deshalb in der dritten Sitzung der Hamburger Bürgerschaft auf eine Klärung der Eigentumsverhältnisse Kaufmanns.²⁸ Die KPD-Fraktion beantragte, den Pachtvertrag unverzüglich zu kündigen. Die SPD, die unter erheblichem Druck der Parteibasis stand, reichte einen Zusatzantrag ein, der nach kurzer parlamentarischer Beratung einstimmig beschlossen wurde. Der Senat wurde zu einer Mitteilung aufgefordert, inwiefern Maßnahmen zur Ermittlung und Sicherstellung

des Vermögens Kaufmanns getroffen worden seien und wem eine etwaige schuldhafte oder fahrlässige Verzögerung anzulasten sei. In seiner Antwort wich der Hamburger Senat der Frage nach der fahrlässigen Verzögerung insofern aus, als er auf die »Beschlagnahme« der Vermögenswerte durch die Militärregierung verwies.²⁹ Eine Sicherstellung durch deutsche Stellen sei deshalb nicht in Frage gekommen. Über die Kündigung des Pachtvertrags verhandle er jedoch schon länger mit der britischen Militärregierung.

Die Intervention der Hamburger Bürgerschaft bildete den vorerst letzten Versuch einer Hamburger Instanz, die Vermögenssituation von Karl Kaufmann vollständig zu durchleuchten. Da sich die Debatte in den folgenden Jahren zunehmend auf den Pachtvertrag verengte, gerieten die Eigentumsverhältnisse der Kaufmanns aus dem Blick. In Reaktion auf die Anfrage der Bürgerschaft gelang es wenigstens, Familie Kaufmann mit Genehmigung der britischen Militärregierung im April 1946 durch das Wohnungsamt auszuweisen.³⁰ Der Pachtvertrag selbst blieb von dieser Regelung jedoch unberührt. Dass es ab November 1946 auch dem sozialdemokratisch geführten Senat jahrelang nicht gelingen sollte, den Pachtvertrag zwischen dem ehemaligen Repräsentanten des NS-Regimes und der Stadt Hamburg aufzulösen, rief sowohl an der Parteibasis als auch in der Öffentlichkeit weiterhin große Empörung hervor. Doch die britische Militärregierung lehnte alle weiteren Kündigungsversuche des Hamburger Senats ab.³¹

Pläne und Maßnahmen der britischen Militärregierung

Die Art und Weise, wie britische Instanzen bis Ende 1947 auf Maßnahmen oder Vorschläge deutscher Institutionen reagierten – in knapper Befehlsform unter Verzicht auf jegliche Erklärungen – vermitteln einen anschaulichen Einblick in die grundsätzlichen Problematiken im Umgang mit den gesperrten Vermögenswerten. Für die britische Militärregierung war mit der Vermögenssperre in Kombination mit der Internierung bereits eines der zentralen alliierten Ziele erreicht. Die den Alliierten potentiell feindlich gegenüberstehenden Personen waren weitgehend neutralisiert und stellten vorübergehend keine Gefahr mehr für sie dar.³² Die Vermögenssperre schien auszureichen, um den ökonomischen Einfluss von führenden Nationalsozialisten wirksam einzudämmen, wie es in der Konferenz von

33 Clemens Vollnhals (Hg.), Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitation in den vier Besatzungszonen 1945 – 1949, München 1991, S. 7.

34 Vgl. Ullrich Schneider, Nach dem Sieg. Besatzungspolitik und Militärregierung 1945, in: Josef Foschepoth / Rolf Steiniger (Hg.), Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945 – 1949, Paderborn 1985, S. 47 – 64, hier S. 51 – 53.

35 Hier und im Folgenden: TNA, 1046, 149, Bl. 10, 18 A, 55 A, 70 B.

36 Vgl. Wolfgang Krüger, Entnazifiziert! Zur Praxis der politischen Säuberung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1982, S. 91 – 97.

37 StAHH, 131–2, A 3 1947, Bd. 2, Drucksache Nr. 349.

38 Vgl. hier und im Folgenden: Anton Guhl, Wege aus dem »Dritten Reich«. Die Entnazifizierung der Hamburger Universität als ambivalente Nachgeschichte des Nationalsozialismus (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 26), Göttingen 2019, S. 70 f.

39 StAHH, 311–3 I, Abl. 1989 305–2–1/2.1, Vorschrift über Vermögenskontrolle Nr. 57 (NS), 16.8.1948.

Jalta festgelegt worden war.³³ Darüber hinaus dürfte die Zurückhaltung der britischen Militärregierung bei der materiellen Bestrafung auch auf den Wunsch zurückzuführen sein, sich von der kommunistischen Praxis in der Sowjetischen Besatzungszone abzugrenzen.³⁴ Dennoch bleibt die Frage: Warum schützten die Alliierten das Vermögen eines derart exponierten Repräsentanten des nationalsozialistischen Unterdrückungssystems?

Eine mögliche Erklärung findet sich im Schriftverkehr zwischen verschiedenen britischen Instanzen, die schon während der letzten Kriegsjahre begonnen hatten, Pläne für die Zeit nach dem NS-Regime zu entwickeln. Um den während des Nationalsozialismus widerrechtlich zustande gekommenen Vermögenszuwachs konfiszieren zu können, sollte eine Direktive erarbeitet werden.³⁵ Doch so eindeutig die Absichtserklärungen der britischen Instanzen bezüglich einer Konfiszierung widerrechtlich angeeigneter Vermögenswerte zunächst formuliert waren, so problematisch erwies sich die konzeptionelle Umsetzung. Der ursprüngliche Plan scheiterte vor allem an der Unmöglichkeit, den widerrechtlichen Vermögenszuwachs juristisch zweifelsfrei zu definieren. Denn der Vermögenszuwachs in den Jahren 1933 bis 1945 konnte auch Profite umfassen, die schwerbelastete Personen auf legalem Wege erwirtschaftet hatten.

Britische Instanzen beschlossen deshalb im Juli 1945, den Plan nicht weiterzuverfolgen. Es blieb nur die Möglichkeit, Vermögen unter bestimmten Umständen zu konfiszieren. Bei drei Gruppen von Personen sollte das in Betracht gezogen werden: bei Kriegsverbrechern, Hauptschuldigen und »Nutznießern«, die von ihren Verbindungen zur NSDAP profitiert hatten. Nach Sicherstellung der Vermögenswerte sollte diesen Personen die Möglichkeit gegeben werden, einer

möglichen Konfiszierung zu widersprechen, bevor dann die Vermögen von maximal 200 000 Personen endgültig eingezogen werden sollten.

Die Entscheidung, ob und welche Personen von einer Vermögenskonfiszierung betroffen sein sollten, wurde auf die politischen Überprüfungsverfahren ausgelagert. Damit einher ging die Standardisierung des Verfahrens, mit dem eine Vermögenssperre aufgrund einer NS-Belastung eingeleitet oder eine bereits verfügte Vermögenssperre aufgehoben werden konnte. Für alle vier Besatzungszonen wurden allgemeinverbindlich fünf Kategorien eingeführt: Hauptschuldige (Kategorie 1), Belastete (Kategorie 2), Minderbelastete (Kategorie 3), Mitläufer (Kategorie 4) und Entlastete (Kategorie 5). Entsprechend der Vorüberlegungen war der Vermögenssein-
zug nur für die Kategorien 1 und 2 vorgesehen.³⁶

Stärkung der Hamburger Landesbehörden bei paralleler Entlastung Else Kaufmanns

Ab 1947 begann die britische Militärregierung, Hamburger Instanzen an der Abwicklung der Überprüfungsverfahren und an der Verwaltung gesperrter Vermögenswerte stärker zu beteiligen. Im Mai 1947 ging die Verantwortung zur Durchführung der Kategorisierung auf eine Hamburger Landesbehörde über. Ein halbes Jahr später wurde das Landesamt für Vermögenskontrolle eingerichtet, das die Verwaltung der gesperrten Vermögenswerte übernehmen sollte.³⁷ Die Spielräume für Hamburger Behörden, den Umgang mit den Vermögen schwer belasteter Personen wie Karl Kaufmann zu gestalten und finanzielle Strafen zu verhängen, vergrößerten sich dadurch jedoch nicht.³⁸ Hamburger Entnazifizierungsinstanzen waren vor allem mit den minderbelasteten Fällen beschäftigt. Die Entscheidung über schwer belastete Personen blieb hingegen allein der britischen Militärregierung vorbehalten. Kaufmann hatte zum Zeitpunkt der Einrichtung des Landesamts für Vermögenskontrolle zwar noch kein Kategorisierungsverfahren durchlaufen, zählte jedoch weiterhin zu den *blacklisted persons*. Deshalb blieb *Property Control* die einzige Instanz, die befugt war, über Kaufmanns Eigentum zu entscheiden.³⁹

Auch wenn sich hinsichtlich der Zuständigkeit für das Vermögen Kaufmanns nichts grundlegend geändert hatte, zeichnete sich im Zuge der

- 40 StAHH, 131–1 II, 1737, Gibson an Bürgermeister Brauer, 27.9.1948.
- 41 StAHH, 221–11, 36, Betrifft: Pachtsache Kaufmann Duvenstedter Brook, 16.1.1950.
- 42 StAHH, 131–1 II, 1737, Property Control an das Landesamt für Vermögenskontrolle, 28.3.1949; StAHH, 131 2 A2a 1949, Niederschrift über die 27. Senatssitzung am 22.4.1949.
- 43 StAHH, 311–3 I, Abl. 1989, 305–2–1/354, Bd. II, (Vertraulicher) Vermerk, 17.2.1949.
- 44 Tormin, SPD, S. 182.
- 45 StAHH, 131–1 II, 1737, Vermerk, 29.4.1949.
- 46 StAHH, 131–1 II, 1737, Drucksache für die Senatssitzung Nr. 129; StAHH, 221–11, 36, Vorläufige Anordnung des Amtsgerichts in Hamburg, 13.6.1949.
- 47 StAHH, 221–11, 36, Berufungsbeantwortung in der Verwaltungsstreitsache Else Kaufmann gegen die Polizeibehörde, 13.12.1949.
- 48 StAHH 131–1 II, 1737, Ostermann: Vermerk, 3.3.1949; StAHH, 221–11, 36, Denkschrift Else Kaufmann, August 1950.

stückweisen Übertragung von Kompetenzen auf die Hamburger Verwaltung trotzdem ein entscheidender Wendepunkt in der Auseinandersetzung um den Pachtvertrag ab. Denn im September 1948 lehnten britische Entscheidungsträger die Kündigung des Pachtvertrags nicht mehr kategorisch ab. Vielmehr ermutigten sie die Hamburger Regierung ausdrücklich, ihre Interessen auf dem Gerichtsweg durchzusetzen. Sie schlugen vor, dass ein Zivilgericht darüber befinden solle, ob der Pachtvertrag anfechtbar sei.⁴⁰ Erst durch die zwischenzeitlich wiedererlangte Kontrolle über ihr Vermögen wurde die Stadt Hamburg überhaupt in die Lage versetzt, ihre Interessen in vollem Umfang zu vertreten. Gleichwohl gab die britische Militärregierung die Art und Weise vor, wie genau dies im Fall Kaufmann zu geschehen habe: Das Problem sollte – getrennt von politischen Argumenten – allein auf privatrechtlicher Grundlage gelöst werden. Der Prozess vor dem Pachtamt lief mit Genehmigung der britischen Militärregierung seit April 1949.⁴¹

Damit schien sich eine Lösung des Problems abzuzeichnen. Tatsächlich vervielfachten sich aber nun die Fronten, an denen sich der Hamburger Senat verteidigen musste. Nachdem der Entnazifizierungsfachausschuss Else Kaufmann im November 1948 in die Kategorie 5 eingestuft hatte und sie ab diesem Zeitpunkt offiziell als unbelastet galt, forderte sie mit Nachdruck die Aufhebung der Treuhandschaft und die Erlaubnis zur Rückkehr auf den Duvenstedter Brook. Unterstützt wurde sie dabei ausgerechnet von britischer Seite, die wiederholt darauf hinwies, dass Else Kaufmann an der Ausübung ihrer Pachtrechte nicht gehindert werden dürfe. Beinahe wäre es Else Kaufmann gelungen, sich und auch ihrem Ehemann, der im April 1949 aus der Internierungshaft entlassen worden war, die Rückkehr auf den Duvenstedter Brook zu erstreiten.⁴²

Dadurch erhöhte sich der Druck, der auf dem Ersten Bürgermeister Max Brauer lastete. Er schien nach den inzwischen drei Jahre andauernden Auseinandersetzungen über den Fall Kaufmann langsam die Geduld zu verlieren. Schon im Februar 1949 hielt ein Verwaltungsbeamter in einem vertraulichen Vermerk fest, dass Brauer »ungehalten« darüber sei, dass das Verfahren vor dem Pachtamt seit Monaten schwebe.⁴³ Nicht wenige Sozialdemokraten hatten Brauer schon zuvor mehrfach vorgeworfen, nicht konsequent genug gegen NS-Belastete vorzugehen.⁴⁴ Im Fall Kaufmann war der Grund für die ausbleibende Bestrafung jedoch weniger in der mangelnden Konsequenz Brauers zu suchen, als vielmehr darin, dass sich ab 1947/1948 der Spielraum der Hamburger Regierung und ihrer Behörden im Umgang mit NS-Belasteten und ihrem Vermögen nur geringfügig erweitert hatte. Zumindest gelang es jedoch, den britischen Gouverneur davon zu überzeugen, nichts zu unternehmen, bis das Urteil in dem Verfahren vor dem Pachtamt gesprochen worden war.⁴⁵

Darüber hinaus ließ sich der Hamburger Senat zu einer Reihe von Maßnahmen verleiten, die ihn zunehmend in öffentliche Bedrängnis brachten. So ließ Brauer in seiner Funktion als Polizeisenator einen Polizeiposten vor dem Duvenstedter Brook aufstellen, um Else Kaufmann daran zu hindern, den Hof zu betreten und etwaige Vermögenswerte zu entfernen. Die ausgesperrte Pächterin erwirkte dagegen eine vorläufige Anordnung, die der Hansestadt Hamburg untersagte, sie an der Ausübung ihrer Pachtrechte zu hindern.⁴⁶

Mit Interventionen wie den beschriebenen machte es der Hamburger Senat der Gegenseite leicht, seine Politik in ein zwielichtiges Licht zu rücken. Kaufmanns Verteidiger reichten insgesamt drei Klagen gegen die Stadt Hamburg ein, in denen sie die Behandlung Else Kaufmanns als Maßnahmen eines Willkürstaates brandmarkten, die mit den Grundsätzen eines Rechtsstaates nicht vereinbar seien.⁴⁷ Unterdessen überhäufte Else Kaufmann sowie die Hausärzte ihres Ehemannes die Hamburger Verwaltung und britische Repräsentanten mit Beschwerdeschreiben über die ungerechte Behandlung und die »trostlose« Unterkunft, die der Familie Kaufmann trotz des besorgniserregenden Gesundheitszustands Kaufmanns zugemutet werde. Schließlich verdichtete Else Kaufmann sämtliche Beschwerden und Anklagepunkte gegen den Hamburger Senat in einer 19 Seiten umfassenden Denkschrift.⁴⁸ Die Denkschrift wurde in einer Auflage von etwa

- 49 Streit um Duvenstedter Pachtvertrag. Eine Stellungnahme der Frau des früheren Gauleiters Kaufmann, in: *Hamburger Allgemeine Zeitung*, 14.3.1950, S. 3; Widersprüche um den Fall Kaufmann, in: *Die Welt*, 9.8.1950, S. 4.
- 50 Vgl. Jessica Erdelmann, »Persilscheine« aus der Druckerpresse? Die Hamburger Medienberichterstattung über Entnazifizierung und Internierung in der britischen Besatzungszone (Hamburger Zeit Spuren, Bd. 11), Hamburg 2016, S. 179.
- 51 Stenographische Berichte der Bürgerschaft zu Hamburg 1950, Hamburg 1950, S. 202.
- 52 Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, Bielefeld 1995.
- 53 StAHH, 131–1 II, 1737, Beschluss, 1.4.1950; StAHH 221–11, 36, Aktenvermerk, 30.10.1950.
- 54 StAHH 311–3 I, Abl. 1989 305–2–1/354, Bd. I, Vermögensverwaltung Karl Kaufmann und Ehefrau, o. D.; StAHH, 221–11, 36, Denkschrift Else Kaufmann, August 1950.
- 55 StAHH, 311–3 I, Abl. 1989 305/2–1/49, Handbuch der Vermögenskontrolle, S. 16–20.



*Der Polizeiposten auf dem Hof der Kaufmanns im Duvenstedter Brook.
Quelle: Ein Gut mit bescheidenem Herrenhaus, in: Hamburger Freie
Presse, 8.2.1950.*

100 Exemplaren gedruckt und erreichte im August 1950 einige ausgewählte Hamburger Tageszeitungen sowie Hamburger und britische Repräsentanten. Während *Die Welt* die Broschüre nur kurz erwähnte, widmete das Parteiblatt der CDU, die *Hamburger Allgemeine Zeitung*, den in ihr enthaltenen Ausführungen einen ganzseitigen Artikel.⁴⁹ Angesichts des hohen Anteils NS-belasteter Journalisten in der Redaktion, die sich dementsprechend zur Entnazifizierung und Bestrafung positionierten, verwundert diese implizite Fürsprache nicht.⁵⁰

Bis 1948 hatte sich Max Brauer vor allem für den fortbestehenden Pachtvertrag rechtfertigen müssen. In den Jahren 1949 bis 1950 geriet er bei dem Versuch, die Angriffe der Gegenseite abzuwehren und die Rückkehr der Kaufmanns auf den Duvenstedter Brook zu verhindern, zunehmend unter Beschuss nationalkonservativer und liberaler Kreise. Es spielte keine Rolle, dass letztlich die britische Militärregierung für den äußerst zähen Rechtsstreit um die Pacht verantwortlich und dem Hamburger Senat kaum eine andere Wahl geblieben war, als den Polizeiposten aufzustellen und das Verfahren vor dem Pachtamt anzustrengen. Die Berichterstattung in den Hamburger Zeitungen über den Fall Kaufmann in den Jahren 1949 bis 1951 zeigt eine deutliche Zunahme von Äußerungen, die der Argumentation und den Klagen der Unterstützerinnen und Unterstützer Kaufmanns folgten. Auch in der Hamburger Bürgerschaft musste sich Brauer für seine Vorgehensweise rechtfertigen.⁵¹ Diese Entwicklung zeigt, dass auch Teile der Hamburgischen Gesellschaft zu Beginn der 1950er Jahre unter dem Einfluss der umfassenden und allseits erwarteten Bemühungen zur Re-Integration der NS-Belasteten stand.⁵² Kaufmann zählte nicht mehr in allen Kreisen der Stadt zu den Personen, von denen man sich abzugrenzen hatte.

Materielle Entnazifizierung im Fall Kaufmann – eine Zwischenbilanz

Der Prozess vor dem Pachtamt endete am 1. April 1950 mit dem Urteilspruch, dass der Pachtvertrag aufgrund des fehlenden Nachweises einer Genehmigung des Innenministeriums nichtig sei. Die Parteien einigten sich auf einen außergerichtlichen Vergleich. Das noch verbliebene Inventar erhielten die Kaufmanns im Oktober 1950 zurück.⁵³ Von den im Dezember 1945 gemeldeten Vermögenswerten waren ihnen nur diese geblieben. Doch anders als Else Kaufmann beklagte, war das Vermögen nicht durch Übergriffe seitens der Behörden oder Treuhandgebühren aufgezehrt worden.⁵⁴ Vielmehr konnten die Kaufmanns mehrere Jahre von ihren im Nationalsozialismus akkumulierten Vermögenswerten weiterleben, weil es gesperrten Vermögensinhabern erlaubt war, pro Haushalt monatlich bis maximal 300,- RM von ihren Konten abzuheben.⁵⁵ Geschrumpft war das Vermögen Kaufmanns vor allem deshalb, weil sie die Kosten, die für den Erhalt

- 56 Walden, Duvenstedter Brook, S. 34.
- 57 FZH-Archiv, Bestand 12-1, Biographische Materialsammlung Karl Kaufmann, Walther Meyer an das Amtsgericht Hamburg, 5.10.1950 (Kopie aus Fremdarchiv, Originalsignatur unbekannt); StAHH, 221-11, 36, Pfeiffer an das Landesamt für Vermögenskontrolle, 5.1.1951; Wember, Umerziehung, S. 345.
- 58 StAHH, 131-1 II, 1871, Klesper an das Rechtsamt, 25.1.1951.
- 59 Wember, Umerziehung, S. 290.
- 60 Vgl. den systematischen Vergleich bei Mike Schmeitzner, Der Fall Mutschmann. Sachsens Gauleiter vor Stalins Tribunal, Beucha 2011, S. 129-141.
- 61 Das betraf den (mit Vorsicht zu genießenden) Angaben Karl Höffkes' zufolge zum Beispiel Heinrich Lohse oder Karl Wahl. Vgl. Karl Höffkes, Hitlers politische Generale. Die Gauleiter des Dritten Reiches. Ein biographisches Nachschlagewerk, Tübingen 1986, S. 228, S. 377 f.
- 62 StAHH, 221-11, Z 4242, Else Kaufmann: Ergänzung der eidesstattlichen Erklärung vom 15.11.1948, 16.11.1948; Beschluss des Fachausschusses XIII, o. D. (3.11.1948).
- 63 StAHH, 221-11, Z 4242, Staatskommissar für Entnazifizierung und Kategorisierung an die Militärregierung, 22.7.1949.

des Hofes notwendig waren, allein bestreiten mussten, ohne wie zuvor auf die Ausbeutung von Zwangsarbeitern und die zahlreichen Vergünstigungen sowie Zuwendungen zurückgreifen zu können.⁵⁶ Die größten Einbußen hatten sie jedoch – wie andere Besitzerinnen und Besitzer von Geldvermögen auch – mit der Währungsreform im Juni 1948 erlitten.

Von weiteren Einbußen aufgrund finanzieller Strafen blieben die Kaufmanns verschont. Sowohl das gegen Karl Kaufmann eingeleitete Spruchgerichtsverfahren als auch das Strafverfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden eingestellt, weil er als »vernehmungsunfähig« galt.⁵⁷ Beide Verfahren hätten für deutsche Instanzen zumindest theoretisch die Möglichkeit geboten, Geldstrafen zu verhängen oder Vermögen einzuziehen.⁵⁸ In der Praxis waren finanzielle Strafen jedoch eher selten. Insgesamt mussten in der britischen Zone nur 1100 Internierte eine Geldstrafe zahlen und einige wenige einen Vermögenseinzug hinnehmen.⁵⁹ Während westliche Militärgerichte in ihren bis zum Spätherbst 1948 abgeschlossenen Verfahren gegen 1945 noch amtierende Gauleiter lange Gefängnis- und sogar Todesstrafen aussprachen, trafen die zwischen Ende des Jahres 1948 und 1950 ergangenen Urteile insgesamt neun ehemalige Gauleiter, mit denen »relativ großzügig« verfahren wurde.⁶⁰ Kaufmann war also kein Einzelfall.

Unter den spät verhandelten Fällen sollen jedoch auch Gauleiter gewesen sein, die ihren Besitz bis auf ein Existenzminimum verloren.⁶¹ Dagegen hatte Kaufmann zwar infolge seiner Internierung sowie durch die Räumung der Villa und den Verlust des Pachtvertrags einige Einbußen hinnehmen müssen. Aber im Vergleich zu anderen Gauleitern kam er nicht nur strafrechtlich glimpflich davon, sondern blieb zunächst auch materiell weitgehend unversehrt. Letzteres vor

MG/PS/100 R.M. Internierungs-Nr. 103 303 Instrument No.

MILITÄRREGIERUNG-DEUTSCHLAND
 CATEGORY I
 PROVISIONAL CATEGORY III X
 Kombiniertes
 Kenn- und Meldeschein 573
 für aus der Internierung
 entlassene Personen



Zuname KAUFMANN Vornamen Karl, Otto, Kurt
 Nationalität Deutsch Beruf oder Gewerbe Ohne Beruf
 Geburtsort 10.10.00 Krefeld Größe 171 cm
 Vollschnell Gesichtsfarbe Frisch Haar Dunkelblond
 Augenfarbe Blau (Art der Augengläser Keine Glattrasiert oder Form des Bartes Glattrasiert
 Nasenform Normal Mundform und Zähne Normal, einige Zähne fehlen
 Merkmale (Narben, Tätowierungen usw.) Keine

Diesen vorläufigen Kategorisierungsbescheid erhielt Karl Kaufmann bei seiner Entlassung aus der Internierungshaft. Quelle: Staatsarchiv Hamburg.

alles deshalb, weil er Teile seines Vermögens rechtzeitig auf seine Ehefrau übertragen und damit sich und seiner Familie den Lebensunterhalt für die Zeit nach der Kapitulation gesichert hatte. Hamburger Instanzen hatten durch verschiedene Verfahren vergeblich versucht, ihm auf die Spur zu kommen, fanden jedoch keine rechtliche Handhabe, um sämtliche mutmaßlich unrechtmäßig erworbenen Vermögenswerte sicherzustellen.

Zwar hatte Else Kaufmann sich in ihrem Entnazifizierungsverfahren im November 1948 für die Herkunft strittiger Vermögenswerte rechtfertigen müssen. Aber nachdem sie angegeben hatte, dass ihr diese aus Zuwendungen ihrer Eltern und aus der Übernahme des Vermögens ihrer Mutter zugeflossen seien, wurde der Vorwurf der »Nutznießerschaft« fallengelassen.⁶² Die leitenden Entnazifizierungsinstanzen protestierten und forderten von der britischen Militärregierung mit ausdrücklichem Verweis auf die 1944 erfolgte Änderung des Pachtvertrags die Wiederaufnahme des Verfahrens.⁶³ Doch die britische Militärregierung hielt es mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit für unvereinbar, ein zweites Verfahren in derselben Sache durchzuführen. Es sei zu vermuten, dass Else Kaufmann nicht die einzige sei, die von der Übertragung der Vermögenswerte ihres Ehemannes profi-

tiert habe.⁶⁴ Dass die Höhe von Else Kaufmanns Vermögen auch Aufschluss über das Ausmaß persönlicher Bereicherung Karl Kaufmanns hätte geben können, wurde nicht erwogen.

Da Karl Kaufmann offiziell also kein nennenswertes Vermögen besaß, stellte sich in seinem Falle die Frage der Nutznießerschaft nicht. Anders als seine Ehefrau durchlief Kaufmann zunächst kein Kategorisierungsverfahren vor Hamburger Instanzen. Um ihn aus der Internierungshaft entlassen zu können, war er provisorisch in die Kategorie 3 eingestuft worden. Bekannt wurde dies jedoch erst 1951, nachdem Karl Kaufmann aus der im Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhängten Untersuchungshaft entlassen worden war.⁶⁵

Zwei Jahre später ergriffen Hamburger Entnazifizierungsinstanzen die ihnen nach dem Abschluss der Entnazifizierung letztgebliebene Möglichkeit, gegenüber Kaufmann Sanktionen auszusprechen. Anfang 1953 eröffneten sie ein Wiederaufnahmeverfahren, um die provisorische Einstufung der britischen Militärregierung in Kategorie 3 in eine endgültige umzuwandeln und die sich dadurch bietende Gelegenheit zu nutzen, ihm gleichzeitig ein Beschäftigungsverbot in leitender Stellung auszusprechen sowie seine Gehalts- und Pensionsansprüche abzuerkennen. Das Verfahren endete im März 1953 mit der Entscheidung des Berufungsausschusses, dass Kaufmann in der Kategorie 3 verbleiben sollte und in keiner leitenden Stellung mehr tätig werden dürfte, weder im Staatsdienst, Gemeindedienst oder im öffentlichen oder halböffentlichen Dienst noch in der Privatwirtschaft. Über die Frage, ob ihm zusätzlich die Rechts- und Versorgungsansprüche aus seiner Tätigkeit im Staatsdienst während der NS-Herrschaft aberkannt werden sollte, sollten die Gerichte entscheiden.⁶⁶

64 StAHH, 221–11, Z 4242, Regional Governmental Officer an Staatskommissar für Entnazifizierung und Kategorisierung, 13.8.1949.

65 StAHH, 221–11, 36, Pfeiffer an das Landesamt für Vermögenskontrolle, 5.1.1951.

66 StAHH, 221–11, 90901, Sitzungsprotokoll des Berufungsausschusses, 25.3.1953. Ich danke Svea Gruber für den Hinweis auf diese Akte.

67 Cornelia Rauh, Wer spät kam, den belohnte das Leben. Entnazifizierung im Kalten Krieg, in: Detlef Junker (Hg.), Deutschland und die USA im Zeitalter des Kalten Krieges, 1945–1990, Ein Handbuch, Bd. 1, Stuttgart/München 2001, S. 112–123, hier S. 120.

Diese Zwischenbilanz verdeutlicht zweierlei. Einerseits zeigt sie die Konsequenzen der britischen Vermögenskontrollpolitik auf, die die Entscheidung über den Umgang mit den Vermögenswerten auf die unterschiedlichen Straf- bzw. Kategorisierungsverfahren auslagerte. Bei der Behandlung der Vermögenswerte schienen sich dieselben Fehler und Mängel niederzuschlagen, die die Entnazifizierung auszeichnete. Weder die individuelle Verantwortlichkeit noch die formale Belastung gaben den Ausschlag für das Sühnemaß, sondern der Zeitpunkt der Verhandlung.⁶⁷ Andererseits setzten sich nach jahrelang erfolglos verlaufenen Versuchen letztendlich Hamburger Instanzen mit dem Ansinnen durch, Kaufmann doch noch zu bestrafen. Welche Folgen das für Kaufmann hatte und ob er der einzige war, gegen den nach dem allseits bekannten Schlusstrich ein Entnazifizierungsverfahren eröffnet wurde, soll in dem laufenden Forschungsprojekt durch eine systematisch vergleichende Einzelfallanalyse lokaler Eliten weiter untersucht werden.

- Jessica Erdelmann, M. A., ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

1919 – AUFBRUCH IN DIE DEMOKRATIE

Das Wahlrecht für Frauen

Im Januar 2019 wurde an vielen Orten in der Bundesrepublik an die erste demokratische Wahl in Deutschland gedacht. Nach der Novemberrevolution 1918/1919 war die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 die zweite wichtige Etappe auf dem Weg zu einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland. An diesem Tag durften erstmals auch alle volljährigen deutschen Frauen wählen und gewählt werden. Für dieses Recht hatten sich zuvor die Sozialdemokratie, die Frauenbewegungen sowie einige Liberale eingesetzt. Es war der Rat der Volksbeauftragten, der das Wahlrecht für Frauen einführte. Dass dieses Recht ohne viel Aufhebens gewährt wurde, beruhte jedoch zuallererst auf den Aktivitäten der Frauenbewegungen. Diese Geschichte steht im Zentrum des folgenden Beitrages, der auf einen Vortrag zurückgeht, den ich im Januar 2019 in Hamburg gehalten habe. Hamburg hat für die Entwicklung der Frauenstimmrechtsbewegung eine wichtige Rolle gespielt, denn hier wurde dazu der reichsweit erste Verein gegründet. In einem weiteren Schritt wird es um die Frage gehen, warum das Wahlrecht nicht zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen in der Politik geführt hat. Auch nach 100 Jahren stehen die Demokratien in Europa immer noch vor der Aufgabe, die in der Verfassung postulierte Gleichheit der Geschlechter in Politik und Wirtschaft umzusetzen.

1 Olympe de Gouges, Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin (1791), in: Ute Gerhard / Petra Pommerenke / Ulla Wischermann (Hg.): Klassikerinnen feministischer Theorie. Grundlagentexte, Bd. 1, Königstein / Taunus 2008, S. 19 – 23, alle Zitate S. 20.

Gleichheit oder Differenz? Frauen und Politik

Das gleiche Wahlrecht für alle Staatsbürger ist eine zentrale Grundlage demokratischer Gesellschaften. Ob aber zu den wahlberechtigten Staatsbürgern auch die Frauen gehören – darüber wurde in Deutschland und in vielen anderen Ländern der Welt lange debattiert. So hatten die Revolutionäre in Frankreich 1789 zwar die Losung »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« ausgegeben, dabei aber vor allem an die Gleichheit der männlichen Staatsbürger gedacht. Die Frau – auch jede erwachsene Frau – dagegen galt weiterhin als unmündig und abhängig von einem Mann, entweder dem Vater, der der Familie vorstand, oder dem Ehemann. Einige Frauen forderten schon während der Revolution die Gleichheit der Geschlechter vor dem Gesetz, doch verhallten ihre Stimmen zunächst ohne große Resonanz. Ihre wortgewaltigste Vertreterin, Olympe de Gouges (1748–1793), hatte in ihrer Schrift »Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin« auf die Ungleichbehandlung der Frauen in der neuen republikanischen Verfassung hingewiesen und kritisiert, dass eine Verfassung »null und nicht [sei], wenn nicht die Mehrheit der Individuen, die die Nation bilden, an ihrem Zustandekommen mitgewirkt hat«¹. Ihre Thesen dazu fasste sie in mehreren Artikeln zusammen. Der erste lautete: »Die Frau wird frei geboren und bleibt dem Manne gleich in allen Rechten«, der dritte definierte die Nation »als eine Vereinigung von Frauen und Männern«. De Gouges wurde für ihre frauenrechtlerischen Schriften und ihren Einsatz für die Republik allerdings nicht gefeiert, sondern im Gegenteil seitens des Revolutionstribunals verfolgt und 1793 hingerichtet.

Die von den Revolutionären postulierte Idee der grundsätzlichen Gleichheit der Menschen wurde aber auch von anderen Philosophen und Publizisten auf die Rechtsstellung des weiblichen Geschlechtes übertragen. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert wurde daher in vielen europäischen Gesellschaften intensiv über dieses Thema, die sogenannte Frauenfrage, diskutiert. Sollten Frauen die gleichen Rechte haben wie Männer? Frauen – das sind doch von Natur aus völlig andere Wesen als Männer: gefühlsbetont, auf Kinder und das Menschliche, das Haus, die Familie bezogen; unpolitische Wesen, die nur auf das hören, was ihre Männer sagen; Wesen, die ein kleineres Gehirn als Männer haben und ihnen daher nicht gleich sein können. Diese und viele ähnliche Argumente dienten lange Zeit zur Rechtfertigung der weiter-

- 2 Elke Frederiksen (Hg.), Die Frauenfrage in Deutschlands 1865–1915. Texte und Dokumente, Stuttgart 1981/1994.
- 3 Gisela Bock, Begriffsgeschichten: »Frauenemanzipation« im Kontext der Emanzipationsbewegungen des 19. Jahrhunderts, in: dies., Geschlechtergeschichten der Neuzeit. Ideen, Politik, Praxis, Göttingen 2014, S. 100–153.
- 4 Angelika Schaser, Frauenbewegung in Deutschland 1848–1933, Darmstadt 2020.
- 5 Anja Kruke (Hg.), Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung. 1848–1863–2013, Bonn 2013; Bernd Faulenbach, Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2012. Thomas Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000.
- 6 Rüdiger vom Bruch (Hg.), »Weder Kommunismus noch Kapitalismus«. Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer, München 1985.
- 7 Zur Entwicklung einer demokratischen Wahlkultur vgl. Margaret Anderson, Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich, Steiner 2009. Mit Blick auf die Geschlechterordnung vgl. Ute Planert, Wie reformfähig war das Kaiserreich? Ein westeuropäischer Vergleich aus geschlechtergeschichtlicher Perspektive, in: Sven Oliver Müller / Cornelius Torp (Hg.), Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse. Göttingen 2009, S. 165–184.

hin untergeordneten rechtlichen und sozialen Stellung aller Frauen.² Doch die Gegenstimmen wurden lauter: Publizistinnen wie Louise Otto-Peters (1819–1895) oder später Hedwig Dohm (1831–1919) formulierten scharfsinnige und kritische Analysen des Diskurses über die natürliche Unterlegenheit der Frauen; sie forderten die Emanzipation des weiblichen Geschlechtes.³ In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde auch in Deutschland eine Frauenbewegung aktiv und sichtbar, die sich für soziale und politische Rechte einsetzte: eine verbesserte Schulausbildung für Mädchen, die Zulassung zu Abitur und Studium, die Anerkennung der Rechte von Müttern, Mitspracherechte für Frauen in sozialen Fragen, politische Gleichheit und vieles mehr.⁴ Im gleichen Zeitraum entwickelte sich die Arbeiterbewegung bzw. die Sozialdemokratie zu einer wichtigen gesellschaftlichen Kraft, die ebenfalls Forderungen zur politischen und rechtlichen Gleichheit aller Staatsbürger formulierte.⁵ Auch liberale Bürgerliche setzten sich für soziale und politische Reformen in Deutschland ein.⁶ Diese Bewegungen und Gruppen trieben gemeinsam, wenn auch nicht einvernehmlich, die gesellschaftliche Demokratisierung im Deutschen Reich voran. Es ging ihnen um Reformen, die soziale Gerechtigkeit, politische Gleichheit und individuelle Selbstbestimmung von Frauen und Männern sichern sollten.⁷ Aus einer demokratiehistorischen Perspektive stehen diese gemeinsamen Werte der sozialen Bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert im Vordergrund, wenn auch die vielen Abgrenzungen voneinander nicht verschwiegen werden sollen, etwa die scharfen Auseinandersetzungen zwischen der sogenannten bürgerlichen und der sozialistischen Frauenbewegung. In der Arbeiterbewegung gab es nicht wenige Stimmen, die die Gleichberechtigung der Frauen ablehnten und Sondergesetze für Frauen guthießen, ebenso wie in der

(bürgerlichen) Frauenbewegung viele Organisationen gegen die Erweiterung der Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern agitierten. Interessanterweise waren es vor allem Forderungen nach der Gleichheit der Geschlechter, die mehr oder weniger partei- und klassenübergreifend von männlichen Vertretern abgelehnt wurden. Als Begründung wurde in der Regel angeführt, dass damit die natürliche Ordnung der Geschlechter, die nun mal hierarchisch organisiert sei, in Frage gestellt werde.⁸ Aus der Frauenbewegung wurden zwei Antworten auf diese Herausforderung gegeben. Die einen propagierten die grundsätzliche Gleichheit der Geschlechter, wie es auch schon Olympe de Gouges getan hatte, und leiteten daraus politische Forderungen für Gesellschaftsreformen ab. Die anderen argumentierten, gerade weil die beiden Geschlechter natürlich zu unterscheiden seien, müssten Frauen und Männer in allen gesellschaftlichen und politischen Fragen je eigene Standpunkte vertreten können. Aus beiden Konzepten ergibt sich jedoch die Forderung, dass Frauen die gleichen politischen Rechte zugestanden werden müssen wie Männern, dass sie also sich selbst bzw. die weibliche Seite der Gesellschaft repräsentieren sollen und diese Aufgabe nicht von Männern übernommen werden kann.⁹

Die Forderung nach der Erweiterung der Rechte von Frauen gehört damit zu den zentralen Themen der Demokratiegeschichte, nicht nur in Deutschland.¹⁰ Das Frauenwahlrecht war zum Ende des 19. Jahrhunderts allerdings nur ein Programmpunkt von vielen. An diesem Thema entzündeten sich in den folgenden Jahren zahlreiche Konflikte und Debatten. Zunächst waren es nur einzelne Personen, die das Wahlrecht für Frauen forderten, etwa Hedwig Dohm, die 1876 schrieb: »Menschenrechte haben kein Geschlecht.«¹¹ Für die Arbeiterbewegung legte 1879 August Bebel mit seinem Buch »Die Frau und der Sozialismus« eine eigene Emanzipationstheorie vor. Ab etwa 1890 setzte dann auch eine stärker organisierte Tätigkeit ein. 1891 nahm die Sozialdemokratie die Forderung nach dem gleichen und geheimen Wahlrecht für beide Geschlechter in ihr neues Programm auf, beschlossen auf dem ersten Parteitag nach dem Ende des Sozialistengesetzes in Erfurt.

8 Ute Planert (Hg.), Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität, Göttingen 1998.

9 Ein »Klassiker« für diese Thematik aus historischer Sicht: Ute Gerhard (Hg.), Differenz und Gleichheit. Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht, unveränd. Neuaufl. Königstein/Taunus 1997.

10 Hedwig Richter / Kerstin Wolff (Hg.), Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa, Hamburg 2018.

11 Hedwig Dohm, Der Frauen Natur und Recht. Zur Frauenfrage zwei Abhandlungen über Eigenschaften und Stimmrecht der Frauen, Berlin 1876, auszugsweise abgedruckt in: Gerhard / Pommerenke / Wischermann (Hg.), Klassikerinnen, S. 123–136, Zitat S. 136.



Lida Gustava Heymann (undatiert). Quelle: Bundesarchiv.

12 Zur Geschichte der Stimmrechtsbewegung in Hamburg: Kirsten Heinsohn, *Politik und Geschlecht. Zur politischen Kultur bürgerlicher Frauenvereine in Hamburg*, Hamburg 1997, S. 289 – 315.

13 Heinsohn, *Politik*, S. 291, Zitat aus den Satzungen des Vereins.

14 Schaser, *Frauenbewegung*, S. 51.

Frauenbewegung und Wahlrechtsforderungen

Der erste Frauenverein für das Frauenwahlrecht, der reichsweit agieren wollte, gründete sich 1902 in Hamburg.¹² Der Anlass für diese Vereinsgründung kam jedoch von außen: Die internationale Frauenstimmrechtsbewegung hatte für Februar 1902 eine erste Konferenz in Washington angekündigt. Da es bis dahin

noch keinen Verein für Frauenstimmrecht im Deutschen Reich gab, konnte die Frauenbewegung auch keine Delegierten nach Washington entsenden. Eine bekannte Frauenrechtlerin, die damals in Hamburg lebte, Anita Augspurg (1857–1943), Lebenspartnerin der in Hamburg sehr bekannten und aktiven Lida Gustava Heymann (1868–1943), entwickelte die Idee, die Versammlungsrechte der einzelnen Länder im Deutschen Reich daraufhin zu prüfen, ob die Gründung einer Frauenstimmrechtsorganisation rechtlich zulässig sei.

Das hamburgische Vereinsrecht schloss anders als das preußische die Einrichtung eines politischen Frauenvereins nicht ausdrücklich aus. Augspurg und Heymann gründeten daher zu Beginn des Jahres 1902 den »Deutschen Verein für Frauenstimmrecht« mit Sitz in Hamburg. Dieser Verein nahm Mitglieder aus allen Teilen des Deutschen Reiches auf. Zweck des Vereins war es, »den Frauen die Ausübung ihrer politischen Rechte zu sichern«. ¹³ Auch der Dachverband der nichtsozialistischen Frauenvereine, der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF), verabschiedete im gleichen Jahr eine erste Resolution zum Stimmrecht für Frauen. ¹⁴

Der Hamburger Verein organisierte vor allem öffentliche Veranstaltungen, in denen für das Wahlrecht der Frauen geworben wurde. Die regionale und überregionale Presse berichtete regelmäßig, was dem Verein schnell zu reichsweiter Bekanntheit verhalf. Schon zwei Jahre nach der Gründung gestaltete sich der Ver-



Demokratische Rechte für Frauen. Umschlag einer Schrift von Lida Gustava Heymann aus dem Jahr 1907. Quelle: AddF – Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel.

ein zu einem »Deutschen Verband für Frauenstimmrecht« um, damit in einzelnen Städten oder Gemeinden Ortsgruppen gegründet werden konnten. In Hamburg wurde daraufhin der »Hamburger Verein für Frauenstimmrecht« etabliert, der sich ab 1907 »Hamburg-Altonaer Verein für Frauenstimmrecht« nannte.

In den folgenden Jahren setzte eine Differenzierung innerhalb der Bewegung ein, die sich auch in unterschiedlichen Vereinen zeigte. Der Konflikt zwischen den Vereinen entzündete sich an der Frage, welches Wahlrecht gefordert werden sollte: das demokratische, allgemeine und gleiche Wahlrecht, wie es bereits auf Reichsebene galt und wie es die SPD für alle Wahlen forderte, oder nur dasjenige, das auch für die Männer in den jeweiligen Bundesstaaten galt?

Diese letztere Haltung implizierte, dass die vorhandenen Wahlbeschränkungen, wie beispielsweise in Hamburg und Preußen das Zensuswahlrecht, auch auf Frauen übertragen werden sollte. Dies war etwa die Position vieler Liberaler. Zwischen 1908, als ein neues reichsweites Vereinsgesetz die politische Betätigung von Frauen auch in Preußen erlaubte, und 1911 wurden weitere Frauenstimmrechtsvereine gegründet, die nicht das demokratische Wahlrecht für beide Geschlechter, sondern die Ausdehnung der jeweils gültigen Bestimmungen auf die Frauen forderten. Diese neuen Vereine schlossen sich 1912 zur »Deutschen Vereinigung für Frauenstimmrecht« zusammen.¹⁵ Neben der sozialdemokratischen Frauenbewegung gab es im bürgerlichen Lager vor dem Krieg also mehrere Frauenstimmrechtsverbände. Insgesamt zählte die bürgerliche Frauenstimmrechtsbewegung vor dem Krieg rund 14 000 Mitglieder (zum Vergleich: der BDF hatte 1908 ca. 200 000 Mitglieder), und in der sozialdemokratischen Partei waren damals etwa eine Million Frauen und Männer organisiert.¹⁶

15 Einen Überblick zur Frauenstimmrechtsbewegung im Deutschen Reich bietet Ute Rosenbusch, *Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland*, Baden-Baden 1998, S. 334–344.

16 Zahlenangaben zur Frauenstimmrechtsbewegung im ersten Standardwerk zur bürgerlichen Frauenbewegung vgl. Richard Evans, *The Feminist Movement in Germany 1894–1933*, London / Beverly Hills 1976, S. 107; Angaben zum BDF bei Schaser, *Frauenbewegung*, S. 42; Angaben zur Sozialdemokratie nach Faulenbach, *Geschichte*, S. 22.



Demonstration für das Frauenwahlrecht am 19. März 1911, dem ersten Internationalen Frauentag, in Berlin. Quelle: Bundesarchiv.

Revolution und erste demokratische Wahl 1918/19

Die Tätigkeiten all dieser Vereine und der Sozialdemokratie sind ein wichtiger Bestandteil der Vorgeschichte des politischen Umbruchs im November 1918 im Deutschen Reich, bei dem aus einer Monarchie eine demokratische Republik wurde. Dass dieser Umbruch, die Revolution von 1918/19, erfolgreich war, hatte viel mit den skizzierten Entwicklungen zu tun: Sie bereiteten den Umschlagpunkt, die eigentliche Revolution vor. Sicherlich, es kamen weitere Aspekte hinzu: die Kriegsniederlage, die katastrophale Ernährungslage im Deutschen Reich schon seit 1917, die unnachgiebige Politik der militärischen Führungskräfte gegenüber den Reformbemühungen der politischen Mehrheit im Reichstag und vieles mehr. Die Ideen der Revolution erwachsen aber nicht aus den aktuellen Tagesereignissen, sondern aus den schon früher (und lange) erhobenen Forderungen der Sozialdemokratie, der liberalen Reformer und großer Teile der Frauen-

17 Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk (12.11.1918), in: Reichs-Gesetzblatt 1918, S. 1303 f., zitiert nach documentArchiv.de [Hg.], URL: http://www.documentArchiv.de/wr/1918/rat-der-volksbeauftragten_ar.html, [20.2.2020].

18 Marie Juchacz: Erste Rede einer Frau in der Nationalversammlung am 19. Februar 1919, in: Gerhard/Pommerenke/Wischermann (Hg.), *Klassikerinnen*, S. 402 – 413.

19 Rede der Alterspräsidentin Helene Lange 24. 3.1919, abgedruckt in: Ursula Büttner, *Politischer Neubeginn in schwieriger Zeit. Wahl und Arbeit der ersten demokratischen Bürgerschaft 1919 – 1921*, Hamburg 1994, S. 78 – 79.

bewegung nach einer demokratischen Reform der staatlichen Verfassung und der sozialen Verhältnisse. Konkret wurde gefordert, alle ungleichen Wahlrechte in den deutschen Bundesstaaten abzuschaffen, die Einschränkungen der Presse-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit aufzuheben und auch Teile des Arbeitsrechtes neu zu regeln. Viele dieser Grundforderungen nahm die Übergangsregierung nach der Abdankung des Monarchen, der Rat der Volksbeauftragten, bereits in seinem allerersten Aufruf »An das deutsche Volk« vom 12. November 1918 auf. Gegen Ende dieses Dokumentes wurde auch festgelegt, dass alle Wahlen »fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht [...] für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen«¹⁷ seien. Das klingt wenig spektakulär, doch bedeutete dieser Satz nichts anderes als die volle Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichheit von Männern und Frauen, denn beide Geschlechter hatten nun das Recht, über die Zusammensetzung der Parlamente in Orten, Kreisen, Ländern und auf nationaler Ebene mitzuentcheiden, und die Stimmen von Männern und Frauen zählten gleich. Es gab keine Einschränkungen mehr, dass nur Besitzende wählen durften oder dass die Stimme einer Arbeiterin weniger zählte als die eines Richters. Für die Frauenbewegung war mit dem neuen Wahlrecht ein wichtiges Ziel ihres langen Engagements erreicht, umso mehr, als Frauen nach seinen Bestimmungen nicht nur wählen durften, sondern sich fortan auch wählen lassen, mithin also ihre Anliegen selbst in Parlamenten und Ausschüssen vertreten konnten. Entsprechend hoch waren daher auch die Erwartungen. In der Rede der SPD-Abgeordneten Marie Juchacz vor der Weimarer Nationalversammlung am 19. Februar 1919 kamen die großen Hoffnungen sowie das Gefühl, endlich ein wichtiges Ziel erreicht zu haben, klar zum



Wahlplakat der SPD – Wahl zur Nationalversammlung. Quelle: Bundesarchiv.



Wahlplakat der DNVP – Wahl zum preußischen Landtag. Quelle: Bundesarchiv.

Ausdruck.¹⁸ Juchacz betonte, dass es »die Revolution«, vor allem die »sozialdemokratische Regierung« gewesen sei, die den Frauen das Wahlrecht gebracht habe. Diese schuldeten der Regierung dafür aber keinen Dank, denn das nun gewährte Recht stehe Frauen in einer demokratisch verfassten Gesellschaft schlicht zu, stellte Juchacz fest. Man könne daher »erst jetzt von einem neuen Deutschland sprechen« und »von einer Souveränität des ganzen Volkes«. Hier klang noch mal der Gedanke von Olympe de Gouges an, dass nur beide Geschlechter zusammen eine Nation bildeten. Juchacz' Rede war von Aufbruchsgest und Zuversicht geprägt sowie von einer tiefen Überzeugung, dass nun endlich eine neue, eine demokratische Gesellschaft entstehen könne: »Zu all diesen Dingen, die wir uns vorstellen, hat die Umgestaltung unserer Staatsform zur Demokratie uns die Wege geöffnet.« Ähnliche Hoffnungen äußerten auch andere Politikerinnen, wie z. B. Helene Lange (DDP) im März 1919 in ihrer Rede als Alterspräsidentin zur Eröffnung der ersten nach demokratischem Wahlrecht zusammengesetzten Hamburger Bürgerschaft.¹⁹ Konservative Politikerinnen dagegen beton-

ten ausdrücklich die Pflicht aller Frauen, zur Wahl zu gehen, und hatten damit eine Lösung für das Problem gefunden, dass eine Ablehnung des Wahlrechts für Frauen und zumal des demokratischen Wahlrechts bis 1918 noch zu den Grundüberzeugungen ihrer Politik gehört hatte.²⁰ In den ersten Wochen nach der Novemberrevolution beschäftigten sich manche Frauen, herausgefordert durch den Appell, zur Wahl zu gehen, offenbar überhaupt erstmalig mit Politik. Eine junge Hamburgerin schrieb beispielsweise im November 1918: »Die Umwälzung ist auch auf mich, mein Fühlen und Denken übergegangen. Nachdem ich lange brav in konservativer Gesinnung dahin lebte, ohne jegliche oder doch höchstens schwache politische Anteilnahme, so ist das jetzt anders geworden. Aus diesem wesentlichen Weltbürgertum wird jetzt jede Frau erwachen.«²¹

So ganz von allein erwachten die meisten Frauen aber wohl nicht. Vielmehr sahen sich die neuen Wählerinnen, die am 19. Januar 1919 erstmals ihre Stimmen bei der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung abgeben sollten, zahlreichen Aufklärungsaktionen ausgesetzt. Denn alle damals politisch Aktiven gingen davon aus, dass man den Frauen erst einmal beibringen müsse, wie man bzw. frau wählt. Diese Aufklärung betraf einerseits den Vorgang des Wählens selbst, von der Empfangnahme des Wahlscheins über den Besuch der Wahlkabine bis zur Abgabe der Stimme an der Wahlurne. Andererseits wollten aber auch die sich zur Wahl stellenden politischen Parteien ihre Programme bekannt machen.

In Hamburg gründete der »Stadtbund Hamburgischer Frauenvereine« schon zwei Tage nach dem Aufruf der Volksbeauftragten einen überparteilichen »Wahlwerbeausschuss«, der Versammlungen für Frauen organisierte, in denen die Parteien ihre Programme vorstellten.²² Bereits Ende November 1918 fand eine

20 Kirsten Heinsohn, *Konservative Parteien in Deutschland 1912 bis 1933*, Stuttgart 2010, S. 61–64.

21 Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) 11/B 46: Brief Anni Borisch an Ernst Lorenz, 24.11.1918.

22 Karen Hagemann / Jan Kolossa, *Gleiche Rechte – Gleiche Pflichten? Ein Bilder-Lese-Buch zu Frauenalltag und Frauenbewegung in Hamburg*, Hamburg 1990, S. 60–62.

23 Ebd.; Helen Boak, *Women in the Weimar Republic*, Manchester / New York 2013, S. 78.

erste Veranstaltung statt, die von fast 7000 Frauen besucht wurde. Diese Aktivitäten, die in ähnlicher Form überall im Deutschen Reich von Frauenvereinen oder Parteifrauen organisiert wurden, waren überaus erfolgreich. Die Wahlbeteiligung von Frauen war beeindruckend und sicherlich auch auf die vorherige Werbearbeit zurückzuführen: 82,3 % der wahlberechtigten Frauen gaben am 19. Januar 1919 ihre Stimme zur Wahl der Nationalversammlung ab, in Hamburg waren es fast 91 %.²³

Folgen des Frauenwahlrechtes – endlich gleichberechtigt?

Waren Frauen in Deutschland also seit 1918 endlich gleichberechtigt und entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung an der Macht beteiligt? Hat das Wahlrecht für Frauen die von vielen erhoffte neue demokratische Gesellschaft gebracht? Angesichts der frauenlosen Parlamente vor 1919 sind sicherlich Fortschritte zu verzeichnen, aber gemessen am Maßstab einer gleichberechtigten Beteiligung beider Geschlechter fällt die Bilanz doch recht nüchtern aus. Warum also bewirkte die Einführung des Wahlrechtes für Frauen keine weitreichende Änderung der Zusammensetzung von Parlamenten, der Machtverteilung innerhalb der Parteien sowie der Themenstellungen von Politik?

In diesem Kontext ist zum einen auf das Wahlrecht selbst hinzuweisen. Dieses war im Vergleich mit dem Wahlrecht zum Reichstag vor 1918 dreifach verändert worden: Das Wahlalter war von 25 auf 21 Jahre gesenkt worden, alle volljährigen Frauen durften wählen und es gab nun ein Verhältnis- statt eines Mehrheitswahlrechtes. Aber trotz dieser Neuerungen, die u. a. einen erheblichen Anstieg der Wahlberechtigten bewirkten, blieben die Verhältnisse der Parteilager zueinander im Reichstag zunächst erstaunlich stabil. Wie schon vor dem Krieg stellten die Sozialdemokraten die stärkste Fraktion, die Linksliberalen konnten ihre Stimmenzahl deutlich erhöhen, die Rechtsliberalen verloren einige Prozentpunkte, der Anteil des katholischen Zentrums änderte sich nur unwesentlich. Die Konservativen verloren dagegen nicht so stark wie befürchtet; im Gegenteil konnten sie sich entgegen eigener Befürchtungen (und Hoffnungen der Linken) stabilisieren und ihren Stimmenanteil bis 1928 sogar noch weiter ausbauen. Lässt sich diese Kontinuität damit erklären, dass Frauen überwiegend konservativ wählen?

24 Boak, *Women*, S. 76 – 82.

25 Walter Graef, *Der Werdegang der Deutschnationalen Volkspartei 1918 – 1928*, in: Max Weiß (Hg.), *Der nationale Wille*, Berlin 1928, S. 20.

26 Julia Sneeringer, *Winning Women's Votes. Propaganda and Politics in Weimar Germany*, Chapel Hill 2002.

27 Zusammenfassend dazu Boak, *Women*, S. 82 – 88.

28 Barbara von Hindenburg, *Die Abgeordneten des Preußischen Landtags 1919 – 1933. Biographie – Herkunft – Geschlecht*, Frankfurt am Main u. a. 2017. Für Hamburg: Kirsten Heinsohn / Rita Bake, »Man meint aber unter Menschenrechten nichts anderes als Männerrechte«. Zur Geschichte der Hamburger Frauenbewegung und Frauenpolitik vom 19. Jahrhundert bis zur neuen Frauenbewegung Ende der 1960er Jahre, Hamburg 2012, S. 102 – 124.

Tatsächlich zeigte sich in einigen wenigen Wahlkreisen in den 1920er Jahren, in denen die abgegebenen Stimmen getrennt nach Geschlechtern ausgezählt wurden, ein spezifisches Wahlverhalten von Frauen. Die Stimmen der Frauen waren diesen wenigen, nicht repräsentativen Ergebnissen zufolge zwar ähnlich wie die der Männer auf die Parteiengruppen verteilt, aber bei der Betrachtung einzelner Parteien wurde sichtbar, dass Frauen weniger als Männer dazu neigten, radikale Parteien wie etwa die Kommunistische Partei oder später die Nationalsozialisten zu wählen. Sie gaben ihre Stimmen tendenziell eher religiös bzw. konservativ orientierten Parteien. Dieses Muster blieb bis zum Ende der Republik erhalten. Erst 1932 gelang es den Nationalsozialisten, ihren Stimmenanteil bei den Frauen zu erhöhen.²⁴ Dieses Wahlverhalten überraschte manche Zeitgenossen, denn es war vor allem im konservativen Lager erwartet worden, dass das Frauenwahlrecht einen Linksrutsch im politischen System auslösen würde. Doch dieser blieb aus. Daher konnten sich auch die konservativen Kräfte mit den neuen Rechten für Frauen mittelfristig arrangieren. Aus ihrer Perspektive war das Frauenstimmrecht sogar einer der zentralen Fehler der demokratischen Kräfte im Übergang zur Republik, weil die SPD nicht so stark wie erwartet profitierte.²⁵

Das neue Wahlrecht für Frauen verschob also die politischen Verhältnisse nicht, aber es bewirkte einen Wandel in anderer Hinsicht. Frauen mussten seit 1918 von den Parteien als Wählergruppe und als potenzielle Mitglieder angesprochen werden. Alle Parteien reagierten darauf mit einer geschlechtsspezifischen Propaganda, in der Frauen die Aufgabe zugesprochen wurde, ihre Stimmen entweder für die Interessen der Nation und des Volkes (Konservative und Liberale) oder für den Frieden und die Gemeinschaft der Werktätigen (Linke) abzugeben.²⁶ Die jeweilige Frauen-

politik der Parteien war stark in die Weltanschauung des jeweiligen Lagers eingebunden und sollte eher den übergeordneten Zielen als den individuellen Interessen von Frauen dienen. Innerhalb der Parteien wurden Frauen zudem überall gesondert organisiert in der Hoffnung, auf diese Weise erfolgreich weibliche Mitglieder gewinnen zu können.²⁷ Die Einführung des Frauenstimmrechts bewirkte bzw. verstärkte daher eine innere Organisation der Parteien nach Geschlecht, die zum Teil bis heute fortwirkt. Diese Entwicklung hatte äußerst ambivalente Folgen: Einerseits erhielten Frauen nach 1918 erstmals in allen politischen Parteien eine anerkannte Vertretung in Form von Frauenausschüssen oder eigenen Frauenversammlungen im Rahmen von Parteitag. Sie konnten dort ihre Anliegen diskutieren und Programme für die Partei entwickeln. Andererseits wurde durch diese Struktur die permanente Sonderrolle von Frauen in Parteien, die eigentlich der staatsbürgerlichen Gleichstellung von Frauen und Männern widersprach, tief verankert. Keine Partei sah die Notwendigkeit, einen »Männerausschuss« einzurichten – schon dieser abstrus wirkende Gedanke zeigt die geschlechtliche Codierung des politischen Raumes deutlich an: Männer repräsentieren im politischen Raum das Allgemeine, Frauen stets das Besondere.

Diese einseitige und explizit nur auf Frauen bezogene Organisationsstruktur der Parteien wurde schließlich noch durch eine inhaltliche Arbeitsteilung unterstützt. Nach der Einführung des Frauenwahlrechts entwickelte sich ein Muster für die politische Arbeitsteilung der Geschlechter, das unmittelbar an den Gedanken der natürlichen Unterschiede zwischen Frauen und Männern anknüpfte: Das Soziale, die Sittlichkeit, die Mädchen- und Frauenbildung wurden schon damals zu zentralen Inhalten jeder frauenpolitischen Parteiarbeit, unabhängig von der politischen Richtung. Diese Entwicklung war (und ist) allerdings keineswegs natürlich, sondern eine Folge der (notwendigen) Personalpolitik. Bis zum November 1918 hatte sich die Frage nach weiblichen Kandidaten und ihren Qualifikationen für die Parteien niemals gestellt – nun suchten sie dringend geeignete Frauen für ihre Wahllisten. Viele engagierte Frauen aus der Frauenbewegung wurden in diesen Tagen und Wochen zu Kandidatinnen für Parteien, wie sich sowohl für die Reichsebene wie für die lokale Ebene gut belegen lässt.²⁸ Für die Frauen, die dann zu den ersten weiblichen Abgeordneten in Stadt und Land werden sollten, waren die Parlamente wiederum eine überaus

wichtige Erweiterung ihrer Handlungsmöglichkeiten. Sie erhofften sich, dass viele ihrer Anliegen, für die sie teilweise schon jahrelang in den Frauenvereinen aktiv waren, nun durch ihre Mitarbeit in Parteien und Parlament endlich Gehör finden würden.²⁹ Alle Frauenpolitikerinnen versuchten, ihre Themen in parlamentarische Beratungen einzubringen, doch stellten sie schnell fest, dass sie dabei weitgehend auf sich allein gestellt blieben oder allenfalls auf die anderen weiblichen Abgeordneten hoffen durften. Die Gruppe der weiblichen Abgeordneten machte aber immer nur eine kleine Minderheit aus, und zwar noch bis weit in die Bundesrepublik hinein. Ihr Anteil lag zwischen 1920 und 1983 stets unter 10 %, d. h. 90 % aller Abgeordneten waren Männer, die sich nur wenig für die Anliegen der Frauen interessierten und einsetzten.³⁰

Alle diese Faktoren zusammen, die Kontinuität des Kräfteverhältnisses zwischen den politischen Lagern nach dem Krieg, die betonte Sonderrolle von Frauen sowie eine geschlechtsspezifische Trennung von Politikfeldern nebst einer entsprechenden Arbeitsteilung innerhalb der Parteien, bewirkte eine Verstärkung des männlichen Charakters von Politik.³¹ Oder anders formuliert: Das Frauenwahlrecht stellte die männliche Codierung des politischen Raumes gerade nicht in Frage, sondern bestätigte diese erneut, nun aber nicht mehr über die Exklusion von Frauen aus dem politischen Raum, sondern über eine geschlechtsspezifische Integration. Insbesondere die Zuschreibung geschlechtsstereotyper Merkmale an bestimmte Politikbereiche befestigte weiterhin die Hierarchie zwischen wichtigen männlichen Bereichen und weniger wichtigen weiblichen Themen. Diese Befunde gelten ohne Ausnahme für alle Parteien und Gruppierungen des politischen Spektrums von links bis rechts. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, als eine aktive und

29 Heide-Marie Lauterer, *Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19 – 1949*, Königstein/Taunus 2002, S. 120 – 150. Regine Deutsch, *Die politische Tat der Frau*. Aus der Nationalversammlung, Gotha 1920; dies., *Parlamentarische Frauenarbeit*, zweite durch einen Nachtrag erweiterte Auflage, Gotha/Stuttgart 1924; dies., *Parlamentarische Frauenarbeit II*. Aus den Reichstagen von 1924 – 1928, Berlin 1928.

30 Lauterer, *Parlamentarierinnen*, S. 152 – 157; Boak, *Women*, S. 88 – 100; Beate Hoecker, *Frauen in der Politik: späte Erfolge, aber nicht am Ziel*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 24 – 25/2008, S. 10 – 18.

31 Ute Frevert, »Unser Staat ist männlichen Geschlechts«. Zur politischen Topographie der Geschlechter vom 18. bis frühen 20. Jahrhundert, in: dies.: »Mann und Weib, und Weib und Mann«. *Geschlechter-Differenzen in der Moderne*, München 1995, S. 61 – 132.

plurale Frauenbewegung das Wahlrecht für Frauen forderte, und in der Weimarer Republik, in deren Parlamenten zahlreiche Vertreterinnen aus diesen Bewegungen saßen, entstand auf diese Weise eine Geschlechterordnung der Parteipolitik, die überaus weitreichende Folgen hatte und bis heute hat. Auch diese Entwicklung gehört zu einer Geschichte des Wahlrechtes für Frauen in Europa.

Und heute?

Der Prozess der Demokratisierung, zu dem die Einführung des Frauenwahlrechtes gehört, ist also noch lange nicht zu Ende. Sicher, das Wahlrecht für Frauen wird nicht mehr in Frage gestellt. Die Hoffnungen der Zeitgenossinnen von 1918, mit dem Wahlrecht sei die demokratische Gesellschaft nur noch wenige Schritte entfernt, hat sich aber unter dem Aspekt der Geschlechtergleichheit in der Politik bisher nicht erfüllt. Eine Ursache dafür ist die Ordnung des politischen Raumes nach Geschlecht – eine Struktur, die sowohl als Machtressource wirken kann, wenn offensiv Geschlechterquoten gefordert werden, die aber auch eine Machtbeschränkung enthält, nämlich die anhaltende Sonderstellung von Frauen. Das demokratische Wahlrecht hat diese Struktur bei der Einführung im Deutschen Reich 1918 nicht aufgehoben, sondern sie eher noch verstärkt, und dies bis weit in die Geschichte der Bundesrepublik hinein. Sie besteht – wenn auch teils in weniger rigider Form – bis heute fort. Deshalb bleibt der Auftrag für demokratische Gesellschaften, den Olympe de Gouges schon 1791 als drängende Frage formulierte, immer noch aktuell: Wie erreichen wir Gleichheit für Männer und Frauen?

- PD Dr. Kirsten Heinsohn ist stellvertretende Direktorin der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

ORAL HISTORY IM WISSENSCHAFTS- TRANSFER

Ein Workshop in Indien

In der Woche vom 24. Februar bis 2. März 2019 fand in Delhi die ICAS:MP-week statt, in der Workshops und Gespräche zwischen indischen, europäischen und US-amerikanischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf dem Programm standen. Dazu eingeladen hatte das deutsch-indische M. S. Merian-R. Tagore International Centre of Advanced Studies (ICAS:MP), das die Metamorphosen des Politischen erforscht und sich in vergleichender Perspektive mit der Geschichte des Politischen im langen 20. Jahrhundert beschäftigt. Dorothee Wierling, die ehemalige stellvertretende Leiterin der Forschungsstelle für Zeitgeschichte, war von Januar bis März 2019 dort Fellow im Schwerpunkt »Labour as a Political Category«. Zu ihren Aktivitäten gehörte u. a. die Konzeption eines Workshops zur Oral History, zu dem sie in der indischen Oral History-Community Aktive sowie Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen verschiedener Disziplinen einlud. Da sie bei ihren Vorgesprächen erfahren hatte, dass es in Indien großes Interesse gibt, über die Archivierungspraxis von Interviews zu sprechen, bat sie mich um Unterstützung.¹ Am 28. Februar fand der Workshop unter dem Titel »Oral History. A German-Indian exchange on concepts and contexts, practices and problems« im Institute of Economic

- 1 Ich danke Dr. Karin Klenke, der Koordinatorin des Centre for Modern Indian Studies (CeMIS) an der Georg-August-Universität Göttingen sowie Dr. Laila Abu-Er-Rub, Himanshu Chawla und Prateek Batra vom ICAS:MP sehr herzlich für die Unterstützung in finanzieller und organisatorischer Hinsicht sowie Dorothee Wierling ganz besonders für die Einladung.
- 2 Nicht alle der Beiträge können hier im Detail referiert werden, es sollen aber alle Beteiligten und ihre Themen genannt werden.

Growth auf dem Campus der Delhi University statt. Ziel der Zusammenkunft von etwa 30 Personen war, sich über Konzepte und methodische Fragen auszutauschen. Ein weiterer Anspruch bestand darin, langjährige Differenzen im Hinblick auf die akademische und die außerakademische Nutzung von mündlichen Quellen zu überwinden und dazu Ähnlichkeiten und Unterschiede in den Herangehensweisen zu diskutieren. Auch wenn es mich nach nur kurzer Zeit im Land gelegentlich sehr forderte, die verschiedenen indischen Akzente des Englischen gänzlich zu verstehen, konnte ich von diesem Workshop stark profitieren. Im Folgenden werde ich die Beiträge skizzieren und dabei einige Diskussionspunkte hervorheben, die mir für eine weitere Debatte lohnend erscheinen.² Ein Schwerpunkt wird dabei auf dem Umgang mit forschungsethischen Herausforderungen liegen.

Die Veranstaltung bestand aus vier Sektionen, die in »fields of research« und »concepts and contexts« aufgeteilt waren. Die Teilnehmenden, alle kürzer oder länger mit Oral History oder mündlichen Quellen in anderen akademischen Disziplinen beschäftigt, gaben auf der Basis ihrer Forschungsprojekte knappe Inputs, die ausgiebig diskutiert wurden. Die Themen deckten inhaltliche Fragen ebenso ab wie methodische, forschungsethische oder archivalische Aspekte. Jürgen Kocka machte als selbstbezeichneter sympathisierender Außenseiter ohne eigene Oral History-Erfahrungen den kritischen Auftakt und fragte danach, wie Oral History zur Erforschung von gesellschaftlichen Wandlungsprozessen beitragen könne. Dahinter stand der im Verlauf des Workshops jedoch nicht mehr direkt aufgegriffene Gedanke, ob subjektive mündliche Quellen Auskunft über als objektiv verstandene sozialgeschichtliche historische Prozesse geben können. In der ersten Sektion über »Oral History as social his-



Foto: Karin Klenke.

- 3 Chitra Joshi, *Lost Worlds. Indian Labour and its Forgotten Histories*, London 2005.
- 4 Shelley Pandey, *Reinterpreting Gender in Globalizing India. Afghan Sikhs Negotiating Modernity in Delhi City's Built Environment*, in: Alexandra Staub (Hg.), *The Routledge Companion to Modernity, Space and Gender*, London 2018, S. 380 – 390.
- 5 Srirupa Roy leitet seit 2011 die Forschungsgruppe »Staat und Demokratie im modernen Indien« am CeMIS in Göttingen. Bis Juni 2019 war sie Direktorin des ICAS:MP.
- 6 <https://www.longemergency.demx.in/> [5.3.2020].

tory: workers, women and the poor« dachte Ranjan Ghosh darüber nach, inwieweit wir eigentlich Nostalgie als Perspektive in der Analyse von Interviews in Betracht ziehen. Ghosh, Fellow im Modul »Labour as a Political Category« des ICAS:MP, ist langjähriger Gewerkschaftsaktivist und beschäftigt sich in seinem Forschungsprojekt mit dem Niedergang der linken Gewerkschaften und der Marginalisierung linker Politik. Chitra Joshi³ sprach die fehlgeleitete Hoffnung an, über Interviews direkten Zugang zu Erfahrungen zu erhalten. Sie beschrieb Rechercheergebnisse, die eine erneute Lektüre ihrer eigenen, vor über 20 Jahren geführten Interviews zeitigte, bei der ihr Gesprächslücken und Momente des Schweigens in den Interviews auffielen, die sie zuvor völlig übersehen hatte. Die Frage sei also nicht nur, was in den Interviews nicht erwähnt, sondern auch, was in der Analyse nicht zur Kenntnis genommen werde. Damit berührte ihr Beitrag Themenfelder, die unter dem Stichwort Sekundäranalyse in letzter Zeit verstärkt auch hierzulande diskutiert werden.

In der Sektion »Oral History as community history: the city, ethnic/religious/caste groups and mino-

rities« stellte Surajit Sarkar, Mitarbeiter am interdisziplinären Centre for Community Knowledge der Ambedkar Universität Delhi und gegenwärtiger Vorsitzender der Oral History Association of India, sein Vorhaben vor, eine Oral History der Stadt Delhi zu schreiben. Dabei diskutierte er Auffassungen von Repräsentativität und fragte selbstkritisch, wann bzw. ob man eigentlich je genügend Interviews geführt habe. Positiv hob er hervor, dass ein klar formuliertes Ziel eines Forschungsprojekts die Bereitschaft zu einem Interview bei potenziellen Gesprächspartnern und -partnerinnen deutlich erhöhe. Rana Behal, Fellow am Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien an der Universität Erfurt, gab einen Einblick in sein Forschungsprojekt über die sozio-religiöse Geschichte der Stadt Amritsar an der Grenze zu Pakistan nach der Unabhängigkeit von 1947, das auf Oral History und ethnografischer Feldforschung basiert. Sein Ansatz, im Interesse des ungehinderten Gesprächs darauf zu verzichten, Interviews aufzuzeichnen, traf auf quellenkritische Vorbehalte. Shelley Pandey legte bei der Beschreibung ihres jüngsten Oral History-Projekts, in dem sie afghanische Flüchtlinge in ihrem eigenen Wohnviertel interviewte, Wert auf Fragen des Zugangs und des Vertrauens.⁴ Das Verhältnis zu ihren Gesprächspartnern entspannte sich, so ihre Erfahrung, sobald sie ihre eigene Herkunft aus einer Flüchtlingsfamilie erwähnte und den Interviewten die Möglichkeit bot, an eine persönliche Erfahrung anzuknüpfen. Damit waren – nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal auf dem Workshop – ethische Fragen aufgeworfen, die sich aus der Begegnung mit Menschen ergeben und in der Oral History eine entscheidende Rolle spielen, weil sie die Entstehung und die Ausformung der mündlichen Quellen unmittelbar prägen. Im Panel »Formative Experiences: catastrophies and crises« stellte Farah Yameen das von Srirupa Roy⁵ konzipierte Online-Projekt »The Long Emergency. Media and Democracy in India« vor.⁶ Dabei handelt es sich um ein wachsendes digitales Archiv, das derzeit Interviews mit indischen Journalistinnen und Journalisten sowie Dokumente über den Ausnahmezustand in Indien von 1975 bis 1977 bereithält. Die Interviews sind online abrufbar und werden durch zeitgenössisches Pressematerial ergänzt. Eine Erweiterung durch thematisch ergänzende Sammlungen ist geplant.

Den zweiten Teil des Workshops eröffnete Dorothee Wierling mit einem kurzen Beitrag über Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen der indi-

schen und der deutschen Oral History. Nach ihrem Eindruck werde im deutschen Kontext mehr Wert darauf gelegt, sich im Interview ein Bild der gesamten Lebensgeschichte zu machen, wohingegen in indischen Projekten häufiger themenzentrierte Gespräche geführt würden. Eine Erklärung dafür könnte sein, so Wierling, dass im indischen Kontext bestimmte Elemente des Selbst nicht oder zumindest weniger zur Disposition stünden, gewissermaßen stabiler seien, als wir dächten, und daher in narrativen Interviews weniger Raum einnehmen. Dazu wies sie unter Bezugnahme auf Kwame Anthony Appiah auf die sozial verfassten Skripts hin, die der Autor im Zusammenhang der US-amerikanischen Identitätsdebatten kritisch diskutiert.⁷ Demnach würden kollektive Identitäten Skripts, also »Drehbücher« anbieten, denen Personen folgten bzw. zu folgen versuchten, wenn sie ihre Lebensgeschichte erzählen. Für Oral Historians seien hingegen insbesondere die Brüche interessant, die in Erzählungen aufträten, da die meisten Menschen eben nicht nur einem Drehbuch folgten, weil sie in der Regel auch nicht nur einem Kollektiv angehören. Lediglich einem Skript folgten sie eher in der Öffentlichkeit eines »Zeitzeugengesprächs«, bei dem im Interesse der Aufnahme bei den Zuhörenden meist nur eine Agenda verfolgt wird, weniger aber, wenn sie im vermeintlich privaten Zwiegespräch eines Interviews von ihrem Leben erzählen. Eine Diskussion über *social scripts* könne, so Wierling, im Rahmen der stark segregierten indischen Gesellschaft besonders fruchtbar sein. Sie zu analysieren ver helfe der Oral History zu differenzierten Ergebnissen, die weit davon entfernt seien, lediglich Aussagen zu reproduzieren. Dabei stellen sich zwei Fragen: zum einen die, ob nicht Interviews generell aufgrund ihrer besonderen Kommunikationssituation und des ihnen oft innewohnenden Zwangs, Geschichten zu

7 Kwame Anthony Appiah, *Identity, Authenticity, Survival. Multicultural Societies and Social Reproduction*, in: Charles Taylor/Amy Gutman (Hg.), *Multiculturalism. Examining the Politics of Recognition*, Princeton 1994, S. 149–163, hier vor allem S. 160–163.

8 Siehe dazu Michael Frisch, *A Shared Authority. Essays on the Craft and Meaning of Oral and Public History*, New York 1990, und den Schwerpunkt »Sharing Authority« in *The Oral History Review*, 30 (2003), H. 1, sowie die Wiederaufnahme der Debatte in *The Oral History Review*, 44 (2017), H. 2.

9 Linda Shopes, *Sharing Authority*, in: *The Oral History Review*, 30 (2003), H. 1, S. 103–110.

Ende zu erzählen, über ein dominantes Skript hinausweisen und die Enge der Drehbücher generell überschreiten. Zum anderen wäre anhand der ein-dimensionalen Skripts, die in der Öffentlichkeit erzählt werden, zu prüfen, ob diese nicht auch Rückschlüsse auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse ermöglichen. Denn sie enthalten häufig eine politische Botschaft, die es zu entschlüsseln und in ihren Kontext einzuordnen gilt.

Das Panel »The Uses of Oral History: inside and outside of academia« griff Diskussionen über forschungsethische Erwartungen auf, die den Workshop durchgehend begleiteten. Sie stießen auf großes Interesse, zumal darin grundsätzliche Forschungsvoraussetzungen, aber auch Rahmenbedingungen der Analyse von Interviews und nicht zuletzt Machtfragen im Verhältnis der beiden am Interview Beteiligten thematisiert wurden. In meinem Input griff ich die Debatte über die Autorenschaft von Interviews auf und fragte, wer eigentlich der Autor / die Autorin eines Interviews sei und welche Konsequenzen sich aus den möglichen Antworten ergeben, entstehen doch Interviews aufgrund der Interessen von zwei am Gespräch beteiligten Personen. Es wäre jedoch naiv anzunehmen, dass dies stets gemeinsame Interessen sind. Der Historiker Michael Frisch gab 1990 den Anstoß zu der sich um diese Fragen rankenden Debatte, die im englischsprachigen Kontext seither unter den inhaltlich sehr unterschiedlich gefüllten Begriffen »shared« oder »sharing authority« geführt wird.⁸ Während Frisch auf ein zentrales Merkmal der Oral History einging, nämlich die Tatsache, dass an einem Interview zwei Personen beteiligt sind, und damit den Begriff vor allem auf die komplexe kommunikative Situation des Interviews bezog, verstehen andere darunter die gemeinsame und gleichberechtigte Geschichtsproduktion auf der Basis von mündlichen Quellen. Nach diesem Konzept des »sharing authority« arbeiten Interviewer bzw. Interviewerin und Interviewte bei der Gestaltung des Projekts und bei der Analyse der Quellen auf gleicher Ebene konzeptionell zusammen und produzieren ein gemeinsames Ergebnis.⁹ Die Probleme dieses Ansatzes liegen auf der Hand: Die Beteiligten benötigen sehr viel Zeit für den Aufbau von Vertrauen und den Prozess der gemeinsamen Entscheidungsfindung. Damit überschreiten kollaborative Projekte dieser Art schnell die finanziellen und zeitlichen Grenzen von Forschungen im traditionellen Wissenschaftsbetrieb. Darüber hinaus wird für ein derartiges Forschungsprojekt neben den intellektuellen

Anforderungen ein hohes Maß an sozialer Kompetenz benötigt. So anspruchsvoll diese Herangehensweise sein mag, grundsätzliche Fragen der wissenschaftlichen Objektivität lassen sich dabei besonders gut diskutieren. Gibt der oder die Oral Historian seine bzw. ihre kritische Autorität im kollaborativen Prozess auf? Produziert er oder sie letztlich schlechte Wissenschaft? Welches Verständnis von Geschichtsschreibung steht dahinter? Handelt es sich bei dem Konzept des »sharing authority« nicht doch eher um einen weiteren idealistischen Anspruch innerhalb der an Ansprüchen nicht armen Oral History als um ein angemessenes und wünschenswertes Vorhaben? In der deutschsprachigen Oral History gibt es lediglich zwei längere Artikel, die sich diesem Thema an der Schnittstelle von methodischen und grundsätzlichen Fragen widmen. Almut Leh hat bereits vor 19 Jahren über forschungsethische Probleme reflektiert, die entstehen, wenn Interviews mit noch lebenden Personen für zeithistorische Arbeiten verwendet werden.¹⁰ In ihrem Beitrag differenziert sie sorgfältig zwischen den verschiedenen Rollen, die Interviewte im Forschungsprozess einnehmen, und geht von einer letztlich unausgewogenen Partnerschaft bei der Produktion der mündlichen Quelle aus, denn schließlich haben Interviewende und Interviewte verschiedene Aufgaben: Eine / einer spricht, der / die andere bringt sie / ihn dazu, zu sprechen. Hinzu kommt, dass sich die Phasen der Aktivität und der Passivität beider Beteiligten im Prozess der Oral History abwechseln: aus Sicht des / der Interviewenden vom aktiven Anstoß zu einem Interview zum passiven Zuhören im Interview selbst zum aktiven Auswerten des Interviews. In der Auswertungsphase ist der / die Befragte (nur noch) Objekt, oder sollte es sein. Leh postuliert also, dass die Machtverhältnisse innerhalb eines Interviews bzw. im Rahmen eines Forschungsprojekts, das

10 Almut Leh, Forschungsethische Probleme in der Zeitzeugenforschung, in: BIOS, 13 (2000), H. 1, S. 64 – 76.

11 Dorothee Wierling, Zeitgeschichte ohne Zeitzeugen. Drei Geschichten und 12 Thesen, in: BIOS, 21 (2008), H. 1, S. 28 – 35.

sich mündlicher Quellen bedient, nicht ausgeglichen sind und auch gar nicht sein können. Sie hält aber zugleich fest, dass dies in der Regel nicht zu Konflikten führe, da beide Beteiligte – in unterschiedlicher Weise – von der Situation profitierten: Die Interviewenden erhalten eine mündliche Quelle, die Befragten die Chance, ihre Lebensgeschichte zu erzählen. Im Interesse einer forschungsethischen Herangehensweise an ein Interview ist es für Leh unerlässlich, dass die Interviewten von Anfang an wissen, worauf sie sich einlassen, und ihnen das Ziel des Forschungsprojekts bekannt ist, da dieses Wissen die Erzählung der Befragten prägt. Leh favorisiert Transparenz im Forschungsprozess und grenzt sich in Maßen von einem kollaborativen Ansatz ab, den sie in bestimmten Fällen jedoch für sinnvoll hält. Dann nämlich, wenn eine Person mit ihrer Lebensgeschichte in einer Biografie oder in einer Ausstellung präsentiert werden soll.

Dorothee Wierling ist die andere Autorin, die sich 2009 zum Thema der Machtbeziehungen im Interview geäußert hat, ohne sich auf die US-amerikanischen Debatten zu beziehen.¹¹ Dazu wurde sie motiviert von ihren Erfahrungen bei öffentlichen oder halböffentlichen Veranstaltungen, den typischen Zeitzeugengesprächen, in denen sich Frauen und Männer vor einer interessierten (Fach-)Öffentlichkeit auf eine Weise äußerten, die zwar moralisch hoch aufgeladen war und das Publikum stark beeindruckte, historiografisch jedoch nur von geringem Wert, wenn nicht falsch war. In der Regel sah sie sich außerstande einzugreifen, ohne die Zeitzeugen und Zeitzeuginnen oder das Publikum vor den Kopf zu stoßen. Aufgrund dieser Erfahrungen fordert sie eine eindeutige Machtverteilung im Prozess der Oral History und weist dem Historiker/der Historikerin die alleinige Autorität zu. Zugleich plädiert sie ebenso dringlich für einen sorgfältigen Umgang mit den vielschichtigen Quellen, die auf der Basis von Interviews entstehen. Die Positionen der beiden Autorinnen unterscheiden sich also. Die Gründe dafür liegen, so meine Vermutung, im Selbstverständnis beider Wissenschaftlerinnen. Während Almut Leh als Interviewerin und langjährige Leiterin des Archivs »Deutsches Gedächtnis«, eines der größten deutschen Interviewarchive, argumentiert, spricht Dorothee Wierling vornehmlich als Zeithistorikerin. Die Annahme, dass Wierling auch deshalb diese Position vertritt, weil sie die Kritik der konventionellen Geschichtswissenschaft an der Oral History miterlebt hat, deren Verfahren und Ergebnisse »damals« als nicht objektiv abgetan wurden, ist nicht von

der Hand zu weisen. Auch die fundamentale Kritik an den Zeitzeugen der 1970er und 1980er Jahre, denen unterstellt wurde, sich vor allem von ihrer positiven Einstellung zum Nationalsozialismus reinwaschen zu wollen, dürfte Wierling stärker geprägt haben als die jüngere Leh. Generationelle Gründe könnten demnach eine weitere Erklärung für die unterschiedlichen Standpunkte sein. Meine eigene Position im Umgang mit den von mir Befragten steht zwischen denen von Wierling und Leh. Zwar bestehe ich darauf, für die Interpretation der mündlichen Quellen die alleinige Verantwortung zu übernehmen, auch wenn dies zu Konflikten mit den Befragten führen kann. Damit folge ich Wierlings Sichtweise. In Erweiterung zu Alistair Thompsons Behauptung hingegen, wonach Oral Historians eine einzigartige Beziehung zu denjenigen hätten, deren Lebensgeschichten ihr Quellenmaterial darstelle, bin ich nicht der Meinung, dass dies eine dauerhafte persönliche Beziehung nach sich zieht, aus der die Interviewten die Möglichkeit ableiten könnten, auf meine Forschungsergebnisse Einfluss zu nehmen.¹² Obwohl in diesen Aushandlungsprozessen ein Konflikt angelegt ist, bricht er jedoch nur selten aus. In meinem Verständnis von Oral History muss aus dem persönlichen Narrativ eines Individuums eine mündliche Quelle werden. Dazu muss von der Person und seiner subjektiven und privaten Lebensgeschichte abstrahiert werden. Nur so kann aus der persönlichen Erzählung eine geschichtswissenschaftlich valide Quelle werden. In diesem Prozess hilft mir der Anspruch, mündliche Quellen genauso zu behandeln, wie ich es erwarte, dass mit meiner Aussage umgegangen würde. In diesem Punkt stimme ich mit Leh überein.

Den Abschluss dieser Sektion machte Malini Ghose, die an der Universität Delhi über die Alphabetisierung von Erwachsenen promoviert. Sie stellte ihr gegenwärtig

12 Alistair Thompson, Sharing Authority. Oral History and the Collaborative Process, in: *The Oral History Review*, 30 (2003), H. 1, S. 23 – 26, hier S. 23.

13 Ron Grele, Ziellose Bewegungen. Methodologische und theoretische Probleme der Oral History, in: Lutz Niethammer (Hg.), *Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis*, Frankfurt am Main 1985, S. 143 – 161, hier S. 150.

tiges Interviewprojekt mit Protagonistinnen der Frauenbewegung vor, bei dem sie einen Mehrgenerationenansatz verfolgt. Sie hob dabei hervor, dass sie ihren Gesprächspartnerinnen als Aktivistin und Akademikerin gegenübertrat, was sich deutlich auf den Interviewverlauf auswirkte.

Im letzten Teil des Workshops ging es um »oral history archives and access«. In meinen Beitrag skizzierte ich, was zu bedenken ist, um ein niedrighschwelliges, nachhaltiges und benutzerfreundliches Archiv zu entwickeln, das sowohl analog als auch digital arbeitet. Wenn ein Interview in ein Archiv gegeben wird, ändern sich die Verantwortlichkeiten, was zu einigen Konsequenzen und Folgeaufgaben führt. Von der Person, die das Interview geführt hat und einen persönlichen Kontakt zur / zum Interviewten hatte, verlagert sich die Zuständigkeit in eine Institution, die über diese persönlichen Kontakte nicht verfügt. Da nun grundsätzliche ethische und rechtliche Faktoren zu bedenken sind, sind sorgfältig formulierte Einverständniserklärungen besonders wichtig, in denen der Umgang mit dem Interview für die Zukunft geregelt wird. Außer dem Interview selbst, der Aufnahme des Gesprächs, sollten einige andere Elemente erhalten werden, die eine mündliche Quelle ausmachen. Neben dem Transkript wäre dies eine Inhaltsübersicht, mit der sich das Gesagte einfacher erschließen lässt. Wird ein Interview aus einem persönlichen Gesprächszusammenhang heraus in ein Archiv gegeben, um es öffentlich zugänglich zu machen, und damit die persönliche Beziehung überschritten, ist es geboten, den Kontext zu beschreiben, in dem das Interview ursprünglich entstanden ist. Denn die Interviewsituation selbst ist für am Interview nicht beteiligte Personen ohne weitere Informationen am schwierigsten nachzuvollziehen. Schließlich sind Interviews »Produkte einer kooperativen Anstrengung, die durch die historischen Perspektiven beider Interviewteilnehmer geformt und organisiert werden«. ¹³ Neben der Interaktion im Gespräch sind der Forschungskontext, die Forschungsfelder und die Fragestellungen relevant. Um ein Interviewprojekt im Nachhinein angemessen einschätzen zu können, ist ebenfalls wichtig zu wissen, ob es erfolgreich abgeschlossen wurde oder aus welchen Gründen dies eventuell nicht geschehen ist. Eine weitere Folge des Archivierungsprozesses ist, dass die Interviewenden nun als Untersuchungsobjekte relevant werden. Im Gegensatz zu den Interviewten, die von vornherein wussten, worauf sie sich einlassen, nämlich mit ihren Aussagen

- 14 Linde Apel, Auf der Suche nach der Erinnerung. Interviews mit deutschen Juden im lokalhistorischen Kontext, in: Stefanie Fischer / Nathanael Riemer / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Juden und Nicht-Juden nach der Shoah. Begegnungen in Deutschland, (Europäisch-Jüdische Studien), München 2019, S. 195 – 209.
- 15 Vgl. ausführlich dazu Linde Apel, Oral History reloaded. Zur Zweitwertung von mündlichen Quellen, in: Westfälische Forschungen, 65 (2015), S. 243 – 254.
- 16 Über die zu vergebenden Metadaten wird seit längerem, u. a. im Netzwerk Oral History, diskutiert. Siehe dazu den Vorschlag von Nancy MacKay, Oral History Core. An Idea for a Metadata Scheme, in: Oral History in the Digital Age, hrsg. von Doug Boyd u. a., Washington, D.C., Institute of Museum and Library Services, 2012, <http://ohda.matrix.msu.edu/2012/06/oral-history-core/> [5.3.2020].
- 17 Eine Ausbildung zur Archivarin / zum Archivar, die auf Oral History eingeht, wird von der Professorin für Archivwissenschaft Dr. Susanne Freund an der Fachhochschule Potsdam angeboten.

Quellen zur historischen Erforschung zu produzieren, hatten die Interviewer und Interviewerinnen dies meist nicht geplant. Konträr zu ihrer ursprünglichen Position, die Interpretationshoheit über ihre – selbstgeschaffenen – Quellen zu haben, die sie womöglich wegen des Aufwands der Quellenproduktion als ihren persönlichen Besitz betrachtet haben, verwandeln sie sich im Archiv mit ihren Fragestellungen und ihrem Kommunikationsverhalten von dominanten Subjekten in potenziell kritisierbare Untersuchungsobjekte.¹⁴ Alle, die bereits Interviews geführt haben, können sich an Situationen erinnern, in denen sie gegenüber dem/der Interviewten nicht angemessen reagiert haben, die »falschen« Fragen gestellt haben, sich sichtlich/hörbar gelangweilt haben oder andere geläufige Fehler nicht vermeiden konnten. Dies vor unbeteiligten Dritten oder gar vor konkurrierenden Kolleginnen und Kollegen offenzulegen, kann Ängste sowie Wünsche nach einem restriktiven Umgang mit dem Interview auslösen. Daher sollten auch Interviewende von Anbeginn an ihr Einverständnis für eine Archivierung und Zweitnutzung geben.¹⁵

Neben diesen grundsätzlichen Fragen des Umgangs mit teils sehr persönlichen Forschungsdaten müssen auch einige technische Aspekte im Prozess der Archivierung bedacht werden. Unter den vielen Aufgaben eines (Interview-)Archivs ist eine besonders hervorzuheben: Interviews müssen in einem Zustand archiviert werden, der die Einsicht für eine unbestimmte Zeit in der Zukunft ermöglicht. Dazu gehört, sich mit den sich kontinuierlich wandelnden Standards der Digitalisierung zu befassen. Auch die Software sowie die für die Abspiegelung benötigte Hardware müssen stets auf dem aktuellsten Stand sein. Denn die Zugänglichkeit und den Erhalt mündlicher Quellen zu garantieren, gehört zu den zentralen Aufgaben eines Oral History-

Archivs. Aus diesem Grund ist es wichtig, sich über Formen des Archivmanagements Gedanken zu machen. Dazu werden Metadaten definiert, mit denen sich Interviews beschreiben und besser auffinden lassen.¹⁶ Sie lassen sich für fünf Bereiche vergeben: den beschreibenden, die Inhalte betreffenden; den technischen, auf die Datenformate bezogenen; den rechtlichen, mit Zugangserlaubnissen und Anonymisierungserfordernissen zusammenhängenden, den strukturellen Bereich, etwa die Verbindungen zwischen Transkript und Aufnahme-datei betreffend sowie jenen Bereich, der sich auf den Erhaltungszustand des Interviews bezieht. Nicht zuletzt ist es nötig, die Metadaten so zu vergeben und zu organisieren, dass sie mit anderen Systemen kompatibel sind, sollte es zukünftig nötig sein, sie zu migrieren. Verantwortliche für ein Oral History-Archiv müssen daher nicht nur die Sammlung kompetent managen, sondern auch auf dem Feld der Informationstechnologien spezialisiert sein.¹⁷ Außerdem ist ein fundiertes juristisches Wissen hilfreich, um Fragen des Datenschutzes, des Urheberrechts etc. beantworten zu können. Mit diesen Aufgaben sind derzeit viele Interviewarchive konfrontiert. So auch das India Labour Archive, das von Naveen Chander vorgestellt wurde, der an der Universität Delhi promoviert hat und zu den Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in Delhi und dem Wandel ihrer Lebenswelten forscht. Bei diesem Archiv handelt es sich um eine 1998 eingerichtete, teils retrodigitalisierte Sammlung zur Geschichte der Arbeiterbewegung, die neben schriftlichen Unterlagen auch Video- und Audiointerviews enthält, die überwiegend online abrufbar sind.

Die intensiven Diskussionen des Workshops zeigten, dass insbesondere die ethischen Herausforderungen und Ansprüche, die sich im Umgang mit mündlichen Quellen stellen, von den anwesenden indischen Kollegen und Kolleginnen unter ähnlichen Fragestellungen diskutiert werden, wie sie mir aus Debatten im europäischen Kontext bekannt sind. Nach meinem Eindruck leidet man in Indien jedoch weniger unter dem die bundesdeutsche Zeitgeschichte herausfordernden Phänomen des entkontextualisierten Umgangs mit Zeitzeugen, die insbesondere medial lediglich als emotionale Beglaubiger von Katastrophen oder dramatischen Umbruchsituationen eingesetzt werden. Die Debatte verleitete einen indischen Kollegen zur selbstkritischen Formulierung, dass sich in Indien noch leichter »nach unten« interviewen lasse. Dass also die Hierarchie zwischen aktiven Interviewenden und passiven Interviewten eine Machtbeziehung sei,

LINDE APEL

■ ORAL HISTORY IM
WISSENSCHAFTSTRANSFER

die für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler klare Vorteile bringe. Ob diese Aussage die Definition der Oral History als Teil einer Geschichte »von unten«, die den vielzitierten »kleinen Leuten« eine Stimme gibt, in Zweifel zieht, könnte nicht nur vor dem Hintergrund der differenziert strukturierten indischen Gesellschaft, sondern auch innerhalb der deutschen Zeitgeschichte mit Gewinn weiter diskutiert werden. Dieses Thema, wie auch die Frage von Jürgen Kocka, inwieweit Oral History zur Erforschung von Wandlungsprozessen beiträgt, würde ich insbesondere vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Gesellschaften Indiens und Deutschlands gern aufgreifen, sollte es einen Folge-Workshop geben. Nicht zuletzt aus Zeitgründen konnte die Diskussion über Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen akademischer und außerakademischer Nutzung und Anwendung von Oral History nur angerissen werden. Sehr beeindruckt war ich jedoch von dem Vergnügen und dem Engagement, mit dem die indischen Kolleginnen und Kollegen miteinander diskutieren. Wenn das nicht das allerbeste Argument ist, um das transnationale Gespräch zur Oral History fortzusetzen. Dann aber, wenn möglich, mit etwas mehr Zeit.

ANDREA ALTHAUS /
JANINE SCHEMMER

■ NETZWERKTREFFEN
ORAL HISTORY

- Dr. Linde Apel ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Leiterin der Werkstatt der Erinnerung an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

1 Der Tagungsbericht ist zunächst erschienen bei H-Soz-Kult, 24.5.2019, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8286

2 Netzwerk Oral History gegründet, in: H-Soz-Kult, 7.2.2017, www.hsozkult.de/news/id/news-197

NETZWERKTREFFEN ORAL HISTORY¹

Am 14. und 15. Februar 2019 fand das siebte Treffen des Netzwerks Oral History (NOH) statt. Eine Gruppe von Historikern/Historikerinnen und Kulturwissenschaftlern/Kulturwissenschaftlerinnen hatte dieses Netzwerk 2014 aus der Beobachtung heraus gegründet, dass es im deutschsprachigen Raum bis dato keine vergleichbare Initiative gab, um sich mit Kollegen und Kolleginnen kritisch und reflektiert über die Arbeit und den Umgang mit Tonaufnahmen und Interviews auszutauschen.² Seit der ersten Veranstaltung im Gründungsjahr, die die Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf ausrichtete, kommen die Teilnehmenden jährlich in verschiedenen deutschsprachigen Institutionen zusammen, die sich mit mündlichen und/oder audiovisuellen Quellen im geschichtswissenschaftlichen, pädagogischen, musealen oder archivalischen Kontext beschäftigen. Dass der Bedarf an Austausch zum Thema groß ist, zeigt die Entwicklung des als Diskussionsforum konzipierten Netzwerks, das seit seiner Gründung ständig anwuchs und zu dessen Treffen sich nun etwa 60 Personen im Technischen Museum in Wien einfanden.

In ihrer Einführung führten Linde Apel (Hamburg) und Stefan Müller (Bonn), die das Netzwerk mitinitiiert hatten und seit 2014 gemeinsam planen und organisieren, drei zentrale Aspekte aus, die die Netzwerkarbeit prägen: Die Teilnehmenden sind erstens in diversen Institutionen beschäftigt (u. a. Archive, Gedenkstätten, Museen, Universitäten) und nehmen damit unterschiedliche theoretische wie berufspraktische Perspektiven auf Oral History und die Interviewführung, -analyse und -aufbereitung ein. Zweitens fokussierten sich die Diskussionen zuletzt verstärkt auf alltagspraktische Fragen, die die Institutionen beschäftigen, etwa im Hinblick auf Datenschutz oder die Erstellung von und den Umgang mit Metadaten. Daneben wird allerdings stets auch der Vorstellung und Diskussion von Forschungsprojekten Raum gegeben. Drittens werden die Themen, die in

den Folgetreffen verhandelt werden sollen, jeweils von den Teilnehmenden gemeinsam besprochen und festgelegt.

Im ersten Programmpunkt stellte Johannes Kapeller (Wien), wissenschaftlicher Mitarbeiter der Österreichischen Mediathek, die Bestände, Aufgaben, Ziele und Herausforderungen der Einrichtung vor. Die Mediathek war Ende der 1990er Jahre aus der Phonothek hervorgegangen und wurde damals ans Technische Museum angegliedert. Der Bestand umfasst heute etwa 550 000 analoge und digitale Tonträger und Videos unterschiedlicher Formate, von denen circa 128 000 online abrufbar sind. Der zentrale Aufgabebereich des Archivs, das durch seine Aufnahmen das audiovisuelle Kulturerbe Österreichs für Interessierte zugänglich macht, liegt in der Herstellung, Sammlung, dauerhaften Bewahrung und Verfügbarmachung der Aufnahmen und Interviewbestände. Eine inhaltlich kuratierte Online-Ausstellung dient dabei, so Kapeller, als Fenster zum Archiv und präsentiert Interessierten Einblicke in dessen thematisch äußerst breit gefächerten Bestand. Ausführlich erläuterte Kapeller die Digitalisierungsprozesse sowie die Archivierungsstrategien der Mediathek. Er verwies auf die technischen Herausforderungen wie die dauerhafte Bewahrung der Träger und Abspielgeräte, um eine Langzeitarchivierung der Inhalte sicherzustellen, thematisierte aber auch forschungsethische Probleme, die sich bei der Erfassung und Kontextualisierung der Bestände einstellen.

Diesen Punkt griff auch Tina Plasil-Laschober (Wien) auf, die anschließend das in der Österreichischen Mediathek angesiedelte Oral-History-Projekt »MenschenLeben« vorstellte. Das Projekt, das 2008 begonnen wurde und voraussichtlich bis Ende 2020 laufen wird, beschäftigt mehrere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Wien, Salzburg und Graz. Die Idee

und Konzeption der Sammlung lebensgeschichtlicher Erzählungen aus Österreich ist es, Menschen zu interviewen, deren Biografien einen Bezug zu Österreich aufweisen, wobei die Interviewten mehrheitlich zwischen 1920 und 1940 geboren wurden und äußerst heterogene kulturelle, religiöse und soziale Hintergründe haben. Für die Sammlung, die mittlerweile etwa 1600 Interviews umfasst, führen Projektangestellte wie Externe thematisch offene Interviews, die keinem Fragenkatalog folgen.

In der Diskussion wurden unterschiedliche Konfliktfelder angesprochen, die zum einen mit der Bereitstellung der Quellen im Internet, zum anderen mit der Verantwortung von Archiven bei der Zugänglichmachung in Zusammenhang stehen. Ausführlich diskutiert wurde zunächst die Frage nach einem angemessenen Online-Gebrauch und damit die nach der Online-Verfügbarkeit von Daten und deren Zugänglichkeit. Während sich eine Gruppe der Diskutierenden für einen freien Online-Zugang aussprach, plädierte eine andere für einen restriktiveren Umgang und eine kontrollierte Online-Stellung von Beständen, für die wie in konventionellen Archiven eine Anmeldung durch den Nutzer oder die Nutzerin erforderlich ist. Damit eng verknüpft ist die Frage nach dem Persönlichkeitsschutz der Interviewten und der Verantwortung der Interviewenden und Archive in dieser Sache. Einigkeit bestand über die rechtlich-ethische Pflicht im Umgang mit den erhobenen Informationen und Inhalten. Diskutiert wurden dabei die Möglichkeiten und Grenzen eines Eingriffs und einer nachträglichen Bearbeitung der Interviewdaten vor der Online-Stellung sowie die Schwierigkeit, die Interviewten in Prozesse der Veröffentlichung so aktiv wie möglich einzubeziehen. Die Frage nach der Beteiligung der Interviewten in diesen Angelegenheiten wurde auch am zweiten Tag in dem Roundtable-Gespräch ausführlich verhandelt.

Gabriele Fröschl und Christina Linsboth (Wien) stellten im Anschluss daran die Sammel- und Archivierungspraxis der Österreichischen Mediathek näher vor. Gabriele Fröschl, die Leiterin der Mediathek, fokussierte in ihrem Vortrag auf den Umgang mit technischen, formalen und inhaltlichen Metadaten und den Problemen, die sich dabei stellen – von der Inventarisierung über die Digitalisierung bis zur Langzeitarchivierung. So erfordere etwa eine professionelle Langzeitarchivierung immer wieder eine Migration der Metadaten, was sehr kostspielig sei. Christina Linsboth präsentierte am Beispiel des Sammlungsprojekts »Sammlung Nationalfonds / Zukunfts-

fonds« der Österreichischen Mediathek die konkreten Arbeitsabläufe im Hinblick auf die archivarisches Erfassung sowie die technische und inhaltliche Zugänglichkeit von Oral-History-Interviews. Vor dem Hintergrund, dass Oral-History-Interviews in der Österreichischen Mediathek von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen wenig nachgefragt würden, warfen die Vortragenden abschließend die Frage auf, für welche Nutzergruppen die Interviews aufbereitet werden sollen – beispielsweise mehr für die pädagogische Arbeit. In der Diskussion, an der sich insbesondere Angehörige anderer Oral-History-Archive beteiligten, bestand weitgehend Konsens darüber, dass die Interviews für ein breites und diverses Publikum aufbereitet werden sollten – sowohl für gegenwärtige als auch für zukünftige Nutzer und Nutzerinnen. Einig war sich das Plenum auch darin, dass der archivarisches Umgang mit Oral-History-Interviews »normaler« werden sollte. In staatlichen Archiven erwarte ja auch niemand ein Volltranskript der handschriftlichen Quellen oder eine Inhaltsübersicht über ein Konvolut – geschweige denn eine nutzergruppenoptimierte Erfassung.

Zum Abschluss des ersten Konferenztages stand ein Besuch in den Räumlichkeiten der Mediathek an. Neben einem Studiensaal mit Medienarbeitsplätzen für interessierte Nutzer und Nutzerinnen verfügt die Mediathek über diverse Archivräume, in denen sich die Fülle und Materialität der Datenträger eindrucksvoll nachvollziehen ließ. Zudem gewährte ein Mitarbeiter Einblicke in seinen Alltag bei der Digitalisierung unterschiedlicher Datenträger.

Der zweite Tag begann mit einem Roundtable-Gespräch über forschungsethische Herausforderungen in der Praxis. Es diskutierten Helga Amesberger (Wien), Almuth Leh (Hagen), Albert Lichtblau (Salzburg) und Friederike Mehl (Berlin). Linde Apel (Ham-

burg) moderierte das Gespräch. Das Podium war mit äußerst erfahrenen Experten und Expertinnen besetzt, die bis auf eine Ausnahme seit mindestens zwanzig Jahren Oral History betreiben. Friederike Mehl vertrat die jüngere Generation Oral Historians, die zwar noch nicht so lange, dafür – aufbauend auf den Erfahrungen ihrer Vorgänger und Vorgängerinnen – umso reflektierter Interviewprojekte durchführen. Forschungsethische Herausforderungen stellen sich, so Linde Apel einfürend, auf sämtlichen Praxisebenen: von Machtdynamiken in der Interviewsituation über Fragen der Deutungshoheit bei der Auswertung bis hin zu einem korrekten Umgang mit Interviews bei der (Online-)Publikation.

Das Podium diskutierte vertieft den Umgang mit problematischen – etwa rassistischen oder sexistischen – Äußerungen der Interviewten. Während Albert Lichtblau das Streitgespräch nicht scheut und es wichtig findet, die argumentative Logik seines Gegenübers herauszuarbeiten, plädierte Friederike Mehl für eine eher zurückhaltende Reaktion, die den Gesprächsfluss nicht stört. Sie sprach sich aber für eine Verschlagwortung der manifesten oder latenten Rassismen und Sexismen aus, damit diese »Störgeräusche«, wie sie es nennt, nicht in den Tiefen der Archive verschwinden. Damit zusammenhängend steht die Frage nach der Glättung der Biografien durch Herausstreichen menschenverachtender Passagen in der (Online-) Publikation. Helga Amesberger betonte, wie wichtig es sei, diffamierenden Passagen keine Plattform zu bieten. Sie merkte jedoch kritisch an, dass das Entfernen von problematischen Aussagen auch zu einer Stilisierung der Interviewten zu »Helden bzw. Heldinnen« führen könne. Almuth Leh argumentierte, dass die »Zugzwänge des Erzählens« (Fritz Schütze) auch auf die Interviewer und Interviewerinnen wirkten und in eine »Empathiefalle« führten. Dies könne ein Streitgespräch in der – von Alexander von Plato propagierten – »Konfliktphase« des Interviews verunmöglichen. Im Ergebnis würden die Interviewten erst in der Publikation vom Widerspruch der Forschenden erfahren. Der Hinweis auf diese Problematik ermöglichte Podium und Plenum, Machtverhältnisse zwischen Interviewten und Interviewenden in Bezug auf die Deutung des Erzählten zu diskutieren, die sich in der Auswertungsphase zugunsten der Forschenden umkehrt. Die Frage nach dem ethisch korrekten Einbezug der Interviewten in die Analyse ihrer Geschichte konnte auf dem Podium nicht abschließend beantwortet werden und wird Oral Historians in Zukunft sicherlich vermehrt beschäftigen.

Die Feststellung »Oral History ist so schön, weil sie so viele Probleme macht« (Lichtblau), war das pointierte Fazit dieses Roundtable-Gesprächs, das zur weiteren Auseinandersetzung mit forschungsethischen Fragen in der Oral History anregt.

Im zweiten Teil des Vormittages standen juristische Fragen im Vordergrund. Peter Ploteny (Wien) fasste prägnant die gegenwärtig geltenden Regelungen bezüglich Datenschutz und Persönlichkeitsrechten in Österreich und Deutschland zusammen. Er führte aus, welches Bündel an Rechten Oral Historians bei der Verwertung und Archivierung von Interviews zu berücksichtigen haben – von der Speicherung personenbezogener Daten über die Beachtung der Urheberrechte bis hin zur Wahrung besonders schutzwürdiger Daten (Gesundheit, sexuelle Orientierung u. ä.). Er verwies auf schwammige Formulierungen in den Gesetzestexten wie etwa dem Handeln nach Treu und Glauben, was Verhandlungsspielräume offenlässt. Mit seinen Ausführungen widersprach er der gängigen Auffassung, dass Oral Historians »immer mit einem Bein im Gefängnis« agierten. Bei einem redlichen Umgang mit den Interviews ließen sich erfahrungsgemäß auch im Streitfall Lösungen finden. Ein kulant und verständnisvolles Handeln (etwa das Entfernen eines Interviews aus einer Online-Publikation) löse das Problem in der Regel, bevor es zum Gerichtsprozess komme.

Anna Maria Götz (Bonn) stellte im Anschluss daran das Zeitzeugenportal des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn vor. Das Projekt, das von Kulturstaatsministerin Monika Grütters initiiert wurde, digitalisiert Interviews aus Beständen von Institutionen, die vom Staatsministerium für Kultur und Medien gefördert werden. Ziel ist die Langzeitarchivierung und Zugänglichmachung über ein

Online-Portal. Da die Interviews in ganz unterschiedlichen (Forschungs-) Kontexten entstanden sind, sehen sich die Projektmitarbeitenden mit einer Vielfalt an Einverständniserklärungen konfrontiert. Je nach abgeschlossener Nutzungsvereinbarung muss – im Einzelfall – entschieden werden, ob und unter welchen Voraussetzungen ein Interview digitalisiert und online gestellt werden darf.

In der Diskussion wurde kritisch angemerkt, dass nur die vom Staatsministerium für Kultur und Medien geförderten Institutionen von diesem Digitalisierungs- und Langzeitarchivierungsprojekt profitierten. Die spannende Frage, ob dadurch die »Geschichte von unten« nicht zu einer »Geschichte von oben« wird, ist nur einer der Ausgangspunkte für das nächste Netzwerk-Treffen, das im Frühjahr 2020 in der Werkstatt der Erinnerung an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg stattfinden wird. Denn die Geschichte der Oral History kristallisierte sich in der Abschlussdiskussion als Thema heraus, mit dem sich zahlreiche Teilnehmende und Institutionen beim nächsten Treffen vertieft auseinandersetzen möchten. Auch den vielschichtigen Verbindungen zwischen Oral History und Public History – gerade im Hinblick auf eine gezielte Projektförderung – möchte das Netzwerk zukünftig gerne mehr Aufmerksamkeit schenken.

Die Tagung mit ihren lebendigen und produktiven Diskussionen machte deutlich, wie fruchtbar der Austausch über Oral History aus unterschiedlicher theoretischer wie berufspraktischer Perspektive sein kann. Die verhandelten rechtlichen und ethischen Fragen und die Auseinandersetzung mit der konkreten Entstehungsgeschichte eines Interviews sind Aspekte der Oral History, die nicht nur für Archivare und Archivarinnen bei der Sammlungspflege, sondern auch für Forscher und Forscherinnen (etwa bei der Zweitauswertung von Interviews) von großer Bedeutung sind.

- Dr. Andrea Althaus ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Medizingeschichte der Universität Zürich.
- Dr. Janine Schemmer ist Senior Scientist am Institut für Kulturanalyse der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.

ANDERS WOHNEN

Großsiedlungen und die Konstruktion von Differenz seit den 1970er Jahren

Die Großsiedlungen, die in den 1960er und 1970er Jahren am Rande westdeutscher Städte entstanden, sind anders als »normale« Stadtteile. Ihre Architektur unterscheidet sich deutlich von Altbauvierteln und Einfamilienhausvororten, oft gelten sie als »soziale Brennpunkte«. Aber wieso werden die Großsiedlungen als anders wahrgenommen? Sind sie hinsichtlich ihrer Architektur und Sozialstruktur tatsächlich so besonders, oder handelt es sich nicht vielmehr um ganz »normale« Stadtteile, deren Eigenheiten besonders stark wahrgenommen werden? Stellen sich diese Eigenheiten aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner anders dar?

Diese und weitere Fragen standen im Zentrum der Tagung »Anders Wohnen. Großsiedlungen und die Konstruktion von Differenz seit den 1970er Jahren«, die am 16. und 17. Mai 2019 an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg stattfand. Sie ging auf eine Kooperation mit dem an der TU Darmstadt angesiedelten DFG-Projekt »Großsiedlungen in der Krise? Modernekritik und Vergemeinschaftung in den 1970er Jahren« zurück, in dessen Rahmen das Wechselspiel von Außenwahrnehmung und Binnenperspektive auf das Leben in den Siedlungen u. a. auch am Beispiel der Hamburger Siedlung Osdorfer Born untersucht wird. Dieses seit 2018 laufende Forschungsprojekt stellte Dieter Schott (Darmstadt) zu Beginn der Tagung vor.

Anschließend führte Sebastian Haumann (Darmstadt) in das Thema der Tagung ein und stellte einige vorläufige Ergebnisse des Darmstädter Projektes vor. Er betonte die auffällige Diskrepanz zwischen einer überwiegend negativen Wahrnehmung der Großsiedlungen und der Tatsache, dass sie sozialstatistisch eigentlich meist eher als durchschnittlich und unauffällig zu charakterisieren seien. Auch die vermeintlich besondere Bauform, insbesondere die markante Hochhausbebauung, komme durchaus auch in anderen städtebaulichen Kontexten vor und werde dort meist positiv beurteilt. Vor allem aber sei auffällig, wie stark die Wahrnehmung und der Alltag der Bewohnerinnen und Bewohner von der Thematisierung der Großsiedlungen in der Öffentlichkeit abwich. Diese hatten zwar immer wieder mit Herausforderungen zu kämpfen, waren aber im Grunde mit ihrer Wohnsituation zufrieden. Vor allem zeigt sich, dass keineswegs von einer sozialen Desintegration gesprochen werden könne, wie es das Reden über »soziale Brennpunkte« nahelegt, sondern dass in vielen Siedlungen eine funktionierende zivilgesellschaftliche Gemeinschaft entstand. Aus diesen Befunden ergaben sich die Leitfragen der Tagung. Haumann bezeichnete es als Forschungsdesiderat, herauszuarbeiten, woher die spezifische Wahrnehmung von Großsiedlungen als defizitärer Siedlungstyp komme. Ihre Besonderheit, so die Ausgangshypothese, sei das Ergebnis von Konstruktionsprozessen, aber es sei unklar, inwieweit und wie die Konstruktion auf reale Probleme rekurre. Es komme darauf an, genau zu untersuchen, welche Akteure mit welchen Interessen und welchem Erfahrungshorizont an der Konstruktion beteiligt waren, welche Mechanismen in den Konstruktionsprozessen wirksam wurden und welche Diskursstrategien und Praktiken dafür relevant waren. Schließlich sei auch zu berücksichtigen, dass die Konstruktion von negativen Stereotypen selber zum wirkmächtigen Problem wurde, etwa in der wohnungswirtschaftlichen Abwertung der Siedlungen und der Stigmatisierung ihrer Bewohnerinnen und Bewohner.

Mit dem Beitrag von Dirk Schubert (Hamburg) widmete sich die Tagung zunächst explizit den architektonischen und städtebaulichen Besonderheiten der Großsiedlungen. Nach einer kurzen Definition des Begriffs »Großsiedlung« zeigte Schubert am Beispiel der Hamburger Siedlungen, die seit den 1950er Jahren geplant und errichtet wurden, dass es mehrere »Generationen« der Siedlungen gegeben hat. Die jeweiligen Leitbilder sei-

en immer auch in Reaktion auf die tatsächlichen und vermeintlichen Defizite der Vorgängergeneration entstanden. Dabei betonte Schubert, dass die Realisierung des Wohnungsbaus aufs Ganze gesehen durchaus den Ansprüchen genügt habe: Die Qualität der Wohnungen sei »teilweise hervorragend, teilweise mäßig«, aber keinesfalls schlecht gewesen. Schwieriger sei demgegenüber die räumliche Konzentration von Problemen zu beurteilen, etwa in den Zentren der Siedlungen, die selten als solche funktionierten, oder der hohe Leerstand in einigen Gebäuden und die Verwahrlosung des öffentlichen Raumes. Während Schubert ein gemischtes Bild von der baulichen und architektonischen Qualität der Siedlungen zeichnete, legte seine Untersuchung der Architektur fotografie der 1970er und 1980er Jahre nahe, dass spezifische soziale Probleme erst durch die fotografische Darstellung konstruiert wurden. Die Auswahl der Motive und die jeweilige Perspektive fokussierten tendenziell auf problematische bauliche Situationen und verknüpften sie mit der Darstellung einer vermeintlich einseitigen Sozialstruktur. Das führte auch dazu, dass die Binnendifferenzierung der Bewohnerschaft in der Fotografie wie auch in der medialen Berichterstattung meist überhaupt nicht abgebildet wurde.

Arndt Neumann (Hagen) setzte die Abwertung der Großsiedlungen mit der gleichzeitigen Aufwertung von Altbauvierteln in Hamburg in Beziehung. Die Gründerzeitviertel avancierten in den 1970er und 1980er Jahren geradezu zu einem Gegenbild des Lebens in den Siedlungen. Während die vormals als Sanierungsfälle eingestuftes Altbauwohnungen zunächst vom linksalternativen Milieu, dann von breiteren bürgerlichen Kreisen als authentische und individuelle Wohnform wiederentdeckt wurden, erschienen die Großsiedlun-

gen als seelenlose »Sozialbausilos«. Neumann zeigte, wie sich diese Umwertung schließlich auch in den Präferenzen auf dem Wohnungsmarkt und in Wanderungsbewegungen niederschlug. Einerseits ließ sich dies schon früh an der innerstädtischen Mobilität beobachten. Andererseits zeichnete es sich vor allem seit den 1980er Jahren in dem wachsenden Anteil von Migrantinnen und Migranten an der Bewohnerschaft der Siedlungen ab. Die sichtbare Konzentration dieser sowie anderer sozial marginalisierter Gruppen, die aus der Abwertung der Siedlungen resultierte, verstärkte wiederum die Problemwahrnehmung, aber auch die Stigmatisierung der Bewohnerinnen und Bewohner. Diese hätten die Stigmatisierung in ihrem Alltag als Ausgrenzung erfahren und daraus, beispielsweise in der Hip-Hop-Kultur, eine positive Identität entwickelt, die sich an den Großsiedlungen als Symbol festmachte.

In Christoph Strupps (Hamburg) Kommentar und der anschließenden Diskussion rückte die Frage in den Mittelpunkt, welche Rolle die sozioökonomischen Bedingungen gespielt hätten, die sich gerade in den 1970er Jahren stark veränderten. Es wurde kontrovers diskutiert, ob es vor diesem Hintergrund angemessen sei, von den Besonderheiten der Großsiedlungen ausschließlich als konstruiertem Problem zu sprechen. Denn das Ende der Wachstumsphase hatte erhebliche Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt, aber auch auf die Sozialstruktur der Städte. Tatsächlich ließen sich die Schwierigkeiten in vielen Großsiedlungen auf die jeweiligen Eigentumsverhältnisse, die Wohnungsbauförderung und die Finanzierung von Instandhaltung und Wohnfolgeeinrichtungen zurückführen. Auch Phänomene sozialer Segregation nahmen in dem Maße zu, in dem etwa Arbeitslosigkeit und Armut zu gesamtgesellschaftlichen Problemen wurden. Obwohl der sozioökonomische Wandel signifikante Auswirkungen auf das Leben in den Großsiedlungen hatte, erklärt sich daraus noch nicht, warum diese Probleme ausgerechnet dort so stark wahrgenommen wurden.

Eine Antwort auf diese Frage gab der Abendvortrag von Christiane Reinecke (Leipzig/Osnabrück). Reinecke stellte die These auf, dass die Konstruktion der besonderen Problemhaftigkeit der Großsiedlungen ihre Wurzeln bereits in der Zeit vor dem sozioökonomischen Strukturbruch gehabt habe. Sie verwies auf die großen Erwartungen an die Siedlungen

in Bezug auf die Lösung sozialer Probleme, die noch Ende der 1960er Jahre weit verbreitet waren. Aufgrund dieser Erwartungen standen Großsiedlungen in allen westlichen Ländern, in der Bundesrepublik ebenso wie in Frankreich und den USA, im Zentrum sozialwissenschaftlicher Studien und intensiver medialer Berichterstattung. Dadurch traten auch die Probleme in den öffentlichen Debatten immer stärker hervor, als deutlich wurde, dass sich die hohen Erwartungen nicht erfüllten. Die Siedlungen wurden zu Orten, an denen allgemeine gesellschaftliche Verhältnisse kritisiert und verräumt wurden. Reinecke zeigte, dass diese Wahrnehmung immer auch mit der Konstruktion von Wissen verbunden war, in der die zahlreichen Studien wie die Medienberichte Informationen, aber auch einzelne Stimmen aus den Siedlungen, selektierten und interpretierten. Wie unterschiedlich das Ergebnis des Konstruktionsprozesses sein konnte, trat im internationalen Vergleich besonders deutlich hervor: Während die ethnische Zuordnung von Problemlagen in den USA und in Frankreich eine zentrale Rolle für das Wissen über Großsiedlungen spielte, sei diese Kategorie in den bundesdeutschen Debatten lange Zeit nur von untergeordneter Bedeutung gewesen.

Mit dem Thema Sicherheit griff Christine Krüger (Gießen) einen zentralen Topos der Großsiedlungskritik auf. Sie wies darauf hin, dass für die Zeit um 1970 auch ein Wandel der Sicherheitskultur zu konstatieren sei, der sich an der Bewertung der Siedlungen ablesen ließ. Dabei ging es zunehmend um mehr als nur um Kriminalität. Vielmehr wurde Sicherheit im Spannungsverhältnis zu Freiheit thematisiert. Einerseits boten die Siedlungen abgesicherte Wohn- und Lebensbedingungen und ermöglichten gesellschaftliche Teilhabe. Andererseits wurde das Leben dort als hochgradig

reglementiert kritisiert. Da sich der Sicherheitsdiskurs vor allem an der Gefahr sozialräumlicher Segregation festmachte, verstärkten die getroffenen Maßnahmen aber oftmals die Konflikte um und in Großsiedlungen. Tatsächlich hatte die Thematisierung von Sicherheit und ortsspezifischen Gefahren für die Bewohnerinnen und Bewohner eine ambivalente Bedeutung.

Die Ambivalenz, die der Konstruktion von großsiedlungsspezifischen Problemen aus Sicht lokaler Akteure inhärent war, zeigte sich auch in dem Beitrag von Swenja Hoschek (Darmstadt) über zivilgesellschaftliche Initiativen im Osdorfer Born. Hoschek skizzierte, wie sich Bewohnerinnen und Bewohner in den 1970er Jahren in Reaktion auf infrastrukturelle Defizite und den Mangel an Einrichtungen, insbesondere für Kinder, zusammenschlossen und an die Öffentlichkeit traten. Die ortsansässige Mittelschicht habe dabei eine wichtige Rolle gespielt, weil sie die Initiativen organisierte, aber auch die Defizite stellvertretend für alle Bewohnerinnen und Bewohner problematisierte. Diese Akteure sprachen also durchaus für die Bewohnerschaft, repräsentierten aber die Perspektive einer bestimmten wortstarken Gruppe. Vor allem nutzten sie die Präsenz sozial schlechter gestellter Nachbarinnen und Nachbarn, die sich meist nicht selber artikulierten, um Aufmerksamkeit für die Probleme der Siedlungen zu generieren. In der Absicht, Handlungsdruck aufzubauen und Ressourcen für ihren Stadtteil zu mobilisieren, trugen sie unbeabsichtigt auch dazu bei, das negative Image der Siedlungen zu verfestigen.

Tim Verlaan (Amsterdam) fasste viele der angesprochenen Themen aus international vergleichender Perspektive zusammen. Am Beispiel der Amsterdamer Siedlung Bijlmermeer zeigte er die Wechselbeziehung zur Aufwertung der Gründerzeitviertel und wies dabei vor allem auf die Rolle der Medien hin. Diese hätten die Eigenheiten und Probleme der Siedlung meist undifferenziert und einseitig zugespitzt. Zum Teil ließen sich auch rassistische Motive erkennen, insbesondere in den Berichten über den wachsenden Anteil der aus Surinam stammenden Bevölkerung. Verlaan machte deutlich, wie wichtig der Wandel der niederländischen Wohnungsbauförderung war, die ab den 1970er Jahren den Altbau und das suburbane Eigenheim priorisierte. In den letzten Jahren scheint sich demgegenüber

deutlicher als in Deutschland wiederum ein Trend zur Gentrifizierung von Großsiedlungen abzuzeichnen.

In ihrem Schlusskommentar kam Adelheid von Saldern (Hannover) auf die grundlegenden Fragen der Tagung zurück. Sie analysierte das Verhältnis von Konstruktion und realen baulichen wie sozialstrukturellen Problemen und merkte an, dass die Besonderheiten der Großsiedlungen oft intentional und strategisch thematisiert wurden. Dadurch seien gerade negative Beobachtungen, die durchaus auf reale Probleme hinwiesen, oftmals unverhältnismäßig stark wahrgenommen und überspitzt dargestellt worden. Zudem sei in den Konstruktionsprozessen eine Asymmetrie zwischen den Möglichkeiten der Bewohnerinnen und Bewohner, Einfluss auf die Thematisierung ihrer Siedlungen zu nehmen, und einer sich verselbständigenden Außenwahrnehmung erkennbar. Um der Komplexität der Konstruktionsprozesse gerecht zu werden, sei es nötig, auch die positiven Besonderheiten der Siedlungen in den Blick zu nehmen und zwischen den unterschiedlichen beteiligten Akteursgruppen mit ihren jeweiligen Erwartungen und Intentionen zu differenzieren.

Von Salderns Forderung, differenzierter über Großsiedlungen und ihre Wahrnehmung als besondere Orte nachzudenken, fand in der Abschlussdiskussion regen Widerhall. So sei es nötig, mehr über die Aktivistinnen vor Ort, aber auch die Medienvertreter zu wissen, zwischen denen sich der Diskurs entspannt. Noch unzureichend erforscht sei auch die Aneignung der Siedlungen durch Bewohnerinnen und Bewohner. Gerade in der Aneignung ließe sich der Zusammenhang zwischen Problematisierung der Siedlungen und dem Umgang mit realen Herausforderungen im Alltag untersuchen. Die bisherige Sicht auf die Großsiedlungen sei allerdings auch der Quellenüberlieferung geschuldet, die

es schwer mache, die Besonderheiten differenziert und aus der Perspektive der Bewohnerinnen und Bewohner zu rekonstruieren. Die einschlägige historische Forschung sei nach wie vor stark durch die Interpretation zeitgenössischer sozialwissenschaftlicher Studien und die mediale Berichterstattung geprägt.

Um ein Gegengewicht zu der recht einseitigen Überlieferungslage zu schaffen, können Zeitzeugeninterviews ein geeignetes Mittel sein. Insofern war es passend, dass die Tagung mit einer von Kirsten Heinsohn (Hamburg) moderierten Zeitzeugenrunde endete. Bodo Schumann, ehemaliger Pastor im Osdorfer Born, Helgo Klatt, der zeitweise den Wohnungsbestand der »Neuen Heimat« in Hamburg managte, und Wolfdietrich Thürnagel, langjähriger Aktivist aus Mümmelmannsberg, vertraten dabei durchaus unterschiedliche Positionen und Erfahrungen. Einig waren sie sich allerdings darin, dass die Differenz zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung in den 1970er Jahren zugenommen habe. Vor allem seien es ihrer Erinnerung nach zunächst die Bewohner und Bewohnerinnen gewesen, die Probleme angesprochen hätten, die allerdings von außen dramatisiert worden seien. In der anschließenden Diskussion, an der sich weitere Zeitzeugen und Bewohner von Hamburger Großsiedlungen beteiligten, wurde deutlich, wie wichtig eine differenzierte Historisierung der Siedlungen und ihrer Wahrnehmung auch für die gegenwärtigen Debatten um ihre neuerliche Aufwertung ist. Die Geschichte dieser Stadtteile ist einerseits ermutigend, weil sie zeigt, dass sich ihre Bewohnerinnen und Bewohner erfolgreich organisiert haben. Andererseits zeigt sie, wie ambivalent die Konstruktion von Besonderheiten und Problemen sein kann, wenn sie sich gegen die Intention der Menschen vor Ort verselbständigen. Insofern stehen auch heute wieder Konstruktionsprozesse und die Eigenheiten der Siedlungen in einem spannungsreichen und potenziell ergebnisoffenen Verhältnis zueinander.

- PD Dr. Sebastian Haumann ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Technischen Universität Darmstadt.

AUFBRÜCHE

Geschichte der Frauenbewegungen
im 20. Jahrhundert

Die Geschichte der Frauenbewegungen des 20. Jahrhunderts ist noch nicht umfassend aufgearbeitet. Obgleich Aspekte und Phasen dieser Geschichte wie zuletzt 2018/19 anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des deutschen Frauenwahlrechts medial präsent waren, fehlt es in vielen Bereichen an zeitlich und räumlich übergreifenden Arbeiten. Für die deutsche Geschichte wären beispielsweise Vergleiche zwischen ost- und westdeutschen Frauenbewegungen angebracht, während für die Jahrzehnte nach 1945 bis zur Entstehung der »neuen« Frauenbewegung noch Leerstellen in den Erzählungen zur Eigengeschichte der Frauenbewegung zu füllen sind. Kirsten Heinsöhn (Hamburg) betonte einleitend, dass die Frauenbewegungsgeschichte sowohl hinsichtlich der eigenen Narrative als auch der Narrative der Zeitgeschichte neuer Impulse bedarf. Dem schloss sich ein allgemeiner Anspruch der Tagung an: Frauenbewegungsgeschichte solle als ein Bereich der Frauengeschichte verstanden werden und zugleich Bestandteil von Gesellschaftsgeschichte und Zeitgeschichte sein.

Zudem findet in der Frauengeschichtsschreibung erst in den letzten Jahren eine kritische Auseinandersetzung »mit den eigenen tradierten Narrativen«¹ statt, während gleichzeitig noch Annahmen aus Darstellungen vom Beginn des 20. Jahrhunderts übernommen werden. Mit der Bearbeitung dieses Desiderats knüpfte

1 Angelika Schaser / Sylvia Schraut, Einleitung: Die (fehlende) Historiographie zu den Frauenbewegungen in Europa, in: Angelika Schaser / Sylvia Schraut / Petra Steymans-Kurz (Hg.), *Erinnern, vergessen, umdeuten? Europäische Frauenbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/Main 2019, S. 7–21, hier S. 7.

2 Verzicht auf Traditionsstiftung und Erinnerungsarbeit? Narrative der europäischen Frauenbewegung im 19. und 20. Jahrhundert, 19.3. – 21.3.2018 Stuttgart, in: *H-Soz-Kult*, <https://www.hsozkult.de/event/id/termine-35791>; 22.11.2017; Schaser / Schraut / Steymans-Kurz (Hg.), *Erinnern, vergessen, umdeuten?*

die Konferenz an eine Tagung vom März 2018 zu den Narrativen der Frauenbewegungen an, worauf Angelika Schaser (Hamburg) in der Begrüßung einführend hinwies.²

Die in den 1970er Jahren stattfindende Politisierung des Privaten, der Sexualität und des weiblichen Körpers diente der Soziologin Imke Schmincke (München) als Ausgangspunkt ihres öffentlichen Abendvortrags. In einer vergleichenden Betrachtung der Körperpolitik der zweiten und der dritten Welle der Frauenbewegung (wobei der Vortrag für letztere vor allem auf die Phänomene der letzten zehn Jahre fokussierte) konnte sie deren jeweilige Themenschwerpunkte und Aktionsformen herausarbeiten. Zentrale Inhalte der Körperpolitik der dritten Welle waren, wie in der zweiten Welle, die Selbstbestimmung über den eigenen Körper sowie weibliche Identität und die Thematisierung sexueller Gewalt. Hinzu kamen die Themen Schönheit und Aussehen ebenso wie neue Aktionsformen. In der zweiten Welle bildeten Selbsterfahrungsgruppen eine neuartige Form der politischen Praxis, während für die dritte Welle *slutwalks* und die Visualität des Aktionismus der Gruppierung Femen neue Protestformen darstellen und der Netzfeminismus über die sozialen Medien beispielsweise in Hashtags Ausdruck findet (*#metoo*, *#aufschrei*). Die Körperpolitik der dritten Welle fasste Schmincke unter dem Slogan »Das Private bleibt politisch« zusammen: »Private« Themen, die im Fokus der zweiten Welle standen, seien folglich noch immer relevant und politisch umstritten. Ein Wandel der Körperpolitik lasse sich im Zuge der Entstehung neuer Medien feststellen: Über feministische Blogs und die Vernetzung über Plattformen wie Instagram und Twitter werden »neue Stimmen hörbar«. Allerdings erfahre der Feminismus der dritten Welle in einer »Privatisierung zweiter Ordnung« derzeit einen Wandel: Die zunehmende Individualisierung des Feminismus als wählbares Identitätsangebot, die auch durch den Netzfeminismus vorangebracht werde, führe zu einer geringeren gesellschaftlichen Präsenz und damit einer Entpolitisierung.

Das erste Panel der Konferenz widmete sich Kontinuitäten, Brüchen und Rezeptionen der deutschen Frauenbewegungsgeschichte. In den Vorträgen wurden diese Aspekte auf verschiedenen Ebenen am Beispiel der Erinnerungsbildung einer Person, einer Vereinsgeschichte sowie im wissenschaftlichen Abgleich einer Zeitschrift untersucht. Magdalena Gehring (Frankfurt am Main) befasste sich mit der Rezeption der US-amerikani-

schen Frauenbewegung in der zweiten Welle der deutschen Frauenbewegung. Untersuchungsgegenstand war die Amerikanummer der Frauenzeitung »Frauen gemeinsam sind stark« vom März 1974, die Gehring in Bezug zur Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins »Neue Bahnen« und deren Amerika-rezeption setzte. Trotz eines sich wandelnden Themenspektrums konnte sie eine kontinuierliche Amerika-rezeption vom 19. Jahrhundert bis zu den 1970er Jahren aufzeigen. Die »weibliche Hilfe zur Selbsthilfe«, die sich im 19. Jahrhundert beispielsweise im Interesse an der Hilfe für Arbeiterinnen und in den 1970er Jahren in der Rezeption US-amerikanischer Selbsthilfegruppen manifestierte, war durchgängig zu beobachten, die konkreten Themenfelder dagegen waren zeitspezifisch: Blickten die Autorinnen in den »Neuen Bahnen« vor allem bei Themen wie Frauenerwerbsarbeit, Frauenwahlrecht und Arbeiterinnenbewegung auf die USA, rückten in den 1970er Jahren weibliche Sexualität und Frauengesundheit in den Fokus.

Sina Speit (Erfurt) näherte sich einer Akteurin der Westberliner Frauenbewegungsszene: Hilde Radusch (1903 – 1994). Im Fokus standen die Erinnerungsbildung und die Darstellung ihrer Biografie in »intergenerationellen Gesprächen«. Speit präsentierte Radusch in vier Funktionen: als Gesprächspartnerin, Netzwerkerin, Portraitierte und Sprecherin. Die »Netzwerkerin« und »Verbindungsfrau« Radusch vermittelte beispielsweise Kontakte zwischen Teilen der alten, konservativen Frauenbewegung wie dem Deutschen Staatsbürgerinnen-Verband und der autonomen Frauenbewegung, wobei sie sich persönlich der autonomen Frauenbewegung näher fühlte. Die Traditionsbildung zu ihrer Person lasse erkennen, wie mit der feministischen Alternativöffentlichkeit ein »Resonanzboden« für weibliche Biografien des 20. Jahrhunderts entstand.

Hannah Rentschler (Hamburg) stellte die Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen (ahf) vor und postulierte eine »Invention of Tradition«. Seit ihrem 30-jährigen Jubiläum (1979) berufe sich die ahf auf den Stadtbund Hamburgischer Frauenvereine (1915–1933) als historischen Vorläufer. Rentschler machte deutlich, dass sie für diese Traditionsbildung keine direkten personellen Kontinuitäten ausmachen konnte und dass diese Tradition bis Ende der 1970er Jahre nicht existent gewesen sei. Die Konstruktion einer eigenen langjährigen Tradition setzte Rentschler in Bezug zum zeitgeschichtlichen Kontext und verortete sie im Bereich des allgemeinen »Geschichtsbooms« der 1970er Jahre.

Die zweite Sektion beschäftigte sich mit bestehenden Narrativen zur ost- und westdeutschen Frauenbewegungsgeschichte. Noch immer werden die ost- und westdeutschen Frauenbewegungen vorwiegend getrennt voneinander betrachtet und dabei wird auf die westdeutschen Entwicklungen, Zäsuren und Deutungen fokussiert. An diesem Desiderat setzte das Panel an. Grit Bühler (Erfurt) stellte die zentrale Organisation für ostdeutsche Frauen vor, den Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD). Für die Anfangsjahre nach der Gründung 1947 resümierte sie, dass zunächst der Anspruch bestand, im DFD einheitliche, demokratische, überparteiliche und überkonfessionelle Arbeit zu leisten, die aber rasch in die Parteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) eingebunden wurde.

Die anschließenden Vorträge verglichen Aspekte der ost- und der westdeutschen Frauenbewegungen. Lea Börgerding (Berlin) nahm das Internationale Jahr der Frau 1975 zum Anlass, um Kooperationen und Konflikte zwischen der ost- und westdeutschen Frauenbewegung aufzuzeigen und zudem die Wechselwirkungen zwischen den politischen Allianzen des Kalten Krieges und den deutschen Frauenbewegungen zu beleuchten. Ein Vergleich des bisher wenig beachteten »Weltkongresses der Frauen« in Ostberlin (Oktober 1975) mit den in Westberlin stattfindenden »Berliner Frauentagen« (Oktober/November 1975) illustrierte dies. Die Veranstaltungen unterschieden sich sowohl in ihrer thematischen Schwerpunktsetzung als auch bei der Auswahl der Beteiligten stark: Während bei dem von der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten geförderten Weltkongress auch westdeutsche und internationale Delegierte der Vereinten Nationen anwesend waren, war der Teilnehmerinnenkreis der Veranstaltung in West-

- 3 Aufbrüche: Geschichte der Frauenbewegungen im 20. Jahrhundert, 10.10. – 11.10.2019 Hamburg, in: H-Soz-Kult, <https://www.hsozkult.de/event/id/termine-41068>, 2.9.2019.
- 4 Karin Hausen, Die Nicht-Einheit der Geschichte als historiographische Herausforderung. Zur historischen Relevanz und Anstößigkeit der Geschlechtergeschichte, in: Hans Medick / Anne-Charlott Trepp (Hg.), *Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte*, Göttingen 1998, S. 15 – 55.

berlin, die auch vom Amerikahaus unterstützt wurde, weitgehend auf den Westen begrenzt.

Jessica Bock (Berlin) skizzierte die unterschiedlichen Narrative zur Eigen-Geschichte der ost- und westdeutschen Frauenbewegung am Beispiel der Jahre 1968 und 1989. Während der »Tomatenwurf« auf der Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) im September 1968 von der westdeutschen Frauenbewegung zur Erfolgsgeschichte stilisiert wurde, wurde die Aufbruchstimmung vom Herbst 1989, die sich in der Gründung neuer Frauengruppen niederschlug, für die ostdeutsche Frauenbewegung zur Niederlage. Als Erklärung für das letztere Narrativ argumentierte Bock, dass Institutionalisierung und Organisationsbildung von der ostdeutschen Frauenbewegung – im Gegensatz zur westdeutschen – als Niederlage und Verfall angesehen wurden.

Die dritte Sektion stand unter dem Thema »Feminismus international«, beleuchtete internationale Bewegungen und stellte Bezüge außerhalb des deutschsprachigen Raumes her. Isabel Heinemann (Münster) referierte über reproduktives Entscheiden von Frauen und nahm Ratgeber der US-amerikanischen und westdeutschen Frauengesundheitsbewegung in den Blick. Sie setzte den US-amerikanischen Ratgeber »Our Bodies, Ourselves« (1971 und 1973) und dessen 1980 erschienene deutschsprachige und für den deutschen Markt adaptierte Auflage in Bezug zu anderen westdeutschen Ratgebern. Anhand dieser vergleichenden Untersuchung argumentierte Heinemann, dass in der Frauengesundheitsbewegung transatlantische und transeuropäische Verständigungsprozesse stattfanden, in denen der Ratgeber »Our Bodies, Ourselves« und das Modell der US-amerikanischen Gesundheitszentren im deutschsprachigen Raum rezipiert und adaptiert wurden. Gleichzeitig bestand von US-amerikani-

schen Gruppen Interesse am ganzheitlichen Ansatz der deutschsprachigen Frauengesundheitsbewegung, die Selbstuntersuchungen, natürliche Verhütungsmethoden und Hausgeburten thematisierte.

Das Thema des abschließenden Vortrags war ebenfalls im anglo-amerikanischen und zudem im britischen Raum angesiedelt. Vojin Saša Vukadinović (Berlin) widmete sich Riot Grrrl, einer Gruppierung der dritten Welle der internationalen Frauenbewegung, die bislang noch nicht untersucht wurde. 1991 in den USA entstanden, breitete sich die aus den Punkszenen von Olympia, Washington und Washington D.C. entstandene Bewegung nach Großbritannien aus und fand vor allem in Musik, Kunst, Kultur, Literatur und in Fanzines Ausdruck. Riot Grrrl setzte auf das Do-it-yourself-Ethos des Punk und hatte zum Ziel, die feministische Revolution voranzutreiben. Vukadinović schlug den Bogen zum ersten Vortrag der Tagung von Imke Schmincke, indem er die These aufstellte, dass der Netzfeminismus des 21. Jahrhunderts, der Popfeminismus oder Protestgruppen wie Pussy Riot oder Femen ohne Riot Grrrl nicht denkbar seien, historiografisch aber zu klären wäre, ob es sich hierbei um Nachfolgerinnen oder um Verfallserscheinungen der ursprünglichen Idee handle.

Die Vorträge und Diskussionen der Konferenz zeigten, wie bedeutsam sowohl der Blick auf Einzelstudien mit lokalem oder regionalem Fokus als auch auf deutsch-deutsche Bezüge wie auch auf transnationale Austauschprozesse für die Einordnung und Aufarbeitung der Geschichte(n) der Frauenbewegungen ist. Dies wurde in der Abschlussdiskussion mehrmals betont: Eine Verknüpfung von Lokalstudien, die auch andere Regionen außer deutschen Zentren wie Berlin und München in den Blick nehmen, mit dem zeitgenössischen politischen Kontext lasse Entwicklungen wie Brüche und Kontinuitäten innerhalb der Bewegungen nachvollziehbar werden. Eine stärkere Kontextualisierung ermögliche zudem ein Abrücken von der Konstruktion einer Frauenbewegungsgeschichte als »Additions-erzählung zum politischen Geschehen«³ und führe zu einem Hinterfragen der Zeitgeschichte. Kirsten Heinsohn plädierte dafür, den Titel der Tagung »Aufbrüche« derart zu verstehen, dass ein »Aufbrechen« bisheriger Narrative möglich sei und infolgedessen die Pluralität und die »Nicht-Einheit der Geschichte«⁴ im Sinne Karin Hausens zu berücksichtigen und »auszuhalten« seien.

Für weitere Forschungen wäre es wünschenswert, die Frauenbewegungs-

geschichte(n) stärker anhand des Konzepts der Intersektionalität aufzuarbeiten. In diesem Zusammenhang wurde außerdem diskutiert, welche Rolle Entwicklungen des queeren Feminismus und der feministischen Migrantinnenbewegungen, die auf der Konferenz nur in Ansätzen behandelt wurden, für eine differenzierte Frauenbewegungsgeschichte einnehmen. Daran anschließend wurde eine Diversifizierung der Frauenbewegungsgeschichte beobachtet und angeregt, die Geschichte der Frauenbewegungen neu und heterogen zu verstehen: Intersektional angelegte Arbeiten und soziologische Erkenntnisse zu sozialen Bewegungen seien, ebenso wie Untersuchungen zu »traditionellen« Frauengruppen oder konfessionellen Frauenverbänden, die in der deutschen Frauenbewegungsgeschichte teilweise ausgeklammert oder nicht bedacht werden, für ein umfassenderes Bild der deutschen und der europäischen Frauenbewegungen des 20. Jahrhunderts notwendig.

- Sophie Stritzelberger promoviert am Historischen Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zur Geschichte der Frauenbewegung in Freiburg.

INHALT

1. Personal und Gremien der FZH	150
2. Forschung	153
<i>a) Der Nationalsozialismus und seine »zweite Geschichte«</i>	154
<i>b) Hamburg seit den 1950er Jahren</i>	157
<i>c) Jüngere und jüngste Zeitgeschichte</i>	161
Drittmittel 2019	167
3. Kooperationsbeziehungen	169
4. Bibliothek	171
5. Archiv	173
6. Werkstatt der Erinnerung – Hamburger Lebensläufe (WdE)	176
7. Öffentlichkeitsarbeit	180
8. Vorträge/Tagungen/Veranstaltungen 2019	183
9. Veröffentlichungen der FZH	195
10. Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH	195
11. Rezensionen über Veröffentlichungen der FZH und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FZH	199
12. Vorträge und öffentliche Auftritte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH	202
13. Medienecho	209
14. Lehrveranstaltungen	210

1. PERSONAL UND GREMIEN DER FZH

(Stand 31.12.2019)

DIREKTOR (VORSTAND)

Vakanz

STELLV. DIREKTORIN (VORSTAND)

PD Dr. Kirsten Heinsohn

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

PD Dr. Knud Andresen (beurlaubt vom 1.4. bis 30.9. für Lehrstuhlvertretung am Historischen Institut der Universität Greifswald; beurlaubt 50 % ab 1.10. für Lehrstuhlvertretung im Fachbereich Geschichte der Universität Hamburg)

Jessica Erdelmann, M. A. (seit 1.4.)

Dr. Alexandra Jaeger (seit 15.3.)

Sebastian Justke, M. A.

Hannah Rentschler, M. A. (seit 1.2.)

Dr. Yvonne Robel

Dr. Christoph Strupp

WERKSTATT DER ERINNERUNG (WDE)

Dr. Linde Apel

Lena Langensiepen, M. A.

BIBLIOTHEK

Christiane Riemer, Dipl. Bibl.

Dorothee Mateika, Dipl. Dok.

ARCHIV

Kirsten Schaper, M. A.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Maike Raap, M. A.

VERWALTUNG

Susanne Linnig
Birgit Steude, M. A.

INFORMATIONSTECHNIK

Rupert A. Marienfeld, M. A.

GESCHÄFTSZIMMER

Joana Betke
Birgit Steude, M. A.

STUDENTISCHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Svea Gruber (seit 1.3.)
Lisa Hellriegel (seit 1.9.)
Jan Philipp Freinsheimer
Jana Matthies
Hannah Rentschler (bis 31.1.)
Svenja Röhling
Marlen Sundermann
Anna Tartakovskij (bis 31.7.)
Mona Tilgner

GERINGFÜGIG BESCHÄFTIGTE MITARBEITER

Lothar Degen (bis 30.9.)
Hartmut Finkeldey
Karl-Otto Schütt

PRAKTIKANTINNEN UND PRAKTIKANTEN

Mascha Menzel (3.6. – 5.7.)
Laura Michelbrink (29.7. – 6.9.)
Sophie Heins (2.9. – 11.10.)

Als assoziierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren Dr. Marcel Bois, Anne Kurr M. A., PD Dr. Lu Seegers und Prof. Dr. Dorothee Wierling an der FZH vertreten. Hannah Rentschler, M. A., unterstützte seit Februar 2019 Kirsten Heinsohn in Verwaltung,

- Direktor und Vorstand
- Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Werkstatt der Erinnerung (WdE)
- Bibliothek
- Archiv
- Öffentlichkeitsarbeit
- Verwaltung
- Informationstechnik
- Geschäftszimmer
- Studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Geringfügig beschäftigte Mitarbeiter
- Praktikantinnen und Praktikanten

Forschung und Lehre. Zudem übernahm sie übergangsweise Aufgaben der vakanten Lektoratsstelle. Die Verwaltung wurde auch in diesem Jahr wieder von Anja Ahlers als externer Personalsachbearbeiterin unterstützt. Maria Akingunsade transkribierte für die Werkstatt der Erinnerung Interviews auf Honorarbasis und Joachim Szodrzynski lektorierte die Publikationen der FZH.

KURATORIUM

Dr. Eva Gümbel

Staatsrätin der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung (BWFG), Vorsitz

Katja Karger

Vorsitzende Deutscher Gewerkschaftsbund Hamburg, stellvertretender Vorsitz

Dr. Sabine Bamberger-Stemann

Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg

Dr. Rita Bake

Vorschlag der Deputation der BWFG (seit 1.9.)

Prof. Dr. Christoph Cornelißen

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der FZH

Ina Dinslage

Vorschlag der Deputation der BWFG

Dr. Manfred Jäger

Vorschlag der Deputation der BWFG

Peter Jaffé

Jüdische Gemeinde Hamburg

Prof. Dr. Dr. h. c. Dieter Lenzen

Präsident der Universität Hamburg (ab 26.9.)

Dr. Willfried Maier

Vorschlag der Deputation der BWFG (bis 15.8.)

Prof. Dr. Jetta Frost

Vizepräsidentin der Universität Hamburg (bis 25.9.)

PD Dr. Sven Tode

Vorschlag der Deputation der BWFG

- Kuratorium
- Wissenschaftlicher Beirat

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Prof. Dr. Christoph Cornelißen

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Vorsitzender

Prof. Dr. Angelika Schaser

Universität Hamburg, stellvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Andreas Gestrich

London

Prof. Dr. Birthe Kundrus

Universität Hamburg

Prof. Dr. Simone Lässig

German Historical Institute Washington

Prof. Dr. Cornelia Rauh

Leibniz Universität Hannover

Prof. Dr. Dieter Schott

Technische Universität Darmstadt

Prof. Dr. Detlef Siegfried

Universität Kopenhagen

Prof. Dr. Margit Szöllösi-Janze (bis 31.1.)

Ludwig-Maximilians-Universität München

2. FORSCHUNG

Die Forschungsprojekte der FZH sind auch weiterhin drei Schwerpunkten zugeordnet. Den ersten bildet die Geschichte des Nationalsozialismus sowie dessen »zweite Geschichte«, d.h. die politischen und gesellschaftlichen Folgen der NS-Diktatur sowie

die komplexe Geschichte persönlicher Erinnerungen, gesellschaftlicher Verarbeitungen und öffentlichen Gedenkens nach 1945.

Im zweiten Arbeitsschwerpunkt werden aktuelle Ansätze der Zeitgeschichtsforschung auf die Geschichte Hamburgs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bezogen. Dazu zählen u. a. der Wandel politischer Partizipation, Veränderungen wirtschaftlicher Strukturen, außenpolitischer Beziehungen und der Arbeitswelt sowie neue Formen individueller Lebensgestaltung.

Die Projekte des dritten Schwerpunkts – jüngere und jüngste Zeitgeschichte – setzen sich mit Phänomenen der politischen Kulturgeschichte von den späten 1960er Jahren bis in die 1980er Jahre auseinander.

Die konzeptionellen Ideen der Forschungsprojekte werden mit dem Wissenschaftlichen Beirat erörtert und im Kuratorium der FZH vorgestellt. In internen Forschungskolloquien wird regelmäßig über den Fortgang der einzelnen Projekte diskutiert. Mehrere Forschungsprojekte lassen sich verschiedenen Schwerpunkten der FZH zuordnen, sie werden in der folgenden Kurzdarstellung aber nur in einem Themenbereich genannt.

A) DER NATIONALSOZIALISMUS UND SEINE »ZWEITE GESCHICHTE«

- Erfahrungsgeschichte(n) – Die Entstehung und Entwicklung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Dr. Linde Apel)

In Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme wurden 21 Personen interviewt, die über ihr Engagement bei der Entstehung und Entwicklung dieser Gedenkstätte Auskunft gegeben haben. Die narrativen biografischen Interviews wurden auf Video aufgezeichnet. Weitere elf Interviews sind geplant. Aufgrund der Erweiterung des zu befragenden Personenkreises ist der Abschluss der Quellenerhebung für Juli 2020 vorgesehen. Die Interviews sollen in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und in der Werkstatt

der Erinnerung zur Verfügung stehen. In einem Folgeprojekt sollen sie unter erfahrungs- und erinnerungsgeschichtlichen Fragestellungen ausgewertet werden und als Grundlage für eine Ausstellung über die Geschichte der KZ-Gedenkstätte dienen.

- Nutznießer des Nationalsozialismus nach 1945. Vermögenskontrolle und materielle Entnazifizierung in Hamburg und München (Jessica Erdelmann, M. A.)

Nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reichs ordneten die Alliierten eine umfangreiche Vermögenskontrolle an. Betroffen waren nicht nur zahlreiche NS-Funktionäre, sondern auch höhere Beamte, Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder von Industrieunternehmen und Banken, die auf vielfältige Weise mit den Spitzen des NS-Staats- und Parteiapparats kooperiert hatten. Was mit diesen privaten Vermögenswerten der lokalen Funktionseliten nach 1945 geschah und wie sich die materiellen Maßnahmen auf sie auswirkten, untersucht Jessica Erdelmann in einem von der DFG geförderten Dissertationsprojekt. Verlauf und Auswirkungen der eingeleiteten vermögensrechtlichen Maßnahmen sollen im zeitlichen Längsschnitt von 1945 bis Anfang der 1960er Jahre unter der Leitfrage analysiert werden, warum manche Personen signifikant materiell bestraft wurden, während andere unbehelligt blieben. Ziel ist es, durch eine vergleichende Einzelfallanalyse am Beispiel von Hamburg und München lokalspezifische Faktoren zu ermitteln, die die Vermögensbehandlung bestimmt haben. Im Verlauf des ersten Jahres der Projektlaufzeit wurden die einschlägigen Bestände im Staatsarchiv Hamburg, im Historischen Archiv der Deutschen Bundesbank in Frankfurt und in The National Archives (Kew) in London gesichtet. Darüber hinaus wurden bereits Akten im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und im Staatsarchiv München eingesehen. Erste Einblicke in das Projekt gaben Vorträge im Rahmen des Hamburger Sommers des Wissens im Juni und im Zeitgeschichtlichen Kolloquium im Historischen Seminar an der Leibniz Universität in Hannover im Oktober 2019.

a) Der Nationalsozialismus und seine »zweite Geschichte«

- Erfahrungsgeschichte(n) – Die Entstehung und Entwicklung der KZ-Gedenkstätte Neuen-gamme
- Nutznießer des Nationalsozialismus nach 1945. Vermögenskontrolle und materielle Entnazifizierung in Hamburg und München

- Albert Schäfer. Ein Unternehmer in Hamburg zwischen Weimar und Nachkriegszeit (1929–1949)
(Sebastian Justke, M. A.)

Das Projekt beleuchtet das Wirken des Unternehmers Albert Schäfer in der Zeit von 1929 bis 1949. Schäfer war seit 1933 Generaldirektor der Phoenix Gummiwerke AG in Harburg, wurde 1937 Plenumsmitglied der Hamburger Handelskammer und stieg nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus zum Präses der Kammer auf. Der aus Köln stammende Industrielle war an den Kapitulationsverhandlungen Hamburgs beteiligt und geriet deswegen zuletzt wieder in den Fokus der Hamburger Öffentlichkeit. In dem Projekt wird folgenden Fragen nachgegangen: Welche Handlungsspielräume hatte Albert Schäfer in der Endphase der Weimarer Republik, in der Zeit des Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit und mit welchen Interessen und auf welche Weise nutzte er diese? Wie reagierte Albert Schäfer, der 1929 durch eine Firmenfusion einen Vorstandsposten bei der Continental AG, dem damals größten deutschen Gummiproduzenten erhalten hatte, auf die Weltwirtschaftskrise? Für die Zeit von 1933 bis 1945 richtet sich das primäre Forschungsinteresse auf Albert Schäfers Wirken als Fabrikherr der Phoenix Gummiwerke. Hier werden insbesondere die Aktivitäten der Firma in den nach Beginn des Kriegs besetzten Gebieten in den Blick genommen sowie der Umgang mit dem Einsatz von Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen. Ein weiterer Fragenkomplex befasst sich mit Wirtschaftnetzwerken im Nationalsozialismus, in die Schäfer eingebunden war. Damit soll auch der Frage nach personellen Kontinuitäten und Brüchen nachgegangen werden, die mit dem Wechsel der politischen Systeme erfolgten und für die Schäfer verantwortlich oder von denen er betroffen war. Schließlich wird untersucht, wie Albert Schäfer den Wiederaufbau der Phoenix Gummiwerke bis zu seinem Ausscheiden als Vorstandsvorsitzender im Jahr 1949 gestaltete. Welche Aufgaben und Funktionen erfüllte Schäfer seit seiner Berufung zum Präses in der Stadt? Wie ging Albert Schäfer in dieser Zeit als oberster Repräsentant der Hamburger Wirtschaft

mit deren nationalsozialistischer Vergangenheit um? 2019 wurden umfangreiche Quellenbestände im Staatsarchiv Hamburg und in den Archiven des Museums der Arbeit und der Handelskammer Hamburg gesichtet. 2020 soll das Projekt mit einer biografischen Studie abgeschlossen werden.

- Berichte US-amerikanischer Diplomaten in Mittel- und Osteuropa über Judenverfolgung und Holocaust 1939–1945 (Dr. Christoph Strupp)

Mit der Auswahl und Kommentierung von US-amerikanischen diplomatischen Berichten beteiligte sich der Bearbeiter an einer Online-Edition des Zentrums für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte in München. Die Edition dokumentiert Judenverfolgung und Holocaust in Mittel- und Osteuropa in der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Zwischenergebnisse wurden im März auf einem Workshop des Zentrums für Holocaust-Studien diskutiert. Im August wurden die Einleitung und die amerikanischen Berichte online gestellt (<https://diplomatic-reports.ehri-project-stage.eu/exhibits/show/diplomatic-reports/us-reports>). Das Projekt ist damit abgeschlossen.

B) HAMBURG SEIT DEN 1950ER JAHREN

- Linke und rechte Politisierung. Die Hamburger Schülerbewegung der 1960er und 1970er Jahre (Dr. Linde Apel)

Das Projekt befindet sich in der Phase der Niederschrift. Teilergebnisse wurden im Forschungs-Kolloquium zur Neueren und Neusten Geschichte von Prof. Dr. Petra Terhoeven und Prof. Dr. Dirk Schumann an der Georg-August-Universität Göttingen vorgestellt.

- a) Der Nationalsozialismus und seine »zweite Geschichte«
- Albert Schäfer. Ein Unternehmer in Hamburg zwischen Weimar und Nachkriegszeit (1929–1949)
- Berichte US-amerikanischer Diplomaten in Mittel- und Osteuropa über Judenverfolgung und Holocaust 1939–1945
- b) Hamburg seit den 1950er Jahren
- Linke und rechte Politisierung. Die Hamburger Schülerbewegung der 1960er und 1970er Jahre

- Historische Aufarbeitung des sogenannten Radikalenerlasses von 1972 in Hamburg (Dr. Alexandra Jaeger)

Im Auftrag des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg – Personalamt – trägt die FZH zur historischen Aufarbeitung des »Radikalenerlasses«, mit dem in den 1970er Jahren vermeintliche »Verfassungsfeinde« vom öffentlichen Dienst ferngehalten werden sollten, bei. Mit der Regelanfrage beim Verfassungsschutz wurden damals alle Bewerberinnen und Bewerber für den öffentlichen Dienst überprüft. In Hamburg gab es zwischen 1971 und 1978 rund 100 000 Anfragen. Etwa 90 Personen, zumeist Lehrerinnen und Lehrer, wurden abgelehnt oder entlassen. Kritikerinnen und Kritiker sprachen von »Berufsverboten«. Das Projekt untersucht die Hamburger Überprüfungsverfahren und ordnet diese zwischen »1968«, Kaltem Krieg und den Nachwirkungen des Nationalsozialismus historisch ein.

Die Auseinandersetzungen über den »Radikalenerlass« verweisen auf die gesellschaftlichen Umbruchprozesse in der Bundesrepublik: Vorstellungen von Staatlichkeit und dem Umgang mit Andersdenkenden veränderten sich im Laufe der 1970er Jahre – zumindest in Teilen der Gesellschaft. War 1971 der Hamburger Senat noch Vorreiter des Vorgehens gegen »Radikale im öffentlichen Dienst«, setzte sich 1978 der Hamburger Erste Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD) unter dem Motto »Mehr Toleranz wagen« für einen liberaleren Umgang mit Kommunistinnen und Kommunisten ein. Im Rahmen des Projekts wurde die Veröffentlichung des Buches »Auf der Suche nach Verfassungsfeinden. Der Radikalenbeschluss in Hamburg 1971 – 1987« vorbereitet, das im Juni 2019 in der Reihe »Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte« erschienen ist. Die Ergebnisse wurden u. a. in der Vortragsreihe der FZH vorgestellt. Zudem wurde eine Ausstellung zu dem Thema konzipiert, die im Hamburger Rathaus gezeigt werden soll. Hierfür wurden Recherchen durchgeführt, Entwürfe der Ausstellungstafeln erstellt und eine Podiumsdiskussion geplant.

- Friede mit Israel – Handel mit arabischen Regionen.
Hamburger Außenpolitik
(PD Dr. Kirsten Heinsohn)

Das Projekt wird 2020/21 weitergeführt, wenn der Vorstand wieder vollständig besetzt ist.

- Die Hamburger Geschichtswerkstätten-Bewegung in den 1980er und 1990er Jahren
(Lena Langensiepen, M.A.)

In zahlreichen Orten der Bundesrepublik begannen Anfang der 1980er Jahre zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure unter der Losung »Grabe wo du stehst«, die Geschichte ihrer Städte und deren Bewohnerinnen und Bewohner zu erforschen. Als selbsternannte Geschichtswerkstätten fragten die Initiativen nach den Alltagserfahrungen von in der historischen Forschung vernachlässigten Akteuren, wie Arbeiterinnen und Arbeitern, oder den Perspektiven von Frauen in der Geschichte. Auch interessierten sie sich für die lokalen Dimensionen des Nationalsozialismus und die Schicksale der im NS Verfolgten. Durch neue Formate wie Stadtteilrundgänge und Erzählcafés sollte der Zugang zur Geschichte verändert werden. In Hamburg entstanden in den 1980er Jahren über zehn Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive in zahlreichen Stadtteilen. In dem Dissertationsprojekt sollen diese Initiativen erstmalig systematisch betrachtet werden. Ziel ist es, zu verstehen, weshalb sich zu Beginn der 1980er Jahre ein gesteigertes Interesse an Lokal- und Alltagsgeschichte in Hamburg entwickelte, und nachzuvollziehen, wie sich die Initiativen im Laufe der 1980er und 1990er Jahre als Akteure der Erinnerungskultur in der Stadt etablierten.

Im vergangenen Jahr konnte die Bearbeiterin die Quellensichtung und -auswertung abschließen und auf dieser Grundlage eine Gliederung der Arbeit erstellen. Ergebnisse des Projektes wurden bei einer Tagung der Hamburger Geschichtswerkstätten und im

b) Hamburg seit den 1950er Jahren

- Historische Aufarbeitung des sogenannten Radikalenerlasses von 1972 in Hamburg
- Friede mit Israel – Handel mit arabischen Regionen. Hamburger Außenpolitik
- Die Hamburger Geschichtswerkstätten-Bewegung in den 1980er und 1990er Jahren

Oberseminar von Prof. Dr. Schott am Institut für Geschichte der Technischen Universität Darmstadt diskutiert.

- Struktur- und Funktionswandel des Hamburger Hafens 1945–2005 (Dr. Christoph Strupp)

Im Spannungsfeld von Tradition und Wandel untersucht das Projekt lokale, regionale und globale Entwicklungen im Hamburger Hafen in räumlicher Perspektive – von der Struktur und der Nutzung des Hafengebietes und seiner Erweiterungsflächen über die Hinterlandanbindungen bis hin zur Einbindung in weltweite Verkehrsbeziehungen. Es nimmt dabei wirtschaftliche und politische Vernetzungen im Hafen, zwischen Hafen und Stadt sowie in europäischer und globaler Perspektive in den Blick. Im Jahr 2019 standen europapolitische Dimensionen des Hafens, seine Industriefunktion sowie Aspekte der Musealisierung des Hafens im Mittelpunkt der Forschungen.

- Hamburg-Geschichtsbuch digital: Hamburg in den 1990er und frühen 2000er Jahren (Dr. Christoph Strupp)

Das digitale Hamburg-Geschichtsbuch ist eine von der Behörde für Schule und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg sowie weiteren Institutionen aus Wissenschaft und Bildung geförderte Website (<http://geschichtsbuch.hamburg.de/>). Sie stellt wissenschaftlich valide Informationen und Materialien zur Geschichte Hamburgs von den Anfängen bis in die Gegenwart bereit. Die FZH ist Kooperationspartnerin des Projektes. Die Website wurde 2019 um einen Überblicksartikel zur Geschichte Hamburgs in den 1990er und frühen 2000er Jahren ergänzt und damit dicht an die Geschichte der Gegenwart herangeführt.

C) JÜNGERE UND JÜNGSTE ZEITGESCHICHTE

- Apartheid im »Strukturbruch«. Wahrnehmungen und Praktiken schwedischer und bundesdeutscher Manager im Südafrika der 1970er und 1980er Jahre
(PD Dr. Knud Andresen)

Das Projekt gehört zu einem Verbund von bundesdeutschen und dänischen Untersuchungen, die aus unterschiedlichen Perspektiven nach europäischen Wahrnehmungen der Apartheid fragen (siehe auch das FZH-Projekt »Westdeutsche Pfarrer im Land der Apartheid« von Sebastian Justke).

In dem Projekt werden Wahrnehmungen und Praktiken westdeutscher und schwedischer Manager multinationaler Konzerne der Metall- und Automobilindustrie im Südafrika der 1970er und 1980er Jahre vergleichend untersucht. Die Ergebnisse werden einen Beitrag zur Debatte um moralische und ethische Aushandlungsprozesse im ökonomischen Feld leisten. Das Projekt befindet sich in der Phase der Verschriftlichung, die sich durch zwei Lehrstuhlvertretungen des Bearbeiters jedoch verzögerte.

- Small versus Big? Danish-German Reciprocal Perceptions since 1945
(PD Dr. Kirsten Heinsohn)

Dieses Projekt widmet sich den gegenseitigen Perzeptionen der deutschen und der dänischen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in historischer Perspektive. Es basiert auf einer internationalen Kooperation zwischen der Universität Kopenhagen (Detlef Siegfried), der Süddänischen Universität in Odense (Steen Bo Frandsen) und der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Kirsten Heinsohn). 2019 haben die dänischen Kooperationspartner Anträge zur Finanzierung von Forschungsprojekten vorbereitet.

b) Hamburg seit den 1950er Jahren

- Struktur- und Funktionswandel des Hamburger Hafens 1945–2005
- Hamburg-Geschichtsbuch digital: Hamburg in den 1990er und frühen 2000er Jahren

c) Jüngere und jüngste Zeitgeschichte

- Apartheid im »Strukturbruch«. Wahrnehmungen und Praktiken schwedischer und bundesdeutscher Manager im Südafrika der 1970er und 1980er Jahre
- Small versus Big? Danish-German Reciprocal Perceptions since 1945

- Westdeutsche Pfarrerinnen und Pfarrer im Land der Apartheid. Wahrnehmungen, Erfahrungen und Reaktionen im südlichen Afrika von den 1970er bis zu den 1990er Jahren (Sebastian Justke, M. A.)

Das Dissertationsprojekt wurde mit der Disputation im Februar 2019 erfolgreich abgeschlossen. Die von Axel Schildt und Detlef Siegfried betreute Arbeit untersucht die weitgehend unerforschte Geschichte westdeutscher evangelischer Pfarrer, die während der Apartheidära über das Kirchliche Außenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland in die deutschsprachigen evangelisch-lutherischen Kirchen Südafrikas oder Namibias entsandt wurden. Der Umgang mit der Apartheid wurde seit den 1970er Jahren zunehmend zu einem Grundkonflikt zwischen den sogenannten Auslandspfarrern und den Mitgliedern der Auslandsgemeinden. Der Konflikt berührte Fragen nach der Lebensführung sowohl der Pfarrer als auch der Gemeindemitglieder im südlichen Afrika. Die Manifestationen des Apartheidsystems begegneten den westdeutschen Geistlichen im beruflichen wie im privaten Alltag in unterschiedlichen Bereichen. Zentrale Dimensionen, bei denen die Auslandspfarrer die Auswirkungen der Apartheidpolitik zu spüren bekamen, waren die Arbeit in der eigenen Gemeinde, die persönlichen und beruflichen Verflechtungen mit deutschen Privat- und südafrikanischen Regierungsschulen, der Bereich des Wohnens sowie der Kontakt zu Gemeinden und Kirchen, deren Mitglieder der unterdrückten Mehrheitsbevölkerung angehörten. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Auslandspfarrer in ein grenzüberschreitendes Beziehungsgeflecht eingebunden waren, das unterschiedliche kirchliche Akteure in der Bundesrepublik, in Südafrika und in Namibia während der Apartheidära miteinander verband und deren Reaktionen auf die Apartheid beeinflusste. Die Studie bietet einen Beitrag zu einer westdeutschen Zeitgeschichte, die außerhalb der nationalstaatlichen Grenzen nach Spuren bundesrepublikanischer Geschichte sucht und deren transnationale Verflechtungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts beleuchtet.

Die Druckfassung der Dissertation wird im Februar 2020 in

der Reihe »Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte« erscheinen.

- Die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung (DGfS) von 1950 bis in die 1970er Jahre. Zum Verhältnis von Sexualwissenschaft und öffentlichem Sexualitätsdiskurs (Moritz Liebeknecht, M.A.)

Das Dissertationsprojekt wurde von Juni 2015 bis November 2018 von der DFG gefördert und untersucht die Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung (DGfS) von ihrer Gründung 1950 bis in die 1970er Jahre. Dabei steht einerseits die Institutionalisierung der Sexualwissenschaft in der frühen Bundesrepublik im Fokus sowie andererseits die Rolle der interdisziplinären Fachgesellschaft DGfS innerhalb des gesellschaftlich-politischen Sexualitätsdiskurses der 1950er bis 1970er Jahre.

Im Zuge der weitreichenden Liberalisierungstendenzen der »langen 1960er Jahre« haben sich gesellschaftliche Auffassungen von sexueller »Normalität« und »Perversion« ebenso verschoben und gewandelt wie der staatlich-juristische Umgang mit Sexualität. Die zunehmende Popularisierung des Themas Sexualität während dieses Zeitraumes blieb auch für die Akteure der DGfS nicht ohne Folgen. Für die Sexualforscher änderten und erweiterten sich die Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume ihres wissenschaftlichen Wirkens.

Im Rahmen des Projekts werden die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen der Sexualwissenschaft auf der einen und dem Sexualitätsdiskurs auf der anderen Seite untersucht und die Verwobenheit der Sexualwissenschaft mit gesellschafts- und politikhistorischen Zusammenhängen genauer beleuchtet.

Im Dezember 2018 wurde die Dissertation unter dem Titel »Sexualität im Fokus der Wissenschaft. Die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung, Hans Giese und der Wandel der westdeutschen Sexualkultur von 1950 bis in die 1970er Jahre« an der Fakultät für Geisteswissenschaften der Universität Hamburg eingereicht.

c) Jüngere und jüngste Zeitgeschichte

- Westdeutsche Pfarrerinnen und Pfarrer im Land der Apartheid. Wahrnehmungen, Erfahrungen und Reaktionen im südlichen Afrika von den 1970er bis zu den 1990er Jahren
- Die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung (DGfS) von 1950 bis in die 1970er Jahre. Zum Verhältnis von Sexualwissenschaft und öffentlichem Sexualitätsdiskurs

Die Arbeit wurde Ende Mai 2019 erfolgreich verteidigt und wird voraussichtlich im dritten Quartal 2020 in der Reihe »Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte« veröffentlicht.

- Nichtstun. Zur Konstruktion gesellschaftlicher Ordnung seit den 1950er Jahren
(Dr. Yvonne Robel)

Das Projekt nimmt die gegenwärtig nahezu inflationäre Hinwendung zu Muße, Müßiggang und Faulheit zum Ausgangspunkt, um nach Kontinuitäten und Wandlungsprozessen in der öffentlichen Wahrnehmung dieser Phänomene seit den 1950er Jahren zu fragen. Ziel ist es zum einen zu zeigen, dass sich Menschen im Sprechen über Phänomene des Nichtstuns nicht nur über ihr Verhältnis zu Arbeit und Zeit verständigen, sondern auch über Ideen vom menschlichen Zusammenleben, über Zukunftsvorstellungen, über Eigen- und Fremdzuschreibungen, Körperbilder sowie ihren Bezug zu Wohlstand und Konsum. Zum anderen soll diskutiert werden, wie sich das hierbei zutage tretende Wechselspiel aus Ängsten, Sehnsüchten und Selbstermächtigungen zu einer Geschichte der Liberalisierung und zu dem für die 1970er Jahre vielfach konstatierten gesellschaftlichen Wandel verhält.

Das Projekt befindet sich in der Phase der Niederschrift. Im Jahr 2019 wurde zudem weiteres Archivmaterial (in Brauweiler bei Köln) gesichtet.

- Pioniere des Digitalen. Die Hacker- und Mailboxszene der 1980er Jahre
(Matthias Röhr, M. A.)

Das bis November 2018 von der DFG geförderte Promotionsprojekt erforschte aus der Perspektive der bundesdeutschen »Hacker- und Mailboxszene« die »Computerisierung« in der Bundesrepublik in den 1970er und 1980er Jahren.

Mit dem Aufkommen von Mikroelektronik und neuen Übertragungstechnologien verschwammen seit den 1960er Jahren die Grenzen zwischen Datenverarbeitung und Telekommunikation. Dies führte in den USA dazu, dass die vormals einflussreichen Telekommunikationsmonopolisten im Laufe der 1970er Jahre zunächst in die Defensive gerieten und ab 1980 ein umfassender Liberalisierungsprozess einsetzte, der auch auf die Bundesrepublik ausstrahlte. In den USA nutzten Computerbastler die neuen Freiheiten der Telekommunikation, um preiswerte Heimcomputer als neuartige Kommunikationsmedien zu verwenden.

In der Bundesrepublik befasste sich zunächst eine von der Medienarbeit des alternativen Milieus geprägte Hacker- und Mailboxszene mit dem Heimcomputer als Medium, geriet hier aber in Konflikte mit dem noch bestehenden Telekommunikationsmonopol und einer im Alternativen Milieu verbreiteten grundsätzlichen Skepsis gegenüber Computern. Die Szene bewegte sich in den 1980er Jahren daher in einem dynamischen gesellschaftlich-politischen Spannungsfeld, das von einer rasanten technischen Entwicklung, dem Abbau von staatlichen Monopolen und neuartigen Medienpraktiken geprägt wurde.

Dass Projekt wurde im August 2019 mit der Einreichung einer Dissertation abgeschlossen.

- Hamburg im Visier der DDR
(Prof. Dr. Dorothee Wierling)

Das von der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur bis zum 31. Februar 2019 geförderte Projekt ist die erste Studie, in deren Mittelpunkt die DDR-Westpolitik in Bezug auf eine bundesrepublikanische Stadt exemplarisch untersucht wird. Im Untersuchungszeitraum – vom Jahr des Mauerbaus bis zum Jahr des Mauerfalls – werden die Aktivitäten von SED, Blockparteien, Massenorganisationen und Staatssicherheit der DDR im Hinblick auf hamburgische Politik, Kultur und Wirtschaft erforscht. Die Archivstudien im Staatsarchiv Hamburg, in der Handelskammer

c) Jüngere und jüngste Zeitgeschichte

- Nichtstun. Zur Konstruktion gesellschaftlicher Ordnung seit den 1950er Jahren
- Pioniere des Digitalen. Die Hacker- und Mailboxszene der 1980er Jahre
- Hamburg im Visier der DDR

Hamburg, im Bundesarchiv Berlin und im Archiv der Bundesbehörde für die Unterlagen der Staatssicherheit (BStU) ergaben eine Fülle von Material. Thematisch umfasst das die Beobachtung und Beeinflussung politischer Akteure, die Ausweitung der Beobachtung im Rahmen der Entspannungspolitik, besondere Ziele wie Personen und Organisationen, die (vermeintlich) in der Fluchthilfe engagiert waren, Probleme der Elbeverschmutzung und die Auslagerung von Giftabfällen in die Deponie Schönberg sowie die Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und Dresden. Den größten Teil des Aktenmaterials (ca. 80 Prozent) machen die Bestände der BStU aus, insbesondere die Unterlagen zu den zahlreichen wirtschaftlichen Kontakten zwischen Hamburg und der DDR. Im Februar 2018 konnten die Archivrecherchen beendet werden. Allerdings verzögerte sich der Fortgang der Arbeit wegen der aufwendigen Schwärzung (Schutz persönlicher Daten) der ca. 8000 Kopien aus der BStU, die erst im Herbst 2019 abgeschlossen war. Da die Bearbeiterin zwischenzeitlich andere Verpflichtungen eingegangen ist, kann die Niederschrift erst im Jahre 2020 beginnen.

Neben diesen oben aufgeführten Projekten zu den drei Forschungsschwerpunkten gibt es an der FZH auch Arbeitsvorhaben, welche die Grenzen gängiger historischer Periodisierungen bewusst überschreiten. Diese Untersuchungen konzentrieren sich auf längerfristige Entwicklungen und Veränderungen im 20. Jahrhundert. Eine solche »Jahrhundertperspektive« erlaubt es, vermeintliche Epochengrenzen zu problematisieren und auf unerwartete Kontinuitäten oder scheinbare Brüche genauso hinzuweisen wie auf tatsächliche Zäsuren und Veränderungen im Laufe des »langen 20. Jahrhunderts«.

■ Zeiterfahrung – Zeitdeutung – Zeitgeschichte:

Eva Gabriele Reichmann
(PD Dr. Kirsten Heinsohn)

Das Projekt befindet sich weiterhin in der Phase der Niederschrift.

■ Hannah Rentschler, M.A.

Hannah Rentschler bereitete das Manuskript ihrer im September 2018 eingereichten Masterarbeit über die Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen (ahf) zur Publikation vor. Im Fokus standen zum einen die Arbeitsweise, das Selbstverständnis sowie die Öffentlichkeitswirksamkeit dieser traditionellen Frauenorganisation im Zeitraum von 1966 bis 1986. Zum anderen wurde nach Wechselwirkungen und Berührungspunkten mit der Neuen Frauenbewegung gefragt. Die überarbeitete Version wurde im August 2019 im Dölling und Galitz Verlag in der Reihe »Hamburger Zeitspuren« veröffentlicht. Daran anknüpfend konzipiert Hannah Rentschler ein neues Forschungsprojekt, zu dem voraussichtlich Anfang 2020 ein Antrag bei der DFG eingereicht werden soll.

DRITTMITTEL

(Birgit Steude, M. A. / Susanne Linnig)

Für die laufenden Forschungsprojekte an der FZH wurden 2019 insgesamt 126 049,65 Euro an Drittmitteln zur Verfügung gestellt. Davon stellten der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg 50 000,00 Euro, die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) 41 180,38 Euro und die Hamburger Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung (BWFG) 30 000,00 Euro bereit.

Die Gelder des Hamburger Senats ermöglichen ein bis in das Jahr 2020 laufendes Projekt zur »historischen Aufarbeitung des sog. Radikalenerlasses von 1972 in Hamburg«. Dieses Jahr konnte bereits die Veröffentlichung der dazugehörigen Monografie erfolgen.

c) Jüngere und jüngste
Zeitgeschichte

Zeiterfahrung – Zeit-
deutung – Zeitge-
schichte: Eva Gabriele
Reichmann

Dank der Mittel der DFG startete dieses Jahr das Projekt »Nutznießer des Nationalsozialismus nach 1945. Vermögenskontrolle und materielle Entnazifizierung in Hamburg und München«.

Die Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung (BWFG) ermöglichte die Anschaffung neuer Software für das Archiv und die Werkstatt der Erinnerung. Auch konnten anstehende Renovierungsarbeiten durchgeführt werden.

Die durch eine Schenkung der Katharina und Gerhard Hoffmann Stiftung im Jahre 2007 ermöglichte Aufnahme von Büchern in den Bestand der FZH-Bibliothek wurde abgeschlossen.

Die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur förderte die weitere Aufarbeitung des Archivbestandes »Archivalien der KPD-Opposition / der Gruppe Arbeiterpolitik«.

Dank der Spende von Dieter Maul können zukünftig der Bestand der Hamburgischen Landesstelle gegen die Suchtgefahren e. V. (HLS) aus den Jahren 1949 bis 1979 sowie die Materialsammlungen von Herrn Maul zu den Bereichen Bildung, Soziales, Gewerkschaften, Studentenbewegung und Anti-Atomkraft-Bewegung geordnet und erschlossen werden.

Wir danken allen Förderern für ihre Unterstützung.

3. KOOPERATIONSBEZIEHUNGEN

Mit der Universität Hamburg ist die FZH satzungsgemäß verbunden:

Der Direktor / die Direktorin der FZH ist zugleich Professor / Professorin für Neuere Geschichte am Fachbereich Geschichte der Universität Hamburg. Die stellvertretende Direktorin sowie ein wissenschaftlicher Mitarbeiter sind Privatdozentin respektive Privatdozent für Neuere Geschichte am Fachbereich Geschichte der Universität Hamburg. Die Universität ist durch zwei Mitglieder im Wissenschaftlichen Beirat der FZH repräsentiert, ein Vertreter der Universität ist Mitglied im Kuratorium.

SONSTIGE INSTITUTIONELLE KOOPERATIONS- BEZIEHUNGEN

A) MITGLIEDSCHAFT IN VEREINIGUNGEN VON HISTORIKERINNEN UND HISTORIKERN

Arbeitskreis für Historische Frauen- und Geschlechter-
forschung e. V., Vorstandsmitglieder: Kirsten Heinsohn,
Hannah Rentschler

German Labour History Association, Vorstandsmitglied:
Knud Andresen

Verein für Hamburgische Geschichte, Vorstandsmitglied:
Linde Apel

B) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN ZEITHISTORISCHER INSTITUTE UND ANDERER EINRICHTUNGEN

Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte und Public
History (zuvor: Institut für schleswig-holsteinische Zeit-
und Regionalgeschichte), Mitglied der Wissenschaftlichen
Beratung: Kirsten Heinsohn

Sonstige institutionelle
Kooperations-
beziehungen

a) Mitgliedschaft in
Vereinigungen von
Historikerinnen und
Historikern

b) Mitgliedschaft in
Gremien zeithistorischer
Institute und anderer
Einrichtungen

- C) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN ÖFFENTLICHER
EINRICHTUNGEN
- Arbeitskreis Hamburger Archive (AHA): Kirsten Schaper
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Wissenschaftlicher
Beirat: Kirsten Heinsohn
- Handelskammer Hamburg, Kommission »Verantwortungs-
biographien«: Kirsten Heinsohn
- Hamburger Überlieferungsverbund Nachlässe (HÜV):
Kirsten Schaper
- Ehemaliger Hannoverscher Bahnhof, Mitglied der Experten-
runde: Linde Apel
- Stiftung Hanseatisches Wirtschaftsarchiv, Beirat:
Christoph Strupp
- Kulturbehörde, Gedenkort Stadthaus, Beirat:
Kirsten Heinsohn
- KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Mitglied der Fachkommis-
sion: Kirsten Heinsohn
- Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, Beirat:
Kirsten Heinsohn
- D) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN PRIVATER STIFTUNGEN
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Promotionsprogramm »Erforschung
der sozialen Demokratie(n) und ihrer Bewegungen. Histo-
rischer Wandel, gegenwärtige Effekte und Perspektiven für
die Zukunft«, Beirat: Knud Andresen
- Hans-Böckler-Stiftung, Vertrauensdozent: Knud Andresen
- Stiftungsfond Hamburger Geschichtswerkstätten, Wissen-
schaftlicher Beirat: Linde Apel
- Max-Brauer-Preis der Alfred Toepfer-Stiftung F.V.S, Kurato-
rium: Linde Apel
- Herbert und Elsbeth Weichmann-Stiftung, stellvertretende
Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats: Kirsten Hein-
sohn

- E) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN HISTORISCHER BZW. ZEIT-
GESCHICHTLICHER ZEITSCHRIFTEN UND BUCHREIHEN
Archiv für Sozialgeschichte, Redaktionsmitglied: Kirsten
Heinsohn
»feministische studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frau-
en- und Geschlechterforschung«, Wissenschaftlicher Beirat:
Kirsten Heinsohn
H-SOZ-KULT, Redaktionsmitglied: Kirsten Heinsohn
Online-Quellenedition »Hamburger Schlüsseldokumente zur
deutsch-jüdischen Geschichte« [http://juedische-geschichte-
online.net/](http://juedische-geschichte-online.net/), Mitherausgeberin: Kirsten Heinsohn
»Hamburger Selbstzeugnisse« Reihe des Vereins für Ham-
burgische Geschichte, Herausgeberin: Linde Apel
Stormarn Lexikon Online, Redaktion: Hannah Rentschler
»WerkstattGeschichte« Mitglied der Redaktion und des
Herausgeberkreises der Zeitschrift: Yvonne Robel

Sonstige institutionelle
Kooperations-
beziehungen

- c) Mitgliedschaft in
Gremien öffentlicher
Einrichtungen
d) Mitgliedschaft in
Gremien privater
Stiftungen
e) Mitgliedschaft in
Gremien historischer
bzw. zeitgeschichtlicher
Zeitschriften und
Buchreihen

4. BIBLIOTHEK

(Dorothee Mateika, Dipl. Dok. / Christiane Riemer, Dipl. Bibl.)

Die Bibliothek verzeichnete 916 Neuzugänge (2018: 1565). Insgesamt 1800 Titel (2018: 3234) wurden an Nutzer und Nutzerinnen ausgeliehen. Hamburger Medienhäuser, aber auch die Hamburger Universität und andere Forschungseinrichtungen sowie Museen richteten 250 (2018: 117) Anfragen an die Bibliothek. Im Jahr 2019 riefen die Bibliotheksmitarbeiterinnen und -mitarbeiter 6200 Titel (2018: 4659) in der Katalogisierungssoftware auf und verwendeten sie zu Rechercheauskünften. Zahlreiche Rechercheanfragen erreichten die Bibliothek nicht nur aus Hamburg und dem gesamten Bundesgebiet, sondern auch aus Großbritannien, Japan oder Indien.

2019 befassten sich die Mitarbeiterinnen der Bibliothek mit der Umstellung des Campus-Katalogs auf K10plus, die neue Daten-

bank der Bibliotheksverbände BSZ und GBV mit rund 200 Millionen Bestandsnachweisen. Seit dem Produktionsstart am 25. März katalogisieren die angeschlossenen Bibliotheken, so auch die FZH-Bibliothek, ihre Bestände in diesen Datenpool und beziehen von dort Metadaten für ihre Systeme.

Die Hamburger Staats- und Universitätsbibliothek setzt das Digitalisierungsprojekt »Hamburger Kulturgut im Netz (HaKiN)« um. Bei einer Befragung der SUB im Jahr 2015/16 wurde ein Digitalisierungsbedarf der FZH-Bibliothek von 2000 Titeln aus den Bereichen »Frühe Schriften der beginnenden Arbeiterbewegung«, »Nationalsozialismus«, »Frühe Erinnerungsliteratur aus den ehemaligen Konzentrationslagern« und »Bestände aus Kriegs- und Nachkriegszeiten« geschätzt. Nach umfangreichen Vorrecherchen wurden im Dezember 2019 zunächst rund 560 Titel an einen externen Dienstleister übergeben. Die fertigen Digitalisate werden anschließend über die Website der Staatsbibliothek unter »Digitalisierte Bestände« frei zugänglich sein. Etwa 60 Titel, für die keine Rechte ermittelt werden konnten, werden inhouse präsentiert, d. h. diese Digitalisate sind nur im Lesesaal der FZH zugänglich.

Ebenfalls in der SUB angesiedelt ist das DFG-Projekt »Digitalisierung historischer Zeitungen des deutschen Sprachraums: Parteipresse der Arbeiterbewegung 1875–1933 und des Nationalsozialismus 1928–1945 in Hamburg und Harburg«. Karl-Otto Schütt kümmerte sich um die Zulieferung einzelner Ausgaben der »Gerichtszeitung« oder von Beilagen des Hamburger Fremdenblattes, wodurch Bestandslücken geschlossen werden konnten.

Ein Thema aus den Vorjahren blieb virulent: Aufgrund des Platzmangels konnten weniger Geschenke und Nachlässe angenommen werden als in den Jahren zuvor. Aufgenommen wurde eine Schenkung, die aus Literatur zeitgenössischer rechtsgerichteter Verlage und einer Sammlung von linksautonomen Broschüren besteht. Außerdem wurde der Zustand der Magazinräume überprüft. Um die Luftfeuchtigkeit in zentralen Lagerräumen stabil niedrig zu halten, wurden zwei neue, leistungsstärkere Luftentfeuchter angeschafft.

Dorothee Mateika sichtet, prüft, katalogisiert und systema-

tisiert Schenkungen, Spenden und Belegexemplare, Nachlässe sowie Übernahmen aus anderen Bibliotheken und vertritt die Bibliotheksleitung. Außerdem arbeitete sie zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften aus dem FZH-Archiv in den Bibliotheksbestand ein. Der Zeitschriftenbestand umfasst derzeit 60 laufende Periodika zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert und weist insgesamt Bestände an 4500 Zeitschriften oder Zeitungen nach. Hartmut Finkeldey war in den Bereichen Bestandspflege und mechanische Buchbearbeitung tätig. Die auswärtige Literatur für die wissenschaftlichen Projekte der FZH wird seit Januar von Mona Tilgner beschafft.

Während des »Sommer des Wissens Hamburg« vom 20. bis 23. Juni boten Karl-Otto Schütt und Dorothee Mateika öffentliche Führungen durch die Bibliothek an. Auch erhielten Studierende des Fachbereichs Geschichte eine Einführung in die Bibliothek sowie eine Führung durch die Magazinräume. Den »Girls' Day and Boys' Day« verbrachten eine Schülerin und ein Schüler in der Bibliothek. Sie entzifferten einen kurzen Zeitungsartikel in Frakturschrift und handschriftliche Notizen in Sütterlin. Eine kurze Führung durch die Bibliotheksräume rundete die Veranstaltung ab.

5. ARCHIV

(Kirsten Schaper, M. A.)

Im Jahr 2019 erreichten das Archiv 158 Nutzungsanfragen (2018: 168). 61 Personen nahmen vor Ort Einsicht in Archivmaterialien. Weiteren 13 Personen und Institutionen wurden Kopien der gesuchten Unterlagen zugeschickt, so dass in der Summe 74 Nutzungsvorgänge zu verzeichnen sind (2018: 46). Darüber hinaus stellte die Leiterin die Archivarbeit und ausgewählte Bestände des FZH-Archivs in zwei Seminaren des Fachbereichs Geschichte vor. Im Juni war eine Gruppe von Mitarbeiterinnen aus Archiven der DDR-Bürgerrechtsbewegung zu Besuch.

Der am häufigsten genutzte Bestand in diesem Jahr war das Beate-Uhse-Archiv. Zum einen jährte sich 2019 der Geburtstag der Unternehmerin zum hundertsten Mal, weshalb sich Presseanfragen häuften. Zum anderen koordiniert das Deutsche Hygienemuseum Dresden derzeit den interdisziplinären Forschungsverbund »Dinge und Sexualität. Produktion und Konsumtion im 20. und 21. Jahrhundert«, so dass wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zugehörigen Teilprojekte intensiv in der Unternehmens- und Privatüberlieferung recherchierten. Außerdem erschienen eine Biografie und ein Katalog, die auf viele Informationen und Bildmaterialien aus dem Bestand zurückgreifen. Mehrfach bestellt wurden weiterhin die Materialsammlungen zum SDS, der Bestand des Jugendherbergswerks Nordmark, der Bestand der Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen, das Hans-Schwarz-Archiv, die Nachlässe von Günter Amendt, Harry Goldstein und Martin Weiß sowie die Tagebücher von Luise Solmitz.

Folgende größere Ausstellungen, Publikationen und Theaterproduktionen im Jahr 2019 verwerteten Unterlagen aus dem FZH-Archiv:

- Jörg Schilling, Die Jugendherberge / Haus der Jugend auf dem Stintfang (Hamburger Bauheft 29), Hamburg 2019.
- Katrin Rönicke, Beate Uhse. Ein Leben gegen Tabus, Salzburg / Wien 2019.
- Nadine Beck, Plug + Play. 150 Jahre Vibrator – Ein Jubelband, Marburg 2019.
- »Die Stadt ohne. Juden Muslime Flüchtlinge«, Ausstellung im NS-Dokumentationszentrum München und im Staatlichen Textil- und Industriemuseum Augsburg mit Ausstellungskatalog.
- Verschwörungstheorien – gestern und heute, Ausstellung im LWL-Landesmuseum Kloster Dalheim mit Ausstellungskatalog.
- Gier. Weimar – Die erhitzte Republik, eine Produktion des axensprung Theaters Hamburg.

Auch in diesem Jahr galt der 2018 beschlossene Aufnahmestopp für das Archiv. Von den 25 Angeboten wurden dennoch sechs Nachlieferungen zu bereits vorhandenen Beständen angenommen sowie sieben Neuaufnahmen vereinbart. Unter diesen ist das Privatarchiv des Ehepaars Grolle hervorzuheben. Prof. Joist Grolle, Historiker und SPD-Politiker, seit 1978 Senator, von 1980 bis 1987 Präses der Hamburger Schulbehörde, und Dr. Ingeborg Grolle, deren Forschungsschwerpunkt auf der Frauen- und Sozialgeschichte Hamburgs liegt, übergaben im Juli den ersten Teil ihres Vorlasses zur Archivierung an die FZH. Er wurde inzwischen von Svenja Röhling, der studentischen Mitarbeiterin des Archivs, geordnet und für die Erstellung eines Findbuchs vorbereitet.

Um die zunehmende Platznot in den Archivmagazinen zu entspannen, wurden im Juni nicht bearbeitete und daher nicht für die Benutzung geeignete Unterlagen aus DGB- und SPD-Beständen im Umfang von 120 Umzugskartons ausgelagert. Sie sind in einem externen Aktenlager gesichert und können zügig von dort zurückgeführt werden. Zuvor war die Übergabe des Bestandes des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK) an die Stiftung Hanseatisches Wirtschaftsarchiv SHWA vereinbart worden, wo die Unterlagen nun zur Verfügung stehen.

Eine wichtige Entscheidung wurde hinsichtlich der Anschaffung der Archivsoftware ActaPro gefällt, die von der Werkstatt der Erinnerung und dem Archiv der FZH gemeinsam genutzt werden wird. Sie ermöglicht eine strukturierte und detaillierte Erschließung und Verwaltung verschiedenster Archivalientypen nach den gängigen archivfachlichen Standards, die getrennte Verwaltung des Oral-History-Archivs und des Aktenarchivs bei gleichzeitigen inhaltlichen Verweisfunktionen, die Einbindung von Digitalisaten und nicht zuletzt die Verlinkung mit externen Informationsressourcen wie dem Archivportal D oder der aus dem Bibliotheksbereich bekannten gemeinsamen Normdatei OGND. Die Übertragung der bisher vorhandenen Erschließungsdaten aus den jetzigen getrennten Datenbanken ist für das kommende Jahr geplant.

Kirsten Schaper besuchte mehrere Fachveranstaltungen und Fortbildungen. Vom 27. bis 29. März fand in Frankfurt/Oder

die Frühjahrstagung der Archive der Hochschulen sowie wissenschaftlicher Institutionen im Verband (Fachgruppe 8) deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) statt. Auf einem Treffen des Arbeitskreises Bremer Archive am 14. Mai und auf dem 89. Deutschen Archivtag in Suhl vom 17. bis 20. September wurden vorrangig die Konsequenzen der im Mai 2018 verabschiedeten Datenschutz-Grundverordnung für die Archive diskutiert. Daraus resultierte eine Überarbeitung der Benutzungsordnung und des Benutzungsantrags für das Archiv sowie die Ausarbeitung eines Antragsformulars auf Schutzfristenverkürzung, die am 15. Dezember 2019 in Kraft traten. Am 8. November traf sich nach längerer Pause im Staatsarchiv der Hamburger Überlieferungsverbund Nachlässe (HÜV), um die Kooperation von 15 Hamburger Archiven wiederaufzunehmen.

Lothar Degen verzeichnete bis September 2019 den Nachlass Heinrich Brandlers aus dem KPD(O)/IVKO-Archiv. Svenja Röhling unterstützte weiterhin das Archiv als studentische Mitarbeiterin. Als Praktikantinnen waren Mascha Menzel und Laura Michelbrink im Archiv tätig.

6. WERKSTATT DER ERINNERUNG – HAMBURGER LEBENSÄUFE (WDE)

(Dr. Linde Apel / Lena Langensiepen, M. A.)

Die Werkstatt der Erinnerung (WdE) erhielt im Berichtsjahr 200 Anfragen (2018: 195). Um Beratung von Oral-History-Projekten baten 51 Personen, Institutionen oder Initiativen (2018: 48). Einsicht in Interviews und autobiografischen Dokumente vor Ort nahmen 36 Personen (2018: 49). Insgesamt wurden 545 Interviews eingesehen (2018: 674). Studierende und Universitätsangehörige aus dem In- und Ausland sind die wichtigsten, aber nicht die einzigen Nutzer der Sammlungen der WdE. Die Mehrheit der

Anfragen hatte einen wissenschaftlichen Hintergrund, d.h. die eingesehenen Interviews wurden für Arbeiten im Rahmen des Studiums oder für akademische Abschlussarbeiten genutzt. An zweiter Stelle standen Anfragen aus pädagogischen oder erinnerungskulturellen Bereichen. Hinzu kamen Anfragen aus familien-geschichtlichen und journalistischen Interessen. Neben Anfragen von Personen aus der Bundesrepublik gab es auch Nutzerinnen und Nutzer aus Dänemark, Großbritannien, den USA, Schweden und Indien.

Das Interesse von wissenschaftlich arbeitenden Personen, Studierenden, Schülerinnen, Schülern und der Öffentlichkeit an der Arbeitsweise der WdE, ihren Aufgaben und ihrem Umgang mit mündlichen und schriftlichen Quellen ist nach wie vor groß. Daher informierten die Mitarbeiterinnen der WdE mehrere Gruppen von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Bildungsangeboten über Arbeit und Bestände des Oral-History-Archivs. Studierende der Universität Kiel und ihre Dozentinnen wurden von Linde Apel bei der Durchführung von Interviews mit Familienangehörigen zum Thema »Erinnerungen an den Nationalsozialismus« beraten. Für Studierende der Sozialwissenschaft, die im Rahmen des Universitätsjubiläums eine Ausstellung und einen Sammelband zur Geschichte der Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg planen, gestaltete Linde Apel einen Termin ihrer Lehrveranstaltung zur Praxis der Oral History. Eine Gruppe von Archivmitarbeitern und -mitarbeiterinnen wurde im Rahmen einer Archivweiterbildung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Zusammenarbeit mit dem Hamburger Institut für Sozialforschung informiert. Naveen Chander, Mitarbeiter am Indian Labour Archive in Delhi, informierte sich ebenfalls über archivalische Fragen. Eine Gruppe der Staatspolitischen Gesellschaft Hamburg, die an einem Bildungsurlaub zum Thema »Jüdisches Leben in Hamburg« teilnahm, wurde in der WdE empfangen. Eine Studentin der Universität Osnabrück absolvierte ein wissenschaftliches Praktikum, beim »Girls' Day und Boys' Day« erhielt eine Hamburger Schülerin von Marlen Sundermann, der studentischen Mitarbeiterin der

WdE, einen Einblick in die Arbeit der Werkstatt der Erinnerung. Die Aufgabe, wissenschaftliche Projekte zu beraten, hat sich weiter etabliert. Von der Beratung profitierten auch in diesem Jahr neben universitären Forschungsprojekten auch Arbeiten im schulischen Kontext, etwa im Rahmen des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten.

Neu in den Bestand aufgenommen wurden fünf Interviews, die Claudia Kemper für ihr Projekt zu Ärzten in der anti-atomaren Friedensbewegung der 1980er Jahre mit Mitgliedern der westdeutschen Sektion der »International Physicians for the Prevention of Nuclear War« (IPPNW) geführt hat. Außerdem wurde der Bestand um zwei weitere Interviews mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Geschichtswerkstätten sowie drei im Rahmen des jährlich stattfindenden Besuchsprogramm für die Gruppe verfolgter ehemaliger Bürgerinnen und Bürger Hamburgs und ihrer Kinder entstandener Interviews erweitert, die von Lena Langensiepen und Marlen Sundermann geführt wurden. Bis auf die Interviews zu Geschichtswerkstätten, die bis zum Abschluss des Dissertationsprojektes von Lena Langensiepen gesperrt sind, stehen alle Neuzugänge für die Nutzung zur Verfügung. Marlen Sundermann korrigiert weiterhin die Transkripte der Interviews, die in den 1990er Jahren geführt wurden.

Neben den zentralen Aufgaben der Bestandspflege und der Benutzerbetreuung waren die Mitarbeiterinnen der WdE auch in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit präsent. So konzipierte Linde Apel auch in diesem Jahr das Treffen des Netzwerkes Oral History in Kooperation mit Stefan Müller vom Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Tagung wurde diesmal gemeinsam mit der Österreichischen Mediathek vorbereitet und fand am Technischen Museum in Wien statt. Weitere Aktivitäten von Linde Apel und Lena Langensiepen im Bereich der Wissensvermittlung und Vernetzung sind in diesem Tätigkeitsbericht aufgelistet. Die WdE beteiligt sich aktiv am Wissenstransfer in die nichtwissenschaftliche Öffentlichkeit. Bei dem diesjährigen, von der Hamburger Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung angebotenen Sommer des Wissens stellte Lena Langen-

siepen die Arbeit der Werkstatt der Erinnerung auf dem Rathausplatz vor.

Die WdE ist auch in diesem Jahr Kooperationen eingegangen bzw. hat sie fortgeführt. Eine neue Kooperation besteht mit dem Adolf-Ernst-Meyer-Institut für Psychotherapie in Hamburg. Die im dortigen Projekt »Erinnerungswerk Hamburger Feuersturm« entstehenden Interviews werden nach Abschluss des Vorhabens in der WdE archiviert und für die wissenschaftliche Nutzung zur Verfügung gestellt. Linde Apel kooperiert weiterhin mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme im Rahmen des Interviewprojekts zur Gründungsgeschichte der Gedenkstätte.

Folgende Veröffentlichungen nutzten Interviews oder Dokumente aus der WdE:

- Maria Bormuth, »Ein Mann, der mit einem anderen Mann Unzucht treibt [...], wird mit Gefängnis bestraft.« § 175 StGB – 20 Jahre legitimes Unrecht in der Bundesrepublik am Beispiel des Strafvollzugs in Wolfenbüttel, Celle 2019.
- Karl Christian Führer, 'Hoist the Flag!' Flags As a Sign of Political Consensus and Distance in the Nazi Period, in: Elizabeth Harvey / Johannes Hurter / Maiken Umbach / Andreas Wirsching (Hg.), *Private Life and Privacy in Nazi Germany*, Cambridge 2019, S. 156–181.
- Hannah Rentschler: »... ob wir nicht alle Feministinnen sind«. Die Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen 1966–1986, Hamburg 2019.
- Karin Gröwer / Barbara Günther, *Gegen das Vergessen. Opfer totalitärer Verfolgung aus dem Ehren- und Hauptamt der Handelskammer Hamburg*, hg. v. der Handelskammer Hamburg, Kiel 2019.

Kunst- und Kulturprojekte, die Interviews aus der Werkstatt der Erinnerung verwendeten, waren das Hamburger Theaterprojekt *axensprung theater* sowie das Medien- und Performance-Kunst-Kollektiv *ligna*, das im Rahmen des Internationalen Sommerfestivals des Kampnagel-Theaters einen historischen Audiowalk durch das Gängeviertel erstellte.

7. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

(Maike Raap, M. A.)

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit stellt die Schnittstelle zwischen den wissenschaftlichen Arbeitsbereichen der FZH und der Öffentlichkeit dar, dient der Außendarstellung der Forschungsstelle und unterstützt die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Vermittlung ihrer Forschungen an die Öffentlichkeit.

Die FZH präsentierte ihre Forschungen auch 2019 durch Einzelveranstaltungen, Tagungen und Workshops sowie durch Publikationen und zwei Vortragsreihen. Gleich zu Beginn des Jahres fand in der Patriotischen Gesellschaft eine Festveranstaltung zu »100 Jahre Frauenwahlrecht« statt, die Maike Raap gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Landeszentrale für politische Bildung und der Behörde für Forschung, Wissenschaft und Gleichstellung (BFWG) organisiert hatte. In der Vortragsreihe »Stadt im Wandel. Neue Forschungen zur Zeitgeschichte Hamburgs« wurden vor allem neue Publikationen und Projekte aus der FZH vorgestellt, darunter das Buch »Hafenarbeit erzählen. Erfahrungs- und Handlungsräume im Hamburger Hafen seit 1950« von Janine Schemmer. Diese Veranstaltung fand im InfoCenter im Kesselhaus in der Hamburger HafenCity statt. Diese wie auch die weiteren Veranstaltungen der Vortragsreihen stießen auf ein großes Publikumsinteresse. Die Kooperation mit dem Allgemeinen Vorlesungswesen der Universität Hamburg ist dafür ein wichtiger Faktor.

2019 fand der von der BFWG initiierte »Sommer des Wissens« auf dem Rathausplatz statt, der einmalig die bisher im Zweijahresrhythmus stattfindende »Nacht des Wissens« ablöste. Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Universität zogen vom 20. bis 23. Juni 40 Hamburger Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf den Hamburger Rathausmarkt, um einem breiten Publikum ihre Arbeit vorzustellen – so auch die FZH. Im Vorwege gab es zahlreiche Koordinierungstreffen der Vertreterinnen und Vertreter der Hamburger Wissenschaftseinrichtungen und der Pres-

seabteilung der BWFG. Neben den Präsentationen der FZH im Kulturpavillon auf dem Rathausmarkt wurden Bibliotheks- und Archivführungen in der Forschungsstelle angeboten. Das detaillierte Programm ist in diesem Tätigkeitsbericht abgedruckt. Laut BWFG besuchten 50 000 Menschen den »Sommer des Wissens«. Die FZH profitiert von solchen Großveranstaltungen durch eine vertiefende Vernetzung mit den teilnehmenden Instituten, vor allem aber durch die Präsenz in der Werbung und die Medienaufmerksamkeit.

Zu den ständigen Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit gehört es, über die Arbeit und die Veranstaltungen der FZH zu informieren. Dies geschieht vor allem über regelmäßige Mailings an Einzelpersonen, Medien und weitere Multiplikatoren sowie über die Ankündigungen mit Flyern und Plakaten. In diesem Jahr wurden zusätzliche Werbemaßnahmen zum 30-jährigen Jubiläum der Werkstatt der Erinnerung geplant, das 2020 begangen wird.

Die Veranstaltungstermine werden in unterschiedliche Online-Kalender eingestellt, über die wiederum Medien bedient werden. Seit einem Jahr ist die FZH auch in den Social Media aktiv, um neue Zielgruppen zu erreichen und sich weiter zu vernetzen. Über den Twitter-Account wird auf Aktivitäten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, neue Publikationen und auf Projekte hingewiesen. Wir freuen uns über knapp 500 Follower nach dem ersten Jahr. Gemeinsam mit dem IT-Verantwortlichen Rupert Marienfeld aktualisiert und pflegt Maike Raap die Website der FZH und füllt sie mit Inhalten. Über die Website ist auch die zentrale Medienplattform der Universität Hamburg, lecture2go, erreichbar. Der studentische Mitarbeiter Jan Freinsheimer schneidet die Audio-Aufzeichnungen ausgewählter FZH-Veranstaltungen, die dort eingestellt werden und jederzeit nachzuhören sind.

Die Anfragen der Medien an die FZH kommen weiterhin größtenteils von den öffentlich-rechtlichen Anstalten und den norddeutschen Printmedien. Besondere Beachtung fand das Buch »Auf der Suche nach ›Verfassungsfeinden‹. Der Radikalenbeschluss in Hamburg 1971–1987«, das in der Reihe »Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte« erschien. Die Publikation wurde

u. a. in der FAZ, der taz und auch im Deutschlandfunk besprochen. Einen ausführlichen Bericht zu der gemeinsam mit der TU Darmstadt veranstalteten Tagung über »Großsiedlungen und die Konstruktion von Differenz seit den 1970er Jahren« publizierte die FAZ. Zu Jahrestagen wird ebenfalls gern auf die Expertise der FZH zurückgegriffen: so z. B. in diesem Jahr auf die von Knud Andresen in einem Interview über »50 Jahre Woodstock« für den SWR oder im Hamburger Abendblatt zum 75. Todestag von Ernst Thälmann. Alle Medienberichte zur FZH werden archiviert, und sofern die Beiträge online abzurufen sind, werden sie mit der FZH-Website verlinkt. Eine Auswahl finden Sie in diesem Jahresbericht in der Rubrik Medienecho.

Auch der vorliegende Jahresbericht »Zeitgeschichte in Hamburg« gehört in den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Er wird in einer Auflage von 1000 Exemplaren gedruckt und ist auf der Website als Download abrufbar. Maike Raap ist gemeinsam mit der stellvertretenden Direktorin Kirsten Heinsohn ständiges Redaktionsmitglied und verantwortet neben der Redaktionsstätigkeit auch die Herstellung der Druckversion in Absprache mit der ausführenden Grafikerin. »Zeitgeschichte in Hamburg« wird seit 2003 herausgegeben und kostenlos an wissenschaftliche Institutionen im In- und Ausland, an Bibliotheken, an die Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft, an Vertreterinnen und Vertreter der Medien und Interessierte verschickt. An der Erstellung des vorliegenden Jahresberichts arbeitete auch Sophie Heins mit, die zwei Wochen ihres Praktikums im Bereich Öffentlichkeitsarbeit absolvierte.

8. VORTRÄGE / TAGUNGEN / VERANSTALTUNGEN 2019

VORTRAGSREIHEN

(Die Vortragsreihen waren auch Teil des Allgemeinen Vorlesungswesens der Universität Hamburg)

- **SCHÖN, GESUND UND PRODUKTIV? DER MENSCHLICHE KÖRPER ALS THEMA DER ZEITGESCHICHTE**
(Fortsetzung aus dem Wintersemester 2018/19)
Konzeption: Yvonne Robel / Christoph Strupp

24.1.2019

Marcel Reinold (Münster): Doping als Konstruktion. Eine Kulturgeschichte der Anti-Doping-Politik im 20. Jahrhundert
Moderation: Linde Apel (Hamburg)

7.2.2019

Peter-Paul Bänziger (Basel): Vom arbeitenden zum konsumierenden Körper? Ein zeitgeschichtliches Narrativ auf dem Prüfstand
Moderation: Knud Andresen (Hamburg)

- **STADT IM WANDEL. NEUE FORSCHUNGEN ZUR ZEITGESCHICHTE HAMBURG**
Konzeption: Christoph Strupp

11.4.2019

Arndt Neumann (Hagen): Unternehmen Hamburg. Eine Geschichte der neoliberalen Stadt 1960–2008
Moderation: Christoph Strupp (Hamburg)

Vortragsreihen

- **Schön, gesund und produktiv? Der menschliche Körper als Thema der Zeitgeschichte**
- **Stadt im Wandel. Neue Forschungen zur Zeitgeschichte Hamburgs**





Linde Apel und Janine Schemmer, Foto: FZH.

25.4.2019

Janine Schemmer (Klagenfurt): Hafenarbeit erzählen. Erfahrung- und Handlungsräume im Hamburger Hafen seit 1950

Moderation: Linde Apel (Hamburg)

23.5.2019

Sebastian Justke (Hamburg): Albert Schäfer. Ein Hamburger Fabrikherr zwischen den Zeiten? Unternehmerische (Dis)Kontinuitäten vom Kaiserreich bis in die Nachkriegszeit

Moderation: Lu Seegers (Hamburg/Bückerburg)



Lu Seegers und Sebastian Justke, Foto: FZH.

6.6.2019

Alexandra Jaeger (Hamburg): Auf der Suche nach »Verfassungsfeinden«. Der Radikalenbeschluss in Hamburg 1971–1987

Moderation: Yvonne Robel (Hamburg)



Yvonne Robel und Alexandra Jaeger, Foto: FZH.

■ DIVERSES. NEUE FORSCHUNGEN ZUR GESCHLECHTERGESCHICHTE

Konzeption: Linde Apel / Kirsten Heinsohn / Yvonne Robel

Wir bedanken uns bei dem »Förderkreis des Kontaktstudiums für ältere Erwachsene der Universität Hamburg« für die Förderung dieser Vortragsreihe.

10.10.2019

Imke Schmincke (München): »Das Private bleibt politisch!« (Körper)Politik im Wandel von der zweiten zur dritten Welle des Feminismus

Moderation: Kirsten Heinsohn (Hamburg)

7.11.2019

Hannah Rentschler (Hamburg): »... ob wir nicht alle Feministinnen sind.« Die Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen 1966–1986
Moderation: Linde Apel (Hamburg)

Die Reihe wird 2020 fortgesetzt:

23.1.2020

Jürgen Martschukat (Erfurt): Männlichkeit, Macht und Hegemonie in der jüngsten Zeitgeschichte der USA
Moderation: Knud Andresen (Hamburg)

30.1.2020

Jens Elberfeld (Halle): Selbstverwirklichung in der Beziehung? Zur Therapeutisierung von Ehe und Familie seit den späten 1960er Jahren
Moderation: Yvonne Robel (Hamburg)

TAGUNGEN UND WORKSHOPS

■ WANDEL DER SOZIALGESCHICHTE

11.1.2019, Symposium für Karl Christian Führer, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
Veranstalter: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg in Kooperation mit der Humboldt Universität zu Berlin und der Friedrich-Ebert-Stiftung, gefördert von der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft.

Kirsten Heinsohn (Hamburg) / Michael Wildt (Berlin) /
Meik Woyke (Bonn): Begrüßung
Klaus Saul (Hamburg): Grußwort
Elizabeth Harvey (Nottingham): Laudatio



Aushandlungen und Antagonismen

Ulrike Schulz (Florenz): Zwischen staatlicher Intervention und Verhandlungssystem. Die AVE und VE als Garanten von Tarifverträgen und deren Konfliktregulierung 1918 – 1923 – 1933 ■ Rüdiger Hachtmann (Berlin / Potsdam): Auf den Trümmern der Gewerkschaftsbewegung. Der Mai 1933 und die Gründung der Deutschen Arbeitsfront

Moderation: Birthe Kundrus (Hamburg)

Städte und Medien

Klaus Weinbauer (Bielefeld): Vertikale Städte. Delinquenz und Gewalt in Hochhaussiedlungen seit den 1960er Jahren ■

Kim Christian Priemel (Oslo): Die zeitunglose Stadt. Der »Große Zeitungstreik« in New York 1962–63 und seine Folgen

Moderation: Barbara Vogel (Hamburg)

Konfrontationen und Kontinuitäten

Jens Flemming (Kassel): Die Entnazifizierung eines medienpolitischen Strippenziehers. Das Spruchkammerverfahren gegen Max Winkler in Lüneburg ■ Cornelia Rauh (Hannover): Sanktionen für die fiskalische Beraubung der Juden? Ein Vergleich der Entnazifizierung des Devisenstellenpersonals in Hannover und Stuttgart.

Moderation: Ulrich Prehn (Berlin)

Karl Christian Führer: Schlusswort

■ TAGUNG DES NETZWERKS ORAL HISTORY

14. / 15.2.2019, Wien, Technisches Museum.

Konzeption: Linde Apel (FZH), Melanie Dejnega / Johannes Kapeller (Österreichische Mediathek), Stefan Müller (FES)

14.2.2019

Linde Apel (Hamburg) / Stefan Müller (Bonn): Begrüßung, Programmvorstellung, Vorstellungsrunde

Johannes Kapeller (Wien): Die Österreichische Mediathek. Ein Oral History Archiv?! ■ Tina Plasil (Wien): Projektvorstellung »MenschenLeben« ■ Gabriele Fröschl/Christina Linsboth (Wien): Zur Ordnung der Dinge – Typisierung, Katalogisierung und Metadaten in der Mediathek, Projektvorstellung »Sammlung Nationalfonds/Zukunftsfonds« ■ Besichtigung der Österreichischen Mediathek (Robert Pfundner / Gabriele Fröschl / Johannes Kapeller)

15.2.2019

Roundtable-Gespräch: Forschungsethische Herausforderungen in der Praxis

Einführung und Moderation: Linde Apel (Hamburg)

Podium: Helga Amesberger (Wien) / Almut Leh (Hagen) / Albert Lichtblau (Salzburg) / Friederike Mehl (Berlin)

Peter Ploteny (Wien): Datenschutz und Oral History ■ Anna Maria Götz (Bonn): Projektvorstellung Zeitzeugenportal Haus der Geschichte in Bonn

Linde Apel (Hamburg), Stefan Müller (Bonn): Absprachen / Planung des nächsten Treffens

■ 10. KOLLOQUIUM ZUR GESCHICHTE DER ARBEITSWELTEN UND DER GEWERKSCHAFTEN

22.2.2019, Evangelisches Forum Annahof, Augsburg

Veranstalter: Bielefeld Graduate School in History and Sociology, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Augsburg, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung

Kornelia Rung (Augsburg): Solidarität, Konsum und Produktion in der Textil- und Bekleidungsindustrie, ca. 1970–1994 ■ Jessica Elsner (Potsdam): Soziale Ungleichheit im Automobilwerk Eisenach in der Transformationsphase ■ Manuela Rienks (München): »Tante

Tagungen und Workshops

- Wandel der Sozialgeschichte
- Tagung des Netzwerks Oral History
- 10. Kolloquium zur Geschichte der Arbeitswelten und Gewerkschaften

Emma bitte an Kasse 3« – Arbeitswelten von Verkäuferinnen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1996

■ **ANDERS WOHNEN. GROSSIEDLUNGEN UND
DIE KONSTRUKTION VON DIFFERENZ SEIT DEN
1970ER JAHREN**

Workshop, 16. / 17.5.2019, Forschungsstelle für Zeitgeschichte
in Hamburg (FZH)

Veranstalter: TU Darmstadt, Fachgebiet Neuere Geschichte mit
Schwerpunkt Stadt- und Umweltgeschichte, Forschungsstelle für
Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)

16.5.2019

Kirsten Heinsohn (Hamburg) / Dieter Schott (Darmstadt):

Begrüßung und Einführung

Großsiedlungen in der Stadtentwicklung

Dirk Schubert (Hamburg): Wandlungsprozesse von Großsiedlungen
zu Großwohnanlagen. Städtebauliche Leitbilder und wohnungs-
politische Rahmenbedingungen seit 1970 am Beispiel von Ham-
burg ■ Arndt Neumann (Hagen): Von Gründerzeitvierteln zu Groß-
siedlungen und wieder zurück. Hamburg 1956–2010

Kommentar: Christoph Strupp (Hamburg)

Öffentlicher Abendvortrag

Christiane Reinecke (Osnabrück): Faszinierend schlechte Viertel.

Wie Großsiedlungen in Frankreich und Westdeutschland in Verruf
gerieten

17.5.2019

Wahrnehmung, Sicherheitsempfinden und Segregation

Christine Krüger (Gießen): Von Mümmelmannsberg nach Aller-
möhe. Sicherheits- und Unsicherheitskonstruktionen ■ Swenja

Hoschek (Darmstadt): Ver(m)engte Welten. Soziale Differenzierung
als Großsiedlungsnarrativ ■ Tim Verlaan (Amsterdam): Amsterdam

Bijlmermeer. Dutch Media Outlets and the Construction of Failure (1962–1992)

Kommentar: Adelheid von Saldern (Hannover)

Zeitzeugengespräch: Perspektiven auf Hamburger Großsiedlungen seit ihrer Entstehung

■ **REGIONALITÄT UND GLOBALITÄT IN DER JÜNGSTEN ZEITGESCHICHTE EUROPAS**

VERMESSUNG EINES NEUEN FORSCHUNGSFELDES

Workshop, 12./13.9.2019, Institut für Zeitgeschichte, München

Veranstalter: Institut für Zeitgeschichte München–Berlin,

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), LWL-Institut

für westfälische Regionalgeschichte Münster

12.9.2019

Globalisierungen. Das 19. und 20. Jahrhundert im Dialog

Moderation: Anette Schlimm (München)

Geert Castryck (Leipzig): Europa – Afrika hin und zurück.

Imperialismus, Kolonialismus und globale Neuverräumlichkeiten

seit dem 19. Jahrhundert ■ Bernhard Gissibl (Mainz):

Rewilding Europe. Zur Rekonfiguration europäischer Natur im

Anthropozän

Kommentar: Martin Rempe (Konstanz)

Roland Wenzlhuemer (München): Diskonnektivität in Globali-

sierungsprozessen ■ Bernhard Schär (Zürich): (Dis-)Connected.

Die Familie Wyrsh zwischen Nidwalden und Borneo,

ca. 1825–1875

Kommentar: Stefan Scheuzger (Bern)

Tagungen und Workshops

■ **Anders wohnen. Großsiedlungen und die Konstruktion von Differenz seit den 1970er Jahren**

■ **Regionalität und Globalität in der jüngsten Zeitgeschichte Europas. Vermessung eines neuen Forschungsfeldes**

Podiumsdiskussion – Glokalisierung. Vom Nutzen und Nachteil eines Forschungskonzepts

Podium: Malte Thießen (Münster) / Angelika Epple (Bielefeld) / Benno Werlen (Jena) / Martina Steber (München)

Moderation: Kiran Klaus Patel (Maastricht)

13.9.2019

Urbane Räume. Stadt und Globalität

Moderation: Dieter Schott (Darmstadt)

Christian Rau (Berlin): Global City. Historische Perspektiven auf ein sozialwissenschaftliches Konzept ■ Susanne Schregel (Köln): Thesen zu Raum und Skalierung in sozialen Bewegungen
Kommentar: Arndt Neumann (Hagen)

Christoph Kalter (Berlin): Lissabon in der Welt. (Post-)Imperialismus, Migration und Tourismus
Kommentar: Lasse Heerten (Bochum)

Regionalität und globale Verflechtung

Moderation: Martin Knoll (Salzburg)

Andrea Rehling (Augsburg): Das Spiel der Ebenen im UNESCO Welt-erbeprogramm ■ Thomas Küster und Matthias Frese (Münster): Die Region als Handlungs- und Erfahrungsebene. Globale Perspektiven in der Methodik der regionalen Zeitgeschichte
Kommentar: Thomas Schlemmer (München)

Andreas Wirsching (München): Deindustrialisierung und Globalisierung – Nullsummenspiel oder Abstieg? ■ Martina Steber (München): Boomregionen. Überlegungen zu räumlichen Dynamiken seit den 1970er Jahren
Kommentar: Bernhard Löffler (Regensburg)

Schlussdiskussion

Moderation: Kirsten Heinsohn (Hamburg)

■ **AUFBRÜCHE: GESCHICHTE DER FRAUENBEWEGUNGEN IM 20. JAHRHUNDERT**

10. / 11.10.2019, Konferenz, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)

Veranstalter: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Fachbereich Geschichte der Universität Hamburg, Arbeitskreis Historische Frauen- und Geschlechterforschung e. V. (AKHFG)

10.10.2019

Mitgliederversammlung AKHFG

Öffentlicher Abendvortrag

Imke Schmincke (München): »Das Private bleibt politisch!« (Körper)Politik im Wandel von der zweiten zur dritten Welle des Feminismus (gleichzeitig Eröffnungsvortrag der Reihe »Diverses. Neue Forschungen zur Geschlechtergeschichte«)

11.10.2019

Begrüßung: Kirsten Heinsohn (Hamburg) / Angelika Schaser (Hamburg)

Kontinuitäten – Brüche – Rezeptionen

Magdalena Gehring (Frankfurt/Main): Frauen gemeinsam sind stark – Die Rezeption der US-amerikanischen Frauenbewegung in der zweiten Welle der deutschen Frauenbewegung ■ Sina Speit (Erfurt): »Ja, ich werde scheinbar berühmt« – Hilde Radusch (1903–1994) als Gesprächspartnerin, Portraitierte und Netzwerkerin in der West-Berliner Frauenbewegungsszene ■ Hannah Rentschler (Hamburg): Invention of Tradition? Die Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen und der Stadtbund Hamburgischer Frauenvereine
Diskussion: Kerstin Wolff (Kassel)

Tagungen und Workshops

- **Regionalität und Globalität in der jüngsten Zeitgeschichte Europas. Vermessung eines neuen Forschungsfeldes**
- **Aufbrüche: Geschichte der Frauenbewegungen im 20. Jahrhundert**



Imke Schmincke, Foto: FZH.



Angelika Schaser und Kirsten Heinsohn, Foto: FZH.



Foto: FZH.

Ost- und Westdeutsche Frauenbewegungen

Grit Bühler (Erfurt): Die Anfänge des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) nach 1945 ■ Lea Börgerding (Berlin): Schauplatz des Kalten Krieges? Kooperationen und Konflikte zwischen ost- und westdeutschen Frauengruppen im Internationalen Jahr der Frau (1975) ■ Jessica Bock (Berlin): 1968–1989. Die Eigen-Geschichte der ost- und westdeutschen Frauenbewegung im Vergleich
Diskussion: Yvonne Robel (Hamburg)

Feminismus international

Isabel Heinemann (Münster): Frauen und ihre Körper. Reproduktives Entscheiden in den Ratgebern der US-amerikanischen und westdeutschen Frauengesundheitsbewegungen ■ Vojin Saša Vukadinović (Berlin): Riot Grrrl in Großbritannien. Der letzte feministische Aufbruch des 20. Jahrhunderts als kulturelle Revolution und generationelle Erfahrung
Diskussion: Ute Gerhard (Frankfurt/Main)

Abschlussdiskussion

Moderation: Angelika Schaser / Kirsten Heinsohn

■ 11. KOLLOQUIUM ZUR GESCHICHTE DER ARBEITSWELTEN UND DER GEWERKSCHAFTEN

11.10.2019, Universität Bielefeld, Graduate School in History and Sociology

Veranstalter: Bielefeld Graduate School in History and Sociology, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Augsburg, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung

Birthe Kleber (Gießen/Hustedt): Gewerkschaftliches Engagement von Frauen im Generationenvergleich ■ Jule Ehms (Bochum): »Wer nicht zu kämpfen und zu siegen versteht, wird an die Wand gedrückt.« Zur Streikpraxis der syndikalistischen Freien Arbeiter-Union Deutschlands (1918–1933) ■ Mario Boccia (München): »Gastarbeiter«, die »Ausländerstreiks« von 1972/73 und das Ende des Fordismus. Belegschaften in der Automobilindustrie in den 1960er und frühen 1970er Jahren am Beispiel von BMW

Tagungen und Workshops

■ Aufbrüche: Geschichte der Frauenbewegungen im 20. Jahrhundert

■ 11. Kolloquium zur Geschichte der Arbeitswelten und der Gewerkschaften

Weitere öffentliche Veranstaltungen

■ 100 Jahre Frauenwahlrecht. Geschichte und Auftrag

WEITERE ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNGEN

■ 100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT. GESCHICHTE UND AUFTRAG

17.1.2019, Festveranstaltung, Patriotische Gesellschaft Hamburg

Veranstalter: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung (BWFG), Patriotische Gesellschaft

Begrüßung und Grußwort des Senats
Szenische Lesung: Herma Koehn



Bekanntgabe des Ersten Preises im Plakatwettbewerb, Foto: FZH.

- 8. VORTRÄGE
TAGUNGEN
VERANSTALTUNGEN
2019
- 9. VERÖFFENTLICHUNGEN
DER FZH
- 10. VERÖFFENTLICHUNGEN
DER MITARBEITERINNEN
UND MITARBEITER
DER FZH



Rathausmarkt, Foto: BWFG.



Kirsten Heinsohn (Hamburg): »1919 – Aufbruch in die Demokratie. Das Wahlrecht für Frauen«. Szenische Lesung Herma Koehn als Helene Lange Ehrung der Preisträgerinnen und Preisträger des Plakatwettbewerbs »100 Jahre Frauenwahlrecht – Frauen und Mädchen geht wählen«



■ SOMMER DES WISSENS 2019
20. – 23.6 2019 Rathausmarkt Hamburg
Veranstalter: Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung (BWFG)
Beiträge der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg:



Christoph Strupp: Geschichtsforschung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit ■ Jessica Erdelmann/Sebastian Justke: Karl Kaufmann und Albert Schäfer. Hamburger Übergänge vom Nationalsozialismus in die Demokratie ■ Lena Langensiepen: Die Werkstatt der Erinnerung – ein besonderes Gedächtnis der Stadt ■ Kirsten Heinsohn/Hannah Rentschler: »(Lebens-)Geschichte zwischen vier Wänden«. Eine Online-Ausstellung über Max und

v. o.: C. Strupp;
J. Erdelmann und S. Justke;
L. Langensiepen,
Fotos: FZH.

Frida Salzberg (in Kooperation mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden)

Dorothee Mateika / Karl-Otto Schütt: Führungen durch die FZH-Bibliothek ■ Kirsten Schaper: Führungen durch das FZH-Archiv

9. VERÖFFENTLICHUNGEN DER FZH

(Lektorat: Joachim Szodrzynski)

- Eva Maria Gajek / Anne Kurr / Lu Seegers (Hg.), Reichtum in Deutschland. Akteure, Räume und Lebenswelten im 20. Jahrhundert, Göttingen 2019 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Band 57).
- Alexandra Jaeger, Auf der Suche nach »Verfassungsfeinden«. Der Radikalenbeschluss 1971–1987, Göttingen 2019 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Band 58).
- Hannah Rentschler, »... ob wir nicht alle Feministinnen sind«. Die Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen 1966–1986, München / Hamburg 2019 (Hamburger Zeitspuren, Band 13).



10. VERÖFFENTLICHUNGEN DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DER FZH

KNUD ANDRESEN

- Radikalisierung oder Demokratisierung? Politisierte Jugendkulturen um 1970, in: Axel Schildt / Wolfgang Schmidt (Hg.), »Wir wollen mehr Demokratie wagen.« Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens, Bonn 2019, S. 142–154.
- Ehretheit, John; Grosse, Berthold, in: Franklin Kopitzsch / Dirk Brietzke (Hg.), Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Bd. 7, Göttingen 2019, S. 74–75, 115–116.



LINDE APEL

- Jenseits von 1968. Politische Mobilisierung im Schwarzen Jahrzehnt, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.), Zeitgeschichte in Hamburg 2018, Hamburg 2019, S. 52–69.
- Auf der Suche nach der Erinnerung. Interviews mit deutschen Juden im lokalhistorischen Kontext, in: Stefanie Fischer / Nathanael Riemer / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Juden und Nicht-Juden nach der Shoah. Begegnungen in Deutschland, (Reihe Europäische Jüdische Studien), München 2019, S. 195–209.
- (mit Andreas Möllenkamp), Archivierung und Nutzung von Interviews in der Werkstatt der Erinnerung. https://de.wikiversity.org/wiki/Wikiversity:Fellow-Programm_Freies_Wissen/Einreichungen/Open_Interviews/Interviews/Apel (DOI: 10.25592/uuhfdm.121)
- Oral History Network, Germany. <https://www.ioha.org/oral-history-network-germany/>
- (mit Karin Orth) Oral History in der akademischen Lehre. Einführung in den Schwerpunkt, in: BIOS, Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History, 31 (2018), H. 1, S. 3–8 (erschienen 2019).
- Erinnern, deuten, erzählen. Oral History in der universitären Lehre, in: BIOS, Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History, 31 (2018), H. 1, S. 23–34 (erschienen 2019).

ALEXANDRA JAEGER

- Mehr Toleranz wagen? Die SPD und der Radikalenbeschluss in den 1970er Jahren, in: Axel Schildt / Wolfgang Schmidt (Hg.), »Wir wollen mehr Demokratie wagen.« Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens, Bonn 2019, S. 155–170.
- Auf der Suche nach »Verfassungsfeinden«. Der Radikalenbeschluss 1971–1987, Göttingen 2019 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Band 58).

KIRSTEN HEINSOHN

- Archiv für Sozialgeschichte, Band 58 (2018): Demokratie praktizieren. Arenen, Prozesse und Umbrüche politischer Partizipation in Westeuropa im 19. und 20. Jahrhundert (Mitherausgeberin).

- Sigrid Hunke ... und weitere antiliberalen Vordenkerinnen, in: gegneranalyse.de. Antiliberales Denken von Weimar bis heute, hrsg. vom Zentrum für liberale Moderne, <https://gegneranalyse.de/personen/sigrid-hunke/>

MORITZ LIEBEKNECHT

- Sexualwissenschaft als Lebenswerk. Zur Biografie Hans Gieses (1920–1970), in: Peer Briken (Hg.), Perspektiven der Sexualforschung (Beiträge zur Sexualforschung, Band 108), Gießen 2019, S. 23–45.

HANNAH RENTSCHLER

- »... ob wir nicht alle Feministinnen sind«. Die Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen 1966–1986, München / Hamburg 2019 (Hamburger Zeitspuren, Band 13).
- (mit Benjamin Roers): Zwischen »alten Mädchen« und »Oben-ohne-Sängerinnen«. Studentinnen an der Universität Hamburg im Kontext von »1968«, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, 105 (2019), S. 89–118.
- Eine traditionelle Frauenorganisation im Kontext der Neuen Frauenbewegung – Die ahf und das erste Hamburger Frauenhaus, in: Digitales Deutsches Frauenarchiv, <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/eine-traditionelle-frauenorganisation-im-kontext-der-neuen-frauenbewegung>
- »(Lebens-)Geschichte zwischen vier Wänden«. Max und Frida Salzberg, [Texte zur virtuellen Ausstellung, 2019], in: Hamburger Schlüsseldokumente zur deutsch-jüdischen Geschichte, <https://juedische-geschichte-online.net/ausstellung/salzberg>
- (mit Marlon Bäumer / Benjamin Roers / Mara Weise): Handreichung zur Erschließung von Denkmälern, Version 1.0, 2019, in: Geschichtssorten-Blogs der Universität Hamburg, https://geschichtssorten.blogs.uni-hamburg.de/wp-content/uploads/2019/01/B%C3%A4umer_Rentschler_Roers_Weise_Handreichung_Denkmal_V1_2019.pdf

- Linde Apel
- Alexandra Jäger
- Kirsten Heinsohn
- Moritz Liebeknecht
- Hannah Rentschler



YVONNE ROBEL

- (mit Alina L. Just) (Hg.), Themenschwerpunkt: Stadt und Vergnügen, *Moderne Stadtgeschichte*, 3 (2019), H. 2.
- (mit Alina L. Just), Stadt und Vergnügen: Einführung, in: Just / Robel (Hg.), Themenschwerpunkt: Stadt und Vergnügen, *Moderne Stadtgeschichte*, 3 (2019), H. 2, S. 5–13.
- Sinti und Roma in Hamburg. Zum Potenzial lokalgeschichtlicher Perspektiven auf Minderheiten, in: *Zeitgeschichte in Hamburg 2018*, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2019, S. 32–51.
- Vom Appell zur Anleitung: Ratschläge zum Nichtstun seit den 1950er Jahren, in: Theo Jung (Hg.), *Zwischen Handeln und Nicht-handeln. Unterlassungspraktiken in der europäischen Moderne*, Frankfurt / Main 2019, S. 129–154.

CHRISTOPH STRUPP

- (mit Malte Thießen) (Hg.), Themenschwerpunkt: Rathausplätze als Arenen urbaner Selbstverständigung, in: *Moderne Stadtgeschichte*, 3 (2019), H. 1.
- (mit Malte Thießen), Rathausplätze als Arenen urbaner Selbstverständigung: Einführung, in: Strupp / Thießen (Hg.), Themenschwerpunkt: Rathausplätze als Arenen urbaner Selbstverständigung, S. 7–15.
- Das Herz Hamburgs? Der Rathausmarkt im Widerstreit von lokaler Politik und medialer Öffentlichkeit in den 1970er und 1980er Jahren, in: Strupp / Thießen (Hg.), Themenschwerpunkt: Rathausplätze als Arenen urbaner Selbstverständigung, S. 63–76.
- Epoche: Neunziger und frühe Zweitausender Jahre 1990–2003; Thema: Die HafenCity; Thema: Kulturelle Entwicklungen und die Eventisierung der Stadt; Thema: Hamburg und der 11. September, in: *Digitales Hamburg-Geschichtsbuch*, 20.12.2019. <http://geschichtsbuch.hamburg.de/>
- The Port of Hamburg in the 1940s and 1950s. Physical Reconstruction and Political Restructuring in the Aftermath of World War II, in: *Journal of Urban History* (2019), OnlineFirst, S. 1–19, DOI: 10.1177/0096144219877853.

- U.S. Diplomatic Reporting from Central and Eastern Europe on Antisemitism and the Persecution of Jews, 1939–1945, in: EHRI Project: Diplomatic Reports Online Edition (<https://diplomatic-reports.ehri-project-stage.eu/exhibits/show/diplomatic-reports/us-reports>).
- Bolle, Arved; Mühlradt, Friedrich; Naumann, Karl-Eduard, in: Franklin Kopitzsch / Dirk Brietzke (Hg.), *Hamburgische Biografie. Personenlexikon*, Bd. 7, Göttingen 2019, S. 37–38, 237–238, 245–246.
- Joachim Szodrzynski ging in den Ruhestand, in: *Zeitgeschichte in Hamburg* 2018, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2019, S. 94–99.

11. REZENSIONEN ÜBER VERÖFFENTLICHUNGEN DER FZH UND VON MITARBEITERINNEN UND MITARBEITERN DER FZH

(in Auswahl)

Knud Andresen / Stefan Müller (Hg.), Contested Deregulation. Debates, Practices and Developments in the West since the 1970s, New York / Oxford 2017.

- Lisbeth van de Grift, Rezension in: *Archiv für Sozialgeschichte*, <http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81889> [26.2.2019].

Knud Andresen / Michaela Kuhnhenne / Jürgen Mittag / Stefan Müller (Hg.), Repräsentationen der Arbeit, Bilder – Erzählungen – Darstellungen, Bonn 2018.

- Kay Meiners, *Arbeit in der Alltagskultur*, in: *Mitbestimmung*, 2019, H. 1, S. 58.

Knud Andresen / Mario Kessler / Axel Schildt (Hg.), Dissidente Kommunisten. Das sowjetische Modell und seine Kritiker, Berlin 2018.

- Helmut Altrichter, Die Letzten ihrer Art, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.6.2019.

Alexandra Jaeger, Auf der Suche nach »Verfassungsfeinden«. Der Radikalenbeschluss 1971–1987, Göttingen 2019 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 58).

- Guido Thiemyer, Staatlicher Abwehrreflex. Eine Geschichte des »Radikalenbeschlusses« am Beispiel der Stadt Hamburg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.9.2019.
- Sarah Schulz, Rezension in: H-Soz-Kult, <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-27983> [29.10.2019].
- Jörg Berkemann, Rezension in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, 105 (2019), S. 284–288.

Alexandra Jaeger / Julia Kleinschmidt / David Templin (Hg.), Den Protest regieren. Staatliches Handeln, neue soziale Bewegungen und linke Organisationen in den 1970er und 1980 Jahren, Essen 2018.

- Joachim Häberlen, Rezension in: H-Soz-Kult, www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-23156 [2.4.2019].

Eva Maria Gajek / Anne Kurr / Lu Seegers (Hg.), Reichtum in Deutschland. Akteure, Räume und Lebenswelten im 20. Jahrhundert, Göttingen 2019 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Band 57).

- Alexandra Przyrembel, Rezension in: H-Soz-Kult, <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-28092> [5.12.2019]

Katja Kosubek, »genauso konsequent sozialistisch wie national«. Alte Kämpferinnen der NSDAP vor 1933. Eine Quellenedition 36 autobiographischer Essays der Theodore-Abel-Collection, Göttingen 2017 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Quellen, Bd. 4).

- Ingrid Bauer, Rezension in: Neue politische Literatur (2019), 64:413–415, <https://doi.org/10.1007/s42520-019-00084-6> [20.5.2019].

Marc-Simon Lengowski, *Herrenlos und heiß begehrt. Der Umgang mit dem Vermögen der NSDAP und des Deutschen Reiches in Hamburg nach 1945*. München/Hamburg 2018 (Forum Zeitgeschichte, Bd. 27).

- Philipp Kratz, Rezension in: Sehepunkte 19 (2019), Nr. 10, <http://www.sehepunkte.de/2019/10/33261.html> [6.11.2019]
- Christopher Kopper, Rezension in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 106 (2019), S. 220–221.
- Benno Nietzel, Rezension in: H-Soz-Kult, www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-26529 [27.3.2019].

Janine Schemmer, *Hafenarbeit erzählen. Erfahrungs- und Handlungsräume im Hamburger Hafen seit 1950*, München/Hamburg 2019.

- Jürgen Rath, Rezension in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, 105 (2019), S. 233–234.

Axel Schildt/Wolfgang Schmidt (Hg.), *»Wir wollen mehr Demokratie wagen.« Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens*, Bonn 2019.

- Jost Dülffer, Rezension in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 59, 2019, <http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81907> [15.8.2019].
- Isabell Trommer, Wagnis und Wirkung, in: Süddeutsche Zeitung, 21.7.2019.
- Peter Intelmann, 50 Jahre »Mehr Demokratie wagen«, in: Lübecker Nachrichten, 11.6.2019.

Dorothee Wierling, *Mit Rohkaffee handeln. Hamburger Kaffee-Importeure im 20. Jahrhundert*, Hamburg 2018 (Forum Zeitgeschichte, Sonderband).

- Mona Rudolph, Rezension in: H-Soz-Kult, www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-27599 [4.4.2019].
- Holm Arno Leonhardt, Rezension in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 64 (2019), H. 2, S. 303 f., DOI: <https://doi.org/10.1515/zug-2018-0032>

12. VORTRÄGE UND ÖFFENTLICHE AUFTRITTE DER MITARBEITERIN- NEN UND MITARBEITER DER FZH

KNUD ANDRESEN

- Erfahrungsberichte als Zugang zu Handlungsmotivationen personaler Akteure. Tagung Perspektivwechsel – Protokolle und Oral History-Interviews als Quellen einer Neuen Geschichte (der Arbeit), Universität Heidelberg, 11./12.2.2019
- Vom Kolonialismus zum globalen Kapitalismus? Zu kategorialen Problemen anhand bundesdeutscher Unternehmen im Südafrika der Apartheid, Treffen der Altstipendiatinnen und Altstipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung, Hamburg, 10.5.2019
- Multinational Corporations after Apartheid in South Africa, Tagung Putting Human Rights to the Test. Claims, Interventions and Contestations since 1990 des Arbeitskreis Menschenrechte im 20. Jahrhundert der Fritz Thyssen Stiftung, Köln, 16./17.5.2019
- Vortrag auf dem Panel Rebel without a cause? Jugend zwischen Protest und Anpassung, Tagung Auf die Straße! Politischer Protest in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Hamburg, 17./18.6.2019
- Die Bedeutung der Revolution für Demokratie und Parlament, Vortrag auf der Veranstaltung 100 Jahre Novemberrevolution der Bürgerschaftsfraktion Die Linke, Rathaus Hamburg, 7.8.2019
- Human rights and Labor Rights at the Volkswagen Plant in South Africa, Tagung Human Rights and Technological Change. Conflicts and Convergences since the 1950s, Köln, 19./20.9.2019
- Kommunistische Unterwanderung? Die Gewerkschaftsjugend in den Friedensbewegungen der 1950er und 1960er Jahre, Tagung Jugend und Jugendbewegung im Kalten Krieg des Archivs der deutschen Jugendbewegung, Burg Ludwigstein, 25.–27.10.2019
- Vorstellung des Artikels Frank Omland: Wahlen und Wählerwanderungen in Hamburg zu Beginn der Weimarer Republik, Präsentation der Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Universitäts- und Staatsbibliothek Hamburg, 20.11.2019

- **Erinnern an ›68‹ – linkes Empowerment oder rechte Stimmungsmache?** Gespräch mit Carina Book auf dem Symposium 69_19 – Performance als Protest, Universität Hamburg, 13.12.2019

LINDE APEL

- **Engagement und Erinnerung. Eine Erfahrungsgeschichte nach 1968,** Göttingen, 19.1.2019
- **Moderation des Treffens des Netzwerks Oral History,** mit Stefan Müller, Wien, 14./15.2.2019
- **Moderation und Einführung in das Round-Table-Gespräch »Forschungsethische Herausforderungen in der Praxis«,** Wien, 15.2.2019
- **Negotiating Oral History. Responsibility, Authority and Ethics,** Delhi, Indien, 28.2.2019.
- **Oral History. From Interview to Archive,** Delhi, Indien, 28.2.2019
- **Einführung in die Buchpräsentation mit Stefan Romey »Niemand ist vergessen.«** Die Hamburger Stiftung Hilfe für NS-Verfolgte, Hamburg, 11.4.2019
- **Moderation der Buchpräsentation mit Janine Schemmer »Hafenarbeit erzählen. Erfahrungs- und Handlungsräume im Hamburger Hafen seit 1950«,** Hamburg, 25.4.2019
- **Oral History in Theorie und Praxis,** Studentisches Projekt zur Geschichte der Sozialwissenschaft an der Universität Hamburg, 26.4.2019
- **Oral History und Forschungsdatenmanagement,** DFG-Rundgespräch zum Datenmanagement in den ethnologischen Fächern, Berlin, 10.5.2019
- **Militante interviewen. Oral History als historiographischer und politischer Akt?,** Life-History-Netzwerk, Hamburg, 25.10.2019
- **Moderation der Buchpräsentation mit Hannah Rentschler »... ob wir nicht alle Feministinnen sind.«** Die Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen 1966–1986, Hamburg, 7.11.2019
- **Moderation der Sektion Verfolgung und (Vor)geschichte der Deportationen aus Norddeutschland auf dem regionalgeschichtlichen Workshop »Der Hannoversche Bahnhof: Ein Ort der Verfolgung und Deportation von 1940 bis 1945«,** Hamburg, 22.11.2019

- **Knud Andresen**
- **Linde Apel**

- Teilnahme an Gruppendiskussionen zu den Themen Speichern, Erschließen, Präsentieren auf dem Workshop des Zentrums für Zeit-historische Forschungen »Oral-History Interviews als Forschungs-daten«, Potsdam, 9.12.2019

JESSICA ERDELMANN

- (mit Sebastian Justke), Karl Kaufmann und Albert Schäfer. Ham-burger Übergänge vom Nationalsozialismus in die Demokratie, Sommer des Wissens, Hamburg, 20.6.2019
- Nutznießer nach 1945. Vermögenskontrolle und materielle Ent-nazifizierung am Beispiel des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann, Zeitgeschichtliches Kolloquium der Leibniz Universität in Hannover, 21.10.2019

ALEXANDRA JAEGER

- Vom »Adenauererlass« zum Radikalenbeschluss. Die ambivalente Rolle der Justiz bei der Frage der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst in den 1950er- bis 70er-Jahren, Forum Justizgeschichte, Wustrau, 22.9.2019
- Auf der Suche nach »Verfassungsfeinden«. Der Radikalenbeschluss in Hamburg 1971–1987, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, 6.6.2019

KIRSTEN HEINSOHN

- 1919 – Aufbruch in die Demokratie. Das Wahlrecht für Frauen, Vortrag im Rahmen der Festveranstaltung »100 Jahre Frauenwahl-recht«, Patriotische Gesellschaft Hamburg, 17.1.2019
- Egalité ist weiblich, Podiumsgespräch im Rahmen der Reihe »Das Echo von Weimar«, mit Svenja Flaßpöhler, Marion Brasch, Liane von Billerbeck, Nationaltheater Weimar, 24.1.2019
- Hamburgs Umgang mit dem NS-Erbe, Podiumsdiskussion mit Detlef Garbe, Franklin Kopitzsch, Malte Thiessen, Carmen Ludwig, Patriotische Gesellschaft Hamburg, 31.1.2019
- Verfassungsauftrag und politische Kultur. Diskussionen und Initiativen zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Vor-trag auf der Tagung »Verfassungskultur in der Weimarer Republik«,

- Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Berlin, 11. – 13.2.2019
- »Geschredderte Geschichte. Wie gehen wir mit unserem historischen Erbe um?« Podiumsdiskussion mit Rainer Hering, Rainer Nicolaysen, Frauke Steinhäuser, Udo Schäfer, Sabine Rheinhold, Patriotische Gesellschaft Hamburg, 19.2.2019
 - »Frauenwille siegt?« Politische Partizipation von Frauen vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart, 26.2.2019
 - »Enttäuschung in der Demokratie«, Podiumsdiskussion zu Buchpräsentation mit Bernhard Gotto, und Andreas Wirsching, Institut für Zeitgeschichte München, 27.2.2019
 - »bauhausfrauen«, Podiumsdiskussion mit Susanne Radelhof, Patrick Rössler, Katharina Hövelmann, Annemarie Jaeggi, temporary bauhaus-archiv, Berlin, 19.3.2019
 - »Ost-West-Kultur. Zur Kulturgeschichte in DDR und BRD«, Moderation des Podiumsgesprächs mit Gert Dietrich, Detlef Siegfried, Dorothee Wierling, Friedrich-Ebert-Stiftung Hamburg und Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg, Hamburg, 17.6.2019
 - Zur Geschichte des Frauenwahlrechtes in Europa. Über Nutzen und Nachteile des Vergleichs, Vortrag im Kolloquium von Sylvia Paletschek und Jörn Leonhard, Universität Freiburg, 9.7.2019
 - Politische Partizipation von Frauen. Parteiengeschichte in geschlechterhistorischer Perspektive, Vortrag im Kolloquium von Bärbel Kuhn, Universität Siegen, 10.7.2019
 - Moderation der Abschlussdiskussion der Tagung »Regionalität und Globalität in der jüngsten Zeitgeschichte Europas. Vermessung eines neuen Forschungsfeldes«, Institut für Zeitgeschichte München, 12. / 13.9.2019
 - Moderation der Abschlussdiskussion der Tagung »Aufbrüche: Geschichte der Frauenbewegungen im 20. Jahrhundert, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, 10. / 11.10.2019
 - Moderation eines Panels im Rahmen des Workshops »Hoch die internationale ...?« – Praktiken und Ideen der Solidarität, Archiv für Sozialgeschichte / Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, 17. / 18.10.2019

- Linde Apel
- Jessica Erdelmann
- Alexandra Jäger
- Kirsten Heinsohn

- »(Lebens-)Geschichte zwischen vier Wänden. Max und Frieda Salzberg«, Moderation des Podiumsgespräches mit Eva Heckscher, Hannah Rentschler, Miriam Rürup, Burkhard Jodat, Anja Dauschek, Altonaer Museum, 29.10.2019
- Zusammenbruch und Kontinuitäten. Konservative Reaktionen auf die Revolution 1918/19, Vortrag im Rahmen der Veranstaltung »Zwischen Novemberrevolution und Weimarer Verfassung«, Niedersächsischer Landtag / Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen, Hannover, 12.11.2019
- Verfassungsauftrag und politische Kultur. Diskussionen zur Gleichberechtigung der Frauen, Vortrag auf der Tagung »Weimar. Modernità e democrazia / Modernität und Demokratie in Europa (1919–1933)«, Istituto Storico Italo-Germanico / Italienisch-Deutsches Historisches Institut, Trento, 21.–23.11.2019
- Erinnern und Vergessen in der deutschen Frauenbewegung, Arbeitspapier und Diskussion zur 6. Sitzung der Kommission »Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie«, Institut für soziale Bewegungen, Bochum, 28.11.2019

SEBASTIAN JUSTKE

- Albert Schäfer. Ein Hamburger Fabrikherr zwischen den Zeiten? Unternehmerische (Dis)Kontinuitäten vom Kaiserreich bis in die Nachkriegszeit, Hamburg, 23.5.2019
- (mit Jessica Erdelmann) Karl Kaufmann und Albert Schäfer. Hamburger Übergänge vom Nationalsozialismus in die Demokratie, Sommer des Wissens, Hamburg, 20.6.2019

LENA LANGENSIEPEN

- Die Werkstatt der Erinnerung – ein besonderes Gedächtnis der Stadt, Sommer des Wissens, Hamburg, 20.6.2019
- Neue Perspektiven auf die »neue Geschichtsbewegung« in Hamburg, Vortrag beim Seminartag der Geschichtswerkstätten Hamburg, 16.11.2019
- Zwischen Stadtteilkultur und neuer Geschichtsbewegung: Hamburger Geschichtswerkstätten in den 1980er und 1990er Jahren, Projektvorstellung im Oberseminar von Prof. Dr. Martina Heßler und

Prof. Dr. Dieter Schott am Institut für Geschichte der Technischen Universität Darmstadt, 10.12.2019

- Moderation der Vorträge »Das Mitwirken der Evangelischen Studentengemeinde Hamburg an den Aufständen von 1968« von Maike Axenköpf am 29.10.2019 und »Integration durch Arbeit? Berufsqualifikationsmaßnahmen von MigrantInnen der 2. Generation in den 1970er und 80er Jahren in der BRD« von Laura Lademann am 9.12.2019, beide im Rahmen der Vortragsreihe der Jungen Hamburger Geschichtswissenschaft (JHG), Universität Hamburg.

HANNAH RENTSCHLER

- »... ob wir nicht alle Feministinnen sind«. Die Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen 1966–1986, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, 7.11.2019
- Podiumsdiskussion und Projektvorstellung zu »(Lebens-)Geschichte zwischen vier Wänden« Max und Frieda Salzberg, mit Anja Dauschek, Burkhard Jodat, Miriam Rürup, Eva Heckscher und Kirsten Heinsohn, Altonaer Museum Hamburg, 29.10.2019
- Invention of Tradition? Die Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen und der Stadtbund Hamburgischer Frauenvereine, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, 11.10.2019
- Vorstellung des Projekts »(Lebens-)Geschichte zwischen vier Wänden«. Eine Online-Ausstellung über Max und Frida Salzberg, mit Miriam Rürup, Kirsten Heinsohn und Sonja Dickow, Sommer des Wissens, Hamburg, 20.6.2019

YVONNE ROBEL

- Viel Lärm um Nichts? Die öffentliche Wahrnehmung von Faulheit und Müßiggang in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Vortrag im Forschungskolloquium des Lehrstuhls Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt im Nationalsozialismus an der Humboldt-Universität Berlin, 10.1.2019
- »Asoziale« im Nationalsozialismus. Stigmatisierung, Verfolgung und zögerliche Erinnerung. Vortrag im Rahmen der Gedenkveranstaltung anlässlich des Holocaust-Gedenktages, FC St. Pauli, Hamburg, 27.1.2019

- Kirsten Heinsohn
- Sebastian Justke
- Lena Langensiepen
- Hannah Rentschler
- Yvonne Robel

12. VORTRÄGE UND
ÖFFENTLICHE
AUFTRITTE DER
MITARBEITERINNEN
UND MITARBEITER
DER FZH
13. MEDIENECHO

- Working with fanzines made by punks. Input auf dem 8. Forum des Netzwerks Entangled Media History (EMHIS), Gregynog (Wales), 15.5.2019
- Moderation des Vortrags von Alexandra Jaeger »Auf der Suche nach ›Verfassungsfeinden‹. Der Radikalenbeschluss in Hamburg 1971–1987«, Vortragsreihe »Stadt im Wandel. Neue Forschungen zur Zeitgeschichte Hamburgs«, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, 6.6.2019
- Moderation des Panels »Ost- und Westdeutsche Frauenbewegungen« auf der Tagung »Aufbrüche: Geschichte der Frauenbewegungen im 20. Jahrhundert«, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, 11.10.2019
- Antiziganismus nach 1945. Vortrag auf dem Dachauer Symposium für Zeitgeschichte, »Sinti und Roma: Der nationalsozialistische Völkermord in historischer und gesellschaftspolitischer Perspektive«, Dachau, 25.10.2019

CHRISTOPH STRUPP

- U.S. Diplomatic Reporting from Central and Eastern Europe on Antisemitism and the Persecution of Jews, 1939–1945, Vortrag auf dem Workshop »Diplomatic Reports – Online Edition«, Institut für Zeitgeschichte / Zentrum für Holocaust-Studien, München, 12.3.2019
- Moderation des Vortrags »Unternehmen Hamburg. Eine Geschichte der neoliberalen Stadt 1960–2008« von Arndt Neumann in der Reihe »Stadt im Wandel«, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, 11.4.2019
- Kommentar im Panel »Großsiedlungen in der Stadtentwicklung« bei der Konferenz »Anders Wohnen. Großsiedlungen und die Konstruktion von Differenz seit den 1970er Jahren«, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, 16.5.2019
- Geschichtsforschung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, Präsentation der FZH beim Sommer des Wissens, Rathausmarkt, Hamburg, 20. und 22.6.2019.

13. MEDIENECHO

(in Auswahl)

- Michael Hollenbach, Zeitzeugen erzählten nun selbst ihre Geschichten, in: Deutschlandfunk, 23.1.2019 (Lena Langensiepen, WdE)
- Anna Stuhlpfarrer, Architektur. Politik. Geschlecht. Neue Perspektiven auf Leben und Werk Margarete Schütte-Lihotzkys, Tagungsbericht, in: H-Soz-Kult, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8162 [13.3.2019] (FZH)
- Ursula Storost, Reichtum in Deutschland, in: Deutschlandfunk, 2.5.2019 (FZH)
- Christiane Krätzig, Inszenierte Tradition, Die Erfindung des Hafengeburtstags, Newsroom der Universität Hamburg, <https://www.uni-hamburg.de/newsroom/im-fokus/2019/0509-hafengeburtstag.html> [8.5.2019] (Christoph Strupp)
- 70 Jahre Grundgesetz in Hamburg, RTL Nord [23.5.2019] (Christoph Strupp)
- Andrea Althaus / Janine Schemmer, Netzwerktreffen Oral History, Tagungsbericht in: H-Soz-Kult, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8286 [24.5.2019] (Linde Apel, WdE)
- Peter Kadhammar / Marcus Ericsson, Från häst & vagn till årgångsviner. EU:S Fattiga & Rika, in: Aftonbladet, Stockholm, 1.6.2019, S. 12–14 (auch online: <https://www.aftonbladet.se/nyheter/a/dOMEy1/fattigast-och-rikast-i-eu-vidin-och-hamburg>, 25.5.2019) (Christoph Strupp)
- David Templin, Anders Wohnen. Großsiedlungen und die Konstruktion von Differenz seit den 1970er-Jahren, Tagungsbericht in: H-Soz-Kult, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8301 [1.6.2019]. (FZH)
- Wolfgang Krischke, Von diesen Barbaren stand kein Wort in dem Prospekt. In Hamburg diskutierten Wissenschaftler, Stadtplaner und Bewohner über die Aussichten der Trabantenstädte. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.6.2019 (FZH)
- Katharina Gebauer, Verfahren sehr pauschal eingesetzt, Interview mit Alexandra Jaeger, in: taz Hamburg, 6.6.2019 (Alexandra Jaeger)

- Yvonne Robel
- Christoph Strupp

- Petra Pfeiffer, 50 Jahre Woodstock, Interview mit Knud Andresen, in: SWR 1, 9.8.2019 (Knud Andresen)
- Bernhard Sprengel, Gedenken. Vor 75 Jahren wurde Ernst Thälmann ermordet, in: Hamburger Abendblatt, 16.8.2019 (Knud Andresen)
- Ursula Storost, Radikalenerlass, in: Deutschlandfunk, 22.8.2019 (Knud Andresen, Alexandra Jaeger)
- Ursula Storost, Lehrer unterm Hakenkreuz, in: Deutschlandfunk, 26.9.2019 (Kirsten Heinsohn)
- Walter Gierlich, »Heute haben wir wieder Angst«. Historiker beschäftigen sich beim Dachauer Symposium mit dem nationalsozialistischen Völkermord an Sinti und Roma, in: Süddeutsche Zeitung, 30.10.2019 (Yvonne Robel)
- Anna Priebe, Wie sich das Ansehen des Nichtstuns seit den 1950er-Jahren verändert hat, Interview mit Yvonne Robel, Newsroom der Universität Hamburg, <https://www.uni-hamburg.de/newsroom/forschung/2019/1030-nichtstun-interview-robelt.html> [5.12.2019]

14. LEHRVERANSTALTUNGEN

SOMMERSEMESTER 2019

KNUD ANDRESEN

- Gesellschaftsgeschichte beider deutscher Staaten 1969 bis 1990, Vorlesung, Universität Greifswald, Historisches Seminar
- Jugendkulturen in beiden deutschen Staaten, Proseminar, Universität Greifswald, Historisches Seminar
- Nationalismus in Deutschland und Europa im 19. Jahrhundert, Übung, Universität Greifswald, Historisches Seminar
- Biographie – Theorie und Methode eines historiographischen Genres, Hauptseminar, Universität Greifswald, Historisches Seminar

KIRSTEN HEINSOHN

- Einführung II: Nach dem Krieg. Deutschland 1945–1969, Einführungskurs Teil 2, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte

WINTERSEMESTER 2019/20

KNUD ANDRESEN

- Deutsche Zeitgeschichte 1949–1990, Vorlesung, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte
- Labour History im 20. Jahrhundert – Konzepte und Deutungen anhand von Fallbeispielen, Hauptseminar, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte

KIRSTEN HEINSOHN

- Geschichte des Feminismus im 20. Jahrhundert, Hauptseminar, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte

ABBILDUNGSNACHWEISE

- S. 19: »Cap San Diego«, »Rickmer Rickmers« und »MS Bleichen« (v. l.) an den St. Pauli-Landungsbrücken, 2007. Quelle: Wikimedia, CC BY-SA 3.0, Seebeer: Old_Lady_Landungsbruecken.jpg.
- S. 41: Das Polizeibataillon 101 beim Ausrücken aus der Kaserne Bundesstraße. Im Vordergrund Bataillonskommandeur Major Trapp und sein Adjutant Oberleutnant Haalk. Quelle: Staatsarchiv Hamburg, Best. 213-12 Staatsanwaltschaft Landgericht – Nationalsozialistische Gewaltverbrechen (NSG) Nr. 0021 Band 045.
- S. 57: »Zentrum von Terror und Unterdrückung 1933 bis 1943« – das Stadthaus, hier eine Aufnahme der markanten Fassade aus dem Jahr 1892. Quelle: Staatsarchiv Hamburg, 720-1/131-6=600/1892.03.
- S. 77: Peggy Parnass (links) und Elsa Werner bei der Benennung der Flora-Neumann-Straße (2011). Abgedruckt in: Elsa Werner 1911–2012, S. 9 (Angabe dort: Nachlass Elsa Werner).
- S. 79: Karl Kaufmann, Gauleiter und Reichsstatthalter in Hamburg, mit NSDAP-Parteiabzeichen. Quelle: Bundesarchiv, Bild 146-1973-079-70 / Unknown/ CC-BY-SA 3.0, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_146-1973-079-70,_Karl_Kaufmann.jpg.
- S. 80: Karl Kaufmann besichtigt als »Reichskommissar für die deutsche Seefahrt« ein Erholungsheim der Kriegsmarine in Trondheim, neben ihm der »Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete«, Josef Terboven. Quelle: Fotoalbum »Mit dem Reichskommissar nach Nordnorwegen und Finnland 10. bis 27. Juli 1942«, S. 17, Bild-Nr. RAFA-3309 U71_0026, Riksarkivet (National Archives of Norway) 2012, Bildarchiv, U/L0071 <https://flickr.com/photos/59811348@N05/6983603002>.
- S. 83: Aushang der Allgemeinen Verfügung Nr. 1, mit der die Vermögenssperre von NS-belasteten Personen eingeleitet wurde. Quelle: StAHH, 131-1 II, 1870.
- S. 92: Der Polizeiposten auf dem Hof der Kaufmanns im Duvenstedter Brook. Quelle: Ein Gut mit bescheidenem Herrenhaus, in: Hamburger Freie Presse, 8.2.1950, S. 3. Die Nutzungsrechte an diesem Bild konnten trotz intensiver Recherchen nicht geklärt werden.
- S. 95: Diesen vorläufigen Kategorisierungsbescheid erhielt Karl Kaufmann bei seiner Entlassung aus der Internierungshaft. Quelle: StAHH, 311-3 I, Abl. 1989 305-2-1/354, Bd. I.
- S. 102: Lida Gustava Heymann (undatiert). Quelle: Bundesarchiv, Bild 146-1987-143-05.
- S. 105: Demonstration für das Frauenwahlrecht am 19. März 1911, dem ersten Internationalen Frauentag, in Berlin. Quelle: Bundesarchiv, Bild 1-192-1740-65.
- S. 107: Wahlplakat der SPD – Wahl zur Nationalversammlung. Quelle: Bundesarchiv, Plak 002-020-023. Wahlplakat der DNVP – Wahl zum preußischen Landtag. Quelle: Bundesarchiv, Plak 002-029-008.



FZ|H Forschungsstelle
für Zeitgeschichte
in Hamburg